

AUS DEM LEBENSWERKE VON  
 MAX MECKEL. \* GARNISONKIR-  
 CHE ST. GEORG ZU ULM. \* AR-  
 CHITEKTEN: MAX MECKEL † UND  
 C. A. MECKEL IN FREIBURG IM  
 BREISGAU. \* CHORANSICHT. \* \*  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡  
 \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 17. \*



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 17. BERLIN, DEN 1. MÄRZ 1911.

## Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

(Schluß.)

Hierzu die Bildbeilagen dieser und der folgenden Nummer, sowie die Abbildungen S. 140 und 141.



Das nebenstehende Denkmal des großen Astronomen Nikolaus Kopernikus (Coppernicus) in Frauenburg in Ostpreußen, wo der Gelehrte in der Domkirche begraben wurde, ein Denkmal, das die heliozentrischen Grundsätze verkörpert, die Kopernikus aufstellte und deren Niederschrift 1616 auf den Index gesetzt wurde, ist ein Werk Meckels, das stilistisch wieder dem Backsteinbau der Ordensländer des Nordostens des Reiches gerecht zu werden versucht. Das Denkmal ist eines

der jüngsten Werke des Meisters; es stammt aus dem Jahre 1909. Das Relief des Kopernikus ist in Erz gegossen, während das große Planetarium in Kupfer getrieben wurde.

Die Garnisonkirche St. Georg zu Ulm (S. 140), deren Inneres, wie die Bildbeilage zeigt, vollständig und in reichster Weise ausgemalt wurde, ist wieder eine gemeinschaftliche Arbeit von Vater und Sohn. Das Gotteshaus, das in den Jahren 1901—1904 erbaut wurde, ist eine Hochschiff-Kirche mit 16<sup>m</sup> Spannweite der Gewölbe und mit einem der ganzen Schiffbreite vorgelagerten rechteckigen Westturm mit mehreren Spitzen. Die Kirche ist im Anschluß an die baulichen Ueberlieferungen Ulms in den Massen als Backsteinbau ausgeführt, während die Architekturteile in Haustein erstellt wurden. Turm und Dachreiter sind mit Kupfer gedeckt, die Schifddächer mit Biberschwänzen.

Am Kopfe der folgenden Nummer wird eine Ansicht des Inneren der Abteikirche in Gengenbach an der Schwarzwaldbahn Offenburg—Konstanz wiedergegeben, das Meckel im alten Charakter wiederherstellte. Sie zeigt die glückliche Anschauung über malerische Wirkungen, die der Meister besaß. Mit dem Krankenhaus zu Montabaur im Unterwesterwaldkreis, bei Limburg, wird wieder das Gebiet des Profanbaues betreten (S. 141). Auch dieses Bauwerk ist eine gemeinschaftliche Arbeit von Vater und Sohn.

Den Schluß bildet die St. Bernharduskirche in Karlsruhe, eine reiche Anlage vor dem Durlacher Tor, deren Turmfassade wir bereits S. 134 abbildeten, während Grundriß und Gesamtansicht des Äußeren auf der Bildbeilage zu No. 18 folgen. In unmittelbarer Nachbarschaft der Sakristei der Kirche wurde auch ein im Stil mit der Kirche übereinstimmendes Pfarrhaus als eingebautes Wohnhaus erbaut. Die Kirche ist eine dreischiffige Basilika mit polygonalen Querschiff- und Chorabschlüssen. Der Chor hat einen Umgang, der zur in der Hauptachse angebauten Sakristei führt. Der Turm liegt in der Achse der Kaiser-Straße, des Hauptstraßenzuges der badischen Residenz, und erhielt durch seine Lage beherrschenden Charakter. Die Kirche ist in ganzem Umfang, also auch einschließlich des Turmhelmes, als Werksteinbau in rotem Sandstein zur Ausführung gelangt; die Dächer sind mit Schiefer eingedeckt. Die Kirche wird von kleinen Terrassen mit Treppen umgeben. In den Wangen dieser Treppen, in den Brüstungen, in den Portalen und Fenstern zeigt sich wieder die mittelalterliche Liebe des Meisters zu den Einzelheiten; kein Maßwerk-



Kopernikus-Denkmal in Frauenburg (Ostpr.)



Motiv, kein Ornament und kein Profil wiederholen sich.  
 Das hier Dargestellte ist nur ein Bruchteil der reichen Lebensarbeit Max Meckels; es ist das, was ihn als Künstler besonders zu charakterisieren geeignet ist. Wenn ganze Perioden in seinem Schaffen, wie zum Beispiel die Frühzeit, hier aus äußerlichen Gründen

keine Berücksichtigung finden konnten, so läßt doch das hier Dargestellte die Größe des Verlustes, den die deutsche Kunst mit seinem unerwarteten Heimgang erlitten hat, erkennen. Der Größe dieses Verlustes entsprechend wird sein Andenken ein großes und ein gesegnetes bei uns bleiben. —

**Zur baukünstlerischen Ausgestaltung von Groß-Berlin.\*)**

II. Verkehrsader König-Straße—Kurfürstendamm (Entlastung der Leipziger-Straße).  
 Von Geh. Archivrat Prof. Felix Wolff in Potsdam.



ist weit ausschauendem Blick ist in letzter Zeit für die einheitliche Entwicklung von Groß-Berlin nach großen Gesichtspunkten gewirkt worden. Wie große Wassermengen eines Flusses geleitet werden müssen, daß sie den Menschen wohlthätig helfen und daß ihre wachsende Kraft nicht Schaden anrichtet, so müssen in

den Städten die Menschenmengen und der Verkehr geführt werden, daß das zu erstrebende Ziel in kürzester Zeit erreicht und daß das Anstauen von Menschenmassen in kritischen Augenblicken nicht zu Katastrophen führt. Für die Außenbezirke von Groß-Berlin ist hier vorgesorgt worden, aber wie steht es mit dem alten Berlin? Für den Verkehr in der Leipziger-Straße, am Leipziger- und Potsdamer-Platz erweisen sich die bis jetzt angewandten Mittel und Verkehrs-Vorschriften immer nur auf kurze Zeit als wirksame Verbesserungen; sie werden bald durch die steigen-

\*) Vergleiche auch „Deutsche Bauzeitung“, 1909, No. 101.



Plan von Berlin von J. C. Rhoden 1772.

den Verkehrsansprüche überholt. Es müssen daher von größeren Gesichtspunkten aus weiter reichende Abhilfen gefunden werden, und diese sind vielleicht aus der historischen Entwicklung der Friedrichstadt zu entnehmen.

Berlin bestand zur Zeit des Großen Kurfürsten aus den mit Festungswällen umgebenen Städten Berlin, Cölln und Friedrichswerder. Während seiner Regierung wurde bald nach 1670 die „Dorotheenstadt“ auf den der Kurfürstin Dorothea gehörigen Ländereien angelegt und die Pläne für die „Friedrichstadt“ wurden entworfen. Auf einem alten Pergamentplan aus dem Jahre 1698, der sich in der Magistrats-Bibliothek der Stadt Berlin befindet, sind diese neuen Stadtteile eingezeichnet. Sie sind auch noch in dem Plan von J. C. Rhoden aus dem Jahre 1772 zu erkennen. Zwischen den beiden Stadtteilen der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt war nur eine Verbindung, ein schmaler Straßenzug mit einer Brücke über den Wasserarm, der durch die heutige Behren-Straße bis zur Wilhelm-Straße lief. Der Plan von 1698 zeigt die noch von dem Großen Kurfürsten geplante Vervollständigung der Festungswerke als Abschluß nach der Tiergartenseite, die heutige Mauer-Straße, die hierdurch die Gestalt bekommen hat, die sie noch jetzt zeigt. (Siehe den Plan Seite 138.) Die Anlage der Straßen in der Friedrichstadt war bis zu der Festungsmauer (der heutigen Mauer-Straße) regelmäßig, so wie wir sie noch in den elf parallel laufenden Straßenzügen von der Straße Unter den Linden bis zur Zimmer-Straße sehen: Straße Unter den Linden, Behren-, Französische-, Jäger-, Tauben-, Mohren-, Kronen-, Leipziger-, Krausen-, Schützen- und Zimmer-Straße. 1688, beim Tode des Großen Kurfürsten, hatte die Einwohnerzahl Berlins die Ziffer 20000 überschritten. Seitdem sind mehr denn zwei Jahrhunderte verflossen, die Einwohnerzahl ist auf über drei und eine halbe Million gestiegen, ein Kranz von großen Städten umgibt Berlin, aber an den westlichen Verkehrsadern aus dem Inneren der Stadt hat sich nichts geändert: die Friedrich-Straße ist von der Behren-Straße bis zur Dorotheen-Straße so eng wie früher geblieben, und die Verkehrswege der obengenannten Straßen sind durch den Häuser- und Gartenblock zwischen der Mauer- und Wilhelm-Straße und der Königgrätzer-Straße bis auf wenige Ausnahmen wie damals verschlossen geblieben.

Die spätere Entwicklung Berlins ist in ersten Zeiten gefallen, in denen die Sparsamkeit die Parole des preußischen Staates war, und die Hauptstadt ist immer in treuer Folgschaft der staatlichen Ereignisse geblieben. Das, was eine einheitliche, voraussehbare Entwicklung der Straßenzüge mit verhältnismäßig geringen Mitteln selbsttreibend aus sich heraus hätte schaffen können, kann heute nur mit ungeheuren Kosten und durch Einsetzen eines energischen Machtspruches ausgeführt werden. Wenn sich die Stadt nach Westen hin entwickeln soll, so ist die vorhandene Anlage der elf nach Westen führenden Straßen die Basis, und die naturgemäße Entwicklung hätte in der Weiterführung dieser Straßen gelegen: aber an der Mauer-Straße sind diese Straßen vor dem Häuserblock der Wilhelm-Straße stecken geblieben. Wenn man den heutigen Stadtteil von der Straße Unter den Linden bis zum Askanischen-Platz verfolgt, so ist zu erkennen, daß Jahrhunderte lang die Leipziger-Straße der einzige Verkehrsweg aus dem Inneren der Stadt gewesen ist; erst nach 1870 ist die Voß-Straße auf dem Grundstück der Gräfin Voß angelegt worden, aber nicht als eine Entlastungsstraße des Ver-

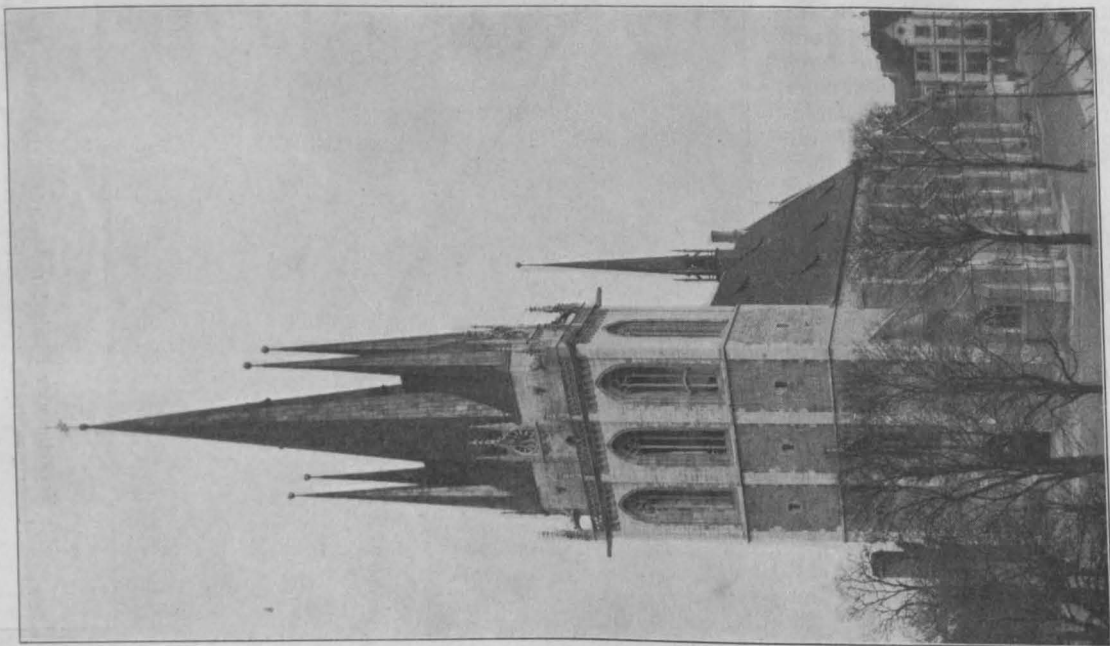


Verkehrsader König-Straße—Kurfürstendamm zur Entlastung der Leipziger-Straße, sowie Seiten-Verbindung von der Potsdamer-Straße zum Leipziger-Platz.

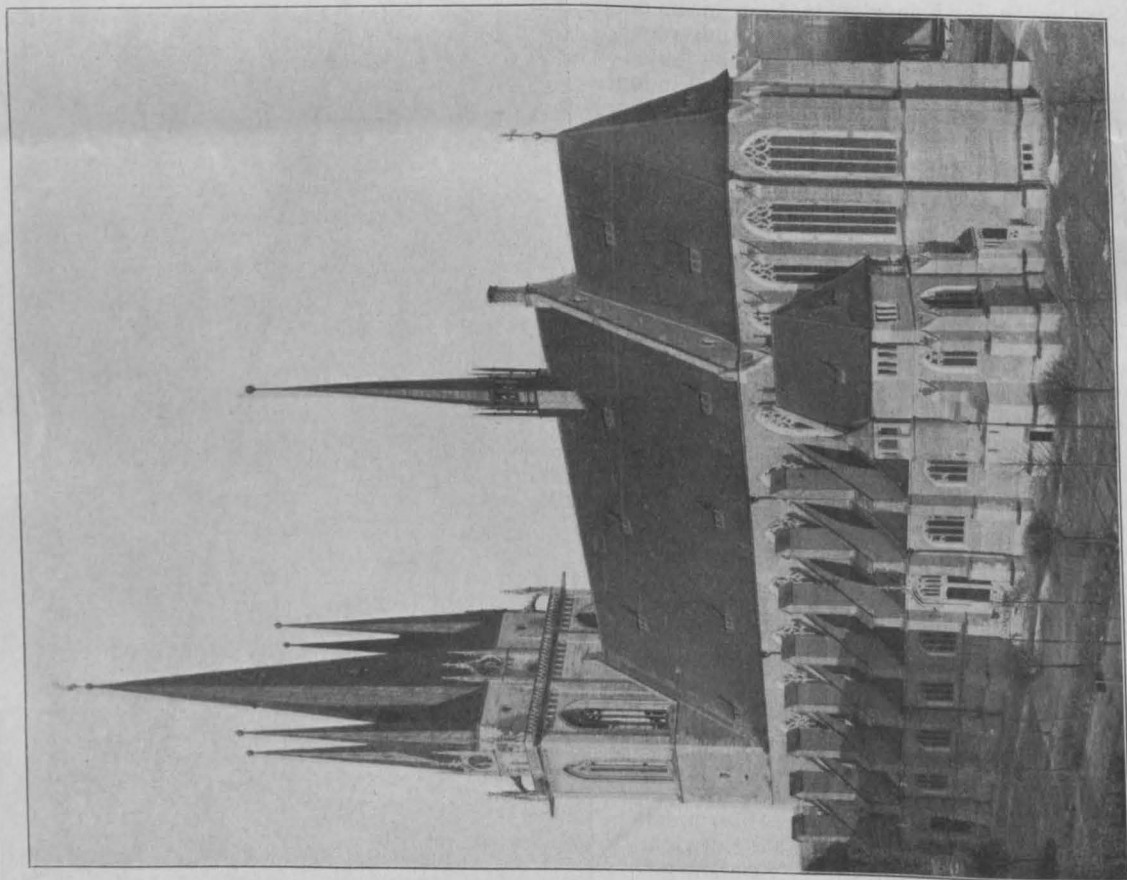


kehrs gedacht. Sie war von einer Aktien-Gesellschaft gegründet und als Prachtstraße mit reichen Privathäusern ausgestattet. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde nach langjährigen Verhandlungen nach dem Bau des Kunstgewerbe-Museums die Anlage der Prinz Albrecht-Straße durchgeführt, durch welche die Gärten des Kriegsministeriums und die

Wilhelm-Platz und hat neuerdings die oben erwähnte Voß-Straße als Verlängerung erhalten. Aber schon an der Königgrätzer-Straße verliert sie ihre Selbständigkeit, sie muß ihren Verkehr nach rechts und links abgeben: nach links nach dem Potsdamer-Platz und nach rechts nach der Tiergarten-Straße. Der Leipziger-Straße allein fällt die Aufgabe zu, den



Westansicht.  
Die Garnison-Kirche St. Georg in Ulm. Architekten: Max Meckel † und C. A. Meckel in Freiburg im Breisgau.  
Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.



Südöstliche Ansicht.  
Die Garnison-Kirche St. Georg in Ulm.

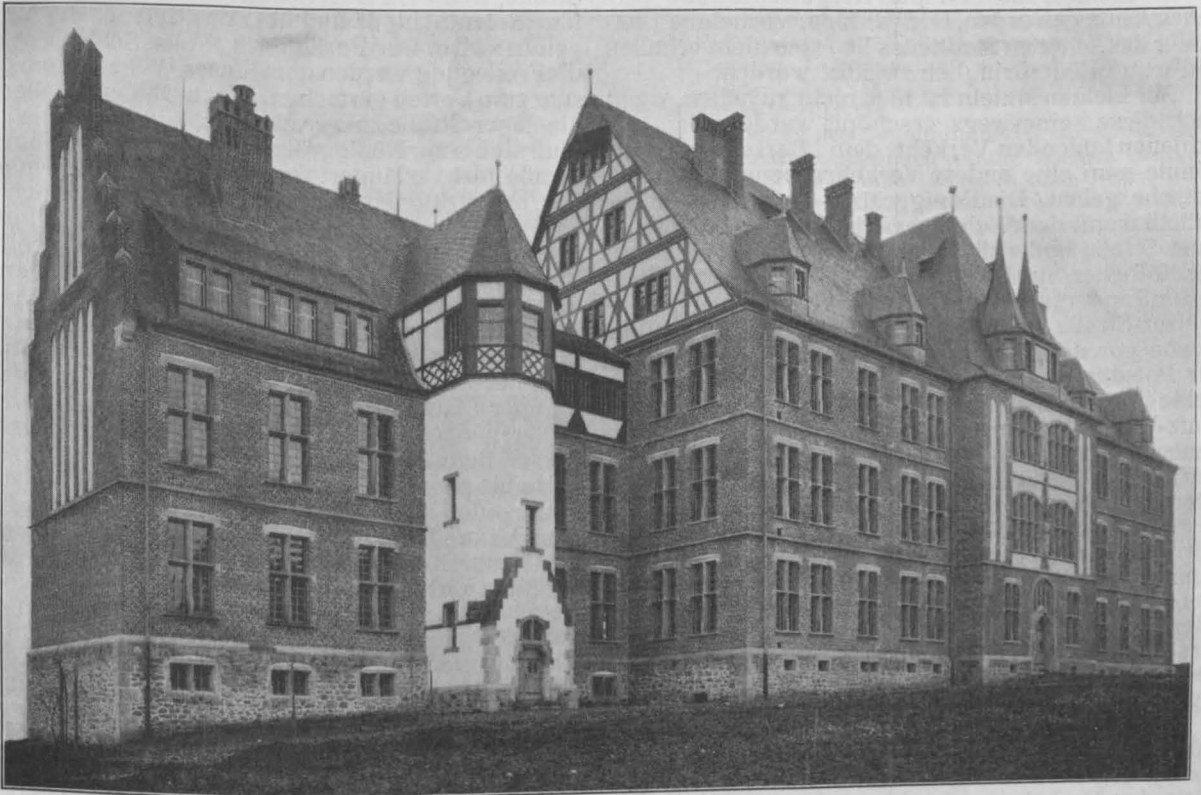
des Palastes des Prinzen Albrecht durchbrochen wurden. Die Behren-Straße ist dank ihres früheren Zustandes als verbindender Wasserlauf von dem Festungsgraben über die Linden hinweg nach der Spree bis zur Wilhelm-Straße geführt worden. Die Französische-, Jäger-, Tauben- und Kronen-Straße sind an der Mauer-Straße stecken geblieben. Die Mohren-Straße endete auf den schon frühzeitig angelegten

Gesamtverkehr aus dem Inneren der Stadt über den Potsdamer-Platz durch die Bellevue-Straße nach dem Westen zu leiten. Die nach der Leipziger-Straße folgenden Straßen: die Krausen- und Schützen-Straße enden wiederum an der Mauer-Straße. Die Zimmer-Straße kann nach dem Durchbruch der Prinz Albrecht-Straße ihren Verkehr bis zur Königgrätzer-Straße



führen, aber eine Verkehrsader ist sie nicht geworden. Das sind die Straßen, die als Friedrichstadt

Die Folgen dieses Versäumnisses liegen auf der Hand: wir stehen heute vor dem Zeitpunkt, in dem



Krankenhaus zu Montabaur, Reg.-Bez. Wiesbaden. Außenansicht und Eingangshalle.  
Architekten: Max Meckel † und C. A. Meckel in Freiburg im Breisgau. Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

1688 diesseits der Linden angelegt wurden, und als einzige Verkehrsader mit dem Westen ist die Leipziger-Straße geblieben.

die Leipziger-Straße den Verkehr nicht mehr bewältigen kann. Häuser, die erst vor kurzer Zeit gebaut sind, werden wieder niedergerissen, die Sandstein-Paläste

1. März 1911.

in der Voß-Straße, die nur ein kurzes Leben fristeten, müssen Geschäftsbauten weichen. Die Bellevue-Straße ist Geschäftsstraße und die Tiergarten-Straße Verkehrsstraße geworden. Der ruhige, vornehme Charakter des schönen Stadtteiles ließ sich nicht erhalten und ist unwiederbringlich zerstört worden.

Mit kleinen Mitteln ist hier nicht zu helfen, wenn auch diese keineswegs erschöpft wurden: dem auf Schienen laufenden Verkehr, dem „starren Verkehr“, könnte man eine andere Verkehrsebene, die unterirdische, geben. Die Königgrätzer-Straße könnte unmittelbar mit dem Leipziger-Platz durch Neuanlage einer Straße hinter dem Fürstenhof in Verlängerung der Köthener-Straße (s. Plan S. 139) verbunden werden und andererseits könnte der Verkehr von der Königgrätzer-Straße nach dem Westen durch Anlage einer Straße vor dem Potsdamer-Bahnhofsgebäude nach der Potsdamer- und Link-Straße abgelenkt werden. Beide Straßen-Durchbrüche werden den Potsdamer-Platz-Verkehr entlasten, aber auch dieses ist keine dauernde Hilfe; sie wird bei der kolossalen Vergrößerung von Berlin und seinen Vororten in kürzerer oder längerer Zeit nicht mehr ausreichen.

Die Leipziger-Straße muß eine ebenbürtige Konkurrenz, eine Verkehrsstraße erhalten, die aus dem Inneren der Stadt über die Königgrätzer-Straße hinaus in eine von den Vorstädten geschaffene Verkehrsader mündet. Als mächtige Verkehrsader ist der Kurfürstendamm anzusehen und als neue Geschäftsstraße zwischen der Straße Unter den Linden und der Leipziger-Straße käme die Jäger-Straße in Betracht.

Eine Hauptverkehrsader vom Osten her ist die König-Straße, die über den Schloßplatz, Werderschen Markt, Jäger-Straße, Oberwall-Straße, Hausvogtei-Platz den Verkehr nach dem Westen vermittelt, der nicht schon früher an der Spandauer-Straße über Molkenmarkt, Spittelmarkt in die Leipziger-Straße

eingebogen ist. Wie aus dem Plan S. 139 ersichtlich, ist die Jäger-Straße die gerade Verlängerung der König-Straße, wenn ein Durchbruch hinter dem sogenannten „Roten Schloß“ und über das Gelände der Münze geführt wird. Der Fortfall des „Roten Schlosses“ und die Freilegung werden dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal sehr zum Vorteil gereichen. Bis zur Mauer-Straße geht die Jäger-Straße in gerader Richtung und von hier muß sie bis zur Königgrätzer-Straße über die Wilhelm-Straße fort verlängert werden, wo sie in einen großen, architektonisch ausgestalteten Platz, ähnlich wie der Pariser- oder Leipziger-Platz, endet. Wenn in dem neuen Straßenzug die Kosten eine hauptsächlich Rolle spielen werden, so muß bei der Durchquerung des Münzgeländes und des ministeriellen Geländes in der Wilhelm-Straße ein machtvoller Wille neben den Kosten stehen. Jenseits der Königgrätzer-Straße folgt der neue Straßenzug der Lenné-Straße bis zum Kemper-Platz, der zu einem großen runden Platz erweitert gedacht ist, und von hier aus wird er unter teilweiser Benutzung der Tiergarten-Straße in gerader Linie bis zum Kurfürstendamm als breite Avenue geführt, sodaß die neue Verkehrsader von Halensee bis zum Alexander-Platz und darüber hinaus ein ununterbrochener, breiter Verkehrsweg wird. Die Frage, wie der Platz am Schluß der Jäger-Straße baukünstlerisch ausgestaltet werden muß, ebenso die Erwägung, ob man sich wegen der Schleuse und des Münzgeländes zunächst noch mit der Herumführung des Verkehrsweges vor dem „Roten Schloß“ und der Werder-Straße begnügen soll und endlich, welche Häuser von der Durchquerung vom Kemper-Platz bis zum Kurfürstendamm getroffen werden, sollen als Einzelfragen bei Aufstellung dieser Studie nicht erörtert werden. Der Zweck derselben ist lediglich, eine Verkehrsentlastung der Leipziger-Straße, des Leipziger- und des Potsdamer-Platzes vorzuschlagen. —

## Neue Baupolizei-Gebührenordnung für den Landespolizeibezirk Berlin.

### § 1.

**F**ür die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen sind die nachstehenden Gebühren zur Staatskasse zu entrichten:

- I. beim Neubau von Gebäuden mit Ausnahme der unter II aufgeführten, von Hofkellern und sonstigen selbständigen Kelleranlagen  
für 100 cbm Rauminhalt . . . . . 3 M.,  
jedoch mindestens . . . . . 30 „
- II. beim Neubau von Gebäuden untergeordneter Bedeutung, z. B. von Stallgebäuden — mit Ausnahme der gewerbsmäßig betriebenen Reit-, Fuhr-, Pensions- und Verkaufsstallungen —, von Waschhäusern, Scheunen, Schuppen, Gewächshäusern, Kegelbahnen, Verbindungshallen und dergl., sowie von hallenartigen Gebäuden einfachster Konstruktion  
für 100 cbm Rauminhalt . . . . . 1 M.,  
jedoch mindestens . . . . . 10 „,  
und bei Schuppen und Buden von nicht mehr als 30 cbm Rauminhalt mindestens . . . . . 5 M.,
- III. bei erheblicheren Um- und Erweiterungsbauten dieselben Einheits- und Mindestsätze wie zu I und II, mit der Maßgabe, daß bei der Berechnung nur diejenigen Räume berücksichtigt werden, um deren Neuanlage oder Umgestaltung es sich handelt,
- IV. bei Herstellung von Kranen, Turmdächern und dergl.  
für 1 t Eisengewicht . . . . . 5 M.,  
jedoch mindestens . . . . . 20 „
- V. bei allen sonstigen Herstellungen und Umbauten geringeren Umlanges . . . . . 5 M.

### § 2.

Außer den Sätzen des § 1 werden als Zuschlags-Gebühr erhoben:

- I. für die Prüfung und Beaufsichtigung
  - a) von Verbundkonstruktionen (eisenbewehrte Massivdecken nebst ebensolchen Stützen), sowie von verbundenen und fachwerkartigen Eisen- und Holzkonstruktionen (Dachstühle) für  
je 100 qm Grundfläche in jedem Geschoß . . . 5 M.,  
jedoch mindestens . . . . . 20 „
  - b) von künstlichen Gründungen für  
je 100 qm Kellergrundfläche . . . . . 5 M.,  
jedoch mindestens . . . . . 30 „

Diese Zuschlaggebühren werden nur bei den im § 1 Ziffer I und III genannten Bauten erhoben, sofern die Grundfläche zu a und b größer als 50 qm ist.

- II. a) für Nachtragsprojekte, welche von den genehmigten Projekten wesentlich abweichen, die Mindestsätze des § 1 unter I bis IV,  
b) für neue statische Berechnungen der unter Ziffer I a und b fallenden Bauausführungen die Hälfte der Gebühren unter I,  
jedoch mindestens . . . . . 10 M.
- III. a) für jede gesonderte Rohbauabnahme einzelner Bauarbeiten und Bauteile, sowie für jede Wiederholung eines fruchtlos verlaufenden Rohbauabnahme-Termines die Mindestsätze des § 1 Ziffer I bis V,  
b) für jede gesonderte Gebrauchsabnahme einzelner Bauarbeiten und Bauteile, sowie für die Wiederholung eines fruchtlos verlaufenden Gebrauchsabnahme-Termines die Hälfte der Mindestsätze des § 1 Ziffer I bis V.
- IV. für die Verlängerung der Baugenehmigung jedesmal ein Fünftel der für die erste Genehmigung gezahlten Gebühren einschließlich der Gebühr des § 2 Ziffer I.
- V. für die Prüfung der zu einem erteilten Dispens gehörigen Unterlagen und Beaufsichtigung der Ausführung,  
sofern der Bezirksausschuß für die Erteilung des Dispenses zuständig ist . . . . . 20 M.,  
sonst . . . . . 10 „
- VI. für die Prüfung eines Vorprojektes die Hälfte der im § 1 bestimmten Sätze. Erfolgt die Ausführung im wesentlichen nach Maßgabe des Vorprojektes, so kommt die Hälfte der Vorprojektsgebühr auf die Gebühr des § 1 in Anrechnung.

### § 3.

Der Rauminhalt der Gebäude wird durch Multiplikation der für die Bebauung in Aussicht genommenen Grundfläche mit der Höhe — von der Kellersohle oder, wo ein Keller nicht vorhanden ist, von dem Fußboden des Erdgeschosses bis zur Oberkante des Hauptgesimses gemessen — festgestellt.

Die oberhalb des Hauptgesimses liegenden Gebäudeteile, sowie Balkone und Erker werden — abgesehen von den in § 1 Ziffer IV bezeichneten — nicht berechnet.



Bei Hofkellern und sonstigen selbständigen Keller-Anlagen ist die Höhe von der Kellersohle bis zur Erdoberfläche maßgebend.

Die über ein volles Hundert überschießenden cbm oder qm werden für ein volles Hundert gerechnet, desgleichen die Ueberschüsse voller Tonnen bei § 1 Ziffer IV.

#### § 4.

Gebührenfrei sind:

- I. die Bauten für Rechnung der Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses,
- II. die Bauten des Preussischen Staates und des Deutschen Reiches, erstere einschließlich derjenigen Bauten, bei denen der Staat mit Patronatsbeiträgen, Gnadengeschenken oder sonstigen baren Beihilfen beteiligt ist.

#### § 5.

Die Gebühren sind in den Fällen des § 1 und § 2 Ziffer I bei Aushändigung der Baugenehmigung, in den Fällen des § 2 bei Aushändigung der Nachtragsgenehmigung (Ziffer II), des Rohbau- bzw. des Gebrauchsabnahmescheines (Ziffer III), bei Wiederaushändigung der mit dem Verlängerungsvermerk versehenen Baugenehmigung (Ziffer IV), bei Empfang des Dispensbescheides (Ziffer V) oder des Bescheides auf das Vorprojekt (Ziffer VI), spätestens aber binnen zwei Wochen nach erfolgter Benachrichtigung, zu entrichten.

#### § 6.

Diese Gebührenordnung tritt am 1. April 1911 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Bestimmungen des § 1 auf diejenigen Bauten keine Anwendung finden, für welche die Genehmigung spätestens am Tage der Veröffentlichung der Gebührenordnung beantragt wird. Entscheidend ist dabei der Tag des Einganges des Baugenehmigungsgesuches bei der Baupolizeibehörde.

Dagegen unterliegen vom 1. April 1911 ab auch die bereits vor diesem Tage genehmigten Bauten den Bestimmungen des § 2.

Mit dem Inkrafttreten dieser Gebührenordnung werden die Gebührenordnungen für die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg vom 27. März 1896, für die Stadtkreise Schöneberg und Rixdorf vom 29. März 1900, für den Stadtkreis Deutsch-Wilmersdorf vom 13. März 1907, für den Stadtkreis Lichtenberg und den Gemeindebezirk Boxhagen-Rummelsburg vom 12. März 1908, sowie für den Gemeindebezirk Stralau vom 13. Juli 1909 aufgehoben. —

Zur Ausführung der Baupolizei-Gebührenordnung für den Landespolizeibezirk Berlin vom 22. Januar 1911 bestimme der Polizeipräsident Folgendes:

1. Bei Nachsuchung der baupolizeilichen Genehmigung zum Neubau von Gebäuden usw., welche unter Ziffer I und II des § 1 der Baupolizei-Gebührenordnung fallen, ist auf dem in 3 Exemplaren einzureichenden Lageplan außer der Berechnung der ganzen Fläche des Grund-

### Vermischtes.

**Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin und technischer Beirat.** Bei der Beratung des Entwurfes eines Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin in der 23. Sitzung des preussischen Hauses der Abgeordneten führte der Abgeordnete von Bülow (Homburg) am 10. Februar 1911 Folgendes aus:

„Ich möchte hier nur noch auf einen wichtigen Punkt bezüglich der Bebauungspläne von Groß-Berlin zurückkommen. Ohne einen zusammenhängenden Gesamtplan, der als allgemeine Unterlage die Verkehrsbedingungen, die Verteilung der Freiflächen der Wohn- und Industriegebiete ins Auge faßt, ist auf diesem Gebiete ein wesentlicher Vorteil durch den Verband nicht zu erwarten. Es ist deshalb mit Freude zu begrüßen, daß eine Anzahl hervorragender Architekten in einer Petition an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet hat, man möge dem Verbandsdirektor einen Beirat aus erfahrenen, unparteiischen Architekten begeben, der bei dem wichtigen Grundplan für die Ausdehnung und Ansiedelung von Groß-Berlin die Grundzüge schafft. Meine Herren, es kommt nicht bloß darauf an, zu beschließen: es müssen so und so viele Freiflächen, Spielplätze, Parks usw. vorhanden sein, sondern es kommt auch darauf an, wo die Plätze

Meine Herren, denken Sie an die Frage, die demnächst auch an Groß-Berlin herantreten wird, wegen Weiterhinbenutzung der Rieselfelder; die alten Rieselfelder werden Wald usw. Das sind so schwierige technische Fragen, daß der Verbandsdirektor unzweifelhaft eine Anzahl großzügig veranlagter Sachverständiger zur Seite haben muß,

1. März 1911.

stückes und der Berechnung der davon zu bebauenden Fläche auch die Berechnung des Rauminhaltes der zu errichtenden Gebäude einzutragen. Hierbei ist jedes selbständige Gebäude für sich zu berechnen. Haben die einzelnen Teile eines und desselben Gebäudes verschiedene Höhen, so ist jeder einzelne Teil desselben Gebäudes für sich zu berechnen. Die Annahme einer Durchschnittshöhe für die sämtlichen, tatsächlich verschieden hohen Gebäudeteile ist unzulässig.

Zur Ermittlung des Rauminhaltes ist zu multiplizieren die im Sinne der Baupolizeiordnung bebaute Grundfläche, wie sie sich aus dem Lageplan nach Abzug der nach dem Hof zu belegenden Balkone und Erker ergibt, d. h. also die in Höhe der Erdoberfläche quer durch das Gebäude gelegte Fläche, mit der Höhe — gemessen von der Oberkante des Kellerfußbodens oder, wo kein Keller vorhanden ist, von der Oberkante des Fußbodens des Erdgeschosses bis zur Oberkante des Hauptgesimses.

2. Bei Nachsuchung der baupolizeilichen Genehmigung zur Herstellung von Kranen, Turmdächern und dergleichen Anlagen mit vorwiegender Höhenentwicklung ist die Tonnenzahl des zu verwendenden Eisens anzugeben.

(§ 1 Ziffer IV).

3. Bei der Ausführung von Verbandskonstruktionen (eisenbewehrten Massivdecken, nebst ebensolchen Stützen) sowie von verbundenen und fachwerkartigen Eisen- und Holzkonstruktionen (Dachstühlen) ist auf den Bauvorlagen die Grundfläche in jedem Geschoß nach Quadratmeter, bei der Herstellung von künstlichen Gründungen die Kellergrundfläche nach Quadratmeter anzugeben, sofern die Flächen größer als 50 qm sind und es sich um die unter § 1 Ziffer I und III der Baupolizei-Gebührenordnung genannten Gebäude handelt.

(§ 2 Ziffer 1a und b).

4. Eine nach denselben Grundsätzen aufgestellte Rauminhaltsberechnung ist jedem Antrag auf Verlängerung eines vor dem 1. April 1911 erteilten Bauscheines beizufügen.

(§ 2 Ziffer IV).

5. Bei Nachsuchung der baupolizeilichen Genehmigung zu erheblichen Um- und Erweiterungsbauten ist dem Bauplan eine Berechnung des kubischen Inhaltes der Räume beizufügen, um deren Neuanlage oder Umgestaltung es sich handelt.

(§ 1 Ziffer III).

6. Bei der Einreichung eines Vorprojektes sind fortan bereits die für die Gebührenberechnung erforderlichen Unterlagen beizufügen.

(§ 2 Ziffer VI).

7. Die Bekanntmachung vom 30. März 1896 für den Stadtkreis Berlin sowie die vom 31. März 1896 für den Stadtkreis Charlottenburg zur Ausführung der Baupolizei-Gebührenordnung vom 27. März 1896 werden mit dem Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung für den Landespolizeibezirk Berlin vom 22. Jan. 1911 aufgehoben.

um hier die richtige Entscheidung zu treffen. Wenn man aber bedenkt, daß die Wahlen zur Verbandsversammlung, zu dem Verbandsausschuß, die Ernennung des Verbandsdirektors und seiner Beamten durch die kommunalen Vertretungen erfolgen, und daß die kommunalen Vertretungen ein besonderes Interesse haben, daß ihre kommunalen Spezialinteressen vertreten sind, kann es leicht an dem großzügigen Interesse fehlen, das für ganz Groß-Berlin von ausschlaggebender Bedeutung sein muß. Deswegen hoffe ich, daß auch die Staatsregierung diesem vorgeschlagenen Institute der sachverständigen Beiräte ihre Aufmerksamkeit schenken wird. Ich bin überzeugt, daß wenn die Auswahl in diesem Beirat mit Vorsicht erfolgt, er ein segensreiches Werk zum Wohle unserer Hauptstadt Groß-Berlin errichten wird.“ —

**Gegen die Einführung von Zuschlägen der Gemeinden zur Reichszuwachssteuer** richtet sich ein Einspruch des „Verbandes der Grundstücks-Interessenten Münchens und Umgebung“, der ausführt: „Für die im praktischen Leben stehenden unterliegt es heute schon keinem Zweifel, daß dieses Gesetz für das gesamte Erwerbsleben sehr einschneidende Wirkungen haben wird. Um so befremdender ist es, daß die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Bodenreformer schon jetzt die Einführung von gemeindlichen Zuschlägen betreibt und in dieser Hinsicht Antrag an das Gemeindekollegium gestellt hat. Die Einführung solcher Zuschläge ist geeignet, das Wirtschaftsleben Münchens schwer zu schädigen und den in der Erholung begriffenen lokalen Immobilienmarkt neuerdings zu beunruhigen und es ist zu befürchten, daß das Unternehmertum auf dem Baumarkte eingeschüchtert und hierdurch auch der Wohnungsmarkt neuerdings not-



leidend wird. Was die Stadtgemeinde an Zuschlägen zu der Reichszuwachssteuer auf der einen Seite einnehmen würde, ginge auf der anderen Seite durch einen Rückgang des Ertrages der Besitzveränderungsgebühren, durch Ausfälle an Gebühren und Steuern aller Art drei- und vierfach verloren. Aus diesen Gründen erheben wir ein dringlichsten Protest dagegen, daß dem Antrag, zur Reichszuwachssteuer gemeindliche Zuschläge zu erheben, irgend eine Folge gegeben wird.

Im Interesse der Wiederbelebung der Bautätigkeit nach jahrelangem Stillstand und der dadurch hervorgerufenen Hebung eines großen Teiles des Wirtschaftslebens kann man diesem Einspruch nur beipflichten. —

**Dritter internationaler Kongreß für Wohnungshygiene Dresden 1911.** Nachdem bereits 1904 in Paris und 1906 in Genf internationale Kongresse für Wohnungshygiene stattgefunden haben, soll die dritte Veranstaltung dieser Art in der Zeit vom 2.—7. Okt. 1911 in Dresden abgehalten werden.

**Internationaler Kunstkongreß Rom 1911.** In der großen Reihe von Veranstaltungen, die in diesem Jahre in Italien zur Feier des 50jährigen Bestehens des italienischen Einheitsstaates abgehalten werden, befindet sich auch ein internationaler Kunstkongreß, der acht Tage nach Eröffnung der internationalen Kunstausstellung, die auf den 27. März 1911 angesetzt ist, beginnen wird und acht Tage dauern soll. In dem internationalen Ehren-Ausschuß, an dessen Spitze der italienische Minister des öffentlichen Unterrichtes steht, befinden sich u. a. folgende Architekten: Ernesto Basile, Ludwig Baumann, John Belcher, F. de Suzor, Will. Henry Goodyear, Viktor Horta, Manfredo Manfredi, H. P. Nénot, Otto Wagner. Ein deutscher Architekt ist, wie man sieht, nicht darunter, wenn auch deutsche Vertreter der anderen Kunstgebiete sowie der Archäologie und Kunstwissenschaft in den Ehren-Ausschuß aufgenommen wurden. Der Kongreß beschäftigt sich in der Hauptsache mit Fragen, die für Künstler und Kunstforscher von praktischem Wert sind, oder allgemeines Interesse besitzen. Diese Fragen sind in die folgenden 5 Gruppen geteilt:

I. Gruppe: Allgemeine Bildungs- und Unterrichtsfragen. Geistige Wechselbeziehungen zwischen Publikum und Künstlern; künstlerische Bildung des Publikums und allgemeine Bildung der Künstler. Zweckmäßigkeit einer praktischen Unterweisung im Zeichnen und Modellieren in den Schulen verschiedenen Grades (Volks-, Mittel- und Hochschule). Anordnung und Wirksamkeit der Museen, Galerien und sonstigen Kunstsammlungen zur Verbreitung künstlerischer Bildung. Kunstgeschichte.

II. Gruppe: Kunstunterricht. Methoden des Kunstunterrichtes. Die verschiedenen Arten von Kunstschulen (Akademie, Kunstschule, Werkstatt, Kunstgewerbeschule usw.).

III. Gruppe: Öffentliche Kunstpflege. Ästhetik des Städtebaues. Zweckmäßigkeit gesetzlicher Maßnahmen in bezug auf die Errichtung von Neubauten und auf die Erhaltung alter Bauwerke. Schutz der Naturschönheiten. Erhaltung bzw. Wiederbelebung heimischer Kunstindustrien. Die Kunst im Hause. Gegenstände des täglichen Gebrauchs als Mittel zur künstlerischen Erziehung des großen Publikums.

IV. Gruppe: Ausstellungen, Konkurrenzen, Kunstgesetzgebung. Normen für die einheitliche Regelung von Ausstellungen und von nationalen und internationalen Kunstkonkurrenzen. Hierauf bezügliche Uebereinkünfte. Tarife und Zölle für Kunstwerke. Eigentumsrechte, Fragen des öffentlichen und Privatrechtes.

V. Gruppe: Studien und Versuche über Kunsttechnik. Beziehungen zwischen Wissenschaft und Kunst. Chemie und Technik der Farben. Die Photographie und die verschiedenen Reproduktionsverfahren. Materialien und Werkzeuge der Künste. Verfahren der alten Meister. Erhaltung und Restaurierung von Kunstwerken. —

Die Gebühr für die Teilnahme am Kongreß ist auf 10 Lire festgesetzt, für die Damen der Teilnehmer auf 5 Lire.

Die Verwaltung der königl. italienischen Staatsbahnen gewährt den Kongreßmitgliedern Fahrpreismäßigungen gegen Vorzeigung einer besonderen Berechtigungskarte (tessera), welche auf allen italienischen Bahnstationen, sowie bei den größeren auswärtigen Bahnagenturen zum Preise von Lire 10,50 erhältlich ist. Gegen Einsendung des entsprechenden Betrages an den vorbereitenden Ausschuß des Kongresses übernimmt dieser ebenfalls die Besorgung der tessera. Diese Berechtigungskarte (tessera) hat acht Abschnitte, die für acht beliebige Fahrten der Kongreßteilnehmer innerhalb Italiens gültig sind; nur muß das Reiseziel für den ersten Abschnitt Rom oder Turin sein. Die Fahrpreismäßigung beträgt ab Grenzstation 35—40%.

Der vorbereitende Ausschuß des Kongresses hat

Schritte getan, um den Kongreßteilnehmern weitere Vergünstigungen verschiedener Art zuteil werden zu lassen. Der Staat und die römische Stadtverwaltung haben bereits freien Eintritt für alle Museen und die staatlichen und städtischen Monumente Roms zugesagt.

Alle Zuschriften sind zu adressieren an: Sig. Pietro D'Achiardi, Segretario Generale del Congresso Artistico Internazionale, Via Margutta, 54, Roma.

**Zur Wiederherstellung des Marktbrunnens in Rottenburg,** eines der schönsten, der Mechthildis geweihten Brunnen aus der Spätzeit der süddeutschen Gotik, weiß, nachdem die Angelegenheit ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen in der Öffentlichkeit, zuletzt auf dem Denkmaltag in Danzig, vielfach erörtert wurde, der „Schwäb. Merkur“ zu berichten, daß die städtischen Kollegien Rottenburgs den inzwischen verstorbenen Baudirektor Max Meckel in Freiburg im Breisgau zu einer Begutachtung der Angelegenheit beriefen. Das Ergebnis seiner eingehenden Studien an Ort und Stelle hat Meckel in einem ausführlichen Gutachten niedergelegt, das sich als letzte Arbeit auf seinem Schreibtisch vorfand. Die vollständige Erneuerung des Brunnens hält Meckel aus künstlerischen und pietätvollen Gesichtspunkten für unbedingt geboten. Den Wiederaufbau der alten Teile, selbst im geschützten Raum, betrachtet er als untunlich und empfiehlt die Aufbewahrung derselben etwa im Rathaus oder möglichst in der Nähe des Brunnens. Als vollkommen stilwidrig und freie Erfindung des Bildhauers Eberlein, des Urhebers der letzten Wiederherstellung von 1847, bezeichnet Meckel den kleinen, bereits fertig nachgebildeten Sockelstein und erklärt dessen Ersatz durch einen breiten, dachförmigen Sockel, wie auf einem Stich aus dem Jahre 1843 ersichtlich, als dem ursprünglichen Sockel entsprechend, für richtig. Dann werden die drei unteren Fialen weiter hinausgerückt und der ganze Aufbau erhält die richtigen Proportionen, die er seit 1847 nicht mehr hatte. Weitere Bemerkungen betreffen sonstige bei dieser Wiederherstellung gemachte Mißgriffe in figürlichem und ornamentalem Beiwerk. Zu diesen Vorschlägen hatten die bürgerlichen Kollegien Stellung zu nehmen. Der Sitzung wohnten der Sohn Meckels, Architekt C. A. Meckel und der Landeskonservator, Prof. Dr. Gradmann, an. Architekt Meckel erläuterte überzeugend an Hand von Zeichnungen die von seinem Vater für unumgänglich erachteten Änderungen, die die einwandfreie Erneuerung des einzigartigen Denkmals ermöglichen. Prof. Dr. Gradmann stellte sich unumwunden auf den Standpunkt des Meckel'schen Gutachtens, den er als den bedeutendsten Spätgotiker Deutschlands bezeichnete. Er versprach, sich angesichts der infolge der ersten unrichtigen Ausführung entstehenden Mehrkosten für einen erhöhten Staatsbeitrag zu verwenden und schlug den Kollegien vor, die Vollendung des Brunnens nach den Vorschlägen Meckels unter seines Sohnes Leitung durch den mit den seitherigen Arbeiten betrauten Bildhauer Walz, dessen Leistungen er und Architekt Meckel in anerkennenden Worten würdigten, ausführen zu lassen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. So steht zu erwarten, daß noch vor Jahresschluß die Bewohner Rottenburgs und weite Kreise von Kunstfreunden sich von neuem am Anblick des herrlichen Mechthildbrunnens in seiner ursprünglichen Pracht wieder erfreuen dürfen. —

### Wettbewerbe.

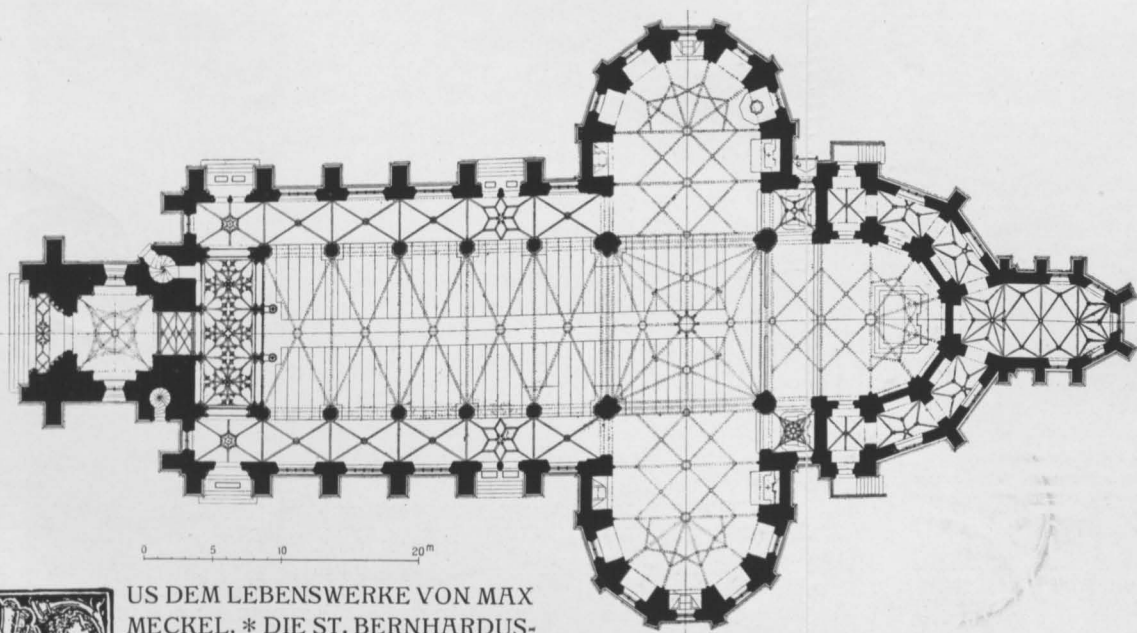
Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Realschul-Gebäude in Straubing ist vom Magistrat mit einer Summe von 2500 M. für Preise und 600 M. für Ankäufe beschlossen worden. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein König Albert-Denkmal in Bautzen zerlegte das Preisgericht die zur Preisverteilung zur Verfügung stehende Summe von 6000 M. in 3 Preise von je 2000 M. und verlieh diese den Entwürfen: „Ein Wettiner“ des Bildhauers Johannes Ernst Born in Dresden, „1870“ des Bildhauers Professor Georg Wrba in Dresden-Blasewitz, sowie „Turmschmuck“ des Hrn. Walter Hauschild in Grunewald. Die Arbeiten der Hrn. Arch. Willy Schönefeld mit Bildh. Bruno Ziegler in Chemnitz, Bildh. Kurt Matthes mit Arch. W. Meyer in Dresden, sowie Bildh. Franz Fuchs daselbst wurden zum Ankauf empfohlen. Den Arbeiten „Entweder — Oder“, „Zum Alten das Neue I“, „Heldenruhm“, „An der Ecke“ und mit dem Kennzeichen zweier Dreiecke wurde eine lobende Erwähnung zuteil. —

Inhalt: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. (Schluß.) Zur baukünstlerischen Ausgestaltung von Groß-Berlin. — Neue Baupolizei-Gebührenordnung für den Landespolizeibezirk Berlin. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Garnisonkirche St. Georg zu Ulm.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AUS DEM LEBENSWERKE VON MAX  
 MECKEL. \* DIE ST. BERNHARDUS-  
 KIRCHE ZU KARLSRUHE I. B. \* \*  
 ARCHITEKT: MAX MECKEL † IN  
 FREIBURG I. B. \* GESAMTANSICHT  
 VON DER DURLACHER-ALLEE. \*  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡  
 \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 18. \*







Inneres der Abteikirche in Gengenbach nach der Ausmalung von Max Meckel † in Freiburg im Breisgau.  
Aus dem Lebenswerke von Max Meckel.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 18. BERLIN, DEN 4. MÄRZ 1911.

## Zur Aesthetik der Baustoffe.

Ein Beitrag zur Heimatschutzbewegung. Von Ob.-Brt. K. Schmidt in Dresden.



**D**er „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ hat im Jahre 1908 zwei Denkschriften herausgegeben, die sich mit der Erzielung einer künstlerischen Bauweise in Stadt und Land und mit den bei Ingenieurbauwerken zu beobachtenden ästhetischen Rücksichten beschäftigten. Das gleiche Ziel, die Gesundung des Bauwesens im künstlerischen Sinne, verfolgt die vom Verband jetzt verbreitete nachfolgende Abhandlung über „Die Aesthetik der Baustoffe“.

Auch sie kämpft gegen die mißverständliche Anwendung von Ausdrucksmitteln der Architektur an Stellen, wo sie ihrem Wesen nach nicht hingehören, ohne indessen — und zwar ebenso wenig wie ihre Vorgänger — die Baustoff-Industrie als solche anzugreifen. Sie will dieser vielmehr nur Winke geben, deren Beherzigung besonders einzelnen schwer kämpfenden Industriezweigen neue Bahnen eröffnen und sie dadurch fördern wird. Die Wiedergabe der Schrift ist mit kleinen Auslassungen erfolgt.

**E**s war vorauszusehen, daß eine Bewegung wie der Heimatschutz, welche die Eigenart und Schönheit unserer heimatlichen Kulturbilder in ihrer geschichtlichen und natürlichen Entwicklung zu erhalten und Neu-

entstehendes im Sinne solcher Eigenart künstlerisch zu beeinflussen bemüht ist, vielfachen Mißverständnissen ausgesetzt sein würde.

Die verschiedensten Zeitschriften beschäftigen sich mit den angeblichen Uebergriffen des Heimatschutzes. Fast durchgehends rühren diese Angriffe von Gruppen solcher Industriellen her, die einen Rückgang in dem Absatz einzelner von ihnen hergestellter Baustoffe zu verzeichnen haben und diesen allein auf die Heimatschutz-Bestrebungen zurückführen möchten.

Neben solchen Interessenten stehen Baugewerbetreibende, auch Bauherren, die in der Geltendmachung Schönheitlicher Gesichtspunkte seitens der Baupolizeibehörden eine Beschränkung persönlicher Freiheit auf künstlerischem Gebiete erblicken. Alle Gegner des Heimatschutzes suchen hierbei die Meinung zu verbreiten, als strebe der Heimatschutz nur das Alte zu erhalten, die Einführung neuerer Baustoffe zu bekämpfen und neuzeitlichen Forderungen überhaupt sich entgegenzustellen.

Diese Angriffe sind aber völlig ungerechtfertigt! Sie lassen nur erkennen, daß bei den Gegnern noch Unklarheit darüber herrscht, welche Beziehungen zwischen der Gesamtgestaltung eines Bauwerkes und seiner Material- und Farbenwirkung bestehen.

Als ein Teil der großen allgemeinen Bewegung, die auf eine harmonische Kultur hinarbeitet, will der Heimatschutz das Verständnis für die aus dem Zweck entstandenen, ungekünstelten und vorbildlichen Gestaltungen der überlieferten Bauweise pflegen und damit den verloren gegangenen Sinn für Einfachheit und Wirtschaftlichkeit beleben. Er will die Natur nicht als Anwendungsgebiet menschlicher Werke, sondern lediglich als Rahmen für



solche aufgefaßt sehen, bemüht, nach Möglichkeit alles Aufdringliche, Abstoßende und Verletzende von ihr fernzuhalten, mögen auch durch diese Absichten vorübergehend materielle Interessen Einzelner betroffen werden. In gesunder Weiterentwicklung der bodenständigen Bauformen, die in ihrer Verschiedenheit den einzelnen Ländern zu ihren Reizen verholfen haben, will der Heimatschutz das Gesamtbild der Heimat in seiner Schönheit und Eigenart erhalten und damit fördernd auf die Liebe zur Scholle, auf die staaterhaltende Anhänglichkeit zu Heimat und Vaterland einwirken.

Jede Kulturbewegung braucht nun selbstverständlich zu ihrer inneren Klärung und zur Durchsetzung des allgemeinen Volksempfindens eine gewisse Zeit. Jede Kulturbewegung bringt bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen leider auch Mißverständnisse, oft genug auch Fehlgriffe und Härten mit sich. Sicher ist aber, daß die Heimatschutzbewegung keine Modeströmung, sondern von bleibendem Wert, von dauernder Bedeutung für unser Kulturleben ist.

Die Erreichung ihrer Ziele setzt nun allerdings ein liebevolles Verständnis für die Aufgaben unserer Zeit, vielfach ein Zurückstellen der eigenen Interessen zugunsten der Allgemeinheit und eine gewisse Vertiefung in die künstlerischen Werte der Formen und Stoffe und in deren Wirkungskraft voraus.

Die Stilfrage scheidet hierbei fast gänzlich aus. Denn nicht die stilistischen Einzelheiten sind es, welche die Bedeutung eines Bauwerkes im Sinne des Heimatschutzes ausmachen, sondern das Maß, in dem sich der Rhythmus seiner Massen, seines Umrisses und seiner Farben der Umgebung einfügt. In ein altergraues Straßenbild etwa einen Ziegelrohbau oder, umgekehrt, in ein auf Backstein-Architektur gestimmtes Gesamtbild einen Putzbau zu setzen, wird immer ein gefährliches Experiment bleiben und ohne Störung des architektonischen und malerischen Gleichgewichtes des Gesamtbildes nur von einem Baukünstler unternommen werden können, der für die Bedeutung und das Wesen des Gesamtbildes, dem sich das neue Bauwerk einfügen soll, rechtes Verständnis hat. Als ebenso gefahrvoll wird es betrachtet werden müssen, wenn die einheitliche Gestaltung und Farbenwirkung der Dächer, der für das Stimmungsbild einer Ortschaft bedeutungsvollsten Hausteile, gestört, wenn sich etwa in die beschieferten Dächer eines Gebirgsdorfes, einer Rhein-, einer Mosellandschaft, ein grelles, buntgemustertes Dach eindrängt. Vergrößert wird der Fehler, wenn in beiderlei Punkten zugleich gefehlt, wenn also statt eines Putzbaues mit Schieferdach ein Ziegelrohbau mit einem von der Allgemeinheit der Ortschaft abweichenden und auffallenden Dachbelag gewählt wird. Oft muß man zufrieden sein, wenn man die Störung mildern kann durch die Wahl eines Baustoffes, der wenigstens auf die Farbenwirkung Rücksicht nimmt, worin zahlreiche Industrielle die Heimatschutzbewegung in entgegenkommender Weise unterstützen. Derartige für die Übergangszeit unvermeidliche Kompromisse sind aber keinesfalls erstrebenswert und bringen keine dauernde Lösung der Frage.

Die in einzelnen deutschen Bundesstaaten bestehenden gesetzlichen Vorschriften gegen die Verunstaltung von Stadt und Land gehen daher hierin erheblich weiter. Nach ihnen kann aus Rücksichten des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege von einem Bauwerber statt des von ihm in Aussicht genommenen Baustoffes die Wahl eines anderen, ebenso aber auch eine andere Formgebung verlangt werden, sofern ihm ein erheblicher wirtschaftlicher Nachteil dadurch nicht erwächst.

Nun besteht aber der Vorzug der heimatlichen Bauweise gerade darin, daß sie vom Schlichten, Zweckmäßigen und Natürlichen in Stoff und Form ausgeht und größeren wirtschaftlichen Einklang zwischen Aufwand und Zweck erstrebt, was bei der seither geübten schematischen Bauweise unter fast ausschließlicher Verwendung städtischer Formen sicher nicht der Fall war. Auch hier bewährt sich der bereits vor 10 Jahren gefallene Ausspruch von Altmeister Henrici-Aachen: „Wo immer Auge und Gemüt verletzt werden durch das Neue, das in den Bestand des Alten eingefügt wurde, wird sich nachweisen lassen, daß es nur der Fähigkeit und des guten Willens bedurft hätte, um den Ton zu treffen, auf den durch Natur und Kunst die Umgebung gestimmt war, um im wahren Sinne des Wortes Heimatkunst zu treiben; es wird sich in der Regel aber auch nachweisen lassen, daß dieser Vorzug des Heimatlichen mit weit geringeren als den aufgewendeten Mitteln durchführbar gewesen wäre.“

In Folgendem soll nun versucht werden, auf die Beziehungen der am meisten in Gegensatz zu einander tretenden Baustoffe bei den Heimatschutz-Bestrebungen näher einzugehen.

## I. Dachbeläge.

Gestaltung des Daches, Art und Farbe der Dachbeläge nehmen in der Heimatschutzbewegung zweifellos eine hervorragende Stelle ein. Nichts ist bestimmender für die Erscheinung eines Bauwerkes als das Dach. Unseren Dörfern, unseren Städten hat im wesentlichen das Dach sein Gepräge gegeben: was wir deutsche Bauweise nennen, findet in der Dachgestaltung seinen vornehmsten und sinnfälligsten Ausdruck.

Die klimatischen Verhältnisse in Norddeutschland haben von jeher die steile Dachform (Satteldach) erfordert, wobei wiederum der Steinbelag (Ziegel oder Schiefer) sich mehr und mehr Geltung verschaffte, während der Stroh- und Schindelbelag mit der zunehmenden Bevölkerungsdichtigkeit, vielfach freilich auch durch übertriebene feuerpolizeiliche Bedenken, mehr und mehr verdrängt wurde. In Bayern, südlich der Donau, tritt neben das steile Dach das 1:2½ flacher geneigte, dessen ursprüngliche bodenständige Holzschindeldeckung leider mehr und mehr dem Blechbelag und — durch Veränderung seiner Neigung — dem Falzziegeldach gewichen ist.

Etwa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts sind nun andere Stoffe für die altbewährten und heimischen Dachsteine und mit ihnen andere Dachformen eingeführt worden, die ein fremdartiges Moment in unsere überlieferten Landschafts- und Ortsbilder tragen, ohne daß etwa neue künstlerische Werte entstanden oder eine höhere Wirtschaftlichkeit bei ihrer Anwendung sich ergeben hätte.

Insoweit es sich bei diesen neuen Dachformen und Ersatzstoffen nur um untergeordnete Baulichkeiten, wie etwa Schuppen und Kleinscheunen handelte, mochte die gewaltsame Durchbrechung der überlieferten und bewährten Bauweise allenfalls noch erträglich erscheinen. Aber mit der systematischen Verdrängung des steilen Daches durch das flache Dach und des einfarbigen, glanzlosen Dachbelages durch grellfarbige, buntgemusterte und glänzende Dachbeläge sowie die Verwendung des Pappdaches auch bei Wohngebäuden, deren Zahl doch immer etwa 9/10 aller Bauten beträgt, mehrt sich die Gefahr einer zunehmenden Entfremdung zwischen dem in uns lebenden Heimatbilde und der Wirklichkeit um uns. Damit droht aber eine Verminderung des Heimatgefühles und der Heimatliebe, denn an einer entstellten Heimat, an einer Heimat ohne Gefühlswerte hängt das Herz nicht mehr, sie verliert ihre Anziehungskraft. Alle Vaterlands-  
liebe aber wurzelt in der Heimatliebe!

Die Frage der flachen Dächer ist nun allerdings eigentlich nur für Norddeutschland und einzelne Teile Mitteldeutschlands von Bedeutung. In Süddeutschland und weiten Gegenden Mitteldeutschlands, deren industrielle Entwicklung in mancherlei Hinsicht von der des Nordens verschieden ist, hat der gesunde und wirtschaftliche Sinn der Bevölkerung sich von der altbewährten steilen Dachform weniger abdrängen lassen. Es ist überaus bezeichnend, dass sich in Bayern selbst für Feldscheunen das steile Dach mit dem altbewährten Ziegelbelag im allgemeinen behauptet hat. Sicherlich sind den süddeutschen Bauern die neuen Baustoffe nicht unbekannt geblieben, man hat gewiß auch versucht, ihnen deren Vorzüge deutlich vor Augen zu führen. Eine Erklärung für das Festhalten am Alten läßt sich auch nicht mit der Behauptung größerer Schwerfälligkeit abtun, sie kann nur in dem Umstand gefunden werden, daß der süddeutsche Landwirt den Wert einer dauerhaften und wetterbeständigen Bedachung mit einer wirtschaftlichen und zweckmäßigen Unterhaltung wohl zu würdigen weiß und bei seinen Erwägungen nicht allein die augenblicklichen Anlagekosten ausschlaggebend sein läßt.

In einer Petition, die unter dem 23. März 1910 von den Industrien des Steinkohlenteers über den Schutz des Bauwerkes in Stadt und Land und den Erlass von Bestimmungen über die Verwendung des Strohdaches an das preußische Abgeordnetenhaus gerichtet wurde, werden statistische Erhebungen gewünscht bezüglich der Beurteilung der „Wichtigkeit der Dachpappe für den Wohlstand der ländlichen Bezirke und ihre Berechtigung als nützlichstes Bedachungsmaterial, und wie sehr die Dachpappe beteiligt gewesen ist an der Erhaltung von Millionen ländlichen Eigentums und ersparter Feuerversicherungsprämien“. Dies fordert zu Widerspruch heraus!

Zunächst bewertet die Feuerversicherung doch das Pappdach nicht günstiger als das Ziegel- und Schieferdach; auch sind viele der in ländlichen Bezirken früher vorhanden gewesenen Ziegeleien, Kalkwerke, Schieferbrüche usw. zugrunde gegangen durch die in den Städten, an den Sitzen der Gaswerke entstandenen Teerpappfabriken, die letzteren sind also doch gewiß kein Segen für die ländliche Bevölkerung! Zum anderen werden die ge-



wünschten statistischen Erhebungen um deswillen keine Klarheit bringen, weil in den Teerpappfabriken nicht ausschließlich eigentliche Dachpappe, sondern auch zahlreiche Isolierpappen, Isolierfilze und Isoliermassen, Pappen für provisorische Bauten, Ausstellungshallen, Gebäuden, Schutzbeläge und vor allem Pappen als Unterlage für Schieferdächer hergestellt werden, alles Stoffe, die von der Heimatschutzbewegung gar nicht betroffen werden. Wie soll eine Statistik dies auseinander halten? Jedes Dach, welches von der Teer-Industrie nicht in Anspruch genommen wird, bleibt alteingesessenen Betrieben und Handwerkern erhalten und in einer mehr Raum gewinnenden Gestaltung der Dächer und der soliden Durchbildung ihrer Beläge und ihrer inneren Schutzvorrichtungen darf weit eher eine Steigerung des Nationalvermögens als eine Schmälerung desselben erblickt werden. Die Angriffe von seiten der Teerindustriellen in Sachen der Bedachungsfragen haben zur Schärfung des Urteils über die Vorteile und Nachteile der Verwendung von Ersatzstoffen überhaupt in weitesten und bisher noch gleichgültigen Kreisen wesentlich beigetragen.

So haben die Besitzer von Ton-, Ziegel-, Kalkwerken und Schieferbrüchen, sowie eine große Zahl von Bauhandwerkern, die in der Zunahme der Pappdächer eine erhebliche Einschränkung ihrer alteingesessenen Gewerbtätigkeit erblicken, endlich den Kampf gegen die Ueberhandnahme der Teerpappfabrikate aufgenommen und erfreuen sich der Unterstützung aller derer, die unsere unvergleichlichen Städte- und Landschaftsbilder als ein uns überkommenes Erbe nicht ohne Not der Verkümmernungsverwaltung ist klar geworden, welche gesundheitlichen und schönheitlichen Gefahren ihnen drohen, wenn — wie dies in Norddeutschland leider schon so oft der Fall ist — das flache geteerte Pappdach auch bei Wohnungsbauten seinen Einzug halten würde.

Man kann es Städten wie Dresden, München, Frankfurt usw., die in der Anmut und Schönheit ihrer Städtebilder zugleich eine wichtige Quelle wirtschaftlichen Gedeihens besitzen, nicht verdenken, wenn sie von der Zulassung flacher Dächer — namentlich für Wohngebäude — nichts wissen wollen. Dies um so weniger, als das flache Wohnhausdach gerade diejenigen Bevölkerungsklassen schädigen würde, die in den bescheidenen Kleinwohnungen des obersten Geschosses zu wohnen gezwungen und durch den Mangel einer genügenden Isolierung, wie sie das steile, steingedeckte Dach bietet, den Einflüssen der Sonnenhitze unmittelbar ausgesetzt sind. Auch die geringeren Essenhöhen, welche bei Wind und Sonnenschein ein Rauchen der Öfen im Gefolge haben, erzeugen Erschwernisse, deren Ursachen oft ganz wo anders gesucht werden.

Man wird einwenden, daß die Einschaltung isolierender Luftschichten, ja sogar von Bodenräumen bei Anordnung von ebenen Dächern ebenso gut möglich sei, wie bei Steindächern. Dabei vergißt man aber, daß solchenfalls der vielgepriesene Vorteil des ebenen Daches, nämlich die Ersparnisse der Kosten für Herstellung eines angemessenen großen Dachraumes vollständig verloren gehen und man dann doch besser bei der altbewährten und überdies auch genügende Nebengelasse für die Kleinwohnungen schaffenden Dachform bleiben würde. Deshalb wird schon aus sozialwohlfahrtlichen und gesundheitlichen Gründen die Verwendung ebener Dächer für Wohnungsbauten zu vermeiden sein.

Daß dies aber auch aus schönheitlichen Gründen befohlen werden muß, lehrt ein Blick auf zahlreiche trostlose Städtebilder in Norddeutschland — man denke nur an einzelne Stadtviertel in Hamburg, Schwerin, Stettin und Kolberg. In unbesiedeltem Land ohne landschaftlichen Reiz, welches ausschließlich der Industrie dienstbar bleiben soll, mag eine Heranziehung der Teerpappe als Dachbelag angehen. Hier erfordern eigenartige Verhältnisse und Fabrikationsveränderungen oft genug Bauten, die ebenso rasch errichtet wie verändert werden; außerdem unterbindet die Rußatmosphäre eines Fabrikviertels jede Farbwirkung. Kein einsichtsvoller Bausachverständiger wird sich der Einführung wirklich praktischer und die Baukosten verbilligender Neuerungen auf diesem Gebiete verschließen.

Kein Dachbelag aus Ersatzstoffen, mag es sich um eine einfache Dachpappe oder Doppelklebepappe, um Zementsteine, um Ruberoid oder Eternit handeln, kann unter unseren klimatischen Verhältnissen in Hinsicht auf Dauerhaftigkeit, Wetterbeständigkeit und Umdeckungs-Möglichkeit gleich bewertet werden mit einem guten Ziegel- oder Schieferdach. Noch weniger vermag diesem einer jener Ersatzstoffe künstlerisch sich ebenbürtig an die Seite zu stellen.

In den meisten Fällen wird sich auch der Nachweis erbringen lassen, daß bei Bauten von längerer Dauer Dächer aus billigen Ersatzstoffen nur in der ersten Anlage billiger werden, daß aber, wenn die kapitalisierten Unterhaltungskosten den Anlagekosten hinzugerechnet werden, Dächer mit den altbewährten Belägen in wirtschaftlicher Beziehung den Vorzug verdienen.

Alles, was das überlieferte Material als stilbildender Faktor in der Baukunst auszeichnet, seine Oberflächen- und Farbenwirkung, wie seine eigenartige Patinierung, sind künstlerische Werte, die empfunden werden müssen. Das nordische gelbrote Pfannenziegeldach und das der Profilwirkung entbehrende schwarze Pappdach sind Gegensätze, die sich niemals ausgleichen werden.

Das in Worpsswede (Maler Hans am Ende), ebenso aber auch in Freiburg i. Br. durch die Erfindung eines Landwirtes (Gernentz) eingeführte feuersichere Strohdach berechtigt nach den amtlich unternommenen Untersuchungen zu der Hoffnung, daß das bewährte alte Strohdach in dieser neuen Form überall da zur Anwendung gelangen und zugelassen werden kann, wo es als ein unbedingtes Erfordernis für die Erhaltung der Eigenart einer Landschaft angesprochen werden muß. Weitere Erfahrungen werden allerdings noch abgewartet werden müssen, ob die für die Tränkung dieser Dächer verwendeten Mittel dieselben dauernd feuersicher machen. Die praktischen und wirtschaftlichen Vorzüge des Strohdaches sind bekannt.

Jedenfalls verdienen die auf die dauernd feuersichere Gestaltung des landschaftlich schönen Strohdaches gerichteten neuzeitlichen Bestrebungen die wärmste Unterstützung aller Derer, welche die wirtschaftlichen Interessen ihres Heimatlandes mit der Einsicht in die Grundbedingungen seiner Schönheit und Eigenart zu verbinden bemüht sind.

Wie die Landwirtschaft nicht nur nicht zu den Gegnern, sondern sogar zu den Vorkämpfern der Heimatschutzbewegung gehört — es sei hier nur auf die erfreuliche Stellungnahme des Raiffeisenverbandes, ferner auf den herzhaften Vorstoß der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den von den Teerindustriellen unternommenen Versuch der Bekämpfung des Strohdaches, sowie endlich auf den vom preußischen Minister für Landwirtschaft ergangenen Erlaß vom 11. Oktober 1909 mit seiner das liebevollste Verständnis für die Zusammengehörigkeit von Heimatschutz und Landwirtschaft atmenden Fürsorge hingewiesen — so werden auch die Kreise der Industrie sich mehr und mehr überzeugen lassen, daß das Nationalvermögen durch die Bestrebungen des Heimatschutzes keinesfalls eine Einbuße erleidet.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich, daß nicht neue Bagedanken, neue Baustoffe oder neue Bauformen vom Eindringen in unsere Orts- und Landschaftsbilder ferngehalten werden sollen, sondern nur solche, die unschön und falsch angewendet sind.

Unschön wirken sie, sobald sie reklamehaft, aufdringlich und rücksichtslos der Umgebung sich aufdrängen und damit den harmonischen Zusammenklang eines Landschafts- oder Ortsbildes stören oder gar vernichten; falsch wirken sie, sobald sie sich als etwas anderes geben, als was sie wirklich sind. Eine Fabrik, beispielsweise in der Gestalt als Moschee, ist und bleibt ein falscher Bagedanke; ein rotgefärbter Zementdachstein in Biberschwanzform, Eternitschiefer als Nachahmung natürlichen Schiefers, Dachschindeln und Sandsteinarbeiten in Blech nachgeahmt — sind falsche Baustoffe! Zementdachsteine in Biberschwanzform ohne Rotfärbung dahingegen würden nicht zu verwerfen sein, wenn auch eine andere Form erwünschter wäre. Gegen solche mißverständliche Anwendungen wendet sich mit Recht die Heimatschutzbewegung. Sie weiß wohl, daß jeder neue Baustoff bei hinreichender Vertrautheit mit seinen Eigenschaften zu neuen Formen und zu neuen Behandlungsweisen führen kann, und daß es daher Aufgabe der Architektenschaft sein muß, durch richtige Behandlung und Formgebung der neuen Baustoffe für seine künstlerische Wirkung und Durchbildung zu sorgen. Aber sie vergißt auch nicht, daß nur ein ganz geringer Teil von Bauten der fürsorgenden Hand eines künstlerisch gebildeten Planverfertigers anvertraut wird und weitaus die Mehrzahl mit durchaus mangelndem Verständnis für künstlerische Formgebung und Materialwirkung rein handwerksmäßig von Baugewerbetreibenden hergestellt werden, Verhältnisse, an denen auch die Zukunft kaum wesentlich etwas ändern wird. Und weil dies so ist, weil bei dem heutigen Tempo der Bautätigkeit eine innere Wandlung in der Geschmacks-Richtung und im Können der Baugewerbetreibenden nicht immer abgewartet werden kann, wenn anders nicht tagtäglich unwiederbringliche Kulturwerte verloren gehen



sollen, wird eine Einwirkung auf die Wahl von Baustoffen auch fernerhin versucht werden müssen.

Nach alledem ergibt sich Folgendes:

Die Heimatschutzbewegung hat aus praktischen und künstlerischen Gründen auf die Oberflächen- und Farbenwirkung der zur Verwendung kommenden Bedachungstoffe sowie auf deren Einwirkung auf die Gestalt und die Umrißlinie der Dächer besonderen Wert zu legen; sie bevorzugt daher alle natürlichen, bodenständigen und bewährten Stoffe gegenüber den Ersatzstoffen, zumal, wenn die letzteren weder in ihrer Dauerhaftigkeit und Unterhal-

tung noch in ihrer Wetterbeständigkeit jenen gleichkommen.

Sie bekämpft weiter alle durch ihre Form, Zeichnung und Farbe auffallenden, aufdringlichen und den harmonischen Zusammenhang eines Orts- und Landschaftsbildes störenden Dachdeckungen. Kann sie deren Verwendung nicht hindern und handelt es sich dabei um die Erhaltung eines wertvollen Stimmungsbildes, so bleibt sie bemüht, den Mißklang, den das Neue in den Bestand des Alten bringen muß, wenigstens zu mildern. —

(Schluß folgt.)

### Vermischtes.

**Denkmalschutz in Lübeck.** Obwohl Lübeck bereits im Jahre 1818 eine Verordnung zum Schutz seiner Denkmäler besaß und seit dem Mittelalter bestrebt war, seinen seltenen Reichtum an Kunstdenkmälern zu erhalten, konnte doch nicht verhindert werden, daß dieses oder jenes Kunstdenkmal verloren ging, weil es sich im Privatbesitz befand. Es soll daher der Weg der Gesetzgebung beschritten werden, um auch solche Denkmäler zu schützen und zu erhalten. Das Denkmalschutz-Gesetz für Lübeck, das der Senat der beschlußfassenden Körperschaft vorlegte, schließt sich an das hessische Gesetz an und enthält folgende wesentliche Punkte:

Als Denkmal im Sinne des Gesetzes gilt jeder unbewegliche oder bewegliche Gegenstand, dessen Erhaltung wegen seiner Bedeutung für die lübeckische Geschichte und Kunstgeschichte im öffentlichen Interesse liegt. Die Ausübung des Schutzes soll unter der Aufsicht eines Denkmalrates dem Konservator der Bau- und Kunstdenkmäler übertragen werden. Der Denkmalrat besteht aus zwei Mitgliedern des Senates, sechs bürgerlichen Deputierten und dem Konservator. Unbewegliche Denkmäler (Baudenkmäler) dürfen ohne Genehmigung des Denkmalrates weder vernichtet oder dem Verfall preisgegeben, noch übertüncht oder bemalt werden. Bauliche Anlagen oder Veränderungen, sowie aufdringliche Aufschriften, Malereien oder Reklameschilder an einem Baudenkmal oder in dessen näherer Umgebung dürfen ohne Genehmigung des Denkmalrates nicht ausgeführt oder angebracht werden, wenn sie geeignet sind, das Denkmal zu verdecken, zu verunstalten oder in seiner Wirkung wesentlich zu beeinträchtigen. Von jeder Veräußerung eines beweglichen Denkmals ist dem Konservator schriftlich Kenntnis zu geben. Bewegliche Denkmäler ohne Genehmigung des Denkmalrates aus dem lübeckischen Staatsgebiet zu entfernen, ist verboten. Die Genehmigung soll jedoch in der Regel nicht versagt werden, wenn das Denkmal infolge Erbganges an einen außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes Wohnenden gefallen ist, oder wenn es sich um ein Denkmal handelt, das schon seit längerer Zeit sich im Besitz des Verfügungsberechtigten oder dessen Familie befindet und der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet aufgibt. Die in Betracht kommenden Denkmäler werden in einer Denkmalliste geführt. —

**Leitsätze der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“.** Auf der 36. General-Versammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ in Berlin am 21. Febr. d. J. wurden u. a. folgende Leitsätze einstimmig angenommen, die auch für unsere Leser von Interesse sein dürften:

1. Eine gedeihliche Entwicklung unseres Volkslebens kann nur stattfinden, wenn sowohl die städtische als auch die ländliche Bevölkerung von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß sie beide zusammengehören, daß auf ihrer gemeinsamen Tätigkeit die wirtschaftliche und Kulturentwicklung des ganzen Volkes beruht, und daß in Stadt und Land die Selbsthaftigkeit eines lebenskräftigen Mittelstandes und Kleinwerbes gefördert werden muß als Gegengewicht gegenüber dem Zuströmen unansässiger, teilweise sogar fremder Nationalitäten in die größeren Städte und Industriezentren.

2. Der Unterschied zwischen den Lebensbedingungen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung darf nicht noch weiter vergrößert, sondern muß durch eine weise Wirtschafts- und Steuerpolitik tunlichst verkleinert werden, um Mißstimmung zwischen Stadt und Land zu verhüten.

3. Besseres Verständnis der Städter für ländliche Verhältnisse, besseres Verständnis der Landbewohner für die städtischen Verhältnisse ist anzustreben durch Erhaltung derjenigen Betriebe in den Städten, welche in engem Zusammenhang mit dem platten Lande stehen, durch Anlage von Gartenstädten mit einfacher ländlicher Umgebung, durch Errichtung gemeinnütziger Bildungs-

stätten auch auf dem Lande, wie Wald- und Haushaltungsschulen, Schrebergärten usw.

4. Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern sind zwischen Stadt und Land gerecht zu verteilen. Von den gegen die Reichszuwachssteuer erhobenen Bedenken ist hervorzuheben, daß diese Steuer schädigend auf die Eigentumsverhältnisse gerade minderbemittelter Grundbesitzer einwirken wird. Städtische wie ländliche Grundbesitzer dürfen nicht einseitig durch eine neue Steuer belastet werden, angesichts der Tatsache, daß der Unansässige an dem im Reiche, in den Einzelstaaten und den Gemeinden durch den vierzigjährigen Frieden allgemein gestiegenen Wohlstand mindestens denselben Anteil hat wie der Ansässige.

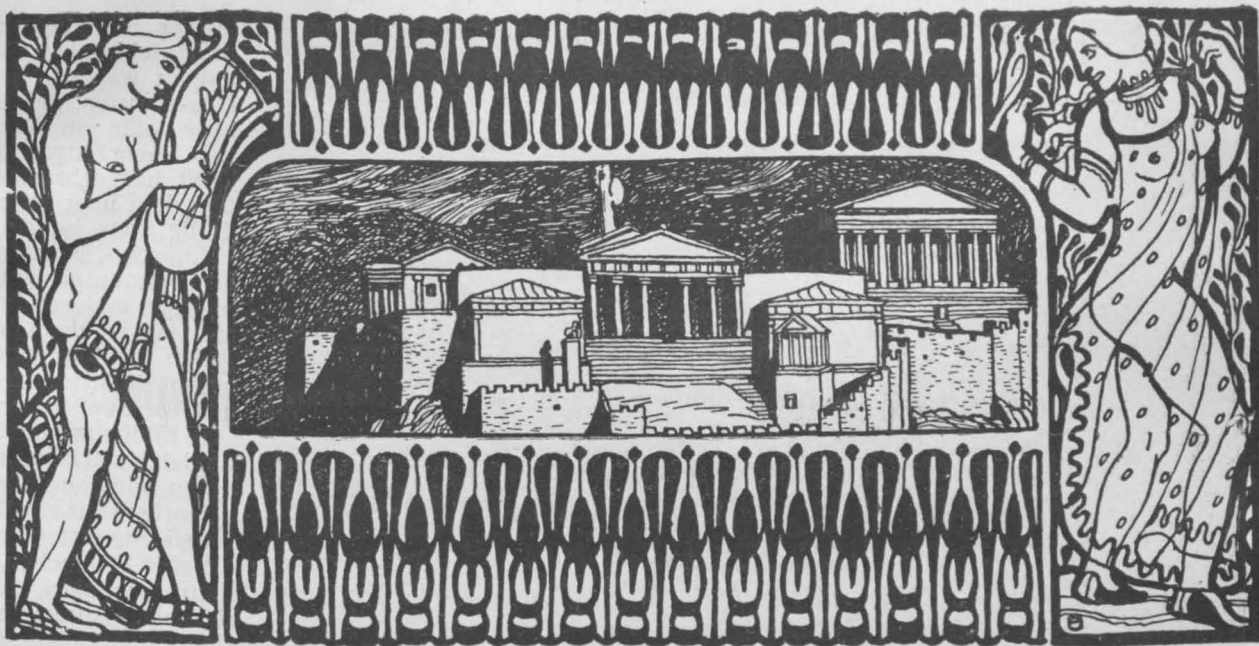
5. Gegen die vielfach schon eingeführte Besteuerung der Grundstücke nach dem sogenannten „gemeinen Wert“ sollen städtische und ländliche Grundbesitzer einmütig für Besteuerung nach dem Ertrage zusammenstehen, da jene ungerechte Belastung zu einer Mobilisierung des Grundes und Bodens und oft verlustreichem Besitzwechsel sowie zu einer noch dichteren Bau- und Wohnweise, namentlich in den Städten, führt, während die Bodenständigkeit der Bevölkerung und eine nicht zu enge Bau- und Wohnweise als notwendige Ergänzung gesunder volkswirtschaftlicher Entwicklung gefordert werden müssen.

6. Das überaus komplizierte Zuwachssteuergesetz birgt die Gefahr zahlreicher unerwünschter Prozesse zwischen den Zensiten und dem Steuerfiskus in sich. Um dem vorzubeugen, sind umfassende Ausführungsbestimmungen dringend notwendig. —

**Der Neubau eines Konzerthauses mit staatlicher Akademie für Musik in Wien,** der seit einiger Zeit betrieben wird, fängt an, greifbare Gestalt zu gewinnen. Die Entwürfe stammen von der Firma Fellner & Helmer in Wien. Nach ihnen sollen Konzerthaus und Akademienach außen ein harmonisches Ganze bilden, aber es soll doch jeder Bauteil in sich charakteristisch zu erkennen sein.

Das Programm des Konzerthauses fordert drei Säle für musikalische Darbietungen mit Fassungsvermögen für 2200, 844 und 533 Personen samt Nebenräumen für das Publikum, Musiker und Sänger, ferner die entsprechenden Restaurationsräumlichkeiten, Bureau für den Konzertverein, die Konzerthausgesellschaft, den Sängerkreis- und Männergesang-Verein. Das Programm für das Akademiegebäude verlangt ein Schulgebäude für musikalischen und dramatischen Unterricht für etwa 1000 Hörer und einen Uebungssaal mit rd. 550 Plätzen zur Vorführung musikalischer und dramatischer Darbietungen. Es wurde angestrebt, alle drei Säle auf gleiche Höhe zu legen, um einerseits jeden Saal für sich, zwei Säle oder alle drei Säle vereint benützen zu können. Entsprechend den Sälen sind auch die Garderoben und Treppen für die drei Säle vollkommen unabhängig voneinander zu betreten und zu benützen, die Anfahrten zum Gebäude sind für alle drei Säle getrennt. Dem Publikum stehen Garderoben im ganzen Ausmaße der Säle zur Verfügung. Im Gebäudeteil neben dem Eislaufverein befindet sich ein Restaurationslokal in einer Gesamtlänge von 74 m mit dem freien Ausblick nach dem Eislaufplatz und mit vorgelagerter Terrasse. Die Konzerthausgesellschaft gedenkt auch, in der ganzen Länge der Lothringer-Straße Restaurationsräume für etwa 1300 Personen herzustellen. Das neue Gebäude wird die Möglichkeit geben, nicht nur Musikaufführungen größten Stils und Ballfeste für 5000 und mehr Personen zu veranstalten, sondern auch Bankette, Kongresse und Versammlungen jeder Art sowie Ausstellungen in einem vornehmen Rahmen abzuhalten. Der Baugrund erfordert die Summe von 640 000 K., die Kosten der Durchführung des Baues 3 700 000 K., die Gesamtkosten sind mit 4 800 000 K. veranschlagt. Der Staat leistet hiervon einen Beitrag für seine Akademie in der Höhe von 2 000 000 K., 800 000 K. sollen durch ein Hypothekendarlehen aufgebracht werden, der Rest im Wege von Teilschuldverschreibungen, welche mit 4% verzinst und innerhalb längstens 50 Jahren zurückgezahlt werden. —





## BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. (Fortsetzung.)



Das Gesamtbild, das der Wettbewerb darbietet, ist ein außerordentlich mannigfaltiges, gedanken- und formenreiches. Diesem

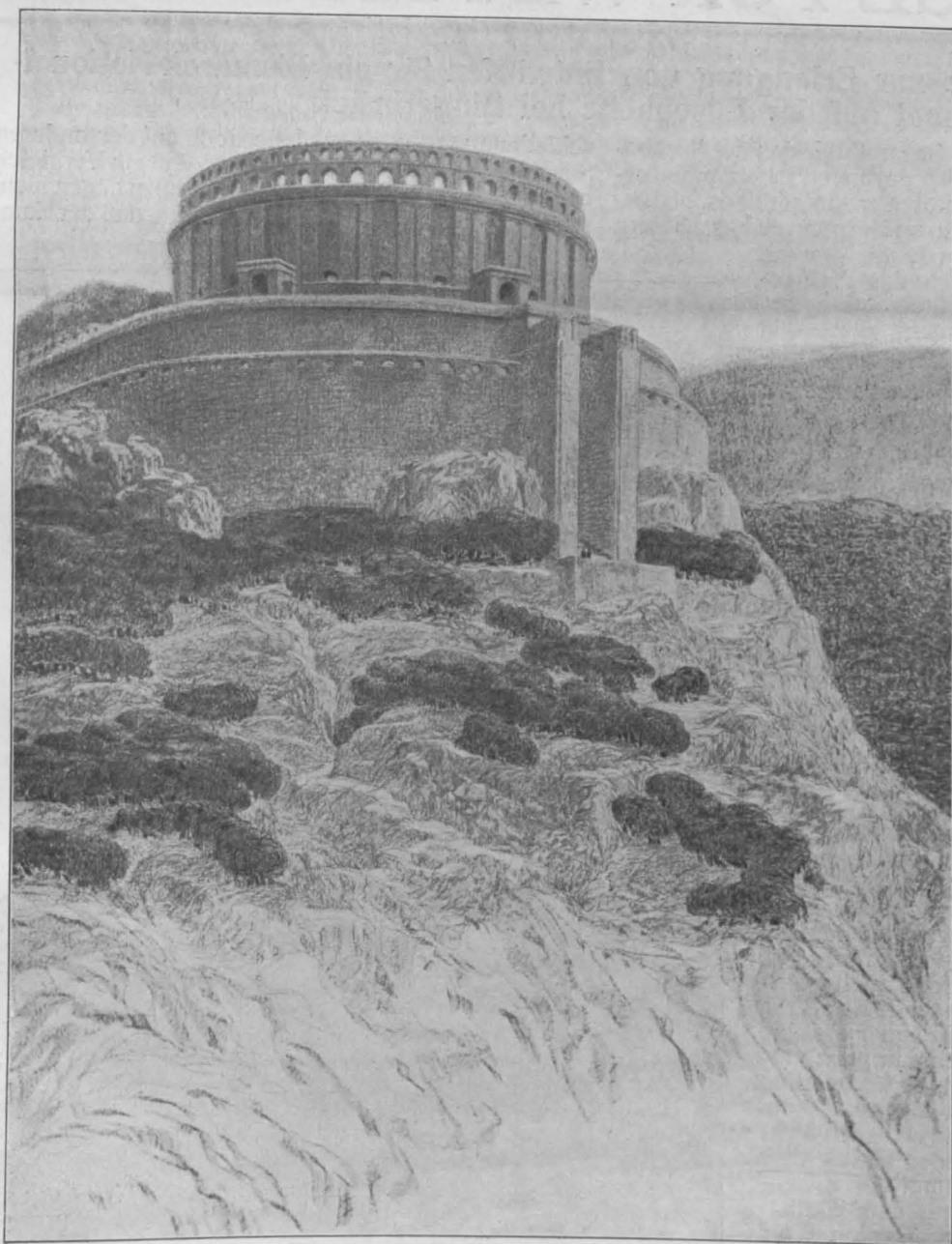
Umstande scheint auch das Preisgericht Rechnung getragen zu haben, da es sich bei der Auszeichnung der Ent-

schiedene waren, so sind sie doch auf der anderen Seite wieder nicht so verschieden, daß ein Vergleich beider Wettbewerbe wenigstens in großen Zügen nicht möglich wäre. Und da ergibt sich denn, daß der Ham-

würfe nicht an eine bestimmte Denkmalform hielt, sondern die verschiedenartigsten Denkmalformen berücksichtigte. Wir sagen „scheint“; tatsächlich ist bis zur Stunde ein Protokoll des Preisgerichtes nicht erschienen, sodaß nicht bekannt ist, welches die Grundsätze waren, nach denen das Preisgericht seine Entscheidungen fällte. Wir werden hierauf noch zurückkommen müssen, wenn die Verhandlungsschrift endlich vorliegen wird. Es wird dann auch einer Betrachtung zu unterwerfen sein, ob und in wie weit das Urteil des Preisgerichtes den Vorbedingungen des Wettbewerbes und seinen tatsächlichen Ergebnissen entspricht. Wenn also zugegeben ist, daß der Wettbewerb gedanken- und formenreich ist und wenn weiter festgestellt werden darf, daß die Zahl der Entwürfe, die eine bestimmte untere Grenze unterschreiten, bei diesem Wettbewerb vielleicht geringer ist, wie bei vielen anderen, so ist auf der anderen Seite doch auch wahrzunehmen, daß überzeugende Entwürfe, Arbeiten, die auf den Beschauer wie eine psychische Macht wirken, nur ganz vereinzelt vorhanden sind, daß vor allen Dingen das Bismarck-Denkmal vom Wettbewerb nicht hervorgebracht wurde. Es liegt nahe, den Wettbewerb für das Bismarck-Denkmal der Elisenhöhe zu vergleichen mit dem Wettbewerb für das Bismarck-Denkmal für Hamburg. Wenn auch die Grundbedingungen für beide Wettbewerbe sehr ver-



Entwurf: „Des Deutschen Volkes Dank“. Arch.: Fr. Beyer in Schöneberg.



Entwurf: „Treue um Treue“. Arch.: Prof. Herm. Billing, Bildh.: Hans Bühler in Karlsruhe.

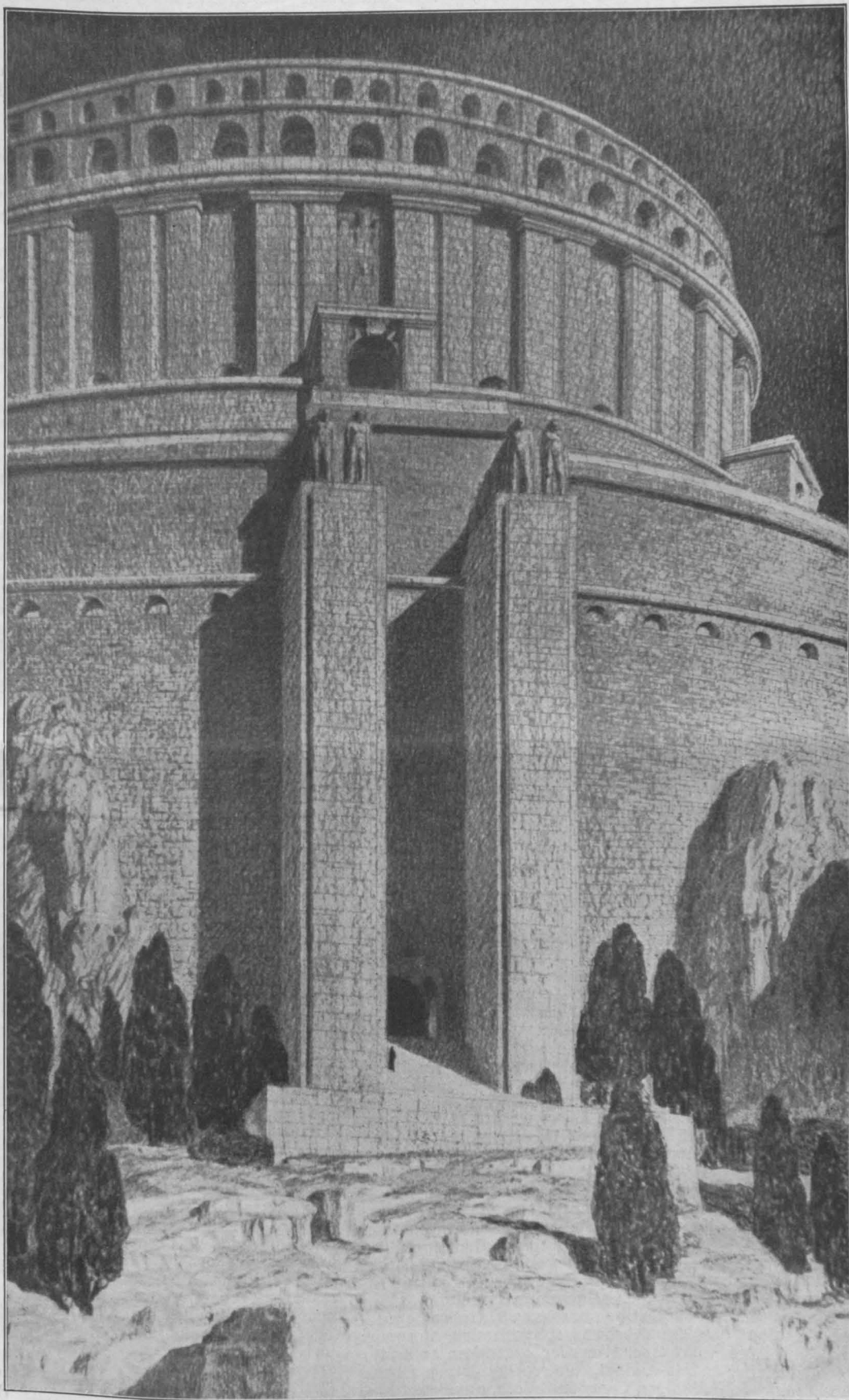
burger Wettbewerb zwar viel weniger homogen war wie der Düsseldorfer, daß er aber dafür ein Werk von überzeugender Kraft hervorbrachte, von dem man sagen durfte, das ist das Bismarck - Denkmal für Hamburg. Und noch in anderer Beziehung ist der Vergleich nicht uninteressant. Beim Hamburger Wettbewerb war die Bildhauerkunst ungleich stärker vertreten, wie beim Düsseldorfer Wettbewerb, wo sie zugunsten des architektonischen Elementes stark zurücktritt. Es liegt das sicher nicht allein an den anderen Grundbedingungen der Aufgabe: in Hamburg eine Parkanlage mit architektonischer Umgebung und Nahwirkung des Denkmals; bei Bingen ein Höhen- und Ferndenkmal mit Fernwirkung. Sondern es liegt wohl zum größten Teil an der zunehmenden Erkenntnis, daß für Aufgaben, die in Gedanken und in der Verkörperung dieses Gedankens über ein gewisses Maß hinausgehen, die Mittel der Bildhauerkunst allein nicht mehr ausreichen, den Eindruck, den der Gedankeninhalt fordert, zu erfüllen. Daher hat sich die Bildhauerkunst bei Aufgaben, wie sie das Bismarck - Denkmal für die Elisenhöhe stellt, damit abgefunden, in die Rolle der Hilfskunst zurückzutreten und der Baukunst die Führung im Konzert der Künste zu überlassen. Bekanntlich war das bei dem Wettbewerb um Entwürfe für das Niederwald-Denkmal noch nicht der Fall; mit Rücksicht auf die Fehlwirkung dieses Denkmals darf man daher von dieser Wandelung wohl als von einem Fortschritt in der Anschauung sprechen.

So formen- und gedankenreich nun aber auch der Wettbewerb ist, so lassen sich doch in der Hauptsache die



Gestaltungen auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von charakteristischen Gedanken oder Typen zurückführen. Zunächst auf die Erkenntnis, daß der eine Teil der für eine solche Unterscheidung in Betracht kommenden Wettbewerber die Größe des Denkmals in der physischen Größe des Denkmals zum Ausdruck zu bringen suchte, während der andere Teil Denkmalsgedanke und künstlerischen Denkmalsinhalt in Uebereinstimmung zu bringen trachtete. Wenn Turmbauten, Kuppelbauten, arenaartige Rundbauten, Propyläen, Tempelbauten, selbst Pagoden als krönende Masse auf die Elisenhöhe gestellt wurden, so war dabei neben der Fernwirkung die Absicht bestimmend, durch Größe und Höhe des Bauwerkes die Größe und das Maß von Verehrung anzudeuten, das die alles überragende Gestalt Bismarcks im deutschen politischen und im Geistesleben der Gegenwart einnimmt. Es konnte bei dieser Absicht auch von rein architektonischen Gedanken abgesehen und die Steigerung eines figürlichen Motives, sei es eines menschlichen oder sei es eines animalischen, in übernatürliche Größenverhältnisse zur Auslösung des angedeuteten Gedankens benutzt werden. Daß dabei auf die Bewältigung von Massen zurückgegriffen werden mußte, wie sie nur das entlegene Altertum der Ägypter und Assyrier und vielleicht noch das römische Altertum kannten, kann den nicht überraschen, der weiß, mit welcher Kraft und Macht jene Völ-

ker des Altertums Massen zu bewältigen und einem meist sakralen, also erhabenen Gedanken dienstbar zu machen wußten. Einstweilen bleiben jene Werke



Entwurf: „Treue um Treue“. Arch.: Prof. Hermann Billing, Bildhauer: Hans Bühler in Karlsruhe.

ker des Altertums Massen zu bewältigen und einem meist sakralen, also erhabenen Gedanken dienstbar zu machen wußten. Einstweilen bleiben jene Werke

noch für uns die nachahmenswerten Vorbilder für die Gestaltung von Gedanken, die über das Maß des Menschlichen im Sinne des griechischen Dichters hinausgehen.



Auf der anderen Seite nun aber steht die große Gruppe von Teilnehmern am Wettbewerb, die durch die künstlerische Denkmalform der Größe des Denkmalgedankens gerecht zu werden versuchte; die also die Bedeutung Bismarcks für das Deutsche Reich der Gegenwart und Zukunft durch Vertiefung des künstlerischen Gehaltes bei kleinerer Denkmalform zum Ausdruck bringen wollte. Es scheint, als ob dem Preisgericht diese letztere Absicht namentlich im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Mittel, deren Höhe augenscheinlich auf das Urteil maßgebenden Einfluß hätte, die willkommener war, denn von den 5 Preisen fielen 3 an Denkmalsvorschläge dieser Art. Auch unter den sonst zur Auszeichnung gelangten Entwürfen finden sich zahlreiche Gedanken von bescheidener Größe der Anlage des Denkmals, aber stim-

mungsreicher Formgebung, die bis zur hier wenig angebrachten Symbolik mit ihren zahlreichen Beziehungen geht. Von Einfluß war auch die Verbindung des Denkmals mit dem Denkmalplatz. Man versteht einzelne Entscheidungen des Preisgerichtes nicht, wenn man nicht weiß, daß in diesem oder jenem Fall nicht der Denkmalgedanke, der oft Manches zu wünschen übrig ließ, zur Auszeichnung gelangen sollte, sondern die glückliche Anlage des Festplatzes. Man wird geneigt sein, einer solchen Anlage sekundäre Bedeutung beizumessen, man wird aber doch nicht übersehen dürfen, daß eine glückliche Anlage des Festplatzes, der aber im Programm nur nebenher erwähnt war, für die Wirkung des Denkmals eine nicht unerwünschte Umrahmung sein kann. —

(Schluß folgt.)

### Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein auf der Schmelz in Wien zu errichtendes städtisches Museum** soll nach den Beschlüssen eines zuständigen Ausschusses beim Gemeinderat in Wien beantragt werden. Damit wäre in einer Angelegenheit eine Entscheidung beantragt, die weit über die Grenzen Wiens hinaus Bedeutung erlangt hat und auch in unserer Zeitung wiederholt besprochen wurde: in der Angelegenheit der Bebauung des Karls-Platzes und der Umgebung der Karls-Kirche. Wie bekannt, hatte Otto Wagner hierfür einen Entwurf für ein städtisches Museum aufgestellt, der vielfachem Widerspruch begegnete, weil er auf die Platzgestaltung, die Karls-Kirche und die Erhaltung des gewohnten Stadtebildes nach den Anschauungen urteilsfähiger Kreise nicht genügend Rücksicht nahm. Diesen Bedenken will nun die Stadtverwaltung Rechnung tragen und hat das Gelände des seiner Benutzung entzogenen Schmelzer Friedhofes für die Erbauung des Stadtmuseums bestimmt. Die von dem Ausschuss gefaßten Beschlüsse lauten: „1. Es sei dem Gemeinderat zu empfehlen, den seinerzeit gefaßten Beschluß, wonach das städtische Museum auf dem Karls-Platz zu errichten ist, zu reassumieren. 2. Das städtische Museum sei auf den der Gemeinde Wien gehörigen Gründen zwischen der verlängerten Hütteldorfer-Straße, verlängerten Kirchstetter-, Gablenz- und der Möring-Gasse mit besonderer Berücksichtigung des durch die Auflassung des Schmelzer Friedhofes gewonnenen Areales zu erbauen. 3. Zur Erlangung von Plänen für das auf der Schmelz zu erbauende städtische Museum sei eine öffentliche Konkurrenz, frei für deutschösterreichische Architekten ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz, auszuschreiben. In die Ausschreibung zur Erlangung von Plänen ist auch die Situation einzubeziehen.“

Wir begrüßen diese Beschlüsse, soweit sie die Erhaltung des schönen Stadtebildes des Karls-Platzes und der Karls-Kirche betreffen. Wir bedauern aber den Beschluß, einen neuen Wettbewerb auszuschreiben, weil Otto Wagner durch erfolgreiche Teilnahme am ersten Wettbewerb und durch seine eingehenden und opfervollen Vorarbeiten sich nach unserer Meinung ein moralisches Anrecht auf die Ausführung des Baues auf der Schmelz erworben hat. —

**Zu dem Wettbewerb Welttelegraphen-Denkmal Bern,** zu dem auch wir zu verschiedenen Malen Stellung nehmen mußten, enthalten verschiedene Tageszeitungen folgende Ausführung:

„Im Namen des Deutschen Künstlerbundes hat soeben dessen Präsident Graf v. Kalckreuth einen Protest an die Schweizerische Eidgenossenschaft in Sachen des Wettbewerbes um das Berner Welttelegraphen-Denkmal gerichtet. Unter unseren Künstlern, die bei der Einreichung von Entwürfen durch die sehr einschränkenden Bestimmungen des Wettbewerbsanges auf einen ästhetisch ungangbaren Weg gewiesen waren, hat es lebhaften Widerspruch erregt, daß das Preisgericht von jeder Prämierung absah, und die Allgemeine Kunstgenossenschaft hat deshalb Protest gegen dieses Verfahren eingelegt; der deutsche Künstlerbund schließt sich nunmehr dem Protest der Schweizer Künstler an, indem er es für moralisch unmöglich erklärt, die vorhandenen Preise den beteiligten Künstlern vorzuenthalten, auch wenn juristisch keine Einwände sich machen lassen. Das Vorgehen der Künstler hat bereits den Erfolg gehabt, daß in dem erneut ausgeschriebenen Wettbewerb alle jene einschränkenden Bestimmungen fallen gelassen wurden, die eine bestimmte Darstellung des Begriffes der Welttelegraphen-Union forderten und zur massenhaften Verwendung von Globen, Telegraphenstangen, Drähten und dergleichen Motiven geführt hatten. Auch die Preise sind

gegenüber dem ersten Wettbewerb bedeutend erhöht worden. Der erste Preis beträgt nunmehr nicht weniger als 8000 M. und außerdem stehen noch 12000 M. für die Preisverteilung zur Verfügung. Für die Ausführung sind 150000 M. bestimmt. An dem bisher vorgeschlagenen Platze, dem Helvetia-Platz, an dem die Union bei ihrer ersten Zusammenkunft tagte, wurde festgehalten. Die Einlieferung der Entwürfe soll bis zum 15. August erfolgen. Der internationalen Jury gehören unter dem Vorsitz des Architekten Eugen Jost in Lausanne von deutschen Künstlern nur Prof. Peter Breuer aus Berlin, von Franzosen Auguste Rodin, für Rußland de Benvis, von Holländern Prof. Cuypers an.“

**Internationaler Wettbewerb der Republik Chile.** Die Regierung der Republik Chile in Südamerika hat einen internationalen Wettbewerb für folgende Denkmal-Entwürfe ausgeschrieben: Ein Unabhängigkeits-Denkmal in Form eines Triumphbogens (Bausumme 240000 Doll.). Dieser Triumphbogen soll die Entwicklung der Republik auf den verschiedensten Gebieten sowie den Ruhm des chilenischen Heeres und der Flotte versinnbildlichen und mit vier großen Bronzegruppen in Haut-Relief versehen sein, welche die Unabhängigkeit Chiles, den Befreiungszug von 1820, den Krieg gegen die peruanisch-bolivianische Konföderation vom Jahre 1839 und den pazifischen Krieg darstellen sollen. Für dieses Denkmal ist ein I. Preis von 10000 Doll. und ein II. Preis von 5000 Doll. ausgesetzt worden. —

Fünf Bildsäulen aus Bronze mit Sockel aus inländischem Granit für folgende Staatsmänner: a) Minister Camile Henriquez in Santiago (Herstellungssumme 20000 Doll.), b) Zenteno in Santiago, c) General Joaquin Prieto in Conception, d) General Manuel Bulnes in Conception, e) General Las Heras in Talea. Die Herstellungssumme der Denkmäler unter b—e beträgt je 60000 Doll. Für jede dieser Bildsäulen sind ein I. Preis von 2000 Doll. und ein II. Preis von 1000 Doll. ausgesetzt worden. Die mit einem Kennwort zu bezeichnenden Entwürfe sind bis zum 1. September 1911 an die chilenische Gesandtschaft in Paris einzusenden. —

**Wettbewerb Ober-Realschule in Jena.** Unter 71 Entwürfen erhielten: den I. Preis von 2000 M. der Entwurf „1806“ des Hrn. Xaver Henselmann in Dresden; den II. Preis von 1500 M. der Entwurf „Harmonie“ des Hrn. Curt Höppner in Oschatz; den III. Preis von 1000 M. der Entwurf mit dem Kennzeichen des blauen Ringes des Hrn. Ludwig Hirsch in Jena. Sämtliche Entwürfe sind bis 12. März in der Nordschule ausgestellt. —

**Wettbewerb für das Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe.** Zu unserer Besprechung in Nr. 14 erhalten wir folgende Zuschrift:

„An die Tatsache, daß Prof. Herm. Hahn einige Monate vor Ablauf des Wettbewerbes aus dem Preisgericht ausgetreten ist (S. 122), knüpfen Sie die Bemerkung, es sei „durchaus begreiflich, daß die Teilnehmer des Wettbewerbes eine Benachteiligung in der Gleichheit der Waffen darin erblicken und daß dem ausgetretenen Preisrichter Gesichtspunkte der Jury bekannt wurden, mit denen die übrigen Teilnehmer des Wettbewerbes nicht rechnen konnten.“

Demgegenüber sei festgestellt, daß Prof. Hahn acht Monate vor Ablauf des Wettbewerbes aus dem Preisgericht ausgetreten ist und nie an einer Sitzung des Komitees teilgenommen hat; es konnten ihm also auch nicht mehr „Gesichtspunkte der Jury“ bekannt sein, als jedem anderen Teilnehmer des Wettbewerbes.

Hielt es Hr. Prof. Hahn nicht für nötig, sich selbst zu der Sache zu äußern? Wir kommen auf die Angelegenheit zurück. —





## \* BEILAGE FÜR VEREINE \*

### Berichte über Versammlungen und Besichtigungen.

**Architekten-Verein zu Berlin.** Versammlung am 9. Januar 1911. Vors.: Hr. Saran, Schriftf.: Hr. Siedler. Anwes.: 112 Mitgl.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen ein, sowie mit einem Hinweis auf die reiche Ernte, die der Tod seit der letzten Sitzung des Vereins im alten Jahre am 12. Dezember 1910 gehalten hat. Hr. Redlich berichtete sodann über die Tätigkeit des Studien-Ausschusses und befürwortete ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Berliner Bezirks-Verein des „Vereins Deutscher Ingenieure“.

Hr. Eiselen sprach sodann kurz über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses für Groß-Berlin und entwickelte dessen weiteres Programm. Er betonte, daß die Anschauung, der Ausschuß habe mit der Entscheidung des Wettbewerbes um einen Grundlinienplan für Groß-Berlin seine Tätigkeit abgeschlossen, eine durchaus irrige sei. Der Ausschuß fühle sich noch völlig lebensfähig und habe noch eine große Reihe von bedeutenden Aufgaben zu lösen, vor allem auch die, die einmal in weitere Kreise getragene Bewegung und Erkenntnis von der Notwendigkeit eines einheitlichen, großzügigen Vorgehens in Fluß zu halten und zu vertiefen. Zu den Arbeiten des Ausschusses seien aber auch Mittel erforderlich. Er beantrage daher im Auftrage des Ausschusses die Bewilligung von zunächst 500 M., wie das von dem anderen am Ausschuß beteiligten Verein, der „Vereinigung Berliner Architekten“, bereits geschehen sei. In eine Diskussion der Frage wurde an dem Abend nicht eingetreten, da der Vorsitzende zunächst eine Stellungnahme des Vorstandes herbeiführen und dann bei dem Verein geeignete Anträge stellen wollte. Im übrigen wurde die Weiterarbeit des Ausschusses auch vom Vereinsvorsitzenden als wünschenswert anerkannt.

Den Vortrag des Abends hielt nunmehr Hr. M. Hasak über das Thema: „Wie schafft man Ornamente?“ Der Vortragende führte an der Hand von vorzüglichen Bildern aus dem im vorigen Jahr erschienenen Werke Meurers: „Vergleichende Formenlehre des Ornamentes und der Pflanze“ die Entstehung des griechischen Ornamentes vor Augen. Es ist eine Umbildung des ägyptischen Ornamentes durch die Meisterhand der Griechen. Daraus erhellt, daß es mehr oder minder dem Zufall seine Gestalt verdankt. Nun haben die Römer, die Künstler der Renaissance, des Barocks und Rokokos durch Umwandlungen alle ihre herrlichen Ornamente aus diesen Zufallsformen abgeleitet. Neue Formen aus diesem Born zu schöpfen ist für uns weder möglich

noch ratsam. Man gebe diesen ausgetretenen Pfad, der zu einer Sackgasse geworden ist, auf und schlage den ursprünglichen Pfad ein, den auch die Ägypter gegangen waren, man entnehme die Ornamentformen der Natur. Auch hierfür bietet Meurers Werk die schönsten Anregungen. Wie lohnend dieser Weg ist, den auch das Mittelalter schon mit großem Erfolg beschritten hatte, zeigte Redner an einer Reihe Ornamenten seiner eigenen Bauten. Jegliches Unkraut hatte seine Blätter und Blüten hergegeben, die sich in ihren reizvollen Umrissen dem griechischen Akanthus völlig ebenbürtig wenn nicht gar überlegen erwiesen.

Die interessanten, stellenweise scharf zugespitzten Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Versammlung am 16. Januar 1911. Vorsitz.: Hr. Saran, später Hr. de Thierry, Schriftf.: Hr. Lampe. Anw.: 75 Mitglieder und 4 Gäste.

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen wies der Vorsitzende auf die kürzlich erfolgte Ernennung von dem Verein nahestehenden Männern zu Mitgliedern der Akademie des Bauwesens hin (vergl. die Mitteilung der Namen in No. 1) und sprach den Betreffenden die Glückwünsche des Vereins aus.

Es wurden dann zwei Monatswettbewerbe auf dem Gebiete des Ingenieurwesens, Entwurf zu einer Abwasser-Reinigungsanlage bzw. zu einem Tor für eine Luftschiffhalle durch die Hrn. Langbein und Landsberg besprochen. Es konnte den Hrn. Reg.-Bfhrn. Dipl.-Ing. Jentsch in Berlin und de la Lome in Zehlendorf je ein Vereinsandenken zuerkannt werden.

Hierauf hielt Hr. Wilhelm Meier vom Reichs-Kolonialamt einen interessanten Vortrag über: „Das Eisenbahnwesen in den Kolonien“. Einleitend gab der Vortragende an der Hand von Karten kurze Mitteilungen über die Geschichte der einzelnen Kolonialbahnen. Mangel an Vertrauen beim deutschen Volk auf die Entwicklungsfähigkeit unserer Kolonien machte zuerst größere Eisenbahn-Unternehmungen unmöglich. Einzeln nacheinander und nur stückweise wurden kurze Stichbahnen in die zu erschließenden Länder hingebaut. Erst als allmählich der koloniale Gedanke im Volk immer mehr Wurzel geschlagen und das Vertrauen auf die Entwicklungsmöglichkeit der Kolonien auch weitere Kreise ergriffen hatte, konnte im Jahre 1908 der erste Kolonial-Staatssekretär daran gehen, mit einem großzügigen Eisenbahnprogramm vor die Volksvertretung zu treten. Und der Erfolg gab ihm recht. Das Programm wurde ohne jeden Abstrich genehmigt. Vortragender besprach dann



ausführlicher einige Fragen, die für den Bahnbau in den Tropen, der im weiteren Verlauf des Vortrages vorwiegend behandelt wurde, von der größten Bedeutung sind: die eingeborenen Arbeiter, die europäischen Baubeamten, die Transportverhältnisse und die Baumaterialien. Die Bahnen in den tropischen Kolonien werden fast ausschließlich mit Eingeborenen des Landes ausgeführt. Es sind zurzeit mehr als 25000 Neger beim Eisenbahnbau beschäftigt. Die Eingeborenen unserer Tropenkolonien, die fast ausnahmslos noch auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen, sind trotz der dauernden Bemühungen der Regierung, sie an intensivere Arbeitsleistungen zu gewöhnen, für die schweren Arbeiten des Eisenbahnbaues von vornherein noch wenig geeignet. Erstallmählich, während der Arbeitszeit, werden sie brauchbarer. Die Verpflegung der großen Arbeitermassen ist schwierig. Sorgfältige sanitäre Maßnahmen sind erforderlich, um sie gegen Krankheit und Epidemien zu schützen. In Togo und Kamerun muß die Regierung Arbeiteranwerbung und -Beschaffung für die Bahnbauten in der Hauptsache selbst besorgen. Angebot von freiwilligen Arbeitern ist in Kamerun wenig, in Togo dagegen in größerem Umfange vorhanden, vor allem in den Zeiten, wo der Eingeborene nicht mit der Ernte zu tun hat. Weiter behandelte der Vortragende dann die Schwierigkeiten der Bautransporte, die noch vorwiegend in Lasten auf den Köpfen der Neger erfolgen müssen. Wagentransport der Baugeräte und Baumaterialien mittels tierischer Kraft ist wegen der fast überall auch längs der Bahnen vorkommenden Tsetse nur an der Usambara-Bahn möglich. In Togo ist es gelungen, die Eingeborenen der Küstenbezirke zu Wagenziehern heranzubilden. Ein an der ostafrikanischen Zentralbahn gemachter Versuch, Kraftwagenverkehr für Bautransporte einzurichten, ergab sich als unwirtschaftlich. Vortragender besprach dann die Bauausführung im einzelnen näher und zwar die Erdarbeiten, Durchlässe und Brücken, Oberbau, Stationen, Fahrzeuge usw. Das Reich baut seine Bahnen in den Kolonien nicht in Eigenbetrieb, sondern läßt sie unter besonderer staatlicher Aufsicht durch Großunternehmer ausführen, wofür die Gründe kurz erläutert wurden. Den Schluß des Vortrages bildeten einige Ausführungen über den Betrieb, bei dem eine möglichst weitgehende Verwendung von Eingeborenen zwecks Herabsetzung der Betriebskosten anzustreben ist, und kurze Mitteilungen über die Wirkungen der Bahnen und ihren Verkehr, der sich bei allen günstig, bei einigen sogar über Erwarten günstig entwickelt. Zahlreiche gute Lichtbilder veranschaulichten den sehr instruktiven und eingehenden Vortrag. —

**Sächsischer Ingenieur- und Architekten-Verein.** Wochens-Versammlung vom 28. November 1910. Hr. Prof. Dr. Wislicenus aus Tharandt hielt einen Vortrag über: „Die hygienische Aufgabe und Zweckgestaltung der Schornsteine und anderer technischer Abgasquellen“, dessen Gedankengang etwa folgender war: Um die Mittel zur Bekämpfung der Rauchschäden zu finden und um festzustellen, welche Ansprüche dabei an die Industrie zu stellen sind, ist es nötig, einige Streiflichter auf die Abgasfrage zu werfen. Die Raucharten bestehen chemisch aus Feststoffen und sauren Gasen. Beide Teile sind für Menschen und Tiere schädlich, die sauren Gase, und unter ihnen besonders die schweflige Säure, auch für die Vegetation. Dabei ist die Masse der Abgase nicht so schädlich wie ihre Konzentration. Die Großstadt ist daher weniger imstande, Rauchschäden zu veranlassen, wie eine einzige konzentrierte Rauchquelle. Die größten Anstrengungen zur Entsäuerung der Abgase haben bisher die Freiburger Hüttenwerke gemacht. Allein die „entsäuerten“ Restgase können durch keine technischen Mittel wirklich unschädlich gemacht werden. Versuche über die zulässige Konzentration der Gase zeigen, daß vielleicht erst eine Verdünnung von 1:2000000 genügt, um die Gase für Pflanzen unschädlich zu machen. Hierauf bespricht der Vortragende die Mittel zur Verhütung der Rauchschäden. Bei den technischen Mitteln sind die Entsäuerung und die Bekämpfung der Restgase, die schon „entsäuert“ sind oder nicht entsäuert zu werden brauchen, zu unterscheiden. Zur ersten Hauptart gehören der nicht brauchbare Wasserwaschversuch, die Winkler'sche Regenkammer, in der die Gase nicht nur gewaschen, sondern auch durch Abkühlen stark kondensiert werden, wobei das Wasser mit den Gasen in Form eines Tropfregens in Berührung gebracht wird, sowie der Naß-Ventilator, bei dem das Wasser zerstäubt wird. Die Bekämpfung der Restgase kann nur durch Verdünnung erfolgen. Vom Vortragenden sind hierfür früher Gebläse-Essen vorgeschlagen worden. Die staatlichen sächsischen Hüttenwerke haben Versuche gemacht, die Gase durch

Einführung in hohe Luftschichten zu verdünnen. Da aber die Luftmassen in den hohen Schichten weniger in Wirbel versetzt und die Abgase daher zu wenig zerzaust werden, ist die erhoffte Wirkung ausgeblieben, und auch durch die berühmte Halsbrücker Esse sind Schäden hervorgerufen worden. Man hat erkannt, daß die Erbauung zu hoher Schornsteine ein Fehler ist. Erforderlich ist es nur, die Schornsteine so hoch zu bauen, daß die Zughöhe berücksichtigt ist. Besonderer Wert ist dabei darauf zu legen, daß die Abgase in Wirbelbewegung versetzt werden. Diesen Anforderungen entspricht in hervorragender Weise der dem Vortragenden geschützte Gitterschornstein, bei dem über demjenigen Teil, der die Zughöhe bedingt, rings um den Schornstein bis zu seinem obersten Ende Oeffnungen, am besten konische Windkanäle von bestimmter Anzahl und Größe angebracht sind. Zur Erzielung der Wirbelbewegung sind diese Windkanäle im Wesentlichen wagrecht und radial oder tangential, sowie unten eng und oben weiter, bei Blechschornsteinen auch teilweise trichterförmig verlängert hergestellt worden. Vorgeführte Lichtbilder bewiesen, daß durch diese Schornsteine die Auflösung des Rauches in Nebeldunst in vorzüglicher Weise gelingt. Kommen Gase von hohem Säuregehalt in Frage, so wird man den Gitterschornstein als „Restgas-Verdünnung“ mit einer Waschkammer in Verbindung bringen. — Nach den bisher erzielten Erfolgen ist es erwiesen, daß man mit den Mitteln, die nur die Selbstbewegung des Windes benutzen, am leichtesten und ehesten zum Ziel kommt, sowohl aus rein technischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. — Sch.

Am 4. Dezember 1910 fand in Leipzig die 169. ordentliche Hauptversammlung statt, nachdem zunächst am Abend vorher eine Verwaltungsratsitzung abgehalten worden war, an die sich im großen Festsaal des Hotel de Pologne in der üblichen Weise eine Begrüßung der erschienenen Mitglieder und ihrer Damen anschloß. Vor der Hauptversammlung selbst hielten sämtliche Fach-Abteilungen im Johanneum der Universität Abteilungs-Sitzungen ab, bei welchen folgende Vorträge gehalten wurden:

Fachabteilung I und II: Hr. Wasserwerks-Dir. Bamberger-Leipzig über: „Das neue Leipziger Wasserwerk“. Er führte etwa folgendes aus: Unter Zugrundelegung der in dem trockenen Jahre 1904 beobachteten Wassermenge und der mittleren Bevölkerungszunahme wurde berechnet, daß die nicht mehr erweiterungsfähigen jetzigen Anlagen nur bis 1912 ausreichen würden und es wurde daher ein neues Werk geplant. Zwischen Wurzen und Thallwitz wurde hierzu ein geeignetes Gebiet gefunden. Da die Ergiebigkeit auf dem ganzen Versuchsfelde eine ziemlich gleichmäßige war, konnten die Betriebsanlagen in der Mitte angelegt und von hier aus zwei Heberleitungen nach Süden und Norden verlegt werden. In Entfernungen von je 9 m ist ein Rohrbrunnen angegeschlossen. Die Heberleitungen münden in einen 10 m tiefen Sammelbrunnen, aus dem die Maschinen das Wasser ansaugen. Das in Canitz geförderte Wasser wird durch eine 16 km lange Druckrohrleitung von 1000 mm Durchmesser fortgeleitet, die bei Machern in einen Meßbehälter aus Stampfbeton mündet. Von hier fließt das Wasser auf einer Länge von 3 km mit freiem Spiegel. Die Länge der Gußleitung bis zum Hochbehälter bei Probstheida beträgt 14 km. In Probstheida führt die neue Zuleitung unmittelbar in die Reinwasserbehälter. Sollte das Wasser später eisenhaltig werden, so kann es über die Enteisungsanlagen geleitet werden, um es dann gemeinsam mit dem Wasser des jetzigen Werkes nach der Stadt fließen zu lassen. Die gesamte Wassermenge stellt sich auf 600 l in einer Sekunde, was einer täglichen Leistung von 50000 cbm entspricht.

Fachabteilung III hörte einen Vortrag des Hrn. Bauamtmannes Dr.-Ing. Mackowsky-Leipzig über: „Die Gartenstadtbewegung und ihre Bedeutung für das Kleinwohnungswesen“. Infolge der schnellen Bevölkerungszunahme unserer großen Städte ergab sich sehr bald ein Mangel an Kleinwohnungen. Zeitig schon erbauten daher die Städte, z. B. Lüneburg, Arbeiter-Wohnhäuser. Sehr bald aber bemächtigte sich dieser Bestrebungen die Spekulation, und so entstand die Mietskaserne, über deren Schäden Redner näher berichtet. Ihnen beizukommen ist Sache der städtischen Behörden. Unter Gartenstadtbewegung versteht man die planmäßige Besiedelung auf billigem, dem Gemeinwesen im Eigentum verbleibenden Grund und Boden. England hat den Gedanken, der ungesunden Wohnungsanhäufung durch Errichtung von Gartenstädten beizukommen, zuerst verwirklicht. In Deutschland ist man trotz der mustergültigen Arbeiterwohnstätten der Firma Krupp in Essen erst in jüngster Zeit zur tatsächlichen Lösung der Aufgabe gekommen. Die erste wirkliche deutsche Gartenstadt ist



Hellerau bei Dresden. Nach Angaben über die Entstehung dieser Gartenstadt und deren Boden- und Besitzverhältnisse werden verschiedene deutsche und englische Gartenstädte sowie Entwürfe im Lichtbilde vorgeführt.

In Fachabteilung IV behandelte Hr. Geh. Bergrat Prof. Dr. Credner-Leipzig „Das Tertiär des nord-westlichen Sachsen“. Im Anschluß hieran besprach Hr. Sektionsgeologe Dr. Etzold-Leipzig „Die Leipziger Braunkohlenformation“.

Aus der nachmittags unter dem Vorsitz des Hrn. Geh. Bergrats Fischer in der Universität abgehaltenen Gesamtsitzung ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl des Vereines nach den erfolgten Neuaufnahmen 702 beträgt, daß anstelle des wegen seiner Versetzung nach Niederwiesa ausscheidenden stellv. Verhandlungsschriftführers und Schriftleiters der Vereinsmitteilungen Bauamtmannt Schmidt, Bauamtmannt Kunitz-Dresden, anstelle des ausgeschiedenen Verbandsabgeordneten Stadtrats. Franze-Frankfurt a. M., Stadtr. Fleck-Dresden und als Stellvertreter der Abgeordneten Brt. Prof. Kühn-Dresden und Stadtr. Peters-Leipzig gewählt wurden. Erwähnt seien noch die Berichte über Verbandsangelegenheiten und über die vom Verein seit der 168. Hauptversammlung geleisteten Arbeiten. Unmittelbar an die Gesamtsitzung schloß sich ein Vortrag des Hrn. Stadtrats. Prof. Erlwein-Dresden über: „Städtebauliches an Sachsens Elbufern“. Es ist z. Zt. eine Bewegung im Gange, die Elbufer mit drei und vier Stock hohen Häusern zu bebauen. Noch ist es Zeit, dieser Bewegung, die das große Ganze schwer schädigen würde, Einhalt zu tun. Daß wir bei Betrachtung der Elbufer nicht den Eindruck des Gekünstelten haben und daß der Fluß so ausgedehnt erscheint, das bedingt die glückliche Verbindung des landschaftlichen Reizes mit den Bauwerken, die alle Baumeister angestrebt haben. Die Rücksichtslosigkeit gegen unsere Umgebung, gegen das Alte, ist ein Zeichen unserer Zeit. Würden die Elbufer mit 15—20 m hohen Häuserreihen eingefast, so wäre ihre Schönheit vernichtet, da die Häuser den Ausblick in die Landschaft verhindern und den Fluß schlauchartig erscheinen lassen würden. Ein Beispiel solch einer unglücklichen Bebauung ist das Johannstädter-Ufer in Dresden. Auch in Meissen ist eine große Kaistraße geplant. Würden an dieselbe, auch wenn sie noch so breit wäre, Häuserreihen angesetzt, dann wäre der terrassenförmige Aufbau, das Typische der Elbufer, vernichtet und Meissens Herrlichkeit wäre dahin. Durch Vorführung zahlreicher Aufnahmen der Elbufer von Schandau bis Meissen fanden die Ausführungen eine treffliche Unterstützung. Dabei wurden Entwürfe des Vortragenden über die erforderlich werdende Umgestaltung des Neustädter-Ufers in Dresden vorgeführt. Am Neustädter-Ufer ist hiernach zwischen Finanz-Ministerium und Brücke, wo ein Verkehr ausgeschlossen ist, eine 20 m breite Wohnstraße und als Fortsetzung bis zum Japanischen Palais eine 20 m breite Verkehrsstraße vorgesehen. Die hier bis zur Elbe verbleibenden übrigen 20 m sind terrassiert gedacht. Um Maßstabswerte zu schaffen, sind verschieden hohe Gebäude geplant. Die höchste Steigerung finden die Elbufer im Theater-Platz Dresdens. Durch den Bau der neuen Brücke hat die Hofkirche in ihrer monumentalen Größe eine Einbuße erlitten. Sie, die früher die Beherrscherin des Bildes war, scheint jetzt versunken. Damit müssen wir uns abfinden, weil die Brücke notwendig war. Der Akkord muß aber durch die Umgestaltung des Theater-Platzes wieder hergestellt werden. Der vorgeführte Entwurf sieht daher zunächst eine Niederuferstraße vor, die sich in Form einer Rampe erhöht. Weiter ist anstelle des „italienischen Dörfchens“, das einen Maßstab für die Kirche bildete und sie groß machte, ein neues Gebäude geplant, um eine kulissenartige Wirkung zu verhindern. Um dabei den Eindruck des Einblickes in den Platz zu steigern, ist ein kleines Gebäude vorgesehen, das sich der künstlerischen Kraft des Vorhandenen unterordnet. — Mit den am 5. Dezember vorgenommenen Besichtigungen des neuen städtischen Wasserwerkes in Canitz bei Leipzig unter Führung des Hrn. Wasserwerks-Dir. Bamberger und des Völkerschlacht-Denkmales unter Führung des Hrn. Kammerrates Thieme fand die Tagung ihren Abschluß. —

Sch.

**Mittelrheinischer Architekten- und Ingenieur-Verein zu Darmstadt.** Die Dezember-Hauptversammlung fand am 7. Dez. 1910 in Darmstadt statt. Der Bericht über das Vereinsjahr 1910 wurde vorgelegt und seine Drucklegung genehmigt. Nach Erstattung des Kassenberichtes, nach dem ein Vereinsvermögen von rd. 1500 M. vorliegt, erfolgte die Wahl von Ausschußmitgliedern. Neu gewählt wurden die Hrn. Kayser, Preuß, Kolb, Cramer-Darmstadt, Hercher-Wiesbaden, Becker und Gold-

mann-Mainz, Simon-Worms. Zum I. Vorsitzenden für das Jahr 1911 wurde Prof. Kayser-Darmstadt gewählt. Zum Ort der Wanderversammlung des Vereines im Sommer 1911 ist Höchst i. O. ausersehen; es soll damit ein Besuch der Burg Breuberg verbunden werden.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil hielt Hr. Ob.-Ing. Hoch-Frankfurt a. M. den angekündigten Vortrag über „Deutsch-Ostafrika und seine Bahnbauten“. Der Vortragende, der fast zwei Jahre im Dienst einer Privatfirma in Ostafrika als leitender Ingenieur beim Bahnbau tätig war, berichtete in knapper, aber fesselnder Darstellung über seine Reise, seine Beobachtungen über Land und Leute unterwegs sowie in seinem eigentlichen Wirkungsgebiet. Daran reihten sich Schilderungen über die Entwicklung, die jene deutsche Kolonie genommen hat, über die Aufgaben, die seiner dort harrten, und die dort unternommenen Bahnbauten. Die Schwierigkeiten, die dem Ingenieur beim Bahnbau dort erwachsen, fanden eingehende Würdigung. Der Vortrag zeigte aber zugleich, daß deutsche Tatkraft, deutscher Unternehmungsgeist sie zu überwinden wissen. Die Ausführungen des Redners, die durch eine große Anzahl vortrefflicher, von ihm selbst aufgenommener Lichtbilder unterstützt wurden, fanden bei der zahlreichen Zuhörerschaft lebhaftesten Beifall, dem der Vorsitzende, Brt. Wagner, Worte des Dankes und der Anerkennung hinzufügte. An den Vortrag schloß sich die übliche Weihnachtsfeier, die einen anregenden Verlauf nahm. —

Gelegentlich der III. Monatsversammlung des „Historischen Vereines“ fand am 16. Januar d. J. in der Technischen Hochschule zu Darmstadt ein Vortrag des Hrn. Prof. Dr. Kautzsch statt über „Neues zur Baugeschichte des Mainzer Domes“, zu dem die Vereinsmitglieder geladen und zahlreich erschienen waren. Der Vortragende, der als Bearbeiter der älteren Baudenkmäler von Mainz für das Kunstdenkmälerwerk sich mit dem Mainzer Dom eingehend zu befassen hatte, gab die Ergebnisse seiner Forschung wieder, namentlich soweit der Ostteil des Mainzer Domes in Frage kommt. Es handelt sich besonders darum, in welche Zeit die späteren Teile der Ostpartie, namentlich die reich skulptierten und ornamentierten Bestandteile (hintere Portale, Ostapsis usw.) zu setzen sein werden. Der verstorbene Prälat Schneider, der genaueste Kenner des Domes, dessen Monographie dieses Bauwerkes auch heute noch mangelhaft ist, hat sich über die hier behandelte Frage nicht näher ausgesprochen. Die Untersuchungen von Kautzsch lassen den Schluß zu, daß die Entstehungszeit jener Bauteile wesentlich früher anzunehmen ist, als man seither glaubte, daß sie nicht in die Hohenstaufenzeit fallen, sondern wohl noch der Zeit der Salier, und zwar Heinrichs IV., angehören. Durch Vergleiche mit dem Dom in Speyer, dessen Bau Heinrich IV. Lebensaufgabe bildete, und früheren Vorbildern, die man in Oberitalien, Mailand und Como, zu suchen hat, führte der Vortragende den überzeugenden Nachweis von der Richtigkeit seiner Schlußfolgerungen. —

Am 20. Januar 1911 war Vorstandssitzung, in der die Vorstandsämter wie folgt festgestellt wurden: Kayser I. Vorsitzender; Wagner II. Vorsitzender; Dr.-Ing. Preuß I. Schriftführer; Buxbaum Rechner. — W.

**Vereinigung Berliner Architekten.** In der VII. ord. Versammlung vom 19. Jan. 1911, an der unter Vorsitz des Hrn. Seel 28 Mitglieder teilnahmen, sprach Hr. Carl Sickel in sehr klarer und anschaulicher Weise über „An- und Verkauf von Grund und Boden“. Der Redner hat alle die praktischen Gesichtspunkte, die bei dem Geländegeschäft in Frage kommen und die er beim Vortrag berührte, in einer Broschüre behandelt, die im Rahmen der „Städtebaulichen Vorträge“, die im Seminar für Städtebau an der Technischen Hochschule zu Berlin gehalten werden, bei Wilhelm Ernst & Sohn in Berlin erschienen ist. In 4 Teilen werden hier behandelt: 1. der Ankauf, und zwar die Auswahl eines Grundstückes, der Begriff des Grundstückes, das Kataster-Verzeichnis, die Grundbuch-Ordnung, die Hypothek-, Grund- und Rentenschuld, der Erwerb eines Grundstückes, die Auflassung, das Fluchtlinien-Gesetz und der Bebauungsplan. 2. Der Verkauf, und zwar: Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Kaufvertrag, die Entpfändungs-Erklärung und die löschungsfähige Quittung, das Kaufrecht und das Verkaufsrecht, die Einräumung einer Priorität, das Erbaurecht und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. 3. werden die einschlägigen Gesetzesparagrafen aus den verschiedenen Gesetzen angeführt, die für den Verkehr in Grundstücken in Frage kommen, und 4. enthält das Werkchen eine große Reihe von 37 Anlagen, in denen Beispiele für alle Schriftstücke gegeben sind, die beim Grundstückshandel vorkommen.

Die ihrer klaren Form wegen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners betrafen zunächst das Material, das in Abschnitt 1 vereinigt ist; sie sollen später fortgesetzt und auf die übrigen Abschnitte ausgedehnt werden. —

In der VIII. ord. Versammlung am 2. Februar, die bei Anwesenheit von 44 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Hrn. Kayser stattfand, sprach Hr. Bodo Ebhardt über Vorführung zahlreicher Lichtbilder und unter dem lebhaften Beifall der Versammlung über „Alte und neue Stadtpläne“. Wir kommen auf den Vortrag an anderer Stelle zurück. —

An der IX. ord. Versammlung vom 16. Febr. nahmen unter Vorsitz des Hrn. Kayser 58 Mitglieder teil. Die Sitzung wurde eingeleitet durch einen von warmer Empfehlung getragenen Nachruf auf Carl von Groszheim, den der stellvertretende Vorsitzende, Hr. Wolfenstein, hielt. Redner führte u. a. aus:

„Wenn der Tod einen unserer Besten abberuft, so ist es uns ein Herzensbedürfnis, seiner in Verehrung zu gedenken, sein Wesen und sein Wirken an unserem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen. Als uns am Sonntag, den 5. Februar, die Nachricht von dem Hinscheiden unseres langjährigen hochverdienten Mitgliedes Carl von Groszheim erteilte, waren wir wohl alle betroffen, ahnten wir doch nicht, daß er den Keim des Todes schon jahrelang in sich getragen. Nun hat ihm der Tod den Griffel, den er so glänzend zu führen verstand, auf immer entwendet und trauernd und mit ernstesten Betrachtungen stehen wir am Abschluß eines Künstlerlebens, welches zeitlich unser eigenes Leben und Streben umschließt.

Persönlich ist Groszheim nicht Vielen von uns näher getreten, dem Vereinsleben blieb er fern. Er war eine stille, in sich gekehrte Natur von vornehmer Zurückhaltung. Vielleicht hatte ihm der schwere Schicksalsschlag, den er in seiner ersten jungen Ehe erlitten, den Stempel einer gewissen Schwermut aufgedrückt. Er verband mit Selbstbewußtsein jene Bescheidenheit, welche dem Künstler so gut ansteht und die ihm erlaubte, neidlos das Gute an Werken seiner Kollegen anzuerkennen. Charakteristisch für ihn war eine Rede, welche er, glaube ich, bei der Feier zur Einweihung der neuen Hochschule für die Künste in Charlottenburg hielt. Er sagte darin, soweit ich mich erinnere: „Ist es schon als ein Glück zu bezeichnen, zu einer Konkurrenz zugelassen zu werden, so ist es noch ein größeres Glück, siegreich aus derselben hervorzugehen, und ein weiteres Glück, die Ausführung des betreffenden Baues zu erhalten“. Charakteristisch war auch eine Äußerung von ihm bezüglich des Schaffens eines Baukünstlers: „Beim Entwerfen eines Baues ist man wie verliebt, bei der Ausführung aber ist man wie verheiratet“.

Als Groszheim Anfang der siebziger Jahre seine Tätigkeit im Verein mit seinem kongenialen Freund, unserem verehrten Vorsitzenden, in Berlin begann, steckten wir mit unserer Kunst noch tief im Akademischen und Kleinlichen. Beide verstanden es, sich davon zu befreien und eine Größe der künstlerischen Auffassung an den Tag zu legen, die uns alle überraschte. Welche Begeisterung erweckte in uns etwas jüngerer Kollegen der preisgekrönte Entwurf zum Reichstags-Gebäude vom Jahre 1872, dem wir unstreitig vor dem Bohnstedt'schen Entwurf den Sieg zuerkannten. Welche Großzügigkeit im Grundriß und Aufbau wies derselbe auf! Diese Großzügigkeit, diese Auffassung eines Bauwerkes als eines organischen Kunstwerkes ist den Meistern immer eigen geblieben. Schon ihre ersten Bauten hier in Berlin, wie die Norddeutsche Bank, das Geschäftshaus von Spinn & Menke, sodann das Germania-Haus in der Friedrichstraße zeugen von dem Ernst ihrer künstlerischen Haltung, und wieviel Werke haben sie im Verlauf von vierzig Jahren geschaffen, die immer den Stempel des Vornehmen und Zielbewußten tragen.

Hatte sich Groszheim auch vom Vereinsleben zurückgezogen, so hatte er doch stets ein warmes Herz für seine Kollegen. Die kurze Zeit, in welcher er der Akademie der Künste in Berlin als Präsident vorstand, legt Zeugnis davon ab, wie er für uns Architekten eingetreten ist.

Er hat gelebt und gewirkt zu unserer Ehre und des Faches Bestem. Die wärmste Anerkennung für alles, was er uns geleistet, das sei der Ruhmeskranz, welchen wir heute dem Andenken des Meisters weihen wollen. v. Groszheim wird im Gedächtnis seiner Kunstgenossen dauernd fortleben. Denn wer den Besten seiner Zeit genug getan, der hat gelebt für alle Zeiten!“

Nach der Ansprache ehrte die Versammlung das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen

und mit bewegten Worten dankte sein Freund und Mitstreiter Kayser für die Ehrung.

In einen Ausschuß zur Vorbereitung der Vorstandswahlen wurden darauf die Hrn. Brurein, Jürgensen, Körte, Rentsch und Straumer gewählt.

Der weitere Punkt der Tagesordnung: „Besprechung über den Zusammenschluß der „Vereinigung Berliner Architekten“ mit dem „Bund Deutscher Architekten“, führte die Beratung einer Frage herbei, zu deren Klärung zwischen dem Vorstand der Vereinigung und dem Vorstand des Bundes und der Ortsgruppe Berlin des Bundes bereits ausgedehnte Verhandlungen stattgefunden haben, über die den Mitgliedern ein stenographischer Auszug vorlag. Die Besprechung, die außerordentlich lebhaft war und an der die Hrn. Bachmann, Bangert, Bielenberg, Brurein, Ebhardt, Fabricius, Groß, Hasak, Heidenreich, Alb. Hofmann, Kayser, Körte, Michaelson, Reimarus, Scheurembrandt, Schilbach, Spindler, Straumer und Wellmann teilnahmen, führte nur zu teilweiser Klärung der bedeutungsvollen Angelegenheit. Wenn auch zu der von Hrn. Brurein aufgeworfenen Frage: „Ist es zum Besten der im Reich tätigen Privatarchitekten, sich zu einer Standesorganisation zusammenzuschließen?“ einmütige Zustimmung festzustellen war, so gingen doch die Anschauungen über die Bedingungen, unter denen ein Zusammenschluß beider Körperschaften erfolgen könne, noch so weit auseinander, daß eine Einigkeit nicht festzustellen war. Die Beratungen endeten daher mit der Aufforderung an die Ortsgruppe Berlin des „Bundes Deutscher Architekten“, den Bundesvorstand zu veranlassen, mit dem Vorstand der „Vereinigung“ in erneute Beratungen über einen Zusammenschluß einzutreten.

Hr. Fabricius wurde der Versammlung als neues Mitglied der „Vereinigung“ vorgestellt. —

**Verband Deutscher Diplom-Ingenieure.** Die diesjährige Hauptversammlung des „Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“ findet am 25. und 26. März in Berlin statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte der Dipl.-Ing. Dr. jur. Gustav Runkel-Langsdorff-Freiburg i. B.: „Die rechtswissenschaftliche Vorbildung der Diplom-Ingenieure“; Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Waldemar Koch-Berlin: „Die staatswissenschaftliche Vorbildung der Diplom-Ingenieure“; Wilh. von Pasinski-Düsseldorf: „Das Versicherungsgesetz für Angestellte“. —

Ueber die „Universitäten und Technischen Hochschulen Amerikas“ sprach am 26. Jan. der Austausch-Professor Hr. Prof. Dr. Tombo von der Columbia-Universität in New-York im Bezirksverein Berlin des „Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“. In seinem nach Inhalt und Form gleich vollendeten Vortrag schilderte Redner die Entwicklung der heutigen amerikanischen Universität, die im Gegensatz zu Deutschland auch die technischen Wissenschaften umfasse. Daß in Amerika die Technischen Hochschulen organische Bestandteile der Universität seien, erklärte der Vortragende aus dem gewaltigen Anteil, den die Technik im geistigen und wirtschaftlichen Leben Amerikas einnehme, und aus den Erfahrungen, die die alte Welt auf diesem Gebiet gemacht habe. Vom Studiengang der deutschen Diplom-Ingenieure unterscheidet sich der der amerikanischen Studierenden der Technik dadurch, daß er nicht 4 Jahre, sondern 6 Jahre auf der Universität dauere, wovon allerdings 2 Jahre auf das sogenannte College, d. h. eine Oberschule entfallen, die unserer deutschen Prima entspräche, aber fast durchweg mit der Universität vereinigt sei. Die Aufnahmebedingungen ständen nur an den vier großen amerikanischen Universitäten den deutschen Aufnahmebedingungen gleich. Bei der akademischen Ausbildung selbst sei jedoch die Erziehung des Studenten zur selbständigen Forschung in Amerika geringer entwickelt, als bei den deutschen Technischen Hochschulen.

Zahlreiche Lichtbilder über prächtige Studiengebäude, Maschinen-Laboratorien, Sportplätze, Gartenanlagen usw. ergänzten die Ausführungen des Redners. Der Vortrag wurde von den zahlreichen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. —

L.

Zur Aesthetik der Baustoffe. — Vermischtes. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. (Fortsetzung.) — Wettbewerbe. — Vereins-Mitteilungen. — Abbildungen: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel. —

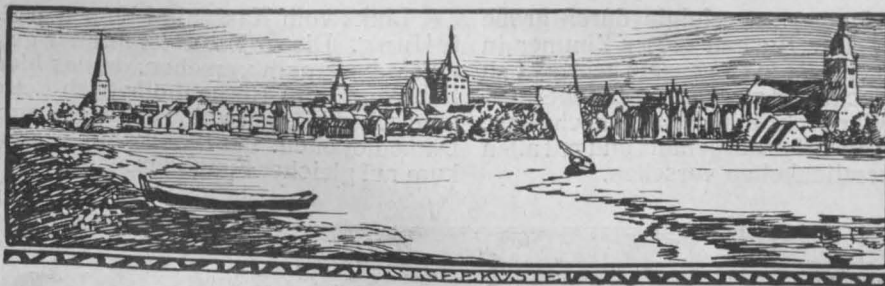
Hierzu eine Bildbeilage: Aus dem Lebenswerke von Max Meckel, die St. Bernhardus-Kirche in Karlsruhe in Baden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





EUBAU DER ROSTOCKER BANK  
 IN ROSTOCK IN MECKLENBURG  
 AM HOPFEN-MARKT. \* ARCHI-  
 TECT: PAUL KORFF IN LAAGE  
 IN MECKLENBURG. \* \* \* \* \*  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡  
 \* XLV. JAHRGANG 1911 \* No. 19. \*



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. No. 19. BERLIN, DEN 8. MAERZ 1911.

## Neubau der Rostocker Bank in Rostock.

Architekt: Paul Korff in Laage (Meckl.-Schwerin).

Hierzu eine Bildbeilage.



ie Anlage des Hauses ist nach dem Umstande zu würdigen, daß es gewissermaßen als Erweiterungsbau gedacht war. Das alte Bankgebäude wurde zu klein und ein links liegendes Nebenhaus daher angekauft. Ein ganzer Neubau war aber ausgeschlossen, da die Bank ihre Räume nicht verlassen wollte. Es wurde daher zunächst das linke Nebenhaus

mit Hintergebäude abgerissen und neu aufgeführt. Nach Fertigstellung bezog die Bank provisorisch diesen Neubau, worauf das rechte alte Gebäude ersetzt wurde.

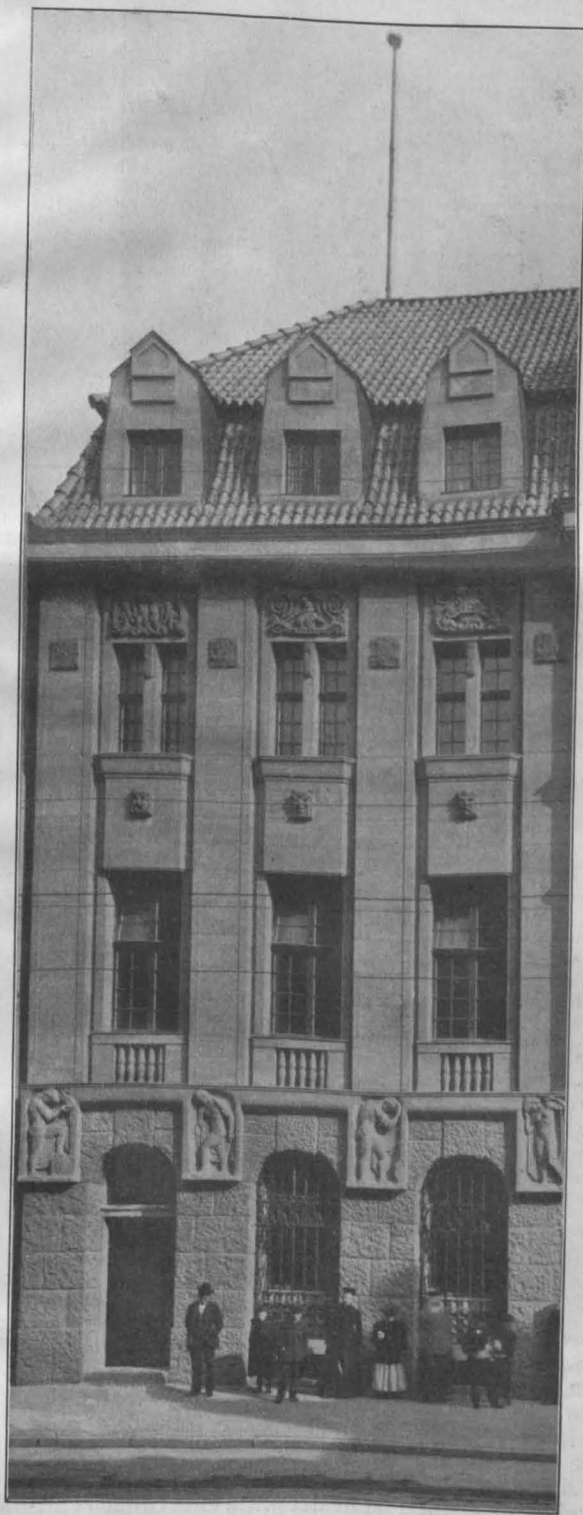
Große Schwierigkeiten entstanden in der Gründung, da stellenweise auf 7 m Tiefe unter Straßen-Oberkante uralte Düngerstätten, morastige Löcher, sowie Grundwasser gefunden wurden. Der ganze Bau wurde trotzdem in 11 Monaten gebrauchsfertig hergestellt.

Da im rechten alten Bau eine Treppenanlage vorhanden und diese für die oberen vermietbaren Bureau- und Wohngeschosse erhalten werden mußte, war es baupolizeilich nötig, auch links eine neue feuersichere Treppenanlage zu schaffen. Da ferner die Fensterachsenteilung des alten Baues berücksichtigt werden mußte, ergab sich in der Fassaden- und Grundrißgestaltung Manches, was bei einem völligen Neubau hätte vermieden werden können. Eine Mittelachse durch den ganzen Grundriß war gegeben, anderseits waren die beiden Seiteneingänge für den Bankbetrieb nötig, indem rechtsseitig der Eingang für das Personal bleiben mußte, während linksseitig ein Nebeneingang für die Aufsichtsratsmitglieder, unmittelbar in das Aufsichtsrats-Sitzungszimmer führend, nötig erschien.

Zentral gelegen, bequem zugänglich von der Straße, bedeckt der Kassenhof fast den ganzen verfügbaren Hofraum. Er ist flach überwölbt und so hoch, wie die alten Geschosshöhen des Vorderhauses es zuließen. Die alte Rückwand des Vorderhauses mußte auf zwei eiserne Stützen gestellt werden, um den Kassenhof genügend breit zu öffnen. Alle übrigen Konstruktionen im ganzen Gebäude sind in Eisenbeton hergestellt, auch die Oberlicht-Dachkonstruktionen des Kassenhofes und der entsprechenden Arbeitsräume. Die sogenannte Staubdecke ist in Eisenrippen mit Bronzeblechbekleidung ausgeführt, auf die ein angeräuchert schillerndes Glas verlegt wurde. Oberhalb dieser Kassenhof-Glasdecke ist eine verteilte elektrische Beleuchtung angebracht, die am Abend die Decke gut zur Wirkung bringt.

Der Fußboden hat Marmobelag erhalten, die Kassenschränke sind in rauher Eiche, teilweise mit schwarz mattpolierter Kante gefertigt. Die Steinpfosten aus Kunstsandstein wurden reich ornamentiert und figürlich behandelt. Die Beleuchtungskörper sind matt Altsilber. Die Stimmung des Raumes ist also grau und braun.

Das Direktions-Arbeitszimmer erhielt beiderseitig einen kleinen Warteraum. Diese Zimmer liegen um drei Stufen erhöht, um von dort einen Ueberblick über die Hauptarbeitsräume zu haben. Der Abschluß



Fassadenteil des Neubaus.



nach den Arbeitsräumen zu erfolgte durch große Spiegelglasflächen. Der Ausbau dieser Zimmer in Eiche, tiefbraun gebeizt, ist in Gegensatz gebracht zu einer weißen Stuckdecke und zu einem braunen Smyrna-Teppichbelag. Wandschränke, Schreibtische usw. sind nach eigenen Entwürfen ausgeführt und mit allen erdenklichen Bequemlichkeiten versehen.

Links vom Kassenhof liegt die Effekten-Abteilung. Dieser Raum ist intimer gehalten und mit einem Leseraum versehen, da das hier verkehrende Publikum vom Kassenhofbetrieb getrennt sein und ungesehen bleiben will. Hier liegen auch Herren- und Damentoiletten. Die Stahlkammer, die für das Publikum auf gleicher Fußbodenhöhe gelegen ist, schließt



Ansichten aus dem Kassenhof.

Der große Arbeitsraum, hell beleuchtet durch Oberlicht, steht weiter in Verbindung mit den übrigen Bankabteilungen, sodaß eine bequeme und schnelle Abwicklung im Geschäftstrieb erfolgt. Die Hauptkasse im Kassenhof liegt inmitten der Arbeitsräume und ist von den umgebenden Räumen allseitig durch Spiegelglaswände abgetrennt.

sich an, zugleich die Kabinen und Telefonzellen.

Der Tresorbau ist zweigeschossig; für die Bank führt vom Erdgeschoß-Tresor innerlich eine Treppe in den Keller-Tresor. Er besitzt zwei Panzertüren, die eine für das Publikum, die zweite von der Bankseite her, jedoch ist in der Mitte eine Gittertrennwand gezogen. Die Anordnung dieser zweiten Pan-

zertür ist insofern praktisch, als bei einer Beschädigung man an irgend eine Tür von innen bequemer heran kann. Die Türen sind mit Argus-Schutzapparaten und sonstigen neuesten Erfindungen versehen zimtfarbig, Heizkörperverkleidung altsilber, darüber ein Bild des Großherzogs, als einzigen Wandschmuck. Die Decke ist eine Kassettendecke in Beton. Beleuchtungskörper in Kristall, tropfenförmig hängend.



Stirnwand mit Türen zu den Warteräumen und Ausgang (Haupteingang).



Sitz- und Schreibgelegenheit im Kassenhof.

und von Kästner, Akt.-Ges., Leipzig geliefert, die auch die ganze Stahlkreuzschienen-Armierung ausführte.

Das Aufsichtsrats-Sitzungszimmer erhielt eine Eichentäfelung, die bis unter die Decke geht und braungebeizt ist. Die Täfelung hat ringsum im Panel eingelassene Wandschränke, Fußbodenbelag

Das Schreibmaschinenzimmer, die Expedition, die Garderobenräume für das 60 Mann starke Personal, eine Telefon-Zentrale für die umfangreiche Haustelefon-Anlage mit Postanschlüssen sind teils in dem hinteren Seitenflügel, teils im hohen lichten Kellergeschoß unterhalb des Kassenhofes



[illegible]

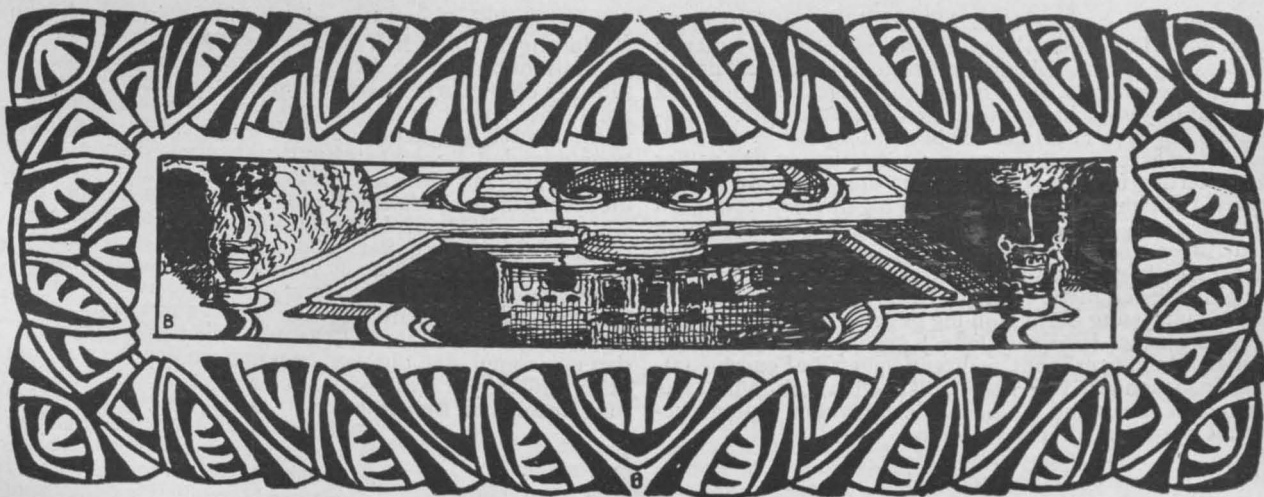
mit Bronzedrücken wurden von den Charlottenburger Metallwerken, G.m.b.H., Charlottenburg, angefertigt. —

No. 19.



AUS NOLL IN DER  
 VILLENKOLONIE  
 MARIENBURG BEI  
 CÖLN AM RHEIN. \*  
 ARCH.: REG.-BAU-  
 MEISTER EUGEN  
 FABRICIUS IN CÖLN  
 AM RHEIN. \* \* \* \*  
 === DEUTSCHE ===  
 \*\* BAUZEITUNG \*\*  
 XLV. JAHRGANG 1911  
 \* \* \* \* NO. 20. \* \* \* \*





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 20. BERLIN, DEN 11. MAERZ 1911.

## Haus Noll in Cöln-Marienburg.

Architekt: Regierungs-Baumeister a. D. Eugen Fabricius, B. D. A., in Cöln am Rhein.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 162.



In der in der „Deutschen Bauzeitung“ schon wiederholt erwähnten Villen-Kolonie Marienburg im Süden der Stadt Cöln ist auch das hier veröffentlichte Haus Noll im Frühjahr 1909 fertig gestellt worden. Es dient einer Witwe mit ihren Kindern als ruhiger Wohnsitz, abseits vom Getriebe des Verkehrs. Das Haus wurde, auch mit Rücksicht auf die Himmelsrichtung, weit von der Straße zurückgeschoben, sodaß ein sonniger Garten sich vor die Terrasse und die vorderen Wohnräume legt. Dieser ist nach den Nachbargärten hin durch bepflanzte Umwehrungen abgeschlossen und besteht im wesentlichen aus einer ruhigen Ra-

senfläche mit zwei seitlichen Wegen. Die innere Anlage des Hauses ist aus den Zeichnungen ersichtlich. Der Hauptwohnraum im Erdgeschoß ist die Diele, um die sich das Zimmer der Hausfrau, das Speisezimmer, die Vor- und Nebenräume gruppieren. In ihrer Fenster-Achse liegen die Terrasse und der Garten. Das Äußere des Hauses ist in gelblichem Kalkputz geputzt, die Pilaster in etwas dunklerem graugelb. Das Dach ist mit roten Falzpfannen eingedeckt, das Holzwerk weiß gestrichen.

Die Baukosten beliefen sich, einschließlich des festen inneren Ausbaues, mit Zentral-Warmwasser-Heizung, Warmwasserbereitung, Bade-, Wasch- und Spülapparaten, sowie elektrischer Installation, jedoch ausschl. der Gartenanlagen, Umwehrungen, Teppiche, Möbel und Beleuchtungskörper, auf rd. 43 000 M. —

## Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feuerbestattung in Preußen.

Dem preußischen Hause der Abgeordneten ist durch den preußischen Herrn Minister des Inneren ein Gesetzentwurf betr. die Feuerbestattung in Preußen zugegangen, der nach seiner Genehmigung die Tätigkeit der Baukünstler in erhöhtem Maße auf ein Gebiet lenken dürfte, auf dem sie infolge der bisher bestehenden Gesetzgebung in nur vereinzelt Fällen tätig sein konnten. Diese voraussichtlich zunehmende Tätigkeit möge es rechtfertigen, wenn hier die für unser Arbeitsgebiet wichtigen Paragraphen des Gesetzentwurfes und die in Frage kommenden Stellen seiner Begründung kurz Erwähnung finden.

### § 1.

Die Feuerbestattung darf nur in landespolizeilich genehmigten Anlagen erfolgen.

### § 2.

Die Genehmigung wird Gemeinden oder Gemeindeverbänden erteilt, sie kann auch anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes, denen die Sorge für die Beschaffung der öffentlichen Begräbnisplätze obliegt, erteilt werden, sofern die nach den bestehenden Staats- oder Kirchengesetzen erforderliche Zustimmung der für die Körperschaft zuständigen Aufsichtsbehörde vorliegt.

### § 3.

Die Genehmigung ist zu versagen:

1. wenn die Einrichtungen den technischen Anforderungen nicht entsprechen,
2. wenn die äußere oder innere Ausgestaltung der dem Zwecke entsprechenden Würde ermangelt,
3. wenn sich bei der Anlage geeignete Räume und Einrichtungen zur Unterbringung von Leichen, zur Vor-

nahme von Leichenöffnungen, zur Abhaltung von Trauerfeierlichkeiten und zur Beisetzung der Aschenreste (Urnenhalle, Urnengrabstellen) nicht befinden oder wenn das Grundstück einer angemessenen Einfriedigung entbehrt,

4. wenn Bedenken in polizeilicher, insbesondere bau-, feuer- oder gesundheitspolizeilicher Hinsicht entgegenstehen,

5. wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß durch die örtliche Lage oder Beschaffenheit der Anlage für das Publikum oder für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen.

Die Genehmigung kann zurückgezogen werden, wenn einer der im Abs. 1 No. 1 bis 3 aufgeführten Versagungsgründe nachträglich eintritt.

### § 5.

Der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedarf es, wenn das Grundstück, auf welchem die Anlage errichtet ist, ganz oder teilweise zu einem anderen Zwecke verwendet werden soll.

### § 6.

Die Aschenreste von verbrannten Leichen müssen entweder in der Urnenhalle (Urnengrab) (§ 3 No. 3) oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungs-Anlage beigesetzt werden.

### Aus der Begründung.

Die ablehnende Haltung, welche die Königliche Staats-Regierung gegenüber der seit einer Reihe von Jahren stets erneut in Bittschriften, Petitionen an den Landtag und in Anträgen von Abgeordneten erhobenen Forderung der Zulassung der fakultativen Feuerbestattung bisher

eingonnen hat, beruhte auf der bis zum Jahre 1909 auch vom Hause der Abgeordneten ständig vertretenen Auffassung, daß die bislang in Preußen ausschließlich in Uebung befindliche, allen bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften über das Bestattungswesen zugrunde liegende Form der Erdbestattung tief in den sittlich-religiösen Anschauungen der breitesten Kreise der Bevölkerung wurzele, und daß eine ausreichende Veranlassung entsprechend den von wenigen Körperschaften und Vereinen ausgehenden, und von einzelnen Gruppen von Abgeordneten unterstützten Bestrebungen, neben dieser üblichen Bestattungsart auch die Feuerbestattungsart einzuführen nicht vorliege. Eine weitere Stütze fand diese Auffassung darin, daß die gegen die Erdbestattung in hygienischer Hinsicht vielfach erhobenen Einwendungen als hinfällig erkannt, während gegen die Feuerbestattung insbesondere vom kriminalistischen Standpunkt aus nicht von der Hand zu weisende Bedenken geltend gemacht worden sind. Die Grundlagen dieser Auffassung haben indessen in neuerer Zeit mancherlei Verschiebungen erfahren.

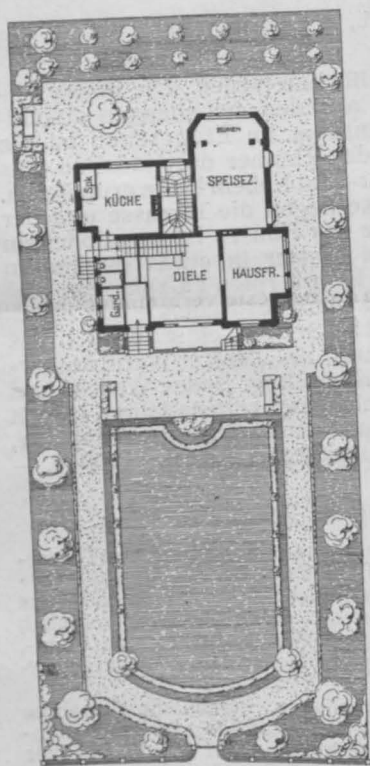
Zunächst kann nicht verkannt werden, daß die Zahl derjenigen, die der Feuerbestattung das Wort reden, auch in Preußen von Jahr zu Jahr eine ganz erhebliche Steigerung erfahren hat. Man steht ferner vor der Tatsache, daß, abgesehen von einer Reihe außerdeutscher

gen der letzten Generalsynode ergeben, eine merkliche Milderung erfahren hat. Wenngleich dem entgegen die katholische Kirche an ihrem Widerspruch gegen die Einführung der Feuerbestattung festhält und eine Vornahme geistlicher Amtshandlungen bei der auf Anordnung eines verstorbenen Mitgliedes ihrer Kirchengemeinschaft vorzunehmenden Feuerbestattung unbedingt ablehnt, und wenn auch mit ihr die evangelische Kirche sowohl wie die Mehrzahl der jüdischen Religionsgemeinschaften nach wie vor für die durch biblische Vorgänge gestützte Sitte der Beerdigung ihrer verstorbenen Mitglieder grundsätzlich eintritt, so wird doch von keiner dieser Seiten behauptet, daß der Feuerbestattung ausdrückliche göttliche Gebote oder kirchliche Dogmen entgegenstehen.

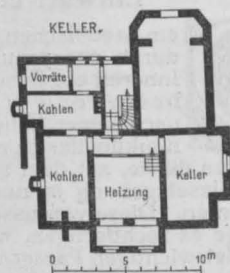
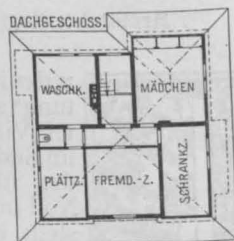
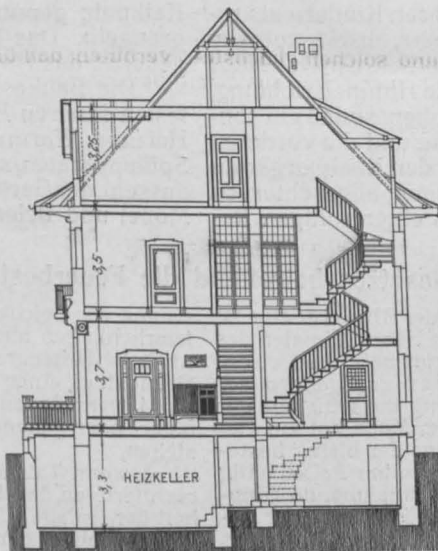
Des weiteren hat die Erkenntnis immer festeren Boden gewonnen, daß die vom Standpunkt der Rechts- und insbesondere der Strafrechtspflege gegen die Feuerbestattung erhobenen Bedenken nach dem heutigen Stand der

medizinischen und chemischen Wissenschaft eine wesentliche Abschwächung erfahren haben und eine ausschlaggebende Bedeutung nicht mehr beanspruchen können.

Endlich hat auch das in Sachen des Vereins für Feuerbestattung zu Hagen i. W. wider die Polizeiverwaltung daselbst unlängst ergangene Erkenntnis des Königlichen Ober-Verwaltungsgerichtes eine Klärung der Sach- und Rechtslage



Lageplan mit Erdgeschoß.



Haus Noll in Cöln-Marienburg. Architekt: Regierungs-Baumeister a. D. Eugen Fabricius in Cöln am Rhein.

europäischer Staaten (England, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden, Dänemark u. v. a.), in denen schon seit längerer Zeit die Feuerbestattung gesetzlich zugelassen ist, diese Bestattungsart auch in jetzt 13 deutschen Bundesstaaten Eingang gefunden hat, daß in 23 Krematorien dieser dem Deutschen Reich angehörigen Staaten in alljährlich wachsender Zahl Leichenverbrennungen stattfinden, und daß zweifellos von den beispielsweise im Jahr 1909 daselbst zur Verbrennung gelangten annähernd 5000 Leichen ein großer Prozentsatz von in Preußen verstorbenen Personen herrührte.

Was sodann die bei der bisherigen Haltung der Staatsregierung mit in Rücksicht gezogene Stellung der unter dem besonderen Schutz des Staates stehenden Religionsgemeinschaften zu der Feuerbestattung anlangt, so kann es nicht unbeachtet bleiben, daß die frühere ablehnende Stellungnahme der evangelischen Kirche gegen die amtliche Beteiligung der Geistlichen bei den Feuerbestattungsakten in neuerer Zeit, wie u. a. auch die Verhandlungen

insofern herbeigeführt, als durch dasselbe festgestellt worden ist, daß die Feuerbestattung in Preußen an sich rechtlich zulässig ist und nur so lange im Interesse der öffentlichen Ordnung polizeilich gehindert werden kann, als nicht verschiedene, die Erdbestattung betreffende gesetzliche Vorschriften eine ihre Anwendbarkeit auf die Feuerbestattung ermöglichende Ergänzung erfahren haben.

Im Hinblick auf die vorstehend dargelegten Umstände, insbesondere aber auf die Ausführungen in der erwähnten Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichtshofes hat die Königliche Staatsregierung es für ihre Pflicht erachten müssen, wegen Ausfüllung der in dem Urteil festgestellten Lücken der Gesetzgebung Vorschläge und damit den Versuch zu machen, die der Zulassung der Feuerbestattung neben der Erdbestattung einstweilen noch entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Bei der Ausgestaltung der für diese Regelung in dem vorliegenden Gesetzentwurf niedergelegten Vorschläge ist davon ausgegangen worden, daß eine Aenderung der



bestehenden Vorschriften über das Bestattungswesen an sich nicht in Frage kommen, daß es sich vielmehr lediglich darum handeln kann, die Feuerbestattung in den Rahmen dieser Vorschriften einzufügen und die durch die Besonderheit dieser Bestattungsart gebotenen ergänzenden Bestimmungen zu erlassen. Insbesondere sollen die in den Staatsgesetzen begründeten Rechte und Verpflichtungen zur Beschaffung und Unterhaltung der für die Beerdigung der Toten erforderlichen Einrichtungen ebenso wie die kirchlichen Ordnungen des Bestattungswesens durch das zu erlassende Gesetz nicht berührt werden.

Bei Festhaltung dieses Gesichtspunktes werden sich die Bestimmungen des Gesetzes im wesentlichen auf zwei Punkte zu beschränken haben, nämlich auf die Vorschriften über die Errichtung, die Beschaffenheit und die Sicherung der ordnungsmäßigen Verwendung der für die Feuerbestattung bestimmten Anlagen und sodann auf solche, welche die Vornahme der Feuerbestattung im einzelnen Fall zum Gegenstand haben.

Was den in der Gesetzesüberschrift und in dem Gesetze selbst gebrauchten Ausdruck „Feuerbestattung“ anlangt, so ist diese im Sprachgebrauch allgemein üblich gewordene Bezeichnung deshalb gewählt worden, weil die Verbrennung der Leiche und die Behandlung der Aschenreste — nämlich deren Beisetzung an einer bleibenden Ruhestätte — in Frage kommen, und die hierfür zu schaffenden Anlagen an die Stelle der nach bestehendem Recht genehmigungspflichtigen Begräbnisplätze zu treten haben, sofern nicht die Aschenreste gleich den Beerdigungsleichen der Erde übergeben werden.

Daß die Anlage und zweckentsprechende Verwendung einer Feuerbestattungsanlage einer obrigkeitlichen Genehmigung unterliegen muß, ergibt sich schon aus ihrer Eigenschaft als bauliche, mit einer Feuerstätte verbundene Anlage und ferner auch aus ihrer Zweckbestimmung, als Bestattungsanlage für die körperlichen Ueberreste verstorbener Menschen zu dienen.

Die Beantwortung der Frage, wem die im § 1 vorgesehene Genehmigung zu erteilen sein würde, ergibt sich aus dem Grundgedanken der Gesetzesvorlage und aus der Natur des in ihr behandelten Gegenstandes. Darnach können als antragsberechtigt nur Körperschaften des öffentlichen Rechtes und zwar nur solche in Betracht kommen, die gegenwärtig schon gesetzlich mit dem öffentlichen Bestattungswesen befaßt sind. Von vornherein scheiden also Privatunternehmer und solchen gleichstehende Privatvereine aus und würden auch schon aus dem Grunde nicht zugelassen werden können, weil sie nicht die nötige Sicherheit für eine dauernde, den in Frage stehenden Interessen entsprechende Erfüllung der ihnen aus der Uebernahme erwachsenden Aufgaben bieten. Dagegen erscheinen in erster Linie als geeignete Träger des Feuerbestattungswesens die bürgerlichen Gemeinden

oder etwa leistungsfähigere Verbände solcher Gemeinden, welche auch in anderen Staaten, namentlich in deutschen Bundesstaaten, sich mit Erfolg der Aufgabe unterzogen haben und ferner nach bestehendem preußischem Recht entweder in erster Linie oder subsidiär zur Gestellung und Unterhaltung der öffentlichen Begräbnisplätze für die Gemeinde zu sorgen haben. Daneben werden aber auch andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes, denen diese Verpflichtung gesetzlich obliegt, nicht auszuschließen sein. Als solche haben vor allem nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechtes die Kirchengemeinden der öffentlich aufgenommenen Kirchengesellschaften und ferner die jüdischen Synagogengemeinden zu gelten.

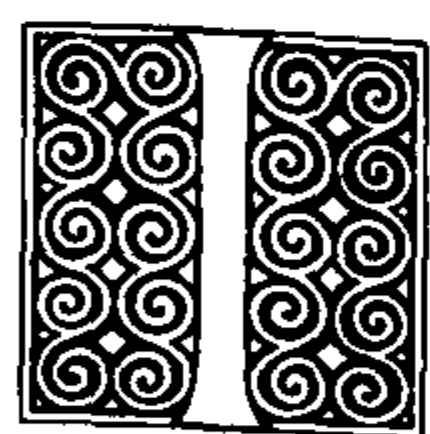
Zu Nummer 3 sei bemerkt, daß zur Erfüllung des Zweckes der Anlage geboten erscheint, daß diese nicht allein in Vorrichtungen zur Vornahme der Verbrennung der Leichen (Verbrennungsofen mit Nebenvorrichtungen) bestehen darf, sondern daß dabei auch Gelegenheit geboten sein muß, die in den Privatwohnungen meist nur kurze Zeit aufzubewahrenden Leichen bis zur Verbrennung in angemessener Weise unterzubringen (Leichenhallen), und falls solches gemäß § 8 des Gesetzentwurfes für nötig erachtet werden sollte, die Leichenöffnung vorzunehmen (Sektionsraum mit der nötigen Einrichtung), endlich auch zur Vollendung des Bestattungsaktes die Möglichkeit für die ordnungsmäßige Aufbewahrung (Beisetzung) der Aschenreste in Urnenhallen oder Grabstellen zu gewähren.

Die dem § 18 der Reichsgewerbeordnung nachgebildete Bestimmung unter Nummer 4, daß die Anlage in bau-, feuer- und gesundheitlicher Hinsicht von einwandfreier Beschaffenheit sein und auch allen sonstigen polizeilichen Anforderungen entsprechen muß, ist deshalb in das Gesetz aufgenommen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die von der Landespolizeibehörde vorzunehmende Prüfung sich auch auf diese Erfordernisse zu erstrecken hat, und daß eine Prüfung des Projektes nach dieser Richtung hin durch eine andere nach sonstigen Vorschriften zuständige Behörde (Ortspolizeibehörde) dadurch entbehrlich gemacht wird.

Die Bestimmung im § 5 soll den staatlichen Aufsichtsbehörden die Möglichkeit geben, eine dem Zwecke der Einrichtungen entgegenstehende anderweitige Verwendung des Anlagegrundstückes zu verhindern, während die im § 6 enthaltene Vorschrift dazu bestimmt ist, zu verhüten, daß über die Aschenreste verbrannter Leichen, die man ebenso wie die in der Erde begrabenen Leichen als extra commercium stehend zu betrachten hat, in einer der Bestattung widersprechenden Weise verfügt wird. Die Notwendigkeit, die Beisetzung der Aschenreste durch das Gesetz sicherzustellen, ergibt sich aus der grundsätzlichen Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung. —

## Eine eigenartige Kabelkranform zum Bau der neuen Donaubrücke in Ulm.

Von Dipl.-Ing. Hans Wettich in Leipzig. Hierzu die Abbildungen S. 167.



Im Jahrgang 1908 der „Deutschen Bauztg.“ \*) behandelte ich in einem Aufsatz die Entwicklung des Hebezeugbaues in Rücksicht auf das Baugewerbe und wies dabei darauf hin, daß neben den Forderungen für die Sicherheit des Betriebes die Rücksicht auf die Betriebskosten an erster Stelle stehen muß, und daß diese neben möglichst geringem Anschaffungspreis schnelle und wirtschaftliche Arbeit des Hebezeuges unter Vermin- derung der Bedienungsmannschaft bis zur äußersten Grenze verlangt. Im weiteren Verfolg der Ausführungen wies ich dann auf eine Kranform hin, die diesen Anforderungen und den besonderen Forderungen des Baugewerbes in weitestgehendem Maße gerecht wurde, nämlich auf den Derrickkran, der leicht zusammenlegbar, leicht wieder aufstellbar ist, wenig Bedienung bei großer Leistungsfähigkeit erfordert und wenig Raum einnimmt, da nur eine Kransäule und ein Ausleger vorhanden sind, und nur die Spannseile zum Festhalten der Kransäule den Bauplatz behindern.

Freilich hatte ich in demselben Aufsatz schon darauf hingewiesen, welche Vorteile es bietet, Bauten von oben, ohne jede Behinderung durch seitliche Kranteile auszuführen, daß aber durch die teuren Rüstungen der schweren Baulaufkrane jener Zeit und durch deren teure Konstruktion dieser Vorteil reichlich teuer erkauft sei.

Nun hat sich in der Zwischenzeit eine andere Kranform weiter entwickelt, die die Vorteile beider vorgenannten Kranarten, nämlich des Derrickkranes und des Baulaufkranes besitzt, ohne deren Nachteile aufzuweisen.

Das ist der sogen. Baukabelkran, der in den letzten Jahren mehrfach bei Brückenbauten usw. Anwendung gefunden hat. Diese Krane, die recht erhebliche Lasten aufzunehmen vermögen, lassen das Baufeld unter sich vollkommen frei, sind ebenfalls leicht zusammenlegbar und wieder aufstellbar und gestatten die Vornahme aller Bauarbeiten von oben.

Es ist nun nicht der Zweck dieser Ausführungen, hier im allgemeinen das Prinzip der Baukabelkrane darzulegen. Im vorliegenden Fall soll nur eine Ausführung besprochen werden, die eine besonders eigenartige und geschickte Lösung gegebener Transportfragen durch einen Baukabelkran der Firma Adolf Bleichert & Co. in Leipzig darstellt.

Es handelt sich um den Bau der Ulmer Donaubrücke, wo sich dem Unternehmen anfänglich einige Schwierigkeiten boten, die das ganze Unternehmen in Frage stellen konnten oder aber bei ihrer Umgehung eine unverhältnismäßig hohe Kapitalsanlage bedingt hätten. Dort, wo die Brücke aufzustellen war, ist nämlich die Donau außerordentlich reißend, sodaß sich die Zufuhr der Baumaterialien mit gewöhnlichen Mitteln nicht durchführen ließ. So konnten beispielsweise die eisernen Spundbohlen zur Gründung der Brückenpfeiler nur mit größter Mühe auf Fahren herangebracht werden.

Für die Brücke selbst, deren Bau von der Firma Dyckerhoff & Widmann, A.-G. in Dresden, in Beton ausgeführt wird und die eine Länge von etwa 100 m mit zwei Strompfeilern im Flußbett erhält, waren aber recht beträchtliche Gewichte an Baumaterialien zu transportieren, namentlich handelte es sich um die Heranschaffung und das genaue Absetzen der etwa 2,5 t schweren

\*) Hebezeuge in Rücksicht auf das Baugewerbe. Jahrg. 1908, S. 3 ff.



Granitblöcke für die Strompfeiler. Die Bauverhältnisse selbst waren außerdem sehr beengt, denn auf der bayerischen Seite, dem neuen Ulm, war kein Platz für die Ablagerung der Baumaterialien vorhanden, auf der württembergischen Seite, vergl. Abbildungen 1 und 2, konnte aber nur ein Lagerplatz gefunden werden, der nicht gleichachsig, sondern einseitig zur Brücke lag. Die Versetzung

Vorschlägen und der Ausführung von Adolf Bleichert & Co. in Leipzig.\*) Dieser Kran vermag von Ufer zu Ufer das Baufeld und den Lagerplatz zu überspannen, ohne daß für die Bauausführung irgendwie ein Hindernis eintritt, wie es etwa bei Derrickkränen der Fall gewesen sein würde, die das Arbeitsfeld durch ihre schräg gespannten Seile, ihre Säulen und Streben beschränken.

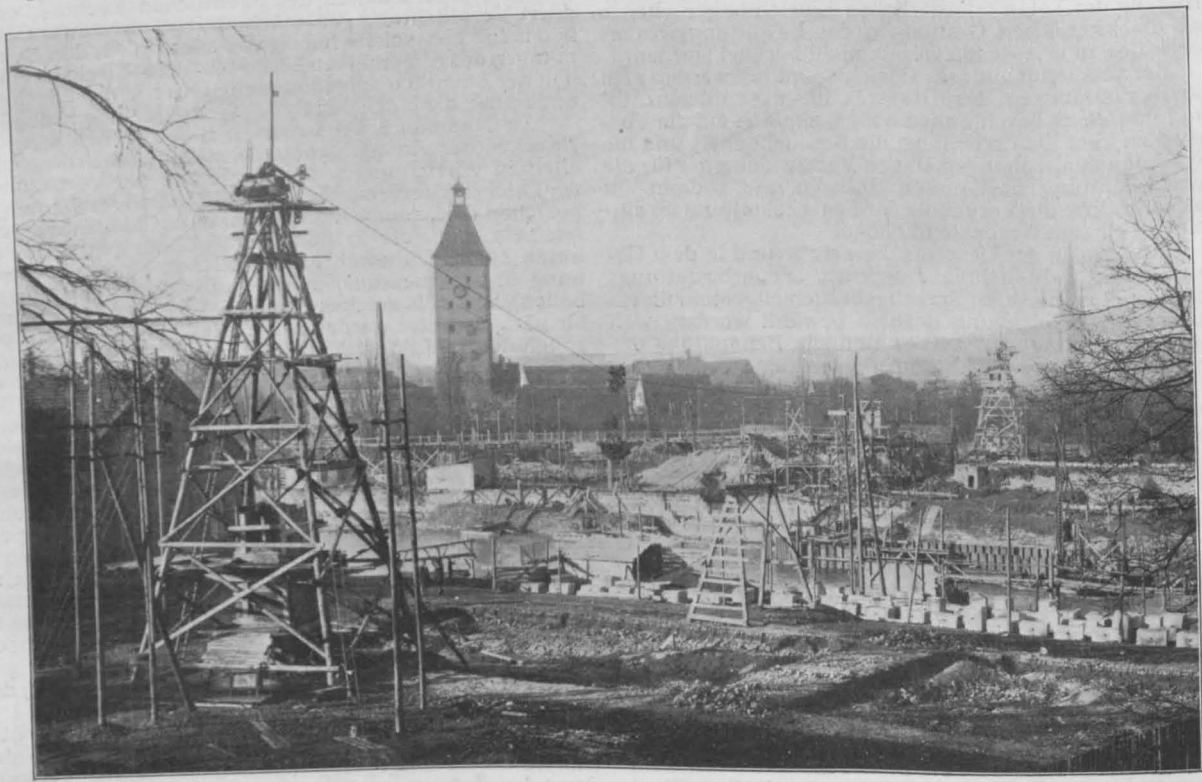


Abbildung 1. Gesamtbild der Brücken-Baustelle (Neue Donaubrücke in Ulm) mit der Krananlage.



Abb. 3 (links) fahrbarer, Abb. 4 (rechts) fester Kranturm.

der Baumaterialien auf dem Lagerplatz oder die Aufnahme von hier und die Uebergabe an das Baufeld wäre also mit den üblichen Mitteln nicht wirtschaftlich durchführbar gewesen. Nach gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse entschloß sich daher die bauausführende Firma zur Aufstellung eines Kabelkranes nach den

Freilich mußten im vorliegenden Fall bei den dargelegten außergewöhnlichen Verhältnissen an den Kabelkran Anforderungen gestellt werden, wie sie in normalen

\*) Anmerkung der Redaktion. Nach Mitteilung der Firma Dyckerhoff & Widmann A.-G. in Karlsruhe ging der Vorschlag zur Verwendung einer Kabelbahn von ihrem Direktor Reg.-Bmstr. Spangenberg aus und es wurden dann auf Grund eines bestimmten Bauprogrammes eine Anzahl Spezialfirmen zur Einreichung von Entwürfen aufgefordert. Zur Ausführung kam dann der Entwurf von Bleichert & Co., jedoch sind die Holztürme von Dyckerhoff & Widmann konstruiert und ausgeführt. —



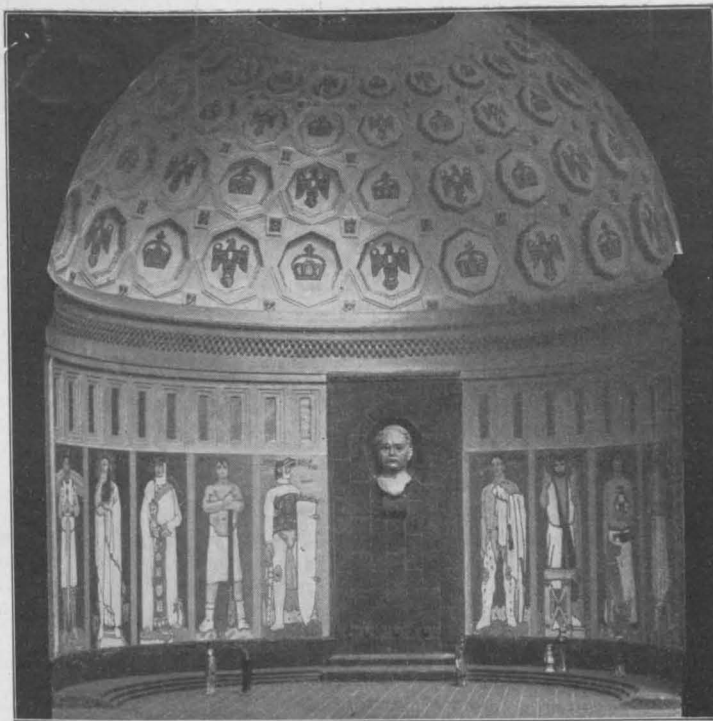
Fällen nicht gegeben sind und die sich namentlich aus der exzentrischen Lage des Lagerplatzes und der Bedingung des unmittelbaren Transportes von jedem Punkt des Lagerplatzes zu jedem Punkt des Baufeldes herleiteten. Die Konstruktion nach dem Bleichert'schen Vorschlag ist aber den gestellten Bedingungen in jeder Beziehung gerecht geworden und zwar dadurch, daß der eine Turm des Kabel-Kranes exzentrisch zur Brückenachse auf der bayerischen Seite fest aufgestellt wurde, während der andere Turmfahrbar angeordnet ist, sodaß der bei der Kranverschiebung entstehende Kreisabschnitt den Lagerplatz und das Baufeld völlig bedeckt.

Die konstruktive Ausführung des Kranes schließt sich der bekannten Bleichert'schen Kabel-

kran-Konstruktion an. Die Spannweite beträgt 200 m, die Tragkraft 2,5 t. Da die Anlagen nur einen provisorischen Charakter trägt, sind die Krantürme an Ort und Stelle, soweit es möglich war, aus vorhandenen Hölzern von der bauausführenden Firma hergestellt worden, wodurch die Unkosten für die Einrichtung wesentlich herabgesetzt werden konnten. Die Spurweite des Geleises für den fahrbaren

Turm beträgt etwa 9 m. Um dem Kranführer den Ueberblick zu gewähren, fand er seinen Platz etwa 10 m über dem Boden in einem besonderen Führerhaus auf dem fahrbaren

Turm. In dieser Zelle hat er alle Handgriffe vor sich, die zur Bedienung der Kran- und Windenbewegungen und der Brem-



Entwurf: „Kraft“. Verfasser: Arch. Gebr. Rank, Bildh. Eduard Beyrer, Kunstmaler Fritz Erler in München. Ansicht des Innenraumes. Vergl. S. 120.



Entwurf: „Bismarck-Wodan“. Verfasser: Stadtbaurat Wagner in Glogau. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe.

sen dienen. Außerdem ist noch eine eigenartige Einrichtung vorgesehen, die sich in Augenhöhe vor dem Kranführer befindet und die ihm durch eine Zeigerstellung stets angibt, an welcher Stelle der Fahrbahnlänge die Laufkatze gerade steht. So ist es erreicht worden, daß der Kranhaken an der gewünschten Stelle angehalten werden kann.

Die Kranwinde ist der Eigenart der Kabel-Krane entsprechend ausgebildet, aber trotzdem einfach gehalten. Bei äußerst kräftiger Bauart besitzt sie keine verwinkelten Teile, die der Bruchgefahr oder großem Verschleiß ausgesetzt wären. Besonders Sorgfalt war auf die Ausbildung der Kuppelungen und der Bremsen zu legen, und zwar im Hinblick auf die Genauigkeit der Verschiebung des be-

lasteten Kranhakens und in Rücksicht auf die Leichtigkeit der Bedienung. Beide Punkte wurden vollkommen gelöst, denn jede Last kann in jeder Lage sofort festgehalten werden, und die Ein- und Ausschaltung der Kuppelungen und Bremsen erfordert nur geringen Handdruck, jedoch keine körperliche Anstrengung, sodaß der Führer des Kranes ohne Uebermüdung während der ganzen zehnstündigen Schicht aushalten kann. Hierin ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber früheren Ausführungen zu erblicken.

Das Tragkabel ist in dem fahrbaren Turm verankert und fest mit dem Belastungs-Gewicht verbunden, wodurch der Turm selber nach Möglichkeit entlastet ist. Auf der anderen Seite ist das



Die Laufkatze (S. 167), dieser Teil eines Kabelkranes, der maschinentechnisch die Hauptschwierigkeit bietet und dessen befriedigende Durchbildung nur wenigen Konstrukteuren bisher gelungen ist, entspricht der normalen und bewährten Bleichert'schen Ausführung, die sich auch durch die gelenkige Lagerung der Laufrollen und durch große Leichtigkeit der ganzen Katze auszeichnet. Der letzte Umstand gestattet die Verwendung eines verhältnismäßig dünnen und somit billigen Tragseiles.

Schwierigkeiten bietet bei derartigen Kranen auch die Aufhängung des Hubseiles, das ohne Unterstützung bei der Ausfahrt der Katze tief durchhängen und die Bauarbeiten stören würde. Bei dem Ulmer Kabelkran wird nun das Hubseil in Abständen von etwa 40 m durch bewegliche Reiter getragen, die von einem besonderen Knotenseil festgehalten und beim Zurückfahren der Katze selbsttätig wieder mitgenommen werden. Durch diese äußerst zweckmäßige Einrichtung ist es erst möglich geworden, die Unterflasche mit dem Haken auch in größerer Entfernung von dem Führerstand beliebig zu senken, weil der durch die Reiter künstlich verkleinerte Durchhang des Hubseiles in keiner Weise mehr störend auf die

Der Kran selbst ist in allen Teilen so gebaut, daß er nach Beendigung des Brückenbaues ohne weiteres abgerüstet und an einem anderen Platz wieder aufgestellt werden kann. Aenderungen in der Spannweite oder in der Tragkraft lassen sich dabei ohne große Schwierigkeiten durchführen. Auch ist die weitere Verwendung nicht auf neue Brückenbauten beschränkt, denn die Kabelkrane dieser Art können ebenso bei Kanalbauten oder Eisenbahnbauten oder bei sonstigen Bauarbeiten verwendet werden, für welche Zwecke sie sich ebenso gut eignen. Namentlich unterscheiden sie sich dabei vorteilhaft von den Feldbahnen, die dem Kabelkran nur insoweit gleichen, als sie sich auch immer wieder von neuem verwenden lassen. Kabelkrane sind aber bedeutend leichter, erfordern so gut wie keine Unterhaltungs- und Wartungskosten und machen alle die Arbeiter überflüssig, die bei der Feldbahn zum Unterstopfen und Verlegen der Gleise bei fortschreitendem Bau erforderlich sind. Außerdem lassen sie den ganzen Lagerplatz und das ganze Baugelände völlig frei, stören also die eigentlichen Bauarbeiten in keiner Weise. —

Ein Beitrag zur Heimatschutzbewegung. Von Ob.-Br. K. Schmidt in Dresden.

(Schluß aus No. 18.)

**E**ine nicht minder große Bedeutung in der Heimatschutzbewegung kommt der Material- und Farbenwirkung der äußeren Schau-seiten zu; hier ist das öffentliche Interesse in erhöhtem Maße neuerdings auf die Frage hingelenkt worden, wie sich die Anwendung des Rohbaues mit der Erhaltung und Neubelebung heimatlicher Bauweise vereinen lasse und welche Rolle dem Putzbau zuzuweisen sei.

In lebhaften Auseinandersetzungen ist das Für und Wider erwogen worden und nicht selten sind die widerstreitenden Meinungen scharf aufeinandergeplatzt, haben sich wirtschaftliche Interessen in schroffen Gegensatz zu ästhetischen Forderungen gestellt.

Hinsichtlich des Rohbaues wird man zunächst zwischen Ziegel- und Werksteinrohbauten zu unterscheiden haben. Letzte schließen sich in ihrer Material- und Farbenwirkung indessen so den Putzbauten an, auch treten sie in ihrer Verwendung gegen jene so zurück, daß von ihrer ausführlicheren Beurteilung im Rahmen dieser Abhandlung abgesehen werden kann.

Bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Interessengebieten kann schwerlich eine allgemein gültige Regel aufgestellt, vielmehr kann nur von Fall zu Fall, je nach den örtlichen, kunsthistorischen Verhältnissen unter Berücksichtigung künstlerischer, technischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte entschieden werden.

Was zunächst den Ziegelrohbau anbelangt, so ist ein nachteiliger Unterschied zwischen alten und neuzeitlichen Ziegelrohbauten durch die Art des Ziegelmateriales selbst bedingt. Früher kam der eigentliche Mauerstein zur Erscheinung, während beim Ziegelblendbau jetzt häufig ein weniger starker oft gefärbter Blendstein vorgesetzt wird, der einen unkünstlerischen und unsoliden Verband von Halben- und Viertelsteinen gezeitigt hat. Eine Rückkehr zu der altbewährten Bauweise würde daher nicht nur aus künstlerischen, sondern auch aus konstruktiven Gründen anzustreben sein.

In starkem Nachteil befindet sich der heutige Maschinenverblender ferner gegen die älteren Ziegel durch seine glatte künstlerisch ausdruckslose Oberfläche. Dieser Nachteil fällt in größerer Nähe unangenehm in die Augen. Noch wichtiger vielleicht ist folgender Unterschied alter und neuer Backsteinbehandlung, weil er weithin das Landschaftsbild ungünstig beeinflusst. Ein weitverbreitetes Grundübel des heutigen Backsteinrohbaues ist die Vorliebe für brennendrote und scharfgelbe, überhaupt lebhaftere, sogenannte „reine“ Farben, die aus jeder Umgebung unangenehm herausfallen. Dieses Uebel wird noch nachteilig verschärft dadurch, daß man meistens durch gekünsteltes Brennverfahren und mühsames Sortieren der Steine eine Gleichmäßigkeit der Färbung erstrebt, die wiederum einen nachteiligen Gegensatz gegenüber den an sich milder gefärbten älteren Steinen bedeu-

tet. Es wird der Industrie keineswegs zum Schaden reichen und ist zum Bestehen der Heimatpflege dringend notwendig, daß dieses Streben nach möglichst technischer „Reinheit“ und das Aussortieren nach übertrieben gleichmäßigen Tönen unterlassen werden.

Die Rückkehr zum natürlichen Handstrichstein oder der Uebergang zu einem naturfarbenen, auf gute Oberflächenwirkung und lebendig wechselnde Tönung mehr Bedacht nehmenden Maschinenstein ist daher vom künstlerischen Standpunkt entschieden zu fördern. Erwünscht wird auch in manchen Fällen der Uebergang zu einem anderen als dem jetzigen Normalformat sein, etwa die Wiederbelebung des mittelalterlichen Klosterformates oder des kleineren holländischen Formates. Dringend erwünscht ist ferner für Backsteinbauten eine größere Ruhe der Erscheinung. Sie ist im Anschluß wieder an die ältere Bauweise leicht zu erreichen durch Einschränkung der meist viel zu reichlich und in viel zu derber Fassung verwendeten Einzelformen, sowie durch den Verzicht auf den häufig beobachteten Wechsel verschiedenfarbiger (roter und gelber) Steine.

Was den Putzbau anbelangt, so kann wohl behauptet werden, daß dieser aus dem durch Nachbildung des Werksteinbaues hervorgerufenen Verfall wieder zur Blüte erweckt und in beachtenswerter Weise in zeitgemäßem Sinne weiter entwickelt worden ist, nachdem man erkannt hatte, daß der alte bewährte Putz aus Kalkmörtel bei zeit- und sachgemäßer Anwendung durchaus dauerhaft ist.

Das Hinzutreten neuartiger Putzmethoden (Edelputze) hat das Anwendungsgebiet des Putzbaues wesentlich erweitert, ohne daß jedoch die alte Putzmethode unter Verwendung guter, sachkundig gelöschter Kalke und guten Sandes an Wert und Bedeutung verloren hätte.

Da der Putz für das Mauerwerk nur eine Hülle sein kann, so ist Fugenlosigkeit und flächige Behandlung die einzig anzuerkennende Bauweise. Das Konstruktionsgewicht bleibt im Inneren des Bauwerkes verborgen, muß aber in seinen Formen durch die Putzhülle erkennbar sein.

Von einer dritten Bauweise, die eine Vereinigung des Putz- und Ziegelrohbaues anstrebt und bereits zu bemerkenswerten Leistungen geführt hat, kann im Rahmen dieser Abhandlung abgesehen werden, ebenso von den Bestrebungen zu künstlerischer Belebung der Technik der Terrakotten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß eine geputzte Umfassung stets billiger als eine gleich starke Rohbaumauer sein wird, während diese wieder eine mit Haustein verblendete Mauer an Billigkeit übertrifft.

Die Annahme, daß sich Putz in unserem Klima als wenig haltbar erweise, ist hierbei als unzutreffend zurückzuweisen, da diesbezügliche Mißerfolge zumeist auf Mißgriffen in der Putzmörtelbereitung oder in der Putzgestaltung beruhen.

Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß nach allgemein anerkannten Grundsätzen, teilweise sogar nach förmlichen baugesetzlichen Bestimmungen eine Ziegel-



Verblendung nicht auf die Mauerstärke angerechnet werden darf, daß also größere Mauerstärken und breitere Gründungen erforderlich werden, wodurch sich die Kosten der Ausführung beim Ziegelblendbau erhöhen. Unter Umständen kann es auch, zumal bei beschränkter Grundstückstiefe, von Belang sein, daß die Vergrößerung der Mauerstärke eine Verringerung der Zimmertiefe bzw. des ausnutzbaren Raumes zur Folge hat. Bei Verwendung von Vollsteinen fallen natürlich diese Nachteile weg.

Eine Zusammenfassung der vorstehenden Darlegungen und Forderungen dürfte im wesentlichen in folgenden Sätzen gegeben sein:

Bei Wahl zwischen Putzbau und Ziegelrohbau ist die hergebrachte ortsübliche Bauweise, die zumeist die billigere und praktischere sein wird, zu bevorzugen. Dies schließt die Wahl der vom Hergebrachten abweichenden Bauweise natürlich nicht aus, besonders in den Fällen, wo aus ihrer Anwendung wirtschaftliche Vorteile erwachsen oder gerade durch den Gegensatz eine künstlerische Wirkung zu erwarten ist.

Die Befolgung dieser Anregungen würde die Bestrebungen des Heimatschutzes fördern, ohne daß eine freie Entwicklungszeitgemäßen baukünstlerischen Schaffens gehindert oder die berechtigten Interessen der heimischen Ziegel- wie Kalk-Industrien geschädigt würden. —

### III. Natürliche Werksteine oder Kunststeine.

Eine weitere Klage besteht bei den Besitzern von Werksteinbrüchen über den Rückgang in der Verwendung natürlicher Steine und der angeblichen Zunahme von Kunststeinen, und anderseits klagen die Kunststeinfabrikanzen gegen die mangelnde Berücksichtigung ihrer Erzeugnisse.

In einer Zeit, wo selbst dem einfachsten Wohnhause die Annehmlichkeit von Kastenfenstern zugestanden wird, hat die Verwendung von Werksteingewänden, die seither zur besseren und dichteren Befestigung des Rahmenwerkes einfacher und äußerer Fenster (Winterfenster) unerlässlich waren, mehr und mehr abgenommen, und auch hinsichtlich der Anordnung von Sims hat man erkannt, daß diese von der italienischen Renaissance übernommene Gliederung der äußeren Schauseiten, insbesondere bei einfachen bürgerlichen und ländlichen Bauten, unseren klimatischen Verhältnissen wie auch den Forderungen einer zweckmäßigen und sparsamen Bauausführung nicht immer entspricht.

Neben diesen rein praktischen Erwägungen kommt aber noch der allgemein beobachtete Rückgang der Bautätigkeit überhaupt als ein weiterer Grund der verminderten Verwendung von Steinmetzarbeiten in Frage.

Durchaus ein Irrtum aber ist es, anzunehmen, daß die gegenwärtig auf Denkmalpflege und Heimatschutz gerichtete Kulturbewegung an der mangelnden Verwendung natürlicher Werksteine Schuld trage und den Bezug von Ersatzstoffen begünstige.

Weit eher ist auszusprechen, daß jene, die überlieferte Bauweise und vor allem die Bevorzugung bodenständiger Baustoffe begünstigende Bewegung der Wertschätzung so hervorragender Baustoffe, wie es beispielsweise unsere Kalktuffe, Porphyre, Sandsteine sind, zugute kommen und ein Zurückdrängen der in Aufnahme gekommenen zahlreichen Ersatzstoffe, als Kalksandsteine, Zement-Kunststeine, zur Folge haben müßte.

Die geringe Verwendung natürlicher Baustoffe liegt zum guten Teil auch daran, daß heutzutage eine ausgiebige Verwendung der mit Portlandzement hergestellten Baustoffe stattfindet, mit denen nicht allein schneller und billiger, sondern auch — bei Mitwirkung tüchtiger Künstler — in größerer Vielseitigkeit gebaut zu werden vermag.

Anfangs wurde der Zement zumeist nur zur Herstel-

lung von Betonfundamenten und schwerer belasteter Mauerkörper verwendet; nach und nach aber bildete eine Zementtechnik sich heraus, die nicht nur das aufgehende Mauerwerk vollständig durch Eisenbeton ersetzte, sondern unter Verwendung des Zementes als Bindemittel

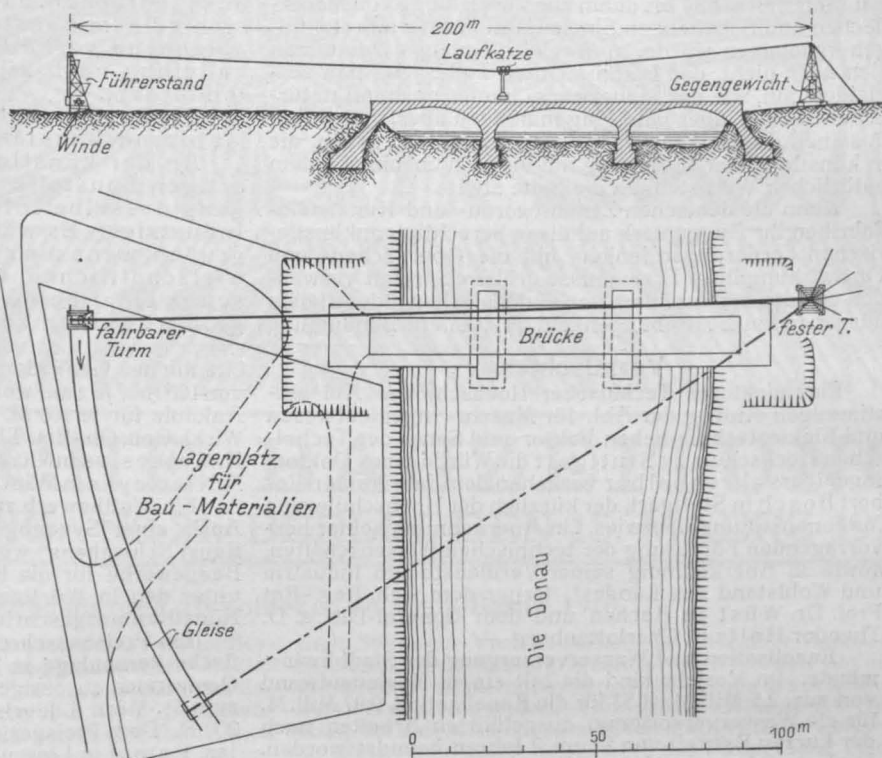


Abbildung 2. Allgemeine Anordnung der Kabelkran-Anlage für den Bau der neuen Donau-Brücke in Ulm.

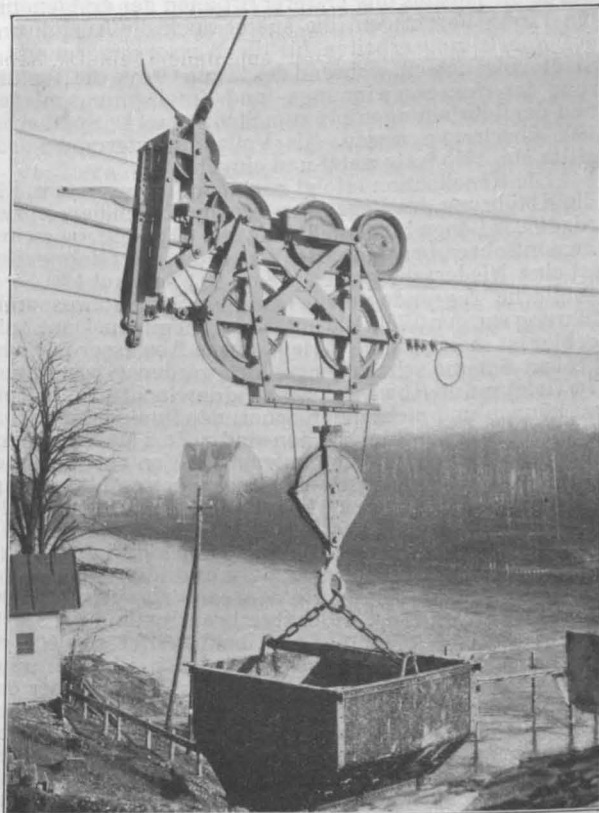


Abbildung 5. Laufkatze mit Beton-Fördergefäß. Eine eigenartige Kabelkranform zum Bau der neuen Donau-Brücke in Ulm.

auch dazu übergang, die natürlichen Werksteine durch Kunststeine zu ersetzen.

Wenn schon die Herstellung der Gründungen mit Zementbeton, anstelle der Sandsteinquader, den Werksteinbruchbesitzern Anlaß zu Klagen gab, dahingehend, daß

das minderwertige Material im Bruche liegen bleibe und dadurch der Abbau des guten Materiales erschwert und verteuert werde, so wurden diese Klagen noch größer, als auch das aufgehende Mauerwerk durch Beton ersetzt wurde. Es kam nunmehr auch die Verwendung des guten Materiales, das bis dahin zur Verkleidung von Mauerflächen und Schäften, zu Sims und Fensterumrahmungen genommen wurde, in Wegfall. Anfangs traute man sich noch nicht, den Beton sichtbar zu lassen, man verkleidete ihn, wie das Mauerwerk, immer noch mit natürlichen Steinen, aber bald ging man dazu über, dem Beton in seinen Ansichtsflächen eine Ausbildung zu geben, die in künstlerischer Beziehung ihn vielfach ebenbürtig dem natürlichen Werkstein an die Seite stellte.

Wenn die deutschen Zementwaren- und Kunststein-Fabriken ihr Augenmerk auf diese berechtigten, künstlerischen Forderungen lenken, auf die Oberflächen- und Farbwirkung ihrer Erzeugnisse größere Sorgfalt verwenden und den insbesondere von süddeutschen Industriellen ausgehenden Bestrebungen auf reizvollere Behandlung

der Außenansichten von Kunststeinen mehr entgegenkommen würden, werden die Klagen über Nüchternheit, Eintönigkeit und Farblosigkeit der aus Zement hergestellten Fassaden sicher auch mehr verstummen.

In Zusammenfassung des oben Gesagten ist auszusprechen, daß die Heimatschutzbewegung sich keinem Baustoff gegenüber grundsätzlich ablehnend verhält, daß sie jedoch dessen Behandlung nach künstlerischen Gesichtspunkten fordert.

Die Bevorzugung der altbewährten Baustoffe ist hiernach erklärlich.

An der künstlerischen Weiterbildung neuartiger Baustoffe hat die Heimatschutzbewegung dasselbe Interesse wie die betreffenden Industrien. Es wäre daher nur mit Dank zu begrüßen, wenn die zurzeit noch widerstreitenden wirtschaftlichen und künstlerischen Interessen zu einer beide Teile befriedigenden Lösung geführt werden könnten. —

## Vermischtes.

**Ehrendoktoren Technischer Hochschulen.** Auf einstimmigen Antrag der Abt. für Masch.-Ingenieurwesen und Elektrotechnik haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Stuttgart die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen dem Fabrikanten Robert Bosch in Stuttgart, der kürzlich der Hochschule eine Millionienstiftung überwies, „in Anerkennung seiner hervorragenden Förderung der technischen Wissenschaften, sowie in Anerkennung seiner Verdienste um Industrie und Wohlstand des Landes“, ferner dem Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Wüst in Aachen und dem General-Dir. a. D. Theodor Holtz in Charlottenburg. —

**Kanalisation und Wasserversorgung der Stadt Swinemünde.** Im Vorjahr sind die mit einem Kostenaufwand von zus. 2,5 Mill. M. (1,53 für die Kanalisation, 0,97 Mill. M. für die Wasserversorgung) ausgeführten Arbeiten nach der kurzen Bauzeit von kaum 2 Jahren beendet worden. Die Entwürfe waren 1907 von den Firmen Börner & Herzberg für die Kanalisation, David Grove (beide in Berlin) für die Wasserversorgung aufgestellt und Frühjahr 1908 wurde die Ausführung ersterer Arbeiten der erstgenannten Firma übertragen, die später auch die Ausführung der Rohrleitungsarbeiten für die Wasserversorgung im Stadtgebiet erhielt, während der Firma Grove die Ausführung der Wassergewinnungs- und Enteisungsanlagen und der Rohrleitungen bis zum Stadtgebiet im Spätherbst 1908 übertragen wurde. Als Vollendungstermin wurde Mitte Mai 1910 festgesetzt und eingehalten.

Die Kanalisation erfolgt nach dem Trennsystem. Für die Abführung des Regenwassers sind 2 Kanäle von zus. rd. 4480 m Länge hergestellt, die aus 300—650 mm weiten Zementrohren bestehen. Der Berechnung der Rohrweiten ist eine Niederschlagsmenge von 50 l/Sek. auf 1 ha Straßenfläche zugrunde gelegt. Für die Schmutzwasserabführung wurden 0,75 l/Sek. auf 1 ha angenommen. Das Stadtgebiet ist in 2 Systeme zerlegt, deren Abwässer je einem großen Sammel-schacht zugeführt werden (9 m Durchm., 7 m Tiefe), um die Abwässer während der Nacht aufspeichern zu können und nicht einen dauernden Pumpenbetrieb zu benötigen. In der Pumpstation sind z. Zt. 3 Maschinen mit je 150 cbm Stundenleistung aufgestellt. Von dort gelangen die Schmutzwässer durch ein Druckrohr von 1415 m Länge bei 400 mm Durchm. zur Klärstation im Friedrichstaler Forst, von dort mit natürlichem Gefälle zur Swine.

Für die Wasserversorgung ist eine künftige Bevölkerungsziffer von 20000 Einwohnern und 12000 Badegästen zugrunde gelegt, sowie ein Wasserverbrauch von 100 l für den Kopf und Tag. Höchstverbrauch stündlich 320 cbm bzw. 3200 cbm täglich. Der Hochbehälter hat 600 cbm Fassungsraum. Das Wasser wird durch 5 Rohrburgen in der Nähe des Wolgastsees aus dem Grundwasser entnommen und nach Enteisung durch ein eisernes Druckrohr von 1410 m Länge und 300 mm Durchm. dem Hochbehälter auf dem Kalkberge zugeführt. Von dort führt ein 2230 m langes Zuflußrohr von 325 mm Weite zum Stadtgebiet, in welchem sich das Rohrnetz auf 26 km Länge verzweigt. Es sind rd. 1100 Grundstücke an Kanalisation und Wasserversorgung angeschlossen. Die Oberleitung der Ausführung hatte Reg.-u. Brt. a. D. Gröhe. Die Anlagen stehen seit einem halben Jahr in vollem Betrieb. —

## Wettbewerbe.

**Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Linoleum-Muster** ergeht von den „Deutschen Linoleum-Werken Hansa“ in Delmenhorst für die Mitglieder einer Reihe von Vereinen vom 1. Mai 1911. Gewünscht werden Muster für Wohnräume, Dielen, Hallen, Säle in

öffentlichen Gebäuden, Kirchen und Museen. Ein I. Preis von 1000 M., je zwei weitere Preise von 500, 250 und 150 M.: Ankäufe für je 100 M. Unter den Preisrichtern die Hrn. Winkl. Geh. Ob.-Brt. Thömer in Berlin, Geh. Reg.-Rat Dr. H. Muthesius in Nicolasssee, Dir. E. Högg in Bremen, Prof. A. Niemeyer in München, W. Quantmeyer in Berlin. —

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Apsis einer Synagoge auf der „Ausstellung kirchlicher Kunst Schwabens“** wird durch die Beratungsstelle für das Baugewerbe für die israelitische Gemeinde in Stuttgart unter den in Württemberg ansässigen oder geborenen Künstlern ausgeschrieben. —

**Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe für eine städtische Parkanlage in Linz an der Donau** wird für die in Oesterreich ansässigen Fachleute deutscher Nationalität zum 31. März d. J. erlassen. 3 Preise von 500, 300 und 200 K. Dem Preisgericht gehören u. a. an die Hrn. Baudir. Jos. Kempf in Linz und Stadtgarten-Dir. W. Hybler in Wien. Unterlagen gegen 5 K., die zurückerstattet werden, durch das Stadtbauamt. —

**Zu einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Aquarium im Zoologischen Garten zu Berlin** nach vorhandenen Grundlagen sind die Architekten Wilh. Brurein, Prof. Bruno Möhring, Prof. Carl Saar, Jürgensen & Bachmann, sowie Salinger & Schmohl gegen eine Entschädigung von je 1000 M. eingeladen worden. —

**Im Schinkelpreis-Wettbewerb des Architekten-Vereins zu Berlin** fielen im Hochbau unter 18 Entwürfen zu einer Kriegerakademie Staatspreis und Schinkelplakette dem Reg.-Bfhr. Friedr. Krischen in Schöneberg, die Schinkelplakette dem Reg.-Bfhrn. Ernst Richter in Berlin und Friedr. Neumann-Hartmann in Prüm (Eifel) zu. — Im Wasserbau erhielt unter 3 Entwürfen zur Einmündung eines Schiffahrtskanales Staatspreis und Schinkelplakette Reg.-Bfhr. Otto Gagelmann in Magdeburg. — Im Eisenbahnbau erhielten unter 14 Entwürfen zu einer Gebirgsbahn Staatspreis und Schinkelplakette Reg.-Bfhr. Paul Schnell in Friedenau, je eine Schinkelplakette Reg.-Bfhr. Hans Schulte in Niederjeutz bei Diedenhofen und Axel Amandus L undbeck in Frankfurt a. O. —

**In dem Wettbewerb für die Bebauung der Grundstücke Hardenbergstraße, Ecke Bismarckstraße in Charlottenburg** waren 42 Entwürfe eingegangen. Den I. Preis von 2000 M. erhielt Hr. Henry Gross, den II. Preis von 1500 M. ein gemeinschaftlicher Entwurf der Hrn. Georg A. Rathenau und Fried. Aug. Hartmann, den III. Preis von 1000 M. die Hrn. Heidenreich & Michel. Angekauft für je 500 M. wurden die Entwürfe der Hrn. Max Ravoth, Richard Walter und C. Wenzke. —

**Wettbewerb Bebauungsplan Südgelände Schöneberg.** Verfasser des zum Ankauf empfohlenen Entwurfes „Den Kurven nach“ sind die Hrn. Peter Recht, P. Bachmann und H. Foeth in Cöln a. Rh. —

**Wettbewerb Bebauungsplan Gladbeck in Westfalen.** Unter 17 Entwürfen erhielt den I. Preis von 3000 M. die Arbeit der Hrn. Linnemann und Helbing in Mülheim a. d. Rhr.; den II. Preis von 2000 M. die der Hrn. P. Recht und H. Foeth in Cöln a. Rh.; den III. Preis von 1000 M. die des Hrn. O. Greiss in München-Gladbach. —

**Inhalt:** Haus Noll in Cöln-Marienburg. — Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feuerbestattung in Preußen. — Eine eigenartige Kabel-Kranform zum Bau der neuen Donaubrücke in Ulm. — Zur Aesthetik der Baustoffe. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. —

**Hierzu eine Bildbeilage:** Haus Noll in Cöln-Marienburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. № 21. BERLIN, DEN 15. MAERZ 1911.

## Grundbesitz und Hypotheken in Groß-Berlin 1910.

**D**er Jahresbericht für 1910 des „Vereins Berliner Grundstücks- und Hypotheken-Makler zu Berlin“ enthält über die geschäftliche Lage des Grundbesitzes und die Hypotheken-Verhältnisse in Groß-Berlin eine Reihe auch für eine größere Allgemeinheit wertvoller Angaben. Er stellt zunächst fest, daß die aus allen Teilen des Deutschen Reiches eintreffenden Jahresberichte über Grundbesitz ein mehr oder minder trübes Bild geben. Wenn Groß-Berlin glimpflicher davon gekommen ist, so hat dies nur darin seine Ursache, daß seine rastlos fortschreitende Entwicklung auch das Schwerste bis zu einer gewissen Grenze überwinden kann. Es scheint aber fast, als ob dieser Punkt nahe bevorstände. Wir standen während des ganzen Jahres im Zeichen der Beklemmung und Unsicherheit infolge der gesetzlichen Maßnahmen. Was hat in letzter Zeit der Grundbesitz erdulden müssen! Verteuerung und Erschwerung der Umsätze durch Reichs- und Kommunal-Umsatzsteuern und Wertzuwachssteuern! Schier unerschwingliche Kosten bei Neuregulierungen der Hypotheken; Erhöhung des Hypotheken-Zinsfußes durch Talon- und Effektensteuer und der Kanalisationsgebühr usw. Dazu kommen noch die unersättlichen Ansprüche der Mieter nach modernstem Komfort und dadurch die Entvölkerung der Gegenden mit älteren Grundstücken!

Unabhängig von diesen Gesichtspunkten hatte aber Berlin dieses Jahr beachtenswerte Momente, welche den Druck, der auf dem Grundbesitz lastete, nicht so fühlbar wie anderwärts machte. Man kann die Eröffnung der Schöneberger Teilstrecke der Untergrundbahn bis zur Haupt-Straße in Schöneberg, sowie die im Bau begriffene Wilmersdorfer Schnellbahn bis Dahlem, ebenso den fortschreitenden Bau der Untergrundbahn nach Norden bis zur Pankower Grenze, als einen bedeutenden Wendepunkt des Berliner Verkehrs nach beiden Himmelsrichtungen bezeichnen. Besonders im Westen sowohl auf Schöneberger Gebiet, in Wilmersdorf, Friedenau-Steglitz, auf dem Gelände der Terrain-Gesellschaft, dem Hohenzollern-Damm bis nach der Domäne Dahlem, als auch nach Nordensee und Pankow hat sich in anbetrachter der nunmehr gesicherten Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse eine rege Bautätigkeit entwickelt. Einen weiteren Anstoß zur Entfaltung von Boden-Interesse gaben die nunmehr gesicherte städtische Nord-Süd-Unterpfasterbahn, welche Wedding mit Belle-Alliance-Platz verbindet, sowie die nun ebenfalls genehmigte Schnellbahn der A. E. G. Gesundbrunnen—Rixdorf. Sowohl im Norden als im Süden haben, zum Teil in unmittelbarer Folge dieser Unternehmungen, große Grundstücks-Geschäfte stattgefunden, und zwar im Norden die jüngst erfolgte Interessengemeinschaft über ein umfangreiches Gelände zwischen der Bodengesellschaft Berlin-Nord und der Süddeutschen Immobilien-Gesellschaft, im Süden der Ankauf des Geländes des Ber-

liner Spediteur-Vereins seitens der Dresdner Bank. Die Fortführung der Untergrundbahn nach Norden hat auch den Konkurrenzkampf wegen des Erwerbes des Scheunenviertels hervorgerufen. Der größte Gelände-Abschluß aber, der seit Menschengedenken stattgefunden hat, wurde dieses Jahr durch den Erwerb des Tempelhofer Feldes seitens eines Konzerns von Großbanken unter Führung der Deutschen Bank und Mitwirkung der Gemeinde Tempelhof vollzogen. Derartige Geschäfte und Verkehrsverbesserungen befestigen das Vertrauen zur allgemeinen Marktlage und regen zu neuen Geschäften an. So ist schon jetzt lebhaft Nachfrage nach Baustellen des neu zu erschließenden Stadtviertels auf dem Tempelhofer Feldgelände. Die Folge aller dieser Umstände war, daß der Gesamtumsatz an Gelände 1910 nur einen Rückgang von etwa 57 Mill. M. aufzuweisen hatte, sich also angesichts der Lage des Grundstücks-Marktes günstiger gestaltete, als man erwarten konnte.

Um aber ein klares Bild über die Entwicklung des Grundstücksgeschäftes zu erhalten, ist es nötig, zum Vergleich nicht nur das letzte Berichtsjahr, sondern auch die vorhergegangenen heranzuziehen. Die Umsatzmöglichkeit von Grundstücken richtet sich zum größten Teil nach dem Geldmarkt. Wenn 1906 bei der Geldknappheit eine starke Verminderung der Umsätze zu verzeichnen war (1906 1200000000 M. auf 1908 793000000 M.), so hätte in diesem Jahre, bei den weitaus besseren Geldverhältnissen und der Entwicklung von Groß-Berlin, mindestens der Umsatz des Jahres 1907 erreicht werden müssen. Der Umsatz ist aber um etwa 400000000 M. gegen 1907 zurückgeblieben; das ist allein der ungeheuren Belastung des Grundbesitzes und der Beunruhigung durch gesetzgeberische Maßnahmen zuzuschreiben.

Aus nachstehender Tabelle ist der Grundstücksumsatz der letzten fünf Jahre von Berlin und der an Berlin angrenzenden westlichen Vororte zu ersehen:

	1906	1907	1908	1909	1910
	Mill. M.				
Berlin . . . . .	668	651	417	484	486
Charlottenburg . . . . .	137	137	96	116	100
Schöneberg . . . . .	75	55	51	81	26
Dt. Wilmersdorf . . . . .	77	57	44	63	69

Von den einzelnen Stadtteilen nahm wiederum der Westen in der Entwicklung die erste Stelle ein. Der Kurfürstendamm ist nun bis nach Halensee ziemlich zugebaut und auch die Lücken in den Seitenstraßen sind mehr und mehr geschwunden. Dagegen hat die Verkäuflichkeit der meist teuren Häuser mit der Entstehung von Neubauten nicht gleichen Schritt gehalten. Recht beliebt bleiben die neuen Straßenzüge am Olivaer-Platz wie Brandenburgische- und Paulsborner-Straße. Auch die Straßen auf Charlottenburger Gebiet, wie Küstriner-Straße, Roscher-Straße und Lehniner-Platz usw. erfreuen sich der Gunst des mietenden Publikums.

In der Innenstadt machten die Preiserhöhungen weitere Fortschritte. Es kamen zahlreiche, zuweilen nach Millionen zählende, Einzelverkäufe zustande. Wir nennen hierbei das frühere Hotel de Rome unter den Linden mit 4½ Mill. M., Ecke Charlotten- und Leipziger-Straße und Ecke Markgrafen- und Leipziger-Straße mit je 3 Mill. M., Mauer-Straße (Stumm'sches Palais) 2½ Mill. M. usw. In einzelnen Fällen wurden für Zweckgrundstücke in der Leipziger-Straße (Ecken) bis über 70 000 M. für die Rute (rd. 14 qm) bezahlt, Preise welche sogar Paris in bester Boulevardlage kaum aufzuweisen hat. Mittelgrundstücke bewegten sich zwischen 30 und 40 000 M. die Rute. Auch in der Jerusalemer - Straße, dem Hausvogtei - Platz, der Kronen-Straße, Linden-Straße, König-Straße und Neue König-Straße fanden umfangreiche Besitzveränderungen zu großen Preisen statt. Immer mehr zu Geschäfts-Straßen bilden sich Bellevue-Straße, Königgrätzer- und Lenné-Straße aus.

Nach amerikanischem Muster beginnt man auch hier mit der Errichtung großer Bureau-Häuser; erwähnt sei das umfangreiche „Fuggerhaus“ in der Link-Straße, Ecke Königin-Augusta-Straße. Ueberhaupt hat sich die Link-Straße im Berichtsjahr gut entwickelt. Ebenso fährt man in der Potsdamer - Straße vom Platz ab bis zur Lützow-Straße fort, weit höhere Preise als im Vorjahr für Grundstücke zu zahlen, doch sind dort fast sämtliche Grundstücke in festen Händen. In der Friedrich-Straße sind dagegen die Verkaufspreise konstanter geblieben und auch die Umsätze gegen das Vorjahr geringer.

Aus den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin ist zu entnehmen, daß die Zahl der Rohbauabnahmen vom 1. Okt. 1909 bis 1. Okt. 1910 beträgt 1378 (1908/09, 1117), die der Um- und Erweiterungsbauten 1909/10, 749 (1908/09, 641). Gebrauchsfertig wurden 327 (1908/09, 503) Häuser. Hierdurch wurden 5139 Wohnungen (1908/09, 7556) mit 10 433 (1908/09, 14 487) Zimmern neu geschaffen. Es entstanden mithin in der Zeit vom Okt. 1909/10, 2 417 Wohnungen mit 4 054 Zimmern weniger, als in derselben Periode des Vorjahres. Die Zahl der Abbrüche betrug 150 gegen 102 des Vorjahres. Diese Zahlen zeigen, daß sich der vorjährige Rückgang in der Bautätigkeit wieder etwas erholt hat.

Die Zwangsversteigerungen sind um 15 % zurückgegangen. Die bedeutendste Abnahme war bei den Amtsgerichtlichen Weißensee, Groß-Lichterfelde und Tempelhof zu verzeichnen, denen als erhebliche Zunahme Pankow und Schöneberg gegenüberstehen.

In Charlottenburg (304 280 Einwohner, 1905: 239 559) hat die Bautätigkeit nur wenig nachgelassen und machte sich besonders in der Gegend des Kurfürsten-Dammes, der Wall- und Heibel-Straße, an der Kaiserin-Augusta-Allee sowie am Reichskanzler-Platz und Umgegend bemerkbar. Der Grundstücksverkehr hat bei dem Umsatz in unbebauten Grundstücken erheblich nachgelassen, eine Folge der scharfen städtischen Wertzuwachssteuer und bezeichnend für die Zurückhaltung der Käufer vor Erledigung der Reichszuwachsststeuer. Die Stadt hat einige große Gelände angekauft, u. a. den Park am Lietzensee, der für eine dauernde Erhaltung bestimmt sein soll. Eine große Zahl neuer Straßen, besonders in Neu-Westend und nächst der Kaiserin-Augusta-Allee, sind reguliert worden, wodurch hier die Bautätigkeit angeregt wurde. Der Verkehr ist durch Schaffung neuer und Verlängerung bestehender Straßenbahnlinien gefördert worden, die besonders auch die Verbindung mit Deutsch-Wilmersdorf (108 025 Einwohner, 1905: 63 568) verbesserten. Dieses hatte eine recht rege Bautätigkeit (226 gegen 156 [1909] Bauscheine und 150 gegen 111 [1909] Gebrauchsabnahmen) zu verzeichnen. Auch der Gesamtumsatz am Grundstücksmarkt ist, dank der milden Wertzuwachssteuer im Verhältnis zu den Nachbarstädten Schöneberg und Charlottenburg wesentlich gestiegen. Wenn die Umsätze in bebauten Grundstücken damit nicht gleichen Schritt gehalten haben, so liegt dies in der ungeheueren Belastung im allgemeinen, die Rente und Anzahlung schmälert. Die Zahl der Zwangsversteigerungen ging zurück; die Bautätigkeit entfaltete sich besonders in der Güntzel-, Helmstädter-, Landhaus- und Prinz-Regenten-Straße, ferner in der Gegend der Brandenburgischen, Hektor- und Mecklenburgischen Straße, welche nebst Umgegend durch Neuregulierung der Bebauung erschlossen wurden. Auch in der Nähe des Südwest-Korso auf dem Besitz der Terrain-Gesellschaft Berlin-Südwesten regte sich, wie bereits erwähnt, die Bautätigkeit.

In Schöneberg g (172 672 gegen 141 000 1905) sind die Umsätze dank der Wertzuwachssteuer und anderer Umstände bedeutend gefallen. Am meisten ist ein Rückgang bei unbebauten Grundstücken zu verzeichnen und zwar hauptsächlich darum, weil derjenige, dem Schöneberg

den Aufschwung zu verdanken hatte, seine Tätigkeit nach Deutsch-Wilmersdorf und Charlottenburg verlegt hat. Der Gemeinde und dem Staate sind hierdurch große Steuerbeträge (städtische Umsatzsteuer 700 000 M. weniger) entgangen, die durch die Wertzuwachssteuer nicht wieder eingebracht werden konnten. Der Staat hatte auch einen Minderertrag allein an Vertragsstempel von 450 000 M. und das Reich an Reichsstempel von rd. 300 000 M. Diese Tatsachen geben zu denken. Der Umsatz ist von 81½ auf fast 27 Mill. M. herabgegangen! —

#### Vororte.

In Rixdorf (236 378 Einwohner gegen 153 513 1905) ist der Umsatz im Grundstücksmarkt wieder etwas zurückgegangen, doch war die Bautätigkeit im allgemeinen befriedigend, sodaß ein lebhafter Zuzug zu verzeichnen war. Als Großstadt werden an den Ort erhebliche Anforderungen gestellt, denen die Stadtverwaltung durch Errichtung gemeinnütziger Anstalten entgegen zu kommen sucht. Auch wird ständig den Verkehrsverbesserungen große Aufmerksamkeit gewidmet. Neben vielen Straßenregulierungen ist die Anlage des Körner-Parkes an der Jonas-Straße zu nennen.

Der Nachbarort Britz (11 511 Einwohner gegen 9477 1905) entwickelte sich weiter günstig. Durch Errichtung des neuen großen Straßenbahnhofes und der Riedel'schen chemischen Fabrik am Teltowkanal, wo etwa 2000 Personen beschäftigt werden sollen, dürfte ein erheblicher Zuwachs an Einwohnern zu erwarten sein.

Der vorjährige Geschäftsrückgang in Mariendorf mit Südense (15 500 Einwohner gegen 9016 1905) hielt auch während dieses Jahres an, sodaß der Gesamtumsatz von 1908 auf die Hälfte zurückgegangen ist. Eine Besserung dürfte vielleicht eintreten, wenn die von der Mariendorfer Grundstücksgesellschaft und der Terrain-Aktien-Gesellschaft Berlin-Mariendorf geplanten Straßenregulierungen und die neue Straßenbahn über Südense nach Steglitz fertiggestellt sein werden.

In Lankwitz (11 000 Einwohner gegen 7177 1905) dagegen hat sich der Umsatz wesentlich, besonders von Baustellen, gebessert, sodaß eine lebhaftere Bautätigkeit zu erwarten ist.

Tempelhof (20 700 Einwohner gegen 10 575 1905) hat im vergangenen Jahr durch den Ankauf des Tempelhofer Feldes die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Daß der Ort durch den Kauf wesentliche Vorteile in absehbarer Zeit haben wird, ist ohne Zweifel. Auch sonst hat sich der Grundstücksmarkt gut entwickelt. Die Ortsverwaltung hat viele Straßen neu angelegt.

Steglitz (63 000 Einwohner gegen 32 825 1905) ist jetzt, was den Umsatz im Grundstücksverkehr in Groß-Berlin betrifft, an die fünfte Stelle gelangt. Die rege Bautätigkeit auf dem Gelände der Berliner Terrain- und Bau-Aktien-Gesellschaft hat die Aufteilung und Regulierung des Kirchenackers und der ehemals Veith'schen Gelände veranlaßt.

Auch in Dahlem (4200 Einwohner gegen 1054 1905) waren Bautätigkeit und Grundstücksverkehr rege.

In Groß-Lichterfelde (44 500 Einwohner gegen 34 331 1905) ist der neue Bahnhof am Botanischen Garten eröffnet worden, wodurch in diesem Teil die Bautätigkeit, die sich sonst wenig vom Vorjahr unterschied, einsetzte. Das Geschäft in Grundstücken ließ etwas nach.

Der große Umsatz des Vorjahres in Zehlendorf und Schlachtensee (17 197 Einwohner gegen 12 024 1905) der wohl nur durch den Verkauf größerer Gelände verursacht war, ist in diesem Jahr bedeutend zurückgegangen. Die Zahl der Bauscheine (83 gegen 79 1909) und der Gebrauchsabnahmen (61 gegen 51 1909) beweist jedoch die dauernde Beliebtheit, der sich die dortige Gegend erfreut. Durch Umbau des Bahnhofes wird es möglich werden, die Zahl der direkten Schnellzüge nach dem Potsdamer Bahnhof zu vermehren.

Friedenau (34 572 Einwohner gegen 18 011 1905) befindet sich in einer stetigen Entwicklung, welche sich durch eine fast 19%ige Steigerung der Einwohnerzahl im letzten Jahr zu erkennen gibt. Die Bautätigkeit zeigte sich besonders in der Gegend des Südwest-Korso und im alten Friedenau, wo verschiedene Villen der Spitzhacke zum Opfer fielen.

Die Umsätze in Schmargendorf (6100 Einwohner gegen 5039 1905) haben sich in unbebauten Grundstücken mehr als verdoppelt. Der neu eröffnete Bahnhof Hohenzollern-Damm bietet für die weitere Entwicklung des Ortes günstige Aussichten.

Die Villenkolonie Grunewald (5950 Einwohner gegen 4574 1905) hatte denselben Umsatz wie im Vorjahr.

Spandau (82 000 Einwohner gegen 70 925 1905) hatte im vergangenen Jahr ein recht reges Geschäft in Grund-



stücken. Ebenso Tegel (18738 Einwohner gegen 12202 1905), Borsigwalde und Wittenau, welche von dem Großschiffahrts-Kanal immer mehr gewinnen.

Mit dem Ausbau der Straßen auf dem Gemeinde-Gelände von Reinickendorf (34940 Einwohner gegen 22425 1905) an der Teich- und Lindauer-Straße ist fortgefahren und die Regulierung weiterer Straßen an der Berliner Weichbildgrenze fertiggestellt worden. Durch die letzteren ist der unmittelbare Anschluß des sogenannten Schweizerviertels an Berlin hergestellt, wodurch ein nicht unwesentlicher Aufschwung der fraglichen Gegend erwartet werden darf. Die Zwangsversteigerungen sind nicht unerheblich gestiegen, während das Grundstücksgeschäft sich auf der Höhe des Vorjahres hielt.

Ein angeregtes Geschäft entwickelte sich in Pankow (45097 Einwohner gegen 29077 1905) in unbebauten Grundstücken, in denen der Umsatz mehr als verdoppelt wurde. Die im Bau befindliche Berliner Untergrundbahn, deren Endstation an der Pankower Grenze sich befinden wird, hat in dem Viertel von der Schönhauser-Allee bis zum Bahndamm eine rege Baulust hervorgerufen, wo moderne Häuser entstanden sind. Auch für das kommende Jahr ist eine weitere Entwicklung der Gegend vorauszusehen, wie die rege Nachfrage bei den verschiedenen Terrain-Gesellschaften beweist.

Auch in Niederschönhausen (15569 Einwohner gegen 9164 1905) ist die Bautätigkeit rege. Der Gesamt-Umsatz am Grundstücksmarkt hat sich gegen das Vorjahr um fast  $33\frac{1}{3}\%$  gebessert, und ein erfreulicher Rückgang der Zwangsversteigerungen zeigt sich.

Heinersdorf und Franz. Buchholz (4678 Einwohner gegen 4086 1905) sind jetzt, veranlaßt durch die Verbesserung der Verbindung mit Berlin, mehr von der Unternehmung aufgenommen worden, so daß in absehbarer Zeit hier eine regere Bautätigkeit zu erwarten ist. Kanalisation und Wasserversorgung sollen demnächst in Betrieb genommen werden.

Eine erhebliche Steigerung der Verkäufe bebauter Grundstücke hat Weißensee zu verzeichnen, wo sich der Gesamtumsatz um mehr als 1 Mill. M. erhöhte.

Hohen-Schönhausen (2100 Einwohner 1910) hat einen neuen Bebauungsplan aufgestellt und wird nun bald Kanalisation erhalten, die auf die Entwicklung des Ortes einen günstigen Einfluß ausüben dürfte.

Die im vergangenen Jahr berichtete Zunahme des Besitzwechsels in Ober-Schönweide (21400 Einwohner gegen 14100 1905) ist im Berichtsjahr wieder etwas zurückgegangen, doch zeigt die Bautätigkeit weiter günstige Zahlen. Die Gemeinde läßt in der Rathaus-Straße einen 13500 qm großen Schmuckplatz anlegen. Durch regere Tätigkeit in den industriellen Werken macht sich ein lebhafter Zuzug bemerkbar.

Lichtenberg (81148 Einwohner gegen 55391 1905) hat den Umsatz des vergangenen Jahres nicht wieder erreicht, doch ist die Entwicklung fortgeschritten. Die Regulierung einer Reihe von Straßen ist fertiggestellt worden. Im Stadtteil nördlich der Möllendorf-Straße, in nächster Nähe des Stadtparkes, sind die Grundstücke so eingeteilt worden, daß dort nur bessere Wohnhäuser, aber keine Fabriken und gewerbliche Betriebe, errichtet werden können. Die Entwürfe zur Umgestaltung des Stadtparkes werden in kurzer Zeit zur Ausführung kommen.

Die früheren günstigen Ergebnisse in Boxhagen-Rummelsburg (51915 Einwohner gegen 32989 1905) haben in diesem Jahre einer sichtbaren Verschlechterung der Verkäufe bebauter Grundstücke auf die Hälfte des vorjährigen gefallen ist, der der Zwangsversteigerungen jedoch sich fast verdoppelt hat. Die Gemeinde plant eine eigene Straßenbahn nach der Wuhlheide.

Der kleine Vorort Stralau (4108 Einwohner gegen 3539 1905) hat im Berichtsjahr verhältnismäßig günstig abgeschnitten. Den durch die alteingesessene Familie Tabbert aufgeführten Neubauten werden in dem nächsten Jahre weitere folgen.

Friedrichsfelde mit Karlshorst (19689 Einwohner gegen 14072 1905) hat seine Umsätze wesentlich vergrößert und eine lebhaftere Bautätigkeit aufzuweisen. Andererseits muß auch eine bedeutende Erhöhung der Zwangsversteigerungszahlen festgestellt werden. Durch Anlegung einer großen Reihe neuer Straßen auf dem Gelände der Terraingesellschaft Karlshorst erhofft die Gemeinde einen weiteren größeren Zuzug, zumal in Karlshorst Landhausbau vorgeschrieben ist.

In Treptow-Baumschulenweg (24782 Einwohner gegen 11314 1905) ist der Grundstücksumsatz um 30% gegen das Vorjahr gestiegen. Die Anlage eines Bahnhofes zwischen Treptow und Baumschulenweg wird wesentlich zur Verbesserung des Ortes beitragen.

In den Orten an der Oberspree Johannisthal, Adlershof, Grünau, Alt-Gliencke, Rudow machte sich im Berichtsjahr einige Belebung des Grundstücksgeschäftes geltend. Besonders ist in Rudow ein  $70\frac{1}{2}\%$  Morgengroßteilweisereguliertes Gelände mit Bahnanschluß zu Industriezwecken verkauft worden.

In Johannisthal wird am 1. April 1911 der Bau des Beamtenwohnungsvereins bezugsfertig. Die Terrain-Gesellschaft am Flugplatz Johannisthal hat ihren Besitz durch Hinzunahme der anstoßenden forstfiskalischen Grundstücke in bedeutendem Maße vergrößert.

Ueber den Gesamtumsatz bebauter und unbebauter Grundstücke, über die Bauscheine, Gebrauchsabnahmen und Zwangsversteigerungen in Groß-Berlin gibt die am Schlusse folgende Uebersichtstabelle Auskunft. Nach derselben betrug der Gesamt-Immobilien-Umsatz in Groß-Berlin 1060911000 M., abzüglich der Zwangsversteigerungen 882895000 M. freiwillige Verkäufe (gegen 940500000 M. 1909), also ein Rückgang von etwa 57 Mill. M.

Hauptsächlich beteiligt ist bei diesem Rückgang Schöneberg mit 54000000 M., Charlottenburg mit 16000000 M., Zehlendorf mit 11000000 M., Rixdorf mit 7000000 M., Boxhagen-Rummelsburg, Lichtenberg und Groß-Lichterfelde mit je 2000000. Diesen Einbußen stehen Mehrumsätze gegenüber in Steglitz von 12000000 M., Deutsch-Wilmersdorf von 6000000 M., Pankow von fast 6000000 M., Friedenau und Friedrichsfelde mit Karlshorst von fast je 3000000 M., Schmargendorf und Tempelhof von je 2000000 M. und Heinersdorf, Lankwitz, Oberschöneweide, Treptow, Stralau und Niederschönhausen mit je über 1000000 M. Die Ergebnisse der Zwangsversteigerungen sind von 168000000 M. im Jahre 1909 auf 177000000 M. im Berichtsjahre, also unerheblich gestiegen. —

Auf dem Hypotheken-Markt hat sich dieses Jahr ein größerer Unterschied als sonst zwischen dem I. und II. Semester bemerkbar gemacht. Während im ersten Halbjahr trotz Lohnkämpfen und Talonsteuer die Erwartungen übertroffen wurden, flaute in der zweiten Jahreshälfte der Verkehr unverhältnismäßig ab. Dies hat in der stark verminderten Bautätigkeit seine Ursache, welche wiederum, wie erwähnt, eine Folge der Erschwerung des Immobilienverkehrs durch die Erhöhung der Uebertragungsgebühren und der drohenden Wertzuwachssteuer war. Zwar haben sämtliche Hypothekenbanken die Talonsteuer ihren Obligationären gegenüber übernommen, wälzen diese aber sowie die Erhöhung des Effektenstempels von 2 auf  $5\frac{1}{8}\%$  auf die Darlehnsnehmer ab. Auf diese Weise erhöhte sich der Zinsfuß um  $\frac{1}{8}\%$  oder wurde durch eine entsprechende Erhöhung der Abschlußprovision ausgeglichen. Der Durchschnittszinsfuß, welcher ohnedies etwas höher als im Vorjahr war, versteifte sich demnach noch weiterhin. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn die Unternehmungslust im Laufe des Jahres stark erlahmte und der Grundbesitz unter der teuren Hypotheken-Regulierung seufzte. Trotzdem war bis gegen Mitte des Jahres das Hypothekengeschäft ebenso flott wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Gesamtsumme der Registerdarlehen von 37 Hypothekenbanken betrug am 30. Juni 10791,44 Mill. M. gegen 10473,89 Mill. M. am 31. Dez. 1909; die Zunahme für das erste Halbjahr 1910 stellt sich somit auf 317,21 Mill. M. gegen 331,12 Mill. M. im gleichen Vorjahrsabschnitt und 267,21 Mill. M. im II. Semester 1909. Die letztgenannte Ziffer dürfte im zweiten Halbjahr 1910 nicht annähernd erreicht werden, trotzdem auch im Vorjahr das II. Semester ebenfalls einen erheblichen Tendenzwechsel brachte.

Ausdrücklich erwähnt sei noch, daß die Sparkassen, Stiftungen, Versicherungsgesellschaften, sowie das Privat-Publikum sehr rührig auf dem Hypothekenmarkt tätig waren. Es gelang ihnen besonders, da sie weder Talonsteuer noch Effektenstempel zu berücksichtigen hatten, leicht erhebliche Beträge hypothekarisch unterzubringen und zwar nicht ohne ebenfalls Vorteile aus den erhöhten Bedingungen der Hypothekenbanken zu ziehen. Hieraus ist ersichtlich, daß die gesetzlichen Maßnahmen, die das Kapital treffen sollten, in Wirklichkeit den wirtschaftlich Schwachen geschädigt haben.

Wiederum kamen zahlreiche Millionen-Beleihungen in bevorzugten Stadtteilen zustande; auch ist bemerkenswert, daß sich mehr als im Vorjahr, durch die gute Verzinsung veranlaßt, ausländisches Kapital am hiesigen Beleihungsmarkt teils selbständig, teils im Verein mit hiesigen Instituten in bedeutenden Beträgen beteiligt hat.

In zweitstelligen Hypotheken gestaltete sich das Geschäft zufriedenstellend. Dabei ist zu bemerken, daß es sich mehr und mehr einbürgert, den 5% übersteigenden Zinsfuß dem Geldgeber auf die Laufzeit der Hypothek in bar herauszuzahlen.



Es stellten sich erstklassige Eintragungen in kleinen Beträgen auf  $4\frac{1}{8}$ — $4\frac{1}{4}$ — $4\frac{1}{2}$ %, Bank- und Versicherungsgelder  $4\frac{1}{4}$ — $4\frac{3}{8}$ — $4\frac{1}{2}$ %, Vorortshypothenken  $4\frac{1}{2}$ — $4\frac{5}{8}$ — $4\frac{3}{4}$ %. Dabei bedingten Institutsgelder  $1\frac{1}{2}$ — $2\frac{1}{2}$ — $2\frac{3}{4}$ %, Abschluß-Provision. Baugelder wurden mit  $5\frac{1}{2}$ — $6\frac{1}{2}$ — $6\frac{3}{4}$ % gewährt. Zweitstellige Eintragungen je nach Sicherheit  $5\frac{1}{2}$ — $5\frac{3}{4}$ — $6\frac{1}{2}$ %.

Die Aussichten für das kommende Jahr sind wenig verlockend und muß abgewartet werden, ob die fortschreitende Entwicklung unserer Stadt die schwere Bürde, unter welcher unser durch Steuern und andere Lasten schon genug bedrückter Immobilienmarkt leidet, einigermaßen paralysieren wird. —

Übersichts-Tabelle für den Grundstücks-Verkehr in Groß-Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 30. Sept. 1910.

Ort	Bau-scheine		Ge-brauchs-Ab-nahmen	Gesamt-Umsatz		Bebaute Grundstücke		Unbebaute Grundst.		Zwangsversteigerungen											
						Umsatz		Umsatz		Bebaute Grundstücke		Unbebaute Grundst.									
	1910/1909	1910/1909		1910 Mark	1909 Mark	1910/1909 Zahl	1910 Tausd. Mark	1909 Tausd. Mark	1910/1909 Zahl	1910 Tausd. Mark	1909 Tausd. Mark	1910/1909	1910 Tausd. Mark	1909 Tausd. Mark							
Berlin	1392	1599	327	503	486 384 256	484 408 798	906 1014	353941	353269	252	286	46 541	30 025	268	286	70 600	70 558	11	25	1 573	1 807
Charlottenburg	592	603	—	—	100 312 036	116 991 415	189 215	60 946	64 900	321	454	39 365	52 091	62	66	14 903	16 790	10	12	858	1 814
Dt. Wilmersdorf	226	156	150	111	69 067 602	63 141 028	73 115	22 170	33 206	252	202	46 897	29 934	51	65	15 453	19 321	7	10	834	1 023
Rixdorf	341	?	169	—	34 733 490	42 439 050	111 148	20 926	27 507	190	197	13 807	14 931	101	102	17 883	16 624	33	61	2 669	2 606
Steglitz	219	154	80	86	33 427 373	21 442 471	99 94	12 647	15 150	224	112	20 780	6 292	24	24	3 193	2 175	3	4	197	1 130
Schöneberg	86	129	111	99	26 805 454	81 582 040	103 177	29 405	48 666	65	180	7 399	32 916	17	21	5 666	3 704	—	1	—	66
Friedenau	113	100	83	63	20 194 060	17 310 764	77 64	11 960	10 013	105	96	8 233	7 297	13	10	2 557	2 347	2	2	107	108
Pankow	115	109	37	59	13 051 470	7 210 186	36 25	4 330	3 173	167	54	8 721	4 037	50	19	6 795	2 283	33	20	894	502
Lichtenberg	?	71	?	64	11 183 528	13 607 571	55 62	6 728	8 561	90	59	4 455	5 046	28	24	4 928	3 580	10	8	346	303
Gr. Lichterfelde	77	79	79	82	8 056 366	10 485 415	86 121	5 576	7 763	75	94	2 480	2 722	14	14	919	875	8	5	718	133
Friedrichsfelde-Karlsh.	53	56	61	38	7 440 670	4 835 460	37 33	1 891	1 141	67	56	5 549	3 693	19	6	7 113	523	11	5	301	138
Weissensee	?	40	?	15	8 063 600	6 989 982	81 64	5 540	4 840	45	59	2 523	2 149	14	17	1 591	1 599	16	56	492	892
Tempelhof	82	—	53	—	6 682 300	4 641 850	17 14	1 919	1 882	85	62	4 763	2 760	16	7	2 647	1 048	8	3	735	85
Grunewald	29	34	23	32	6 650 897	6 638 599	23 33	3 001	3 686	41	19	3 649	2 952	3	4	392	1 127	3	4	120	214
Zehlend.-Schlachtensee	83	79	61	51	6 477 942	17 932 270	37 40	2 288	2 400	136	136	4 189	15 531	18	11	974	827	7	5	194	116
Boxhagen-Rummelsbg.	?	42	?	24	6 100 815	8 840 339	16 28	2 713	5 623	27	44	3 387	3 216	23	11	3 005	1 464	2	4	161	456
Reinickendorf	69	82	75	29	5 990 983	6 218 301	45 51	2 966	3 017	50	74	3 024	3 201	39	25	4 389	1 431	13	21	324	355
Schmargendorf	33	24	16	8	5 652 138	3 457 129	2 11	44	791	31	25	5 607	2 665	10	8	1 235	821	—	2	—	316
Treptow-Baumschulwg.	43	45	44	34	5 052 781	3 887 315	15 11	2 181	1 482	45	30	2 871	2 404	8	4	1 208	989	—	7	—	312
Nieder-Schönhausen	45	50	21	33	3 072 678	2 113 294	23 22	1 979	1 070	66	61	1 093	1 042	6	10	290	306	3	7	153	388
Lankwitz	31	21	25	13	2 752 435	1 663 460	23 13	929	676	56	18	1 822	987	9	5	215	3	2	2	27	—
Mariendorf m. Südende	44	48	12	9	2 601 090	4 208 593	12 19	826	1 710	52	76	1 774	2 587	14	16	1 649	1 728	8	17	307	645
Tegel	23	38	22	38	3 217 137	2 650 381	18 11	2 464	1 273	12	19	752	1 385	9	12	1 066	1 383	—	2	—	209
Heinersdorf	3	—	—	1	2 358 033	695 750	3 2	311	139	9	9	2 047	556	—	—	15	1	—	1	—	—
Ober-Schöneweide	36	18	30	17	2 136 750	3 388 542	12 11	1 018	1 217	29	23	1 118	2 170	17	28	2 238	2 634	6	6	127	90
Britz	37	28	18	17	2 123 640	2 371 312	11 15	474	1 265	31	18	1 649	1 105	3	3	391	47	4	4	126	72
Stralau	9	—	3	—	1 460 478	260 000	5 1	462	260	5	—	998	—	—	1	—	168	—	—	—	—
Frz.-Buchholz	14	8	12	9	756 804	554 000	6 7	143	284	64	44	613	270	3	1	92	—	—	—	—	—
Alt-Glienicke	14	16	13	11	752 337	418 628	5 3	76	108	41	40	676	310	5	5	306	260	2	2	15	7
Hohen-Schönhausen	1	—	1	—	336 026	214 750	4 4	108	164	4	3	227	50	3	2	239	132	—	—	—	—
	1910	3810	1566	882	895 169	2130	559962	2637	247009	847	166537	203	11 279	13 894							
	1909	3629	1446	940	697 592	2428	605236	2550	234324	808	154762	298									

## Tote.

**Professor Dr. Otto Puchstein** †. In Berlin verschied plötzlich an einem Schlaganfall der hervorragende Archäologe Prof. Dr. Otto Puchstein, Generalsekretär der Zentralkommission der kaiserlichen Archäologischen Institute zu Berlin. Der Verstorbene hat ein Alter von nur 55 Jahren erreicht, denn er wurde am 6. Juli 1856 in Labes in Pommern geboren. Puchstein machte seine klassischen Studien in den Jahren 1875—1881 an den Universitäten in Straßburg und Berlin und erwarb in Straßburg den Doktorgrad. 1881 trat er eine 3jährige Reise an, die ihn im Auftrage des Archäologischen Institutes nach Italien, Griechenland, der Türkei und Aegypten führte. Als besondere Aufgabe war ihm dabei die Untersuchung des Grabdenkmals des Königs Antiochos von Romagene am oberen Euphrat gestellt, deren er sich mit solchem Erfolg entledigte, daß Hermann ihn bei den pergamenischen Ausgrabungen beteiligte. Von 1883—1896 war der Verstorbene Direktorial-Assistent an den königlichen Museen in Berlin und habilitierte sich auch an der Universität. 1896 jedoch wurde er als Professor der klassischen Archäologie nach Freiburg i. Br. berufen, wo er aber nur bis 1900 blieb, um in den Jahren 1900—1904 an den Ausgrabungen in Baalbek teilzunehmen. 1905 kehrte er nach Berlin zurück, um als Generalsekretär des Archäologischen Institutes die Ergebnisse seiner Reisen zu bearbeiten. Puchstein schrieb 1887 eine interessante, aber, wie wir glauben, von falschen Voraussetzungen ausgehende Arbeit über die Entstehung des jonischen Kapitells. Weitere Veröffentlichungen betreffen die pergamenischen Bildwerke, die griechischen Tempel in Unteritalien und Sizilien, die griechische Bühne und die Ruinen von Baalbek. Puchstein war einer von den philologisch gebildeten Forschern, die der Baukunst näher standen, als die größere Zahl seiner engeren Fachgenossen. —

## Vermischtes.

**Ausstellung kirchlicher Kunst Schwabens.** Die kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart veranstaltet in der Zeit vom 1. August bis 15. Oktober 1911 in der König-Karl-Halle des Landesgewerbe-Museums und in den Räumen des gegenüberliegenden neuen Ausstellungsgebäudes eine große Ausstellung schwäbischer kirch-

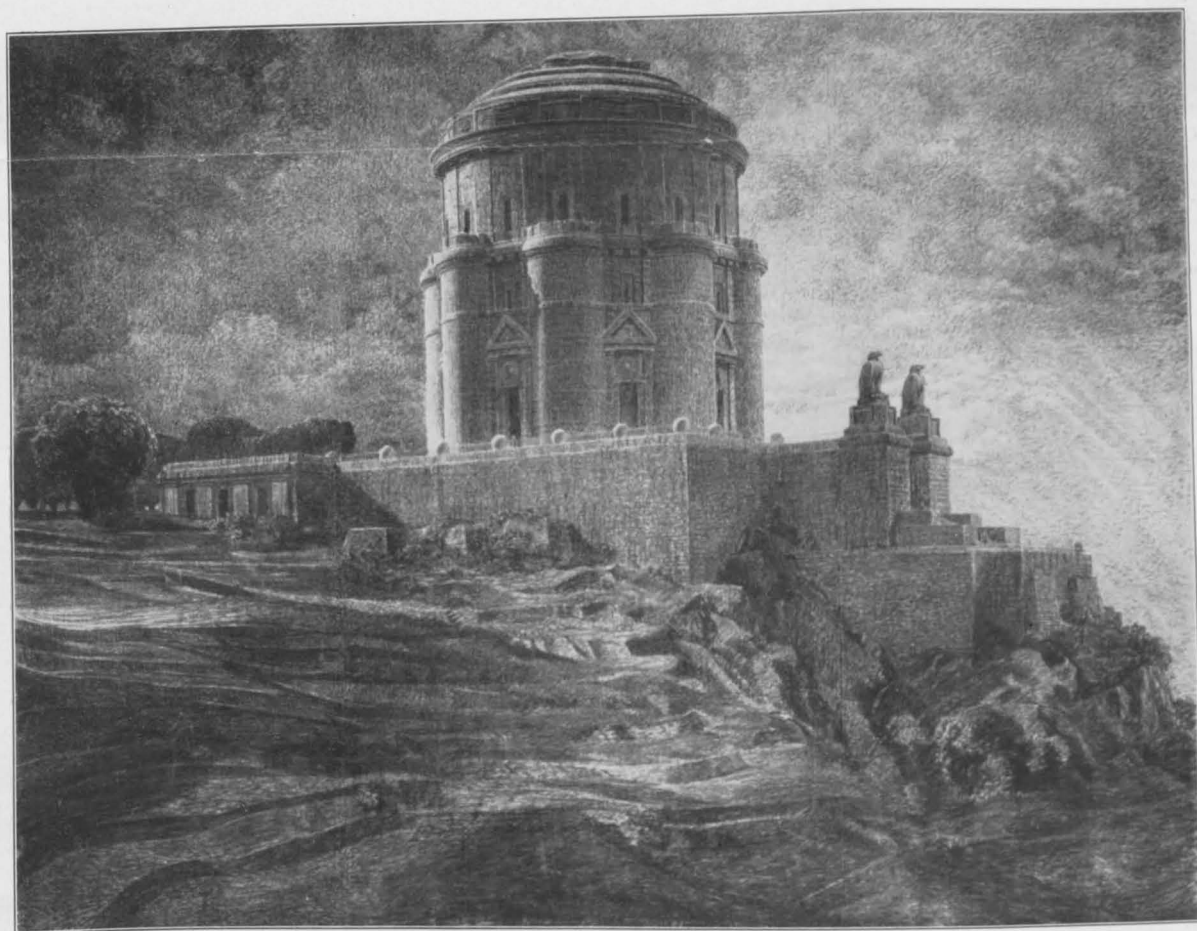
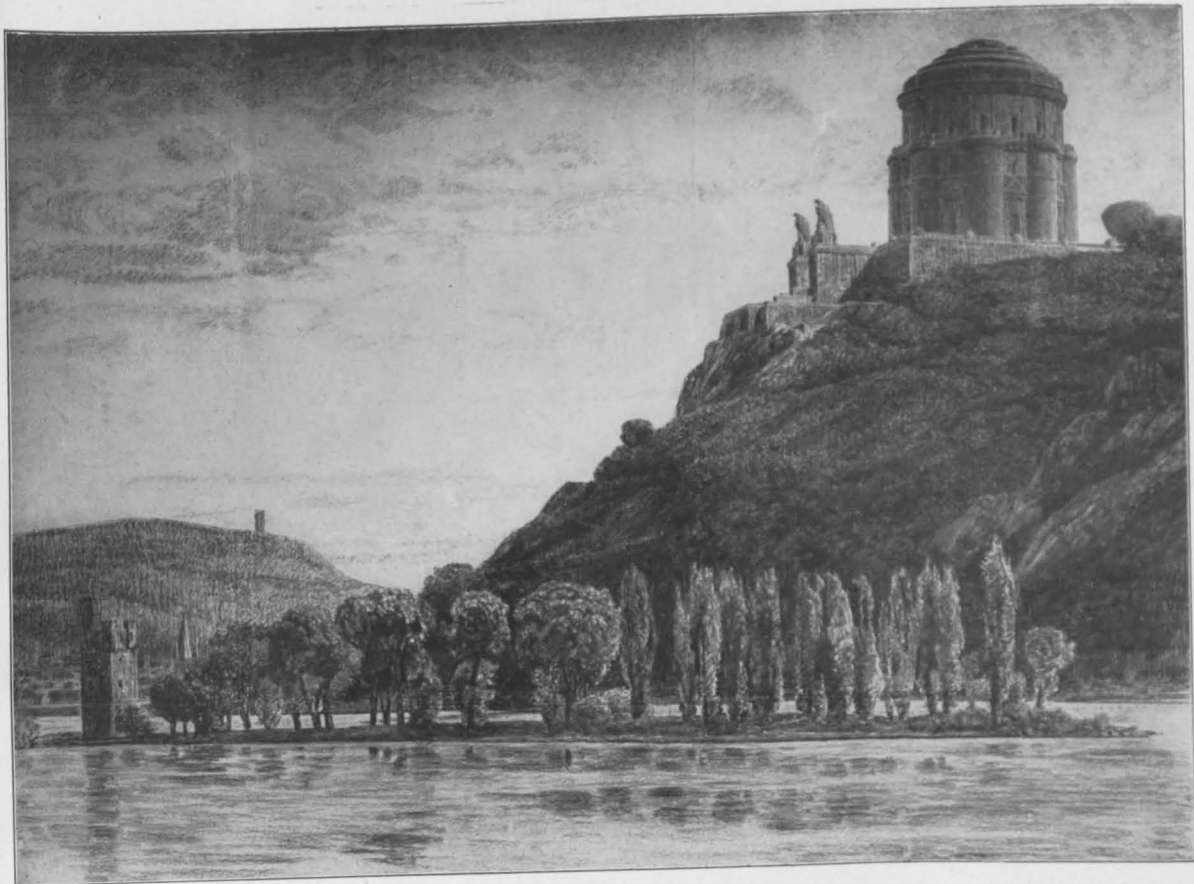
licher Kunst, die aus einer alten und neuen Abteilung bestehen wird. Die kunstgewerblichen Gruppen wurden dem Landesgewerbe-Museum, die Architektur-Abteilung der Beratungsstelle für das Baugewerbe überwiesen.

Die historischen Gruppen sollen nicht sklavisch nachzunehmende Modelle bringen, sondern lediglich Zeugen geschlossener Kunstperioden vorführen, denen die Leitung das in unseren Tagen Entstandene gegenüberstellen will. Entscheidend für die Aufnahme sind daher nicht der geschichtliche Wert, sondern die künstlerische Qualität eines Ausstellungsgegenstandes.

1. Die alte baukünstlerische Abteilung soll in einer a) graphischen Abteilung Original-Entwürfe, Maßaufnahmen, Photographie, Stiche, Aquarelle, Gemälde und Modelle von kirchlichen Bauten jeglicher Art und ihren Einzelheiten bringen unter Einschluss der entsprechenden Literatur. b) Desgleichen sollen von alten Bauteilen solche im Original gezeigt werden, deren Entfernung ohne Anstände möglich ist.

2. Die neue baukünstlerische Abteilung soll sich nicht auf das in unseren Tagen Geschaffene beschränken. Vielmehr soll manches für die Ausstellung erst noch entstehen. a) Graphische Abteilung, wie Original-Entwürfe, Modelle usw. von neuen kirchlichen Bauten und ihren Einzelheiten, Wettbewerbsarbeiten, Freilegungs- und Umbaupläne, Um- und Ausbau-Entwürfe, soweit sie für württembergische Kirchen aller Art oder von württembergischen Architekten angefertigt wurden. Literatur über neues kirchliches Bauschaffen soll nicht fehlen. b) Kirchen- und Kapellenräume. Anträge für Entwurf und Ausstattung hierzu erwartet die Ausstellungsleitung von seiten der Architekten, Bildhauer, Bauhandwerker und Industriellen, denen daran liegt, in kirchlichen Kreisen bekannt zu werden. Außerdem sucht sie für die israelitische Gemeinde in Stuttgart durch einen öffentlichen Wettbewerb die Apsis einer Synagoge zu erlangen, wobei ein preisgekrönter Entwurf zur Ausführung gebracht wird. — Ueber die Zulassung der Ausstellungs-Gegenstände entscheidet eine von der Zentralstelle berufene Jury. Für die besten, besonders hervorragenden Leistungen kann während der Ausstellung eine Ehren-Urkunde zugesprochen werden. —





WETTBEWERB UM ENTWURFE FÜR EIN BISMARCK-NATIONAL-DENKMAL  
 AUF DER ELISENHÖHE BEI BINGERBRÜCK. ENTWURF „FAUST“. ARCHI-  
 TEK: PROF. WILH. KREIS IN DÜSSELDORF. \* ANSICHT VOM GEGEN-  
 ÜBERLIEGENDEN UFER (NACH EIGENER LANDSCHAFTS-AUFNAHME)  
 UND ANSICHT AUS HALBER HÖHE DER ELISENHÖHE. \* \* \* \* \*  
 DEUTSCHE BAUZEITUNG \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 21.

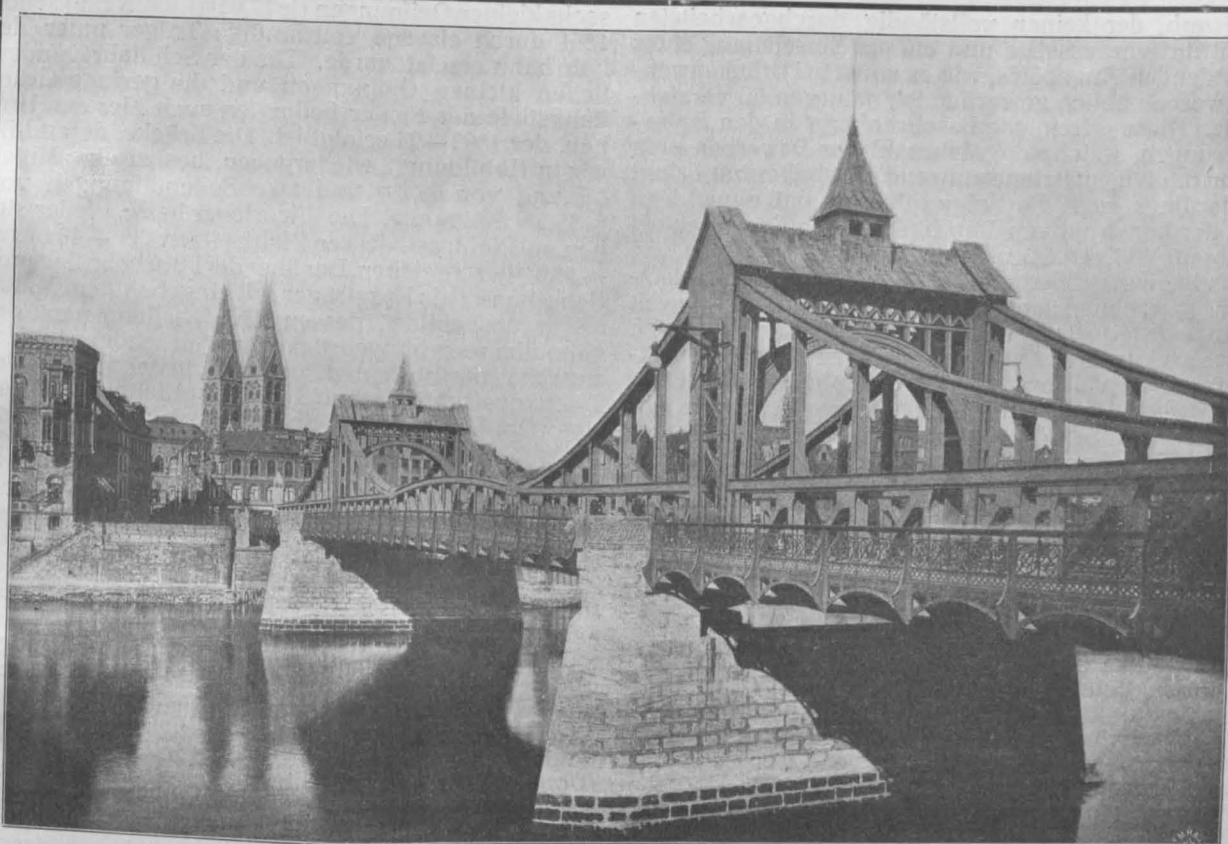


Abb. 2. Große Weser-Brücke in Bremen. Ing.: Suling u. Th. Rehbock. Arch.: Herm. Billing in Karlsruhe. Erb. 1893—1895.

# BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

## Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen.

Von Fritz Eiselen.



Von den drei Brücken, die im Stadtgebiete von Bremen die Weser überspannen — die Eisenbahn-Brücke in Verbindung mit Fußgängersteg, die Kaiser-Brücke und die Große Weser-Brücke — ist es

das mittelste und für den städtischen Verkehr wichtigste, und wenn man auf die ursprüngliche Anlage zurückgeht, jüngste Bauwerk, das in absehbarer Zeit einem Neubau weichen muß. Grund dafür sind die dem Schiffsverkehrs hinderlichen geringen Durchfahrtsweiten, die geringe Gründungstiefe der Pfeiler, deren Fundamentsohle jetzt schon mit der Flußsohle zusammenfällt, sodaß die geplante weitere Austiefung des Stromes ihnen völlig den Halt rauben würde, außerdem aber auch der zu schwache eiserne Ueberbau, der den großen Lasten des modernen Verkehrs nicht mehr gewachsen erscheint und durch seine starken Schwankungen die Bevölkerung beunruhigt.

Zur Gewinnung von Vorschlägen für eine in der allgemeinen Anordnung und künstlerischen Behandlung zweckentsprechende, sich gut in das Stadtbild einfügende Lösung wurde im Herbst v. J. ein Wettbewerb ausgeschrieben und zwar nur ein Ideenwettbewerb.



Abbildung 1. Plan der Altstadt von Bremen mit den drei Brücken. I. Eisenbahn-Brücke. II. Kaiser-Brücke. III. Große Weser-Brücke.



bewerb, der keinen vollständig durchgearbeiteten Entwurf voraussetzte und auf die Einreichung eines verbindenden Angebotes, wie es sonst bei Brückenwettbewerben üblich geworden ist, naturgemäß verzichtete. Diese erfreuliche Beschränkung in den Anforderungen, welche die Mehrzahl der Bewerber auch von unnötigem Arbeitsaufwand abgehalten hat, bringt allerdings auch die Folge mit sich, daß neue Ideen in der konstruktiven Durchbildung im Einzelnen bei diesem Wettbewerb nicht in dem Maße auftreten, wie das bei den größeren Brückenwettbewerben der letzten Jahrzehnte sonst der Fall gewesen ist. Soweit Einzelheiten zur Darstellung gekommen sind, halten sie sich im allgemeinen an schon bewährte Konstruktionen, die von einzelnen Brückenbaufirmen zuerst angewendet, jetzt Allgemeingut geworden sind. Abgesehen von einigen wenigen schülerhaften Versuchen zeigt aber der Wettbewerb in seinen 42 Entwürfen ein hohes Durchschnittsmaß technischen Könnens auf dem Gebiete des Brückenbaues und weist in der Gesamtleistung eine Reihe ganz hervorragender Arbeiten auf. In architektonischer Beziehung läßt er bei der Mehrzahl der Entwürfe die Wandlung erkennen, die sich in letzter Zeit hinsichtlich der Anschauungen über die künstlerische Behandlung von Ingenieurbauten vollzogen hat, der darin gipfelt, daß der Konstruktionsgedanke ohne verdeckende Scheinarchitektur klar zum Ausdruck gebracht werden solle, daß die Schönheit eines solchen Bauwerkes vor allem in der großen Linienführung gesucht werden müsse.

Die Kaiser-Brücke verbindet, wie der Stadtplan Abbildung 1 zeigt, etwa 700 m oberhalb der Eisenbahn-Brücke und etwa 600 m unterhalb der Großen Weser-Brücke im Zuge der Kaiser-Straße bzw. der Großen Allee Altstadt und Neustadt an einer Stelle, wo der tote, hier rd. 70 m breite Arm der kleinen Weser sich mit dem der durchgehenden Schifffahrt und für gewöhnlich auch allein der Wasserabführung dienenden, rd. 120 m breiten Hauptstrom der Weser wieder vereinigt. Die von oberhalb kommende, die beiden Stromarme teilende Landzunge des Teerhofes, die an der Großen Weser-Brücke eine solche Breite hat, daß diese mit der in ihrem Zuge liegenden Kleinen Weser-Brücke überhaupt nicht zusammen in die Erscheinung tritt, besitzt hier nur noch so viel Breite, daß zwar die Ueberbrückungen der beiden Stromarme getrennt behandelt werden, aber doch zu einer einheitlichen Gesamtwirkung zusammengefaßt werden müssen, eine Aufgabe, die ihre Schwierigkeiten, aber auch ihre Reize hat. In sofern steht die Kaiser-Brücke auch im Gegensatz zu der Eisenbahn-Brücke, bei welcher die beiden Stromarme nur noch durch ein schmales, vom Teerhofpfeiler ausgehendes Separationswerk getrennt werden, das zwar auf die Pfeilerstellung von Einfluß ist, das Bauwerk selbst aber doch nicht mehr in zwei getrennte Teile zerschneidet. Es wird für die Beurteilung der im Wettbewerbsprogramm für die Kaiser-Brücke gegebenen Vorschriften und der durch die Bewerber vorgeschlagenen Lösungen von Interesse sein, einige kurze Bemerkungen über die bestehenden Bauwerke vorzuschicken:

Die Eisenbahn-Brücke stammt in ihrer ersten Anlage aus den Jahren 1866/67. Sie ist zweigleisig und nimmt auf Konsolen auch den Fußgängerverkehr auf. Sie wurde 1894/95 unter Benutzung der alten eisernen Ueberbauten, aber unter Verlegung der Pfeiler mit Rücksicht auf die geringe Tiefe und die für die Schifffahrt ungünstige Stellung der letzteren umgebaut. Sie besitzt drei eiserne Ueberbauten von je 48,11 m, eine doppelarmige Drehbrückenöffnung von 49,53 m, deren Drehpfeiler mit dem Separationswerk zusammenfällt und eine Öffnung von 20,12 m. Die Pfeiler sind bis auf - 11 bzw. - 12 m unter Bremer Null (+ 0,85 m über MW.) gegründet. Die Gesamtlänge des Bauwerkes beträgt 213,7 m.

Die Große Weser-Brücke in ihrer jetzigen Gestalt wurde 1893—95 anstelle einer alten Brücke erbaut, deren Strompfeiler noch aus den Jahren 1839 bis 41 stammten, während der hölzerne Ueberbau der

sechskleinen Öffnungen (je 17,05 m Lichtweite) schon 1861 durch eiserne vollwandige Träger unter der Fahrbahn ersetzt wurde. Die der Schifffahrt hinderlichen kleinen Öffnungen und die geringe Gründungstiefe der Pfeiler bedingten auch hier den Umbau, der 1893—95 erfolgt ist. Die Brücke, deren Bild wir in Abbildung 2 wiedergeben, besitzt eine Mittelöffnung von 66,1 m und zwei Seitenöffnungen von je 35,5 m Stützweite. Die Widerlager bzw. Pfeiler stehen auf Pfahlrost, dessen Pfahlsitzen bis - 10 bzw. - 11,5 m herabreichen. Der über der Fahrbahn liegende Ueberbau ist als Kragträger mit eingehängtem Mittelträger ausgebildet, dessen Anschwellung nach der Mitte allein den hängebrückenartigen schönen Linienzug etwas beeinträchtigt. Entwurf und Berechnung der Eisenkonstruktion stammen bekanntlich von dem jetzigen Ob.-Brt. Prof. Rehbock in Karlsruhe, die künstlerische Ausgestaltung ist ein Werk Prof. Billings in Karlsruhe, der in einem nach Festlegung der Trägerform ausgeschriebenen Wettbewerb um die architektonische Ausbildung des Bauwerkes Sieger blieb. Die Brücke hat 17 m Gesamtbreite, wovon 9 m auf den Fahrdamm, je 3 m auf die beiderseitigen Bürgersteige und je 1 m auf die Hauptträgerbreite nebst Schutzstreifen entfallen. Die Brücke fügt sich trefflich in das Stadtbild ein, die sorgfältig durchgebildete Eisenkonstruktion wirkt bei Ueberschreitung der Brücke allerdings reichlich schwer.

Im Zuge dieser Brücke ist im letzten Jahrzehnt dann auch eine die kleine Weser in einer Öffnung (Bogen über der Fahrbahn mit Zugband) überspannende Brücke erbaut worden, die aber, wie schon erwähnt, durch die hier schon breite und bebaute Landzunge völlig von der großen Weserbrücke abgetrennt ist, mit dieser nicht zusammen im Stadtbild erscheint.

Die Kaiser-Brücke endlich, um deren Umbau es sich jetzt handelt, ist 1872—75 erbaut worden. Sie besitzt, vergl. den Längsschnitt Abbildung 3, den Grundriß Abbildung 4 und das Bild des alten Bauwerkes Abbildung 5, etwa 224 m Länge zwischen Altstadt- und Neustadt-Ufer, und 5 Öffnungen von 26,64 bis 48,54 m Weite, die durch 3 Strompfeiler (2 in großer und 1 in kleiner Weser) und dem starken Pfeiler auf der Teerhof-Landzunge gebildet werden. Die eigenartige Stellung der Pfeiler hat ihren Grund darin, daß die Brücke ursprünglich eine mit doppelarmiger Drehbrücke zu überspannende Schifffahrts-Öffnung (Drehpfeiler auf dem Teerhofpfeiler) erhalten sollte und daß die Pfeiler bereits ausgeführt waren, als man sich zu einem festen, über der Fahrbahn liegenden Ueberbau entschloß. Die Hauptträger, im Abstand von 10 m v. M. z. M. angeordnet, sind einfache Parallelträger mit gekreuzten Diagonalen; von der Brückenbreite entfallen 8,5 m auf den Fahrdamm, je 3 m auf die beiden Bürgersteige. Entwurf und Berechnung der Eisenkonstruktion wurden von dem späteren Prof. E. Dietrich in Berlin unter Schwedler's Oberleitung ausgeführt. Höhen- und Gefällverhältnisse der Brücke, sowie ihre architektonische Ausbildung mit massiven, in mittelalterlichen Formen gehaltenen Endportalen und gußeisernen Aufbauten über den Pfeilern sind aus den Abbildungen ersichtlich.

Die für den Wettbewerbsentwurf maßgebenden, vom Preisgericht bei der Beurteilung der Entwürfe sehr streng festgehaltenen Programm-Bestimmungen über Lichtweiten, Lichthöhen, Pfeilerausbildung und Gründungstiefe usw. gehen im wesentlichen aus dem Längsschnitt durch die Achse der alten Brücke, Abbildung 6, die auch als Achse für die neue

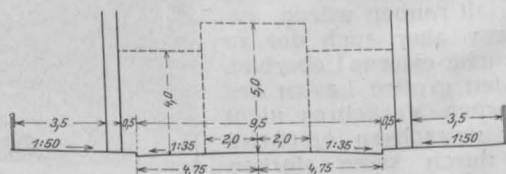


Abbildung 7. Querprofil der geplanten Brücke. (Lichtmaße und Gefälle waren festzuhalten.)

Brücke festzuhalten war, hervor. Danach ist für die große Weser, die beiderseits niedrig gelegene Uferstraßen erhalten soll, eine einzige Oeffnung von 95 m

stens 10 m betragen. In der Abbildung 6 ist auch die tiefste zulässige Lage der Konstruktions-Unterkante eingetragen. Es ist jedoch nachträglich noch insofern

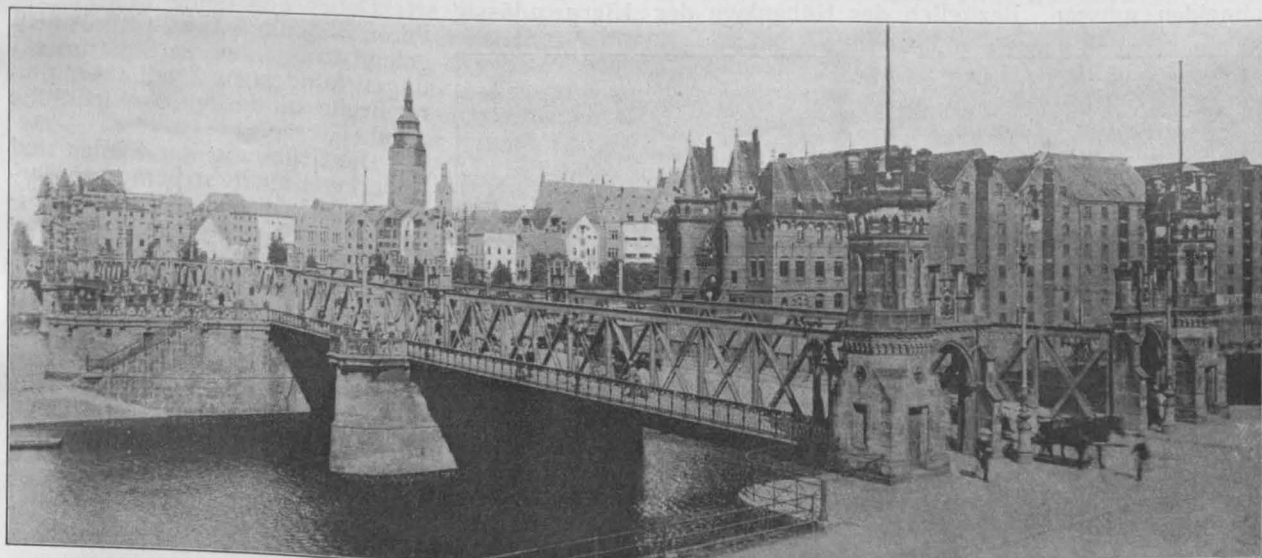


Abbildung 5. Erscheinung der alten Kaiser-Brücke im Stadtbilde (Aufnahme vom Neustadt-Ufer her).

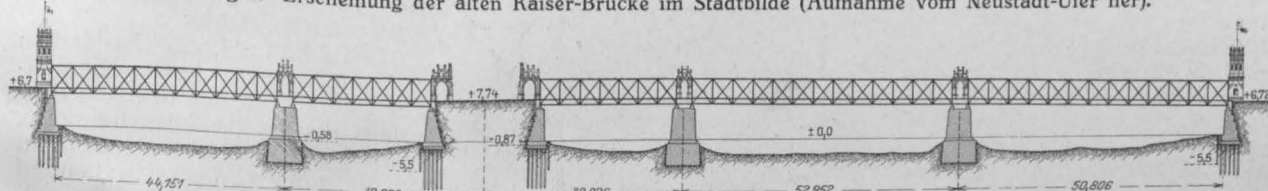


Abbildung 3. Aufriss der alten Kaiser-Brücke. Erbaut 1872—1875.

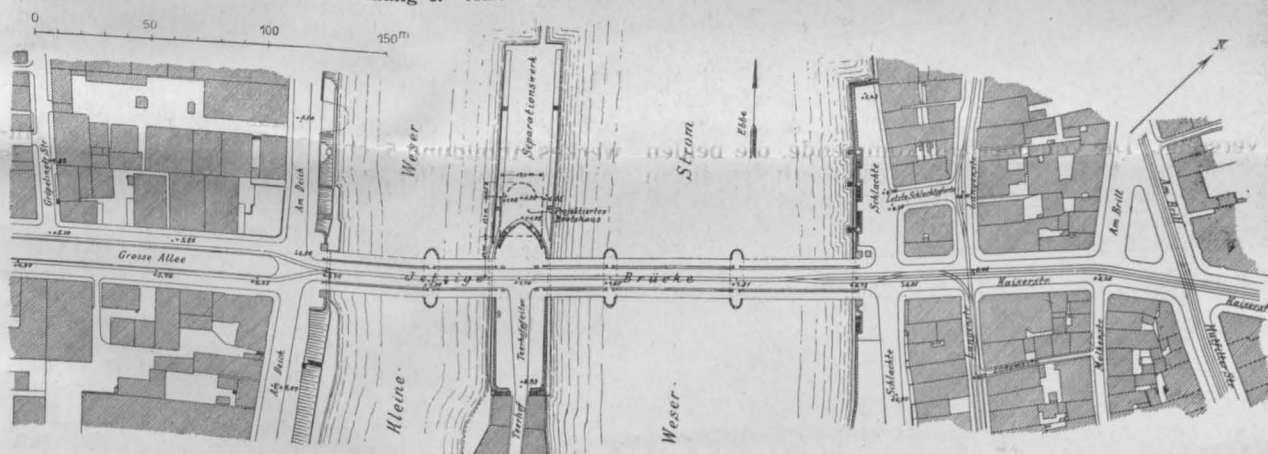


Abbildung 4. Lageplan der alten Kaiser-Brücke. (Maßgebend auch für die neue Lage.)

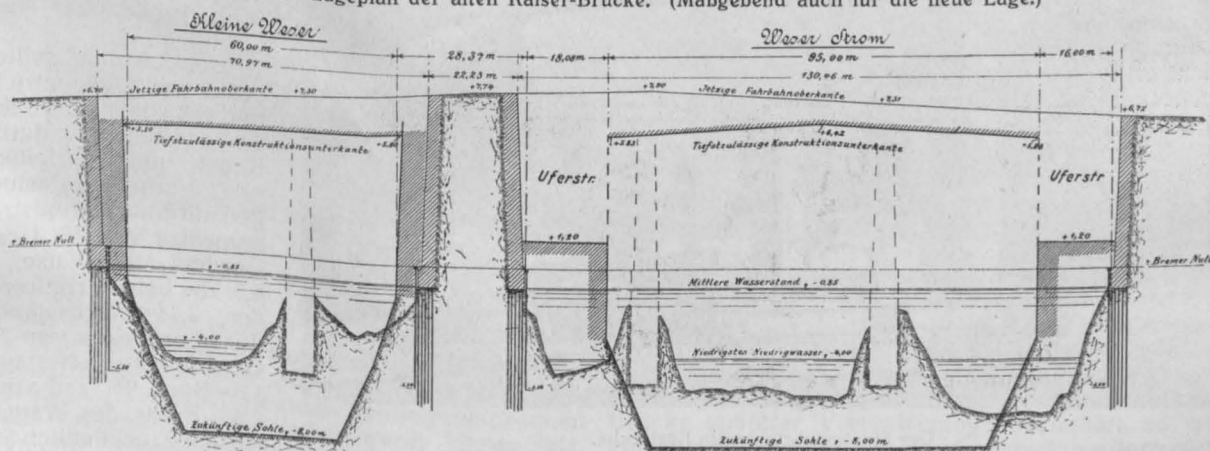


Abbildung 6. Längsprofil der alten Brücke mit Eintragung des bei der neuen Brücke freizuhaltenden Profiles (Höhen in 5fachem Maßstab der Längen).

Lichtweite, für die kleine Weser eine solche von mindestens 60 m Lichtweite verlangt. Die Lichtweiten für die Ueberbrückungen der Uferstraßen sollen mindestens 15. März 1911.

eine Erleichterung gewährt worden, als Abschrägungen der Enden des Lichtprofils in beiden Oeffnungen zugelassen wurden, die in den senkrechten beider-



seitigen Begrenzungslinien in 3,5 m Höhe, beginnend in 8 m wagrechtem Abstand, in die eingezeichnete unterste Begrenzung des Lichtprofils wieder einschneiden müssen. Bezüglich der Höhenlage der

richtung möglichst geringe Steigung zu geben sei und daß am Teerhofpfeiler eine Senkung der Höhenlage bis auf die jetzigen Endhöhen an beiden Ufern zulässig sei. Ueber den tiefen Uferstraßen, deren Höhenlage auf + 1,2 B. P. festgelegt war, sollten die Ueberbrückungen mindestens 4, auf 4 m mittlerer Breite mindestens 5 m Lichthöhe erhalten.

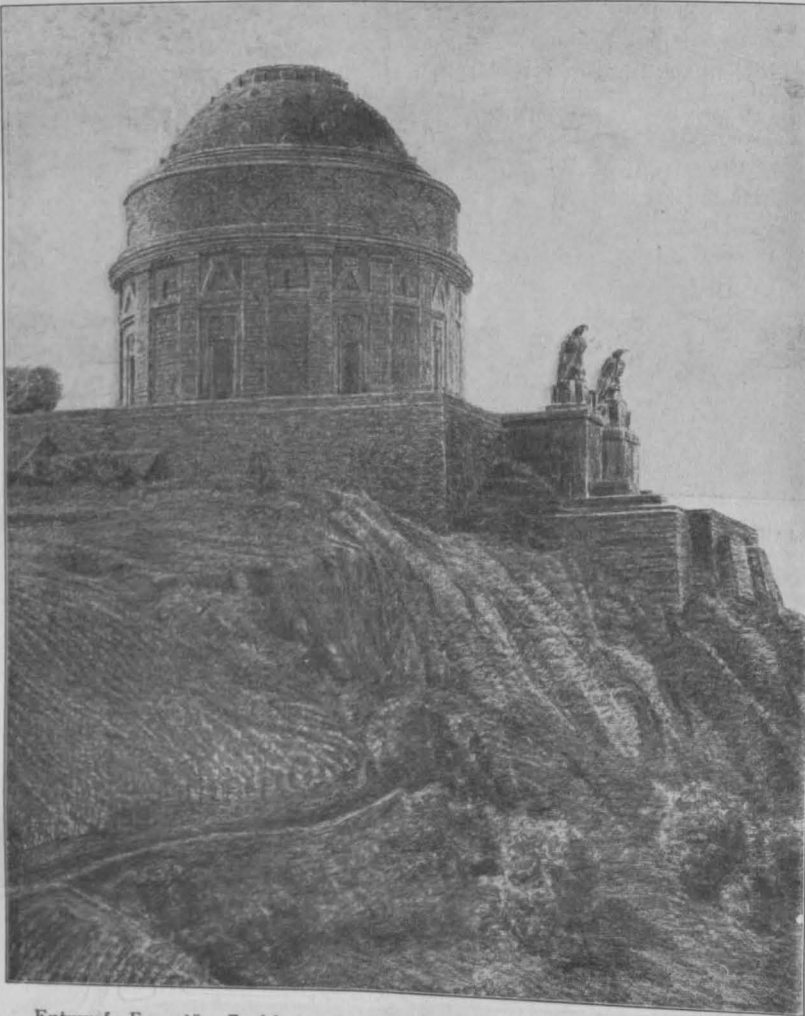
Die Gründung der Pfeiler und Widerlager mußte so bemessen werden, daß sie ohne Gefahr für die Sicherheit der Brücken eine Austiefung der Sohle des Flußlaufes auf — 8 m gestattet. Bei den Pfeilern und Widerlagern der Brücke über die große Weser war dabei zu berücksichtigen, daß der Bau der Uferstraßen unter Umständen erst nach Austiefung erfolgt, sodaß also die Unterbauten hier auch ohne den Schutz der vorgelegten Uferstraßen standfest sein müssen. Ein Schutz der neuen Widerlager durch Steinschüttung wurde zugelassen. Der Baugrund an der Baustelle besteht im wesentlichen aus Sand, der stellenweise von Kies und Steinen durchsetzt ist.

In Abbildung 7, S. 174, ist der dem Programm beigegebene schematische Querschnitt der Brücken dargestellt, der die Breitenverhältnisse, die Lichthöhen über der Fahrbahn und die nicht zu überschreitenden Quergefälle erkennen läßt. Es soll ein Doppelgleis (2,5 m Achsabstand) der elektrischen normalspurigen Straßenbahn übergeführt werden. Für die Fahrbahn-Befestigung ist Steinpflaster von 12 cm Höhe auf Beton, für die Bürgersteige Asphalt auf Beton vorgesehen. Unter der Fahrbahn sollen eine größere Anzahl von Rohren und Kabeln verschiedenen Raumbedürfnisses, darüber Gas- und Wasserleitungsrohre von 810 bzw. 820 mm Durchm. des isolierten Rohres

durchgeführt werden, eine Forderung, die auf die Querträgerhöhe, also die Konstruktionshöhe der Brücke von wesentlichem Einfluß war. Das Gewicht dieser Leitungen schwankt zwischen 20 (Kabel) und 510 kg/m (Wasserrohr).

Der Lösung sollten außer dem Eigengewicht mit schwerer Fahrbahn und der Belastung durch Kabel- und Rohrleitungen, Verkehrsbelastungen mit einer Dampfstraßenwalze von 23 t Gewicht (10 t Walze, je 6,5 t die beiden Hinterräder, 2,75 m Achsstand), dazu Lastwagen von 24 t Gewicht (5 m Achsstand, 1,6 m Spur, 9 m Länge und 2,5 m Breite des Wagenkastens), schließlich 500 kg/qm Menschengedränge zugrunde gelegt werden.

Das Programm macht ferner darauf aufmerksam, daß der Bremer Ruderverein auf dem Teerhofpfeiler unterhalb der Brücke ein Vereinshaus plane, dessen in Aussicht genommene Lage im Lageplan Abbild. 4



Entwurf „Faust“. Architekt: Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf. Angekauft.



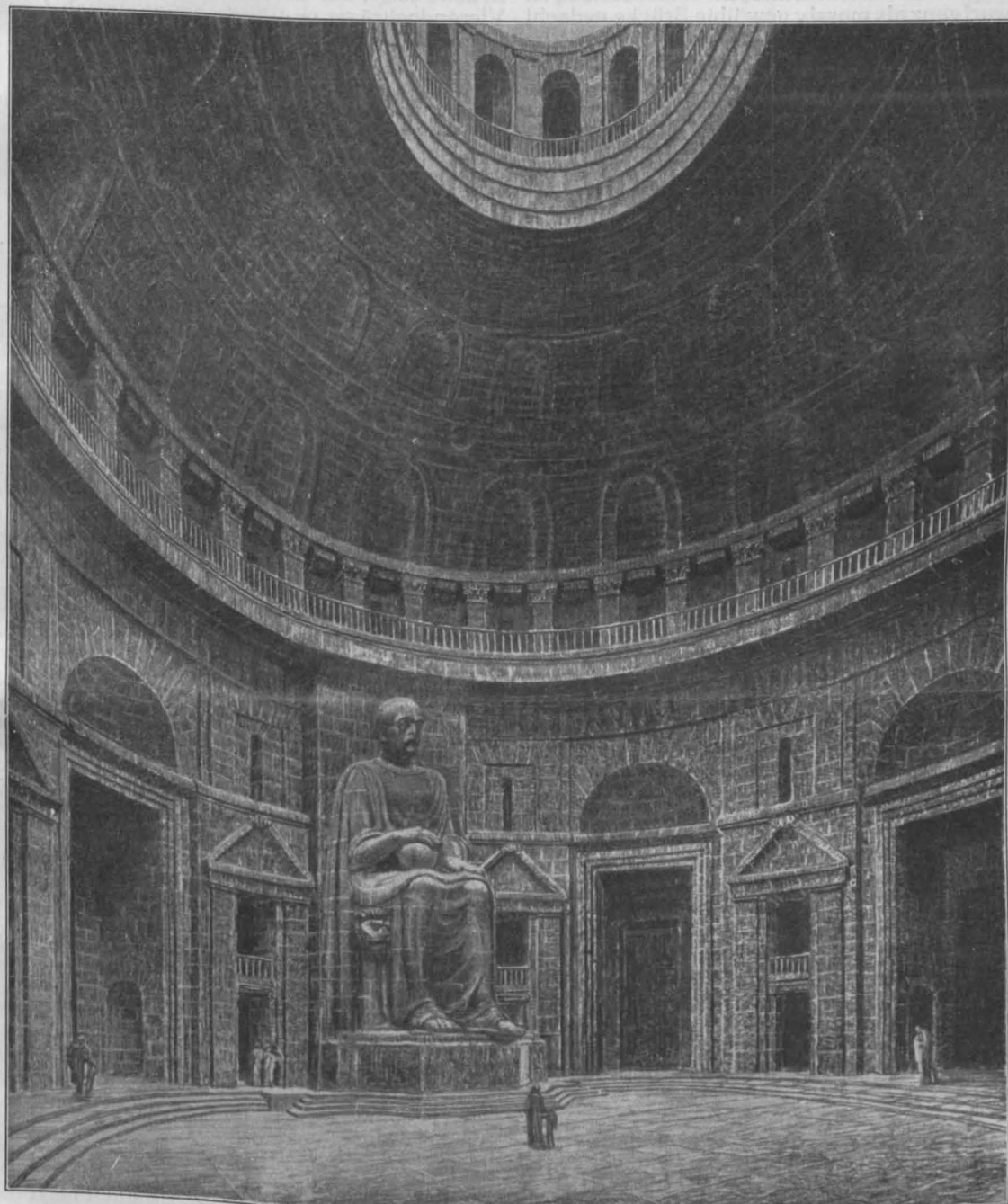
Der Stephensbrunnen in Karlsruhe.  
Architekt: Prof. Herm. Billing. Bildhauer: Herm. Binz in Karlsruhe.  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Fahrbahn-Oberkante war vorgeschrieben, daß die jetzige Höhenlage der anzuschließenden Kaiserstraße, desgl. der Großen Allee, tunlichst unverändert bleiben müsse, daß der Brückentafel in der Längs-

eingetragen ist. Der Bau sei von den Behörden aber noch keineswegs genehmigt und habe sich in jeder Beziehung der Anordnung und der Architektur der Brücke, sowie der Umgebung anzupassen. Fast sämtliche Bewerber haben sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Bau für die architektonische Ausgestaltung der Brücke mit zu verwerten, durch denselben die an sich wünschenswerte Trennung der großen und der kleinen Brücke herbeizuführen.

alle Entwürfe von der Preisverteilung ausgeschlossen, die Abweichungen vom Programm zeigen, einige vortreffliche Arbeiten dieser Art aber zum Ankauf empfohlen.

Da der Wettbewerb, wie schon bemerkt, nur ein Ideenwettbewerb sein sollte, waren nur „diejenigen Zeichnungen und Erläuterungen verlangt, die dem Preisgericht die auszuführenden Teile deutlich, schnell und bequem veranschaulichen“. Für die Eisenkonstruktion waren nur Ansichten und Grundrisse



Entwurf „Faust“. Architekt: Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf. Angekauft.  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Das Programm schließt mit den Worten: „Sachliche Abweichungen von den Bedingungen sind nur zulässig, wenn trotzdem den an die Brücke zu stellenden Anforderungen in jeder Beziehung entsprochen wird“. Wohl gestützt auf diesen wenig klaren Satz, haben eine Reihe von Bewerbern sich Abweichungen zum Teil recht erheblicher Art von den Programm-Vorschriften erlaubt, die bis zum Einbau von Zwischenpfeilern in der Hauptwaser gehen, zumeist in Änderungen der oberen Begrenzung des Lichtprofils und der Höhenlage der Fahrbahn-Oberkante bestehen. Das Preisgericht hat mit großer Strenge

in 1 : 100 und „einige charakteristische Querprofile“ in mindestens 1 : 25 gefordert. Wenn das Programm „die Berechnung der einzelnen Konstruktionsteile der Brücke späterer Vereinbarung“ vorbehält, so war eine Durchrechnung der Hauptkonstruktion doch nicht zu umgehen und ist auch von den meisten Bewerbern geliefert worden. Einige haben den Entwurf über das verlangte Maß hinaus in weitgehender Weise durchgearbeitet.

Entsprechend dem Zweck des Wettbewerbes waren die sachverständigen Preisrichter zur Hälfte Ingenieure: die Hrn. Baudir. Graepel, Brt. Suling,



Bauinsp. Zaleski, welcher letzterem auch die mühevollste Arbeit der Vorprüfung obgelegen hat; zur Hälfte Architekten: Baudir. Ehrhardt, Arch. E. Gilde-meister und Prof. Billing in Karlsruhe. Mit Ausnahme des letzteren waren sämtliche Herren aus Bremen. Als Ersatzmann nahm schließlich noch Arch. Prof. Mänz in Bremen an den Beratungen teil. Ueber den Ausfall des Wettbewerbes haben wir schon in No. 15 S. 132 berichtet.

Von den eingegangenen 42 Entwürfen, von denen einer übrigens nur in einem kleinen Modell besteht, ist ein Entwurf ganz als massiv gewölbte Brücke gedacht und in einer Variante zu einem Entwurf ist wenigstens die Brücke über die Kleine Weser massiv gewölbt; sieben Entwürfe wählen als Material für das ganze Bauwerk Eisenbeton, einer Eisen in Verbindung mit Eisenbeton; die übrigen 34 Entwürfe sehen für die Ueberbauten der beiden großen Brücken ausschließlich Eisen, für die Ueberdeckung der Uferstraßen Eisen, Stein, Beton oder Eisenbeton vor.

Dem System nach versucht nur ein Entwurf die Lösung mit Gewölben, vier Entwürfe haben einfache Balkenträger als Ueberbau gewählt, acht Entwürfe sind als Hängebrücken ausgebildet, die übrigen wählen den Bogen unter der Fahrbahn, Bogen mit Druckwiderlagern, die sich zum größeren Teil über die Fahrbahn erheben und Bögen über der Fahrbahn mit Zugband. Letzteres System ist zwölfmal vertreten, das des Bogens mit Druckwiderlagern siebenzehnmal. Die Mehrzahl der Entwürfe wählt für die Ueberbrückung beider Oeffnungen dasselbe System des Ueberbaues. Einige wenige haben sich von dem Gedanken leiten lassen, daß in der Wiederholung desselben Systems in zwei verschiedenen Spannweiten unmittelbar nebeneinander eine gewisse Gefahr für die künstlerische Wirkung liegt, deren Ueberwindung auch nicht Allen geglückt ist. Sie haben daher für die Ueberbrückung der Kleinen Weser ein anderes System, Balken oder unter der Fahrbahn liegenden Bogen gewählt und so diese Spannung mehr als Zufahrt zur Brücke über den Hauptstrom behandelt.

Alle Entwürfe mit unter der Fahrbahn liegender Konstruktion sind an den weitgehenden Forderungen des Programmes in bezug auf die lichten Durchfahrts-höhen und die möglichste Einhaltung der jetzigen Höhenverhältnisse der Straßen und ihrer schwachen Gefälle gescheitert, weil sich beide Forderungen zusammen bei dieser Anordnung nicht erfüllen lassen. Als nicht programmgemäß scheiden selbstverständlich auch alle Entwürfe aus, die an den vorgeschriebenen Weiten etwas änderten oder gar Pfeiler in den Hauptstrom einbauten. Zu letzteren Entwürfen gehört leider auch die interessante und sorgfältig durchgebildete Arbeit „Steinbogen“ von Grün & Bilfinger A.-G. in Mannheim und Arch. H. Wagner in Bremen, die einen Mittelpfeiler in den Weserstrom stellt und diesen mit zwei flachen Gewölben von je 45,5 m Spannweite, die Kleine Weser mit einem Gewölbe von 60 m Spannweite, Pfeilverhältnis 1/14 bzw 1/15 überspannt. (Gesamtansicht folgt.)

Bei dem ersten Rundgang des Preisgerichtes ausgeschieden wurden von den sieben Entwürfen in Eisenbeton gleich sechs. Von den für die erste Ausscheidung maßgebenden Gründen „Verstöße gegen das Programm, Unvollständigkeit oder offensichtlich zu ungünstige Einwirkung auf das Stadtbild“ hat letzterer Grund, die etwas schwerfällige Erscheinung der meisten dieser Entwürfe, wohl hauptsächlich mitgesprochen. Der Entwurf „Freier Blick“, Balkenbrücke unter Fahrbahn mit eingebetteten, genieteten Fachwerkträgern, teilt außerdem die Große Weserbrücke programmwidrig in eine Oeffnung von 68 und zwei Oeffnungen von je 31 m. Bei dem Entwurf „Aere perennius“ ist der über der Fahrbahn liegende Bogen der Brücke über die Kleine Weser im Charakter einer alten Holzbrücke mit Dach überbaut, ein Motiv, das für diese moderne Bauweise überhaupt, für Bremen aber im besonderen nicht angebracht erscheint. Der Entwurf „Einklang“ weist

als System die Form der Hängebrücke in steifer Durchbildung auf. Eine solche Anwendung des Eisenbetons, bei der die Hauptkonstruktionsteile auf Zug beansprucht werden, hieße den Eigenschaften des Materialen Gewalt antun. Die Ausführung dürfte auch kaum technisch einwandfrei zu bewirken sein, sollen doch in dem Zuggurt 82 Rundeisen von 60 mm Durchm. untergebracht werden. Nicht glücklich in Konstruktion und Gesamtwirkung erscheint ferner der Entwurf „Eisen und Eisenbeton“, der eine Kettenbrücke zeigt, bei welcher die Versteifungsträger als Vierendeelträger und die gesamte Fahrbahnkonstruktion in Eisenbeton ausgebildet sind.

Erst beim zweiten Rundgang fiel auch der letzte Eisenbeton-Entwurf, der das Kennwort „Stein“ trägt. Maßgebend für die Ausscheidungen dieser Reihe waren für das Preisgericht „Mängel in der Architektur oder in der Konstruktion oder Beeinträchtigung des Stadtbildes“. Der Entwurf zeigt eine sorgfältig durchgebildete Konstruktion. Beide Oeffnungen sind mit über die Fahrbahn sich erhebenden Bögen überspannt, an denen die Fahrbahn aufgehängt ist. Der Bogen über der kleinen Weser, an dem sich oben mittlere Querstreifen nicht anbringen ließen, ist als Zweigelenkbogen, der über die große Weser als Dreigelenkbogen ausgebildet. Die Fahrbahn ist an drei Stellen durchschnitten. Der Bogen der Haupt-Oeffnung hat bei 1,5 m Breite im Scheitel 2 m Höhe, wo die Fahrbahn anschnidet 2,45 m, der kleine Bogen 1,5 bzw. 1,85 m Höhe. In den Bögen ist ein aus Winkeln zusammengenieteter Flußeisenbogen eingelegt, der sein eigenes Gewicht und außerdem dasjenige der Rüstung trägt, also bereits mit Anfangsspannung in die endgültige Konstruktion eintritt. Er enthält etwa  $\frac{1}{3}$  des erforderlichen Eisenquerschnittes, während  $\frac{2}{3}$  durch Rundeisen aufgenommen werden, die um den Eisenbogen herum verteilt wurden. Den Rundeisen sind 750—900 kg/qcm, dem Eisenbogen 1000—1200 kg/qcm Gesamtspannung zugewiesen, dem Beton 50—60 kg/qcm Druck im Bogen, 40 kg/qcm in der Fahrbahn, 5 kg/qcm Zug in den Hängestangen. Der größte Schub beträgt 2200 bzw. 1300 t. Der Entwurf ist sorgfältig durchgearbeitet, aber diese massige Konstruktion über der Fahrbahn paßt nicht recht in das Stadtbild. Die besonderen Forderungen der Oertlichkeit lagen für den Eisenbeton bei diesem Wettbewerb eben nicht günstig. Die Entwürfe zeigen aber, daß die Konstrukteure in Eisenbeton auch vor großen Aufgaben nicht mehr zurückschrecken und diese konstruktiv zu lösen verstehen.

Ausgefallen bei der Preisverteilung sind auch die sämtlichen Entwürfe für eiserne Hängebrücken, von denen einige sorgfältig durchgebildet sind und eigenartige Ideen zeigen, andere allerdings nicht ausreichend standsicher erscheinen, oder Architekturformen aufweisen, die nicht in das Stadtbild passen, zum Teil erheblich aus dem Maßstab herausfallen. Es sind zwei grundsätzlich verschiedene Lösungen bei den sieben Entwürfen zu unterscheiden. Bei den einen ist jedes Bauwerk ganz für sich behandelt. Drei Entwürfe überbrücken die kleine Weser mit Bögen, die z. T. unter der Fahrbahn liegen, den Hauptstrom mit symmetrisch ausgebildeter Kettenbrücke. Die anderen Entwürfe bringen beide Brücken in Abhängigkeit von einander, indem sie die beiden Ketten durch ein wagrechtes Zugband über dem Teerhofpfeiler mit einander verbinden; dabei sind entweder beide Ketten nur als Halbketten ausgebildet, die nach den Ufern zu fallen, oder die große Oeffnung ist mit symmetrisch ausgebildeter Kette überbrückt. Es sind Kabel, Bolzenketten und biegsame Bänder wie bei der Kaiser-Brücke in Breslau verwendet, deren Ausbildungsweise überhaupt bei einem Entwurf kopiert erscheint; ein Entwurf zeigt einen Fachwerkhängeträger in Sichelform („In letzter Stunde“). Ein eigenartiger, allerdings sehr unästhetisch wirkender Entwurf mit dem Kennwort „Duo in uno“ überbrückt die beiden Wasserläufe mit Fachwerkträgern, die an einem über den Teerhofpfeiler gespannten Eisenportal



mit Ketten aufgehängt sind. Der Schub des Systems wird durch Eisenbetonsteifen aufgehoben, die zwischen die beiden inneren Enden der Fahrbahnbalke gespannt sind. Zeigt dieser Entwurf die nackte Ingenieurkonstruktion, so hat namentlich die Verbindung der beiderseitigen Brücken durch Zugband zu mächtigen, aufwändigen Bauten auf dem Teerhofpfeiler geführt, die dort an sich keine Berechtigung haben und den Blick auf die Altstadt verdecken. Kon-

struktiv nicht ganz zweckmäßig erscheint auch die Abhängigkeit der beiden Ketten verschiedener Spannweiten von einander. Die Mehrzahl der Entwürfe in Hängebrückenform wurden schon bei den ersten beiden Rundgängen vom Preisgericht ausgeschieden, die beiden Entwürfe „In letzter Stunde“ und „Versteifte Kette“ erst beim dritten Rundgang vor der engeren Wahl. Maßgebend für diese Entscheidung war bei letzteren wohl die Erscheinung im Stadtbilde.

(Forts. folgt.)

## Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

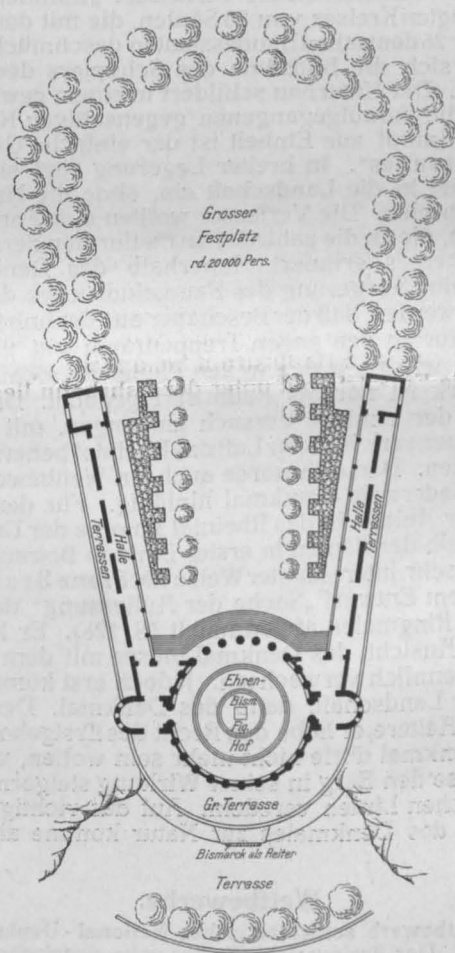
(Fortsetzung aus No. 18 statt Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 176 und 177.



uch heute sind wir noch nicht in der Lage, zum Urteil des Preisgerichtes Stellung zu nehmen, da uns das inzwischen erschienene Protokoll noch nicht zugestellt wurde, obwohl kunsthistorische Zeitschriften es bereits kennen. Wir begegnen hier derselben ungleichmäßigen Behandlung der Berichterstattung, die der Kunstausschuß auch hinsichtlich der bildlichen Wiedergabe der zur Auszeichnung gelangten Entwürfe geübt hat. Das Veröffentlichungsrecht dieser Entwürfe hatte sich der Ausschuß entgegen allem sonstigen Brauch vorbehalten. Das war sein gutes Recht, wenn es auch vielleicht nicht im Interesse der Sache lag. Man hätte auch keinen Grund zu Beanstandungen haben können, wenn der Ausschuß dieses Recht lediglich zugunsten einer von ihm beabsichtigten Veröffentlichung ausgeübt hätte, die geeignet war, dem Denkmalfond Mittel zuzuführen. In Wirklichkeit aber ist die deutsche Publizistik so ungleichmäßig behandelt worden, wie die Berichterstattung der Tagespresse, was bekanntlich schwere Konflikte herbeiführte. Die illustrierten Wochenschriften waren lange schon im Besitz der Abbildungen der an erster Stelle gekrönten Entwürfe, als der Fachpresse noch alle Schwierigkeiten bei deren Veröffentlichung gemacht wurden. Auch in dieser Beziehung ist die geschäftliche Abwicklung des Wettbewerbes kein erfreulicher Beitrag zum Wettbewerbswesen der Gegenwart.

Die Gesichtspunkte, welche zur Auszeichnung des Entwurfes „Siegfried-Dolmen“ des Bildhauers Prof. Herm. Hahn in München und des Architekten Prof. Dr. Herm. Bestelmeyer in Dresden mit dem I. Preis von 20 000 M. führten, sind außer den bereits S. 122 erwähnten Motiven vielleicht in der Stelle des Protokolles zu finden, nach welcher von dem Preisgericht besonderer Wert darauf gelegt worden ist, „daß das Denkmal sich der Landschaft einfüge. Damit ist außerdem ausgesprochen, daß jeder Versuch, durch übermäßige Ausdehnung eine Wirkung zu erzielen, nicht den Beifall des Preisgerichtes finden konnte“. Diese Ansicht des Preisgerichtes ist bei den zur Auszeichnung gelangten Entwürfen nicht streng durchgeführt worden und wird auch durch die Bauten auf den Höhen der Rheinufer selbst widerlegt. Niemand ist es bisher in den Sinn gekommen, es etwa als einen künstlerischen Nachteil zu empfinden, daß die hervorragendsten Höhen des Rheines mit hochragenden Schlössern und Burgen bebaut wurden, im Gegenteil, Poesie und Sage rühmen diesen Umstand als eine der unvergleichlichen Schönheiten der Rheinufer. Daher empfinden wir es auch mit vielen anderen Beurteilern als eine Ungerechtigkeit, daß ein Entwurf von der überragenden künstlerischen Kraft, wie der Entwurf „Faust“ des Architekten Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf, der in dieser Nummer dargestellt ist, sich mit einem bescheidenen Ankauf von 1000 M. begnügen mußte, während z. B. der Entwurf „Heiligtum“ (S. 129) des Hrn. Alfred Fischer in Düsseldorf einen II. Preis von 10 000 M. erhielt, daß Entwürfe wie der von Billing und Bühler (S. 150 und 151) nicht einmal zu einem Ankauf kamen.

Ein Berichterstatte der „Kunstchronik“ vom 3. März wirft die Frage auf: „Was mag die Preisrichter bewogen haben, gerade diesem Entwurf, dessen Ausführung übrigens noch gar nicht gesichert ist, den Preis zuzuerkennen?“ Er beantwortet die Frage mit dem vorhin angeführten Spruch des Preisgerichtes. Die Frage gewinnt noch mehr Berechtigung, wenn man sie auf das Motiv erweitert und fragt, wie kam das Preisgericht dazu, ein bereits ausgeführtes Motiv als Denkmal gerade für die originale Gestalt Bis-



Lageplan vom Entwurf „Sache der Auffassung“. Ein II. Preis. Architekt: Franz Brantzky in Cöln a. Rh. (Ansicht Seite 128.)

marcks durch Zuerkennung des I. Preises vorzuschlagen? Das Motiv des Ringmales, das beim Wettbewerb und namentlich unter den zur Auszeichnung gelangten Entwürfen wiederholt sich findet, ist in geistreicher und rustikaler Weise beim Wettbewerb Bismarck-Denkmal Hamburg von Bruno Schmitz vorgeschlagen worden (Jahrg. 1902, S. 43). Es ist dann durch Hermann Billing in architektonischer Durchbildung im Stephansbrunnen in Karlsruhe zur Ausführung gelangt, und es war durch Wilh. Brunein erfolgreich beim Wettbewerb um einen Denkmalsbrunnen für Buenos-Aires. Hier interessiert uns in erster Linie



der Vergleich mit dem Karlsruher Brunnen, zu welchem Zweck wir die Abbildung desselben auf S. 176 wiedergeben. In beiden Fällen das Pfeilerrund, in beiden Fällen inmitten das Wasserbecken, in beiden Fällen die exzentrisch aufgestellte Figur. Es fehlen in Karlsruhe, nur des Raumes wegen, die vier Linden oder Eichen, die in einem größeren Pfeilerkreis bis zu 50<sup>m</sup> ohne Schwierigkeit angenommen werden konnten. Aus dieser Uebereinstimmung des Denkmal-Gedankens geht hervor, daß seine Verwirklichung auf der Elisenhöhe dem Andenken des großen Einigers des Reiches nicht entsprechen würde.

Von den zur Auszeichnung gelangten Entwürfen verwenden noch die Arbeiten „Seid einig“ der Hrn. Otho Orlando Kurz und Bildhauer Bernhard Bleeker in München (S. 129), sowie „Minzelstein“ des Arch. Prof. Paul Pfann und Bildhauers Prof. Ernst Pfeifer in München das Motiv des Ringmales; die ersteren in der Form einer monumentalen kreisrunden dorischen Doppelsäulenstellung, die letzteren in der Form eines schlichten, aber fein empfundenen Pfeilerovals. In monumentaler Steigerung verwendet das Motiv der schöne Entwurf „Ein Heiligtum“ von Brurein und Hosaeus, S. 76, 81, 85 und 101. Erläuternd bemerken die Verfasser: „Inmitten eines festgefügtten Kreises von 26 Säulen, die mit den Wappen der 26 deutschen Bundesstaaten geschmückt sind, erhebt sich die Bildsäule des Schöpfers deutscher Einheit. Der Unterbau schildert in einem gewaltigen Relief die vorausgegangenen gegenseitigen Kämpfe. Durch Kampf zur Einheit ist der einfache Gedanke des Entwurfes“. In breiter Lagerung fügt sich das Denkmal in die Landschaft ein, ohne die Natur zu überschreien. Die Verfasser wollten eine Form vermeiden, die an die zahlreichen Bauformen der Höhen des Rheines erinnert. Innerhalb des Denkmals sollte eine Steigerung des Raumeindrucks dadurch erzielt werden, daß der Beschauer aus der unbegrenzten Natur in den engen Treppenraum tritt und aus diesem wieder in den weiten Pfeiler-Rundbau. Das Bildwerk ist nur als Raumwert gedacht. Dadurch werde der unnütze Versuch umgangen, mit einem Bildhauerwerk in freier Luft das Rheintal beherrschen zu wollen. Dadurch werde auch ein Wettbewerb mit dem Niederwald-Denkmal hinfällig. Für den Blick von der Anlage in das Rheintal komme der Umgang unterhalb der Säulen in erster Linie in Betracht.

In sehr interessanter Weise hat Franz Brantzky in seinem Entwurf „Sache der Auffassung“ das Motiv des Ringmales abgewandelt (S. 128). Er kommt zu der Ansicht, das Denkmal müsse mit dem Berge unzertrennlich verwachsen. Jedoch erst komme die schöne Landschaft, dann das Denkmal. Der Berg sei der Ältere, er habe das Recht des Erstgeborenen. Das Denkmal dürfe nicht mehr sein wollen, wie er; es müsse den Berg in seiner Wirkung steigern, seine natürlichen Linien veredeln. Auf das richtige Verhältnis des Denkmals zur Natur komme alles an.

### Wettbewerbe.

**Wettbewerb schweizerisches National-Denkmal für Schwyz.** Das Preisgericht für das schweizerische National-Denkmal in Schwyz hat einstimmig beschlossen, den Entwurf von Bildhauer Kissling in Zürich, dem Schöpfer des Tell-Denkmal in Altdorf, zur Ausführung vorzuschlagen. Das Denkmal besteht in einer 17<sup>m</sup> hohen Einzelfigur, welche das schweiz. Freiheitsgefühl symbolisiert und erhält einen architektonischen Hintergrund. Die Kosten sind auf 610 000 Fr. veranschlagt. —

**Wettbewerb Synagoge Mainz.** Der mit einem der beiden I. Preise von je 2500 M. gekrönte Entwurf des Hrn. Arch. Willy Graf in Stuttgart wurde zur Ausführung gewählt. Der Neubau gelangt mit einem Kostenaufwand von rd. 600 000 M. auf dem Gelände der ehemaligen Lederwerke in der Neustadt zur Errichtung. —

**Zu dem Wettbewerb betr. Kleinwohnungen im Einzel-Grundstück für sächsische Städte** liefen 38 Entwürfe ein. Den I. Preis von 2500 M. erhielten die Hrn. Lossow & Kühne in Dresden; den II. Preis von 1500 M. die Hrn. Kurt Quester, Rich. Merz und J. G. Seifert in Dres-

den; je einen III. Preis von 1000 M. die Hrn. L. M. Arlt in Dresden und Oskar Pusch in München. Zum Ankauf für je 500 M. wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. L. L. Wolf in Gemeinschaft mit W. Sonntag in Dresden, Theod. Richter unter Mitarbeit von Fritz Hess in Loschwitz, Koch in Dresden und Curt Höppner in Oschatz. Ausstellung bis mit 23. März im Lichthof des neuen Rathauses in Dresden. —

Brantzky ist der Anschauung, eine befriedigende Gesamtwirkung der Denkmalanlage sei ohne künstlerische Einbeziehung des Steinbruches auf der Rheinseite der Elisenhöhe nicht möglich. Eine große, halbrunde Terrasse mit Aussicht rheinauf- und abwärts überbaut den Steinbruch und schafft den organischen Uebergang von der Natur- zur Kunstform. Auf dem ruhigen Hintergrund der Terrassenmauer erhebt sich in Hochrelief die Gestalt Bismarcks als geharnischter Reiter. Roß und Reiter haben 12,5<sup>m</sup> Höhe und stellen sich in Anordnung und Größe in angemessenen Maßstab zum Denkmal und zu den Häusern der benachbarten Stadt. Auf der 46<sup>m</sup> breiten und 30<sup>m</sup> hohen Terrasse erhebt sich ein offener Rundbau von 31<sup>m</sup> Durchmesser aus 26 Säulen. In ihm steht eine Bismarck-Statue von 10<sup>m</sup> Höhe. Nach rückwärts sind die Säulen geöffnet und verbinden über breite Treppenanlagen den Rundbau mit dem Festplatz. Der letztere faßt in seinem begrenzten Teil etwa 20 000 Menschen. Seitliche Hallenbauten, die sich der spitzwinkligen Grundform des Bergplateaus anpassen, begrenzen die Langseiten des Festplatzes und schließen an Rundbau und Rheinterrasse an. Sie dienen dem Festplatz als eine Art Estraden, sind aber gleichzeitig bestimmt, den künstlerisch notwendigen Uebergang zwischen Denkmal und Bergrücken herbeizuführen. In dieser eigenartigen Form ist der Entwurf einer der besten des Wettbewerbes.

Von verwandten Gedanken, jedoch anderer Form des Denkmals geht der Entwurf „Deutschland seinem Bismarck“ von Prof. Bodo Ebhardt in Grunewald aus (Seite 78, 84, 102 und 103). Von glücklicher Wirkung ist die Umrisslinie in der Längsansicht vom Rhein her, stromauf gesehen. Aufwärts geht nach dem Verfasser vom Ufer des Rheines eine breite Feststraße unter mächtigem Brückentor durch tiefe Schlucht hinauf auf den Festplatz, einem die Bergnase krönenden amphitheatralischen Halbrund, das zahlreiche Menschen faßt und von dem Denkmal Bismarcks beherrscht wird. Der Denkmalplatz ist, getrennt durch die Tiefe der Schlucht von der Masse des Berges, in die Felsen gesprengt, die zugleich Bausteine liefern sollen zu dem gewaltigen Bau, ähnlich, wie es bei den Rheinburgen der Fall war. Eine feierliche Brücke schwingt sich in ernstem Bogen über den Graben; starke Pfeiler stützen gleich Mauertürmen die Ecken. Stufe um Stufe schwingt sich das Amphitheater empor, eine Schaustätte für Tausende. Ein breiter Fries bekrönt die Säulenhalle, das deutsche Volk darstellend, wie es zu Bismarck pilgert. Aus dem steinernen Rund ragen in ernsten Formen horstende Adler hervor. Von der Höhe des Umganges öffnet sich der Blick auf den Rheinstrom und seine Landschaft. Eine große Halle ist mit Denksteinen um das Vaterland verdienter Männer ausgestattet gedacht. Es ist ein gedankenreicher Entwurf, der hier vorliegt, dessen Wirkung durch wuchtige Vereinfachung erheblich gewinnen müßte. — (Schluß folgt.)

**Wettbewerb Bebauungsplan Südgelände Schöneberg.** Verfasser des zum Preise von 1000 M. angekauften Entwurfes „Zu Wildes Gedächtnis“ ist Hr. Arch. Herm. Jansen in Berlin. Der Verfasser des dritten zum Ankauf vorgeschlagenen Entwurfes mit dem Kennwort „Modern und wirtschaftlich 1911“ hat den Ankauf abgelehnt. —

Inhalt: Grundbesitz und Hypotheken in Groß-Berlin 1910. — Tote. — Vermischtes. — Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen. — Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. (Forts.) — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Bismarck-National-Denkmal.

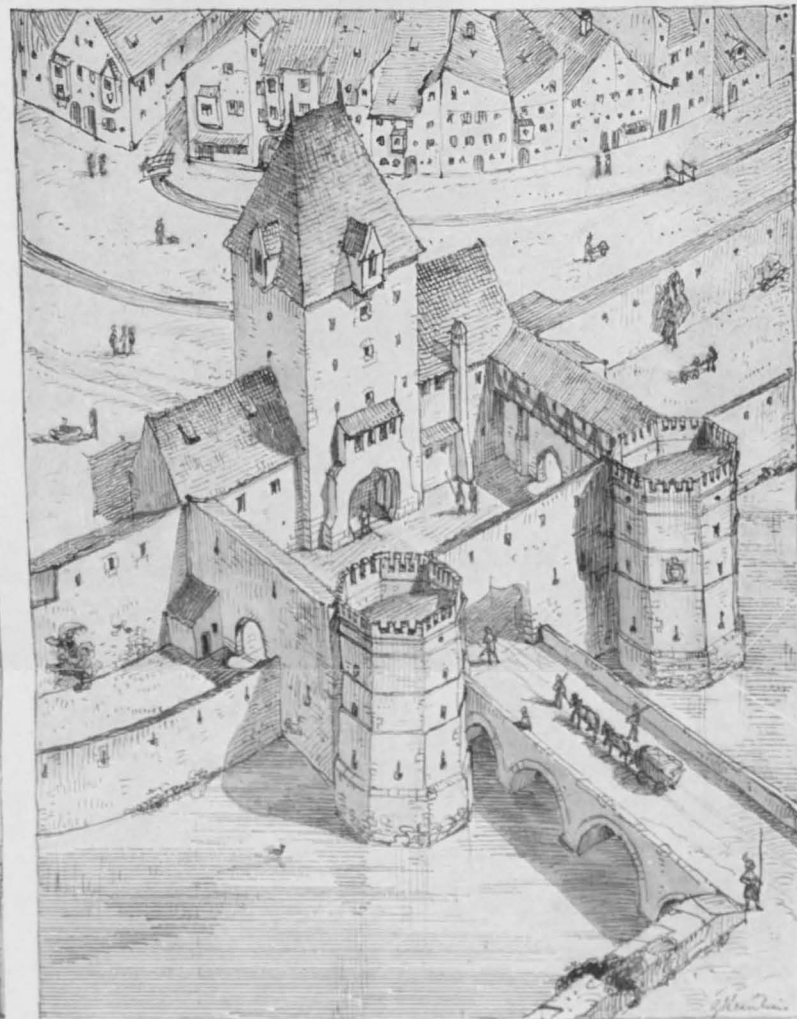
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



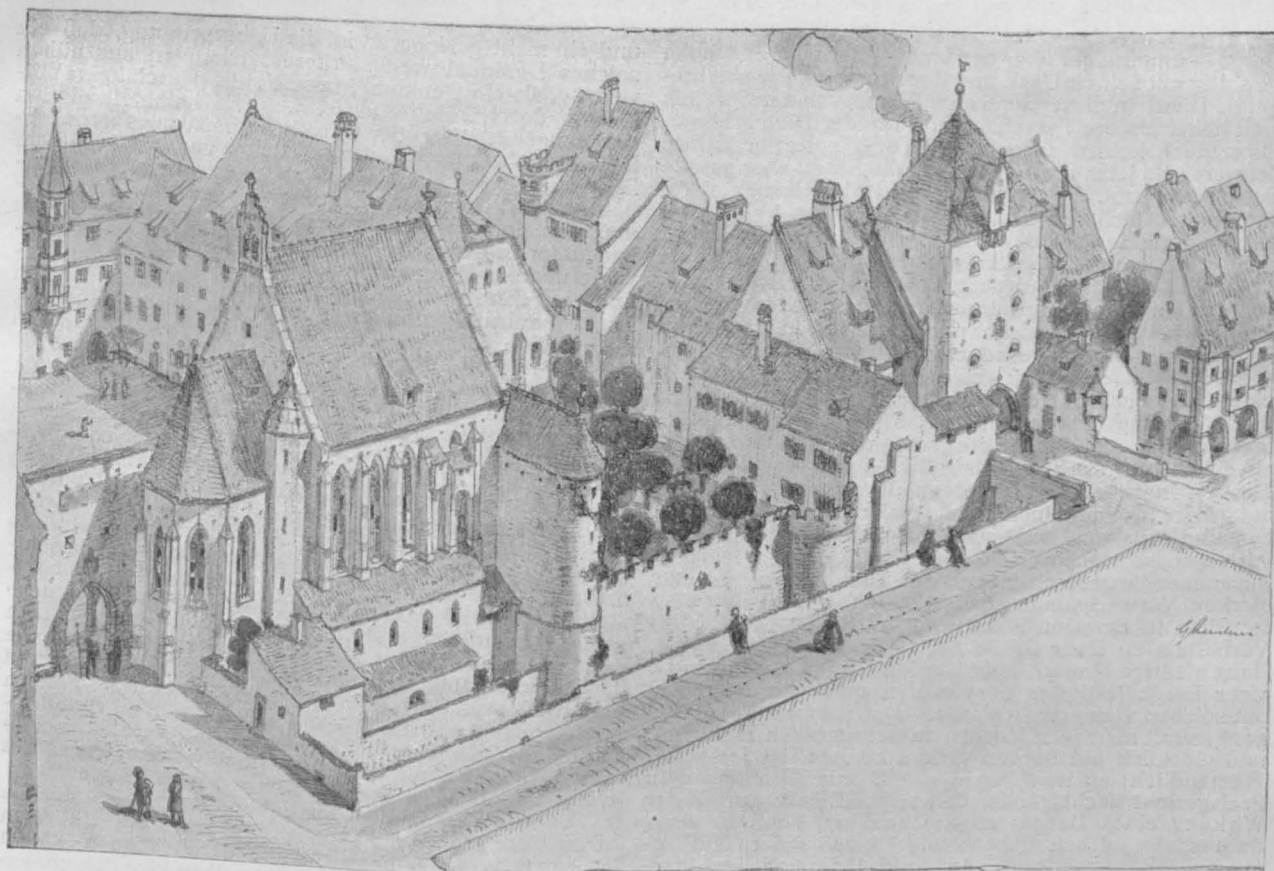
ITERATUR. \* MÜNCHEN IM SECHZEHNTEHNTEN  
 JAHRHUNDERT. VON GUSTAV STEINLEIN,  
 ARCHITEKT IN MÜNCHEN. \* PETERSKIRCHE  
 MIT PETERSBERGL (LINKS); AUS SANDTNER'S  
 HOLZMODELL. DAS ISAR-TOR (RECHTS); AUS  
 SANDTNER'S HOLZMODELL. \* \* \* \* \*

DEUTSCHE BAUZEITUNG

\* \* \* \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 22. \* \* \* \*







Der „Alte Hof“ mit Lorenzkirche und Krümbleins-Turm an der Dieners-Gasse. (Aus Sandtners Holzmodell.)  
München im sechzehnten Jahrhundert. Von Architekt Gustav Steinlein in München.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

## XLV. JAHRGANG. NO. 22. BERLIN, DEN 18. MAERZ 1911.

### Denkmal und Landschaft.

**D**as Protokoll des Preisgerichtes zur Beurteilung der Entwürfe für das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück enthält nach anderen Angaben eine Stelle, in der es heißt, vom Preisgericht sei besonderer Wert darauf gelegt worden, daß das Denkmal sich der Landschaft einfüge. „Damit ist außer-Ausdehnung eine Wirkung zu erzielen, nicht den Beifall des Preisgerichtes finden konnte.“ Man darf wohl fragen: „Was heißt hier „übermäßige Ausdehnung“?“ Die Interpretierung dieses Ausdruckes und ihre Anwendung auf die Preisbewerbungen ist naturgemäß völlig in das subjektive Empfinden des einzelnen Preisrichters gestellt und es kann daher kaum überraschen, wenn die Dehnbarkeit des Ausdruckes zu Entscheidungen geführt hat, die manche Bewerber und auch Fernerstehende als sachlich nicht begründet empfunden haben. Am meisten wurde von diesem Mißgeschick nicht nur nach unserer Meinung Hr. Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf mit seinem Entwurf „Faust“, den wir in der letzten Nummer veröffentlichten, betroffen. Wir empfinden es daher als eine Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit, ihm auf seine Bitte zur Darlegung seiner Anschauungen das Wort zu geben: Er schreibt:

„Es dürfte nicht ohne Interesse sein und ist gewiß für ein rasches Verständnis einem Entwurf gegenüber notwendig, von dem Urheber einmal den Weg geführt zu werden, auf welchem derselbe mit zwingenden Gründen zu seinem Ziele zu gelangen sucht. Wenn man bedenkt, daß viele Künstler, die diesen Wettbewerb mitgemacht haben, jahrelang an der Idee für diese Sache gearbeitet und ihren Entwurf in langer Reihe von Monaten durchgearbeiteten, während die Preisrichter bei einer einzigen Besichtigung des Platzes zur Entschliebung über eine grundsätzliche Stellungnahme für die Auffassung der ganzen Sache kommen konnten, so dürfte der Wert einer solchen Stellungnahme doch etwas abgeschwächt erscheinen.

Unter den Bewerbern waren u. a. auch Künstler, welche im Laufe längerer Erfahrung die Wirkung von Bauwerken auf Bergeshöhen studieren konnten. Wenn ich von meiner eigenen Erfahrung sprechen darf, so kann ich wohl sagen, daß ich in 50facher Weise erfahren habe, was gut und was schlecht in einer Landschaft wirkt. Ohne irgendwie der künstlerischen Einsicht einer der Preisrichter zu nahe zu treten, darf ich wohl sagen, daß auch nicht ein einziger von ihnen die Erfahrung in der Wirkung von Architektur-Denkmalen durchgemacht hat wie ich.

Durch den Beschluß des Preisgerichtes scheint aber für die große, weniger selbständig urteilende Menge der Grundsatz ein für allemal als richtig dazustehen, daß auf der Elisenhöhe bei Bingen nur eine kleinere, der Berglinie sich anschmiegende Gestaltung ohne Schaden für die Landschaft möglich wäre. Ja es ist geradezu ein Schlagwort daraus gemacht worden gegenüber den mit größerer Wucht ausgezeichneten Entwürfen, indem man ihnen nachsagt, daß sie schlechthin die Landschaft totschlugen.

Es müßte aber für jeden Einsichtigen zuerst einmal ein geschichtlicher Rückblick stattfinden auf die Entstehung der großen Baudenkmäler in den Landschaften, die wir vergangenen schöpferischen und weniger von Bedenken angekränkelten Zeiten verdanken. Wie stehen die gewaltigen Rundtürme um Verona stimmungsvoll in der Landschaft, indem sie durch ihre Wucht deren Reiz erhöhen, ohne ihr im geringsten zu schaden! Wie steht das Grabmal der Caecilia Metella in der Campagna und wirkt selbst aus großer Nähe für die ganze Umgebung wohlthuend in seiner ruhigen Wucht, der sich im Maßstab alles unterordnet! Wie wirkt jenseits des Tiber das Grabmal des Hadrian in seiner ungeheuren Rundung und wie erscheint die Uferlinie mit ihren Häusermassen zierlich und umso feiner gegenüber der bezwingenden Macht dieses Mittelpunktes! Wie erhebt sich über einer Stadt wie Florenz majestätisch, klar und scharf die Kuppel des Domes! Wie wirkt in Meissen auf dem kaum 50 m hohen



Berge — unmittelbar über der Stadt — der über 60 m hohe gewaltig mit seinem Dach und den stumpfen Türmen stehende Dom! In dieser schweren Masse, von der Elbe aus weit höher als breit erscheinend, war der Dom schöner, als er noch keinen ausgebauten Turm hatte; er wirkte schwerer als jetzt, erdrückend auf die Stadt, aber gerade darum imposant. Wie gewaltig wirken bei Gizeh die drei Pyramiden, nicht etwa dem Charakter der Landschaft entsprechend in flacher, niedriger Breite, sondern gerade richtig, stark und selbständig durch ihre ebenso große Höhe als Breite. Wie würde auf einer breiten Bergmasse, aus der ein Vorsprung hervortritt, eine gewaltige Rundung wirken, die sich sicher und klar erheben würde, um nicht im Berg zu verschwinden, sondern auf ihm zu thronen.

Und stets, wenn ich einen neuen Bismarckturm in einer Landschaft aufgestellt hatte, machte ich steigend die Erfahrung, daß vor allem Klarheit der Wirkung erforderlich ist, und daß für die größte und klarste Wirkung eine ebenso große Breite als Höhe — also eine kubische Masse — notwendig ist. Während alle schlankeren Türme auf der Landschaft einen mehr spielenden Charakter haben und sehr wohl sich auch mit steileren Berghängen vertragen, so entbehren sie doch eines gewissen festeren Zusammenhanges mit dem Berge und also auch einer starken Verwachsung mit demselben. Sie stehen also losgelöst in der Umrißlinie und entbehren deshalb im Verhältnis zu ihrer Größe der entsprechenden Wucht. Ganz niedrige Mauern aber werden immer den Eindruck einer Bergbefestigung hervorrufen und werden immer mit solchen verwechselt werden. Daß solche Bergbefestigungen mit niedrigen Mauern außerordentlich malerisch und glücklich auf Bergen wirken können, ist ja selbstverständlich; es wird hierin gewiß jeder Kundige dem Preisgericht Recht geben, daß solche Befestigungen der Wirkung eines Berges zugute kommen können. Aber daraus ist natürlich nicht zu folgern, daß andere Aufbauten einem Berge schaden, und hierfür liefern alle jene starren Umrißlinien, welche die Kunst der Vergangenheit auf den Bergen und Hügeln hervorbrachte, den besten Beweis.

Und so wurde auch mir bei längerer Betrachtung der Sache immer klarer, daß nur eine starke, aber nicht übermäßige Höhenentwicklung bei ebenso großer Breite einerseits den Fehler vermeidet, für eine Befestigung gehalten zu werden, andererseits den ebenso großen Fehler vermeidet, allzu losgelöst von der Landschaft — etwa wie ein Aussichtsturm oder eine mittelalterliche Warte — in der Luft zu stehen. In jahrelangem Suchen ist mir diese Erkenntnis gekommen, es kann mir das verhältnismäßig sehr schnell aufgestellte Prinzip — auch des besten Preisgerichtes — nicht den geringsten Eindruck zuungunsten dieser Ueberzeugung machen.

Betrachten wir nun daraufhin näher meinen Entwurf „Faust“. Er ist völlig architektonisch. Er ist kein Bauwerk, kein Denkmal im Sinne überlieferter Art. Er stellt eine neue Art von Denkmal dar, indem er als Gedächtnishalle geplant ist, die in ihrem Inneren das Denkmal enthält.

Diese Wahl geschah unter gründlicher Ueberlegung der näheren Umstände. Einmal wegen des Nationaldenkmals auf dem Niederwald. Dort steht ein Denkmal, das sich ohne weiteres als solches darstellt, wenn es auch heute nicht als eine glückliche Denkmal-Anlage angesehen werden kann. Irgend eine andere, sich ebenfalls ohne weiteres als Denkmal in ähnlichem Sinne darstellende Gruppe gegenüber diesem Denkmal müßte eine Konkurrenz in peinlicher Weise eröffnen. Dagegen ein reines Bauwerk, welches durch seine schlichte, starke Art sich sofort aus dem Alltäglichen völlig erhebt zu einer hehren, bedeutenden Art der Sprache seiner Gliederungen, seiner Geschlossenheit und Festigkeit, ein solches Bauwerk wird keine Konkurrenz sein, da die völlig andere Wesensart eines solchen Kunstwerkes keinen Vergleich zuläßt.

Dies ist einer der Gründe, welche mich veranlaßten, ein Innendenkmal zu wählen. Ein weiterer Grund aber

und ein nicht geringerer ist die Ueberzeugung, daß ein solches Denkmal weit stärkere Wirkungen auszuüben vermag, als ein Denkmal in der Natur. Durch keine Witterung, durch keine Aussicht, durch keine Berglinien und die ganze Weite der Umgebung hervorgerufene Ablenkung beirrt, vermag der Beschauer vor der gewaltigen Bismarck-Statue hier im Inneren eines wehevollen Tempels sich zu tieferer Betrachtung zu sammeln. Hier vermag von einer gewaltigen und in ihrer künstlerischen Art bedeutenden Bismarck-Statue, welche das Monumentalwerk neuerer Bildhauerkunst werden müßte, eine Wirkung auf den Beschauer auszugehen, die ihn in seinem Tiefsten aufrüttelt und einen unauslöschlichen Eindruck in ihm hinterläßt, wie ihn kein Denkmal, das äußerlich dasteht, hervorzubringen vermöchte. Allerdings würde es keine kleine und leichte Aufgabe für die Bildhauer Deutschlands sein, hier die rechte Statue für den Gewaltigen zu schaffen. Indessen, so gut es einem Lederer in Hamburg gelungen ist, ein stehendes Bildnis von urgewaltiger Kraft zu schaffen, so wird es einem Bildhauer, der in engerer oder weiterer Wahl wohl zu finden wäre, gelingen, eine in gewaltiger Ruhe dasitzende Gestalt des größten Staatsmannes neuester Zeit zu schaffen. So könnte durch die Vereinigung einer Bismarck-Gedächtnishalle — die weithin durch die erhabene Art ihrer Gestaltung eindrucksvoll und befreiend auf den Ankommenden wirkt und die Landschaft nicht totschrägt, aber sich in ihr voll und in ihrer Würde und Größe behauptet, die ihr die Krone aufsetzt, weil sie in ihrer Schönheit wohl der Mittelpunkt der weiteren Landschaft und des ganzen Rheinlandes werden darf — mit einem Denkmal von überwältigender Kraft und Feierlichkeit, ein wirkliches Bismarck-Nationaldenkmal in dem Sinne werden, wie es das deutsche Volk sehnsüchtig von unserer Zeit erwartet.

Und so ist es meine feste Ueberzeugung, daß dies die Lösung der großen Aufgabe ist, und darin bestärkt mich die Tatsache, daß — ohne voneinander zu wissen — auch Lederer und Bruno Schmitz zu derselben Idee gekommen sind, die sie nur in anderer Form ausgesprochen haben.

Was bedeutet dem gegenüber die in viertägiger, wenn auch angestrenzter Arbeit, unter fast 400 Entwürfen getroffene Wahl? Was bedeutet die Aufstellung eines Prinzips der kleinen Wirkung und des zaghaften Anschmiegens an den Berg nach einer einzigen Besichtigung der Elisenhöhe gegenüber mehrjährigen, ernsten Ueberlegungen von erfahrenen Künstlern?

Aus dem Wettbewerb geht hervor, daß Bewerbungen von so vielen Entwürfen an sich nicht zu billigen sind. Hierfür kann aber Niemand. Die Ausschreibung unter allen deutschen Künstlern war notwendig, war eine nationale Sache. Notwendig war auch ein Preisgericht, und es ist sorgfältig ausgewählt worden, wenn auch durch Zufälligkeiten, wie Verhinderungen und dergl., vielleicht gerade diejenigen gefehlt haben, die für eine bedeutendere Auffassung den Ausschlag gegeben hätten. Vier Tage der Prüfung sind auch eine lange Zeit, wenn man bedenkt, wie schwer es ist, so viele hervorragende Männer so lange zu einer Sache zu vereinigen, und wer je ein Preisgericht zusammenrief, der wird davon ein Lied singen können. Niemanden trifft die Schuld. Ein Wettbewerb ist eben in gewissem Sinne auch eine Lotterie. In Voraussicht dieses ist ja auch die Wahl des auszuführenden Entwurfes völlig eine offene Frage geblieben.

Und wenn ich schließlich den Hauptgrund dafür angeben soll, der mich veranlaßt hat, diese Zeilen zu schreiben, so ist es der, einem gedankenlos nachgesprochenen Schlagwort zu begegnen, das hier und da als eine Folge des Urteils, wenn auch durchaus von diesem unbeabsichtigt, anzusehen ist, nämlich das Schlagwort vom Totschlagen des Berges durch eine große Masse. Damit dieses Schlagwort nicht wie eine Krankheit die große Menge ergreift, machte ich hier auf einige nicht unwichtige und zum Verständnis erforderliche Gedankengänge aufmerksam.“

## Künstlerisches und Technisches vom Putzbau.

Von Arch. Dr.-Ing. W. Schleuning in Friedenau-Berlin.

**D**ie dankenswerten Anregungen, welche Hr. Bauamtmann O. Kramer in dem Artikel „Künstlerisches und Technisches vom Putzbau“, einem Kapitel aus des gleichen Verfassers Veröffentlichung „Deutscher Kalk“, in Nr. 81, Jahrgang 1910, gegeben hat, haben gewiß das ungeteilte Interesse der beteiligten Kreise gefunden. Besonders bietet der Teil der Besprechung, welcher das Sumpfen des Kalkes, das Vorherrschen des Kostenpunktes bei der Materialbestimmung, den Zementzusatz, die Jahreszeit für die Herstellung des Mörtels und Putzes

behandelt, S. 658, dem Kenner der Verhältnisse viel Stoff zum Nachdenken, und ich möchte als Mitbegründer der Terranova-Industrie Einiges, was sich mir dabei aufdrängt, nicht unterdrücken, obgleich ich der Industrie seit 1902 nicht mehr angehöre; nur mein unvermindertes fachliches Interesse ist dabei die Triebfeder.

Die Erkenntnis, daß das Sumpfen des Kalkes, dieses elementarsten Materiales aller Putztechnik, ein ungemein schwierig zu beaufsichtigender Vorgang sei, mit dessen Sorgfältigkeit aber der ganze Wert des Putzes steht oder fällt, diese Erkenntnis ist eigentlich die Wurzel gewesen,



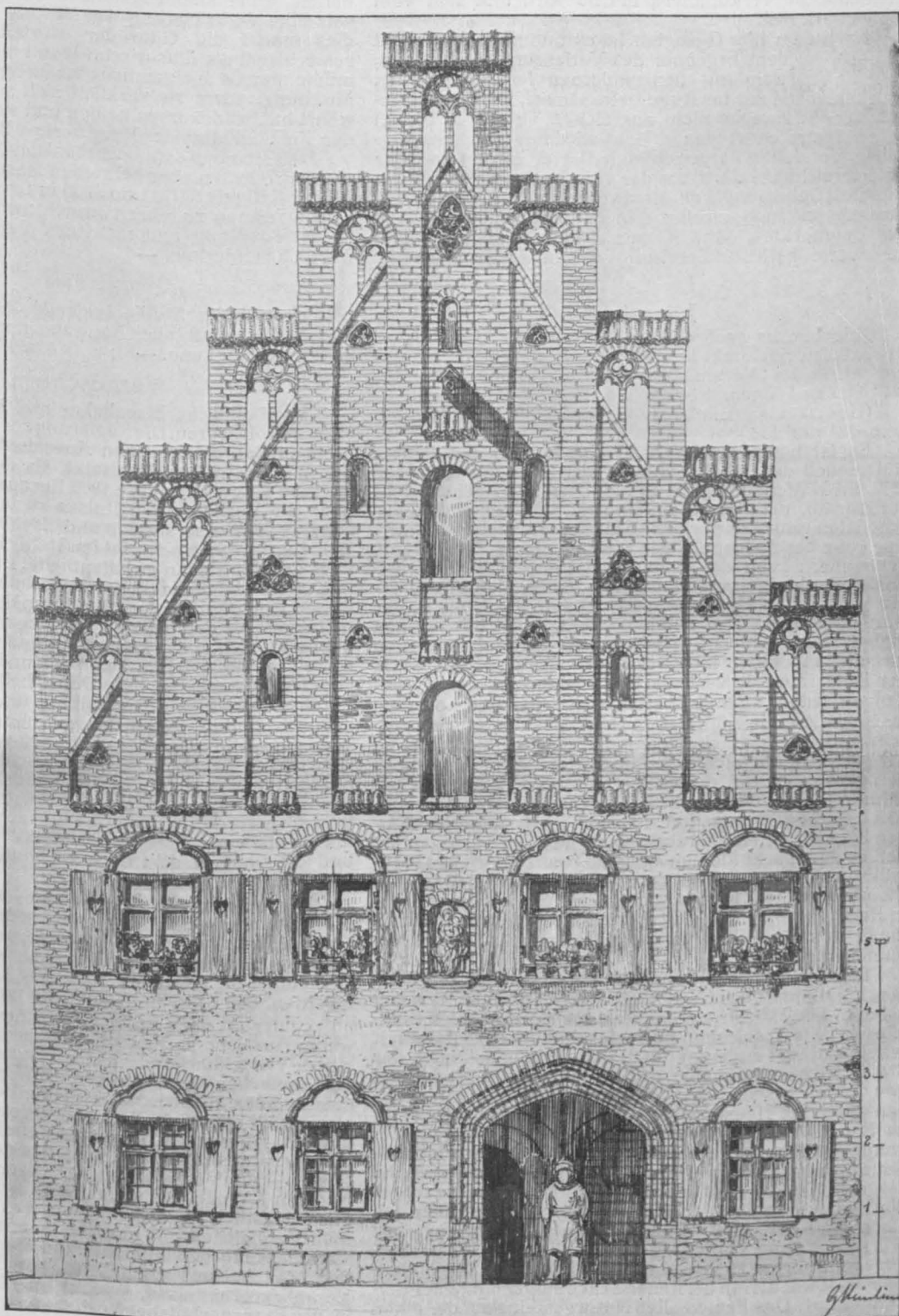
aus der der Gedanke wuchs, durch Anlieferung gewissenhaft hergestellter Trockenmörtel, welche außer dem Wasser alle Erfordernisse zur guten Mörtelbildung enthielten, dem Architekten und Baumeister über die Summe berechtigter technologischer Bedenken hinwegzuhelfen und zugleich den Handwerker auf einem Gebiet zu entlasten, auf welchem denn doch mehr zu wissen und zu kennen not tut, als es von ihm verlangt werden kann, auf dem Gebiet der Mörtel-Mischung.

Die Güte früherer Putzarbeiten, die schon zu den seltsamsten Erklärungen und Vermutungen über Zusätze bei der Mörtel-Bereitung geführt haben, beruht zweifellos in der Hauptsache auf dem überwundenen Standpunkt unserer Altvorden: „Was lange währt, wird gut“. In den Zeiten des geruhigen Lebens ließ man sich, wie zu Anderem so auch zum Kalksümpfen, Zeit und nochmals Zeit; das Bauen selbst stand nicht unter der Fuchtel der Eilfertigkeit, die ihm heute ausnahmslos anhaftet, und wenn es irgend einzurichten war, was beinahe immer zutraf, so hatte der Kalk vor seiner Verarbeitung zu Mörtel in der Grube überwintert und war aufgeschlossen bis in die kleinsten Teilchen.

Heute bleibt zu einer solchen Kalk-Behandlung nicht mehr die Zeit. Diese verstreicht mit den Vorarbeiten für die ökonomische Verteilung und die Vergebung der Arbeiten, und kurze ehe das Mauern oder das Putzen anfangen sollen, erfolgt überhaupt erst der Zuschlag an den Unternehmer. Lange Vorbereitungen kann dieser nun nicht mehr machen, der Kalk wird angefahren, abgelöscht, ausgestochen und fliegt als Mörtel an die Wand. Und wenn er gut war, hat Glück gewaltet, oft war er schlecht, nicht aufgeschlossen, zu mager, zu fett: bei den vorgeschriebenen Mischungsverhältnissen muß er nach Schema F behandelt werden und die Nackenschläge bleiben nicht aus.

Insofern war das Auftreten des Trockenmörtels Terranova, in dessen Bahnen ja inzwischen auch andere Marken einlenkten, eine erlösende Tat. Bei diesem Material, das darf ich aus meiner Kenntnis sagen, ist das Bindemittel in einer Weise behandelt, wie sie gewissenhafter nicht gedacht werden kann. Und hier liegt auch der

Schlüssel zu seinem Erfolg und Ruf. Denn nicht die Körnung und Farbe der Putzflächen aus Trockenmörteln sind es, welche irgend welche Bedenken oder Gefahren in sich tragen, sondern ausschließlich die Bindemittel, deren wesentlichstes bei einem Luftmörtel immer der Luftkalk zu bleiben hat, während nur aus ganz irrigen Gründen so vielfach noch die stärkere Hydraulizität, die unnötig weit



Die sogenannte Herzogsburg in Dingolfing an der Isar. (Aufnahme nach der Natur).  
Aus: München im sechzehnten Jahrhundert. Von Architekt Gustav Steinlein in München.

getriebene Härte solcher Putzschichten als maßgeblich für die Beurteilung angesehen werden. Jedes Material soll seinem Zweck in seinen Eigenschaften entsprechen; eine Betonmischung soll dem konstruktiven Erfordernis an Druckfestigkeit entsprechen, ein Putz soll „verkleiden“, „schmücken“, er kann jeder Härte entraten, die über die hierin liegende Beanspruchung hinausgeht, und diese ist lediglich, Wind, Wetter und Frost zu widerstehen und haften zu bleiben. Dazu genügt die Härte zwischen 20



und 40 kg für 1 qcm vollauf. Natürlich — und auch hier ist Hr. Kramer beizupflichten — muß die Putzfläche dem Wetter entgegengestellt, nicht aber durch eine Haut von Oelfarbe dagegen „geschützt“ sein, wie der irrige Ausdruck lautet; denn geschützt wird sie dadurch lediglich vor dem Zutritt der Luft, die sie zum Bestand so nötig hat wie wir, und der Feuchtigkeit, ohne welche beiden Elemente sie verkümmert, mürbe wird und sich vom Mauerwerk löst.

Nach dem hier Gesagten ist es nun aber auch nicht möglich, zu dem Ergebnis des Verfassers zu gelangen, daß die Verwendung der modernen fertig gelieferten Trockenmörtel nur ins Auge zu fassen sei, wenn der Kalkputz für die Zwecke nicht ausreicht. Theoretisch kann dem beigetreten werden, d. h. es wird mit einem vorzüglichen, vorsichtig hergerichteten Mörtel immer ein guter Putz erreichbar sein. Aber der vom Verfasser richtig erwähnte „Uebergang von altgewohnten, in der Nähe des Bauortes erzeugten Kalksorten zu den jeweils billigsten des Baumarktes, ohne Kenntnis ihrer Eigenarten und ihrer vorteilhaftesten Bereitungsweisen, übertriebene Ab-

kürzung der Bauzeit und damit Wegfall einer guten, altbewährten, aber zeitraubenden Bereitungsweise des Putzkalkes, des Sumpfens, oft eine lediglich vom Kostenpunkt diktierte willkürliche Festsetzung des Mischungsverhältnisses, Wahl einer unpassenden Zeit für die Putzausführung und nicht selten ein in gutgemeinter Absicht erfolgender Zusatz von Zement zum Kalk in der irrigen Annahme, unter allen Umständen durch einen solchen Zusatz eine Verbesserung des Mörtels zu erzielen“ — all dies macht die Güte der Mörtelbereitung am Bau schlechterdings illusorisch. Wenn man dies aber zugibt, müßte man doch eigentlich eine fertig angebotene Mörtelmischung, wenn sie wirklich sich seit Jahrzehnten bewährt hat, willkommen heißen und sich mit Freuden von den Zufälligkeiten der Handwerksarbeit entheben sehen.

Daß sich aus dem besprochenen Trockenmörtel plastische Arbeiten eher herstellen lassen, als aus gewöhnlichem Kalkmörtel, ist noch kein Grund, daß dies zu bizarren Formen zu führen braucht; wo es aber geschieht, ist der Architekt und nicht das Material dafür verantwortlich zu machen. —

## Literatur.

**München im sechzehnten Jahrhundert.** Von Gustav Steinlein, Architekt in München. Sonderheft der Monatsschrift des „Vereins für Volkskunst und Volkskunde“ in München, Damenstift-Straße 5. Pr. broch. 1,50, geb. 2 M. (Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 181 und 183.)

Es ist heute nur noch zu ahnen, aber das schöne Holzmodell des Jakob Sandtner der Stadt aus dem Jahr 1572 im Nationalmuseum in München legt Rechenschaft darüber ab, daß, wie Steinlein sagt, „München eine der schönsten und malerischsten Städte des Mittelalters war“. Nur ganz bescheidene Reste sind aus jener Zeit auf uns gekommen: „von der ehemaligen Umwehrung verblieb uns, außer einigen verstümmelten Toren, nichts; von bemerkenswerten Bürgerhäusern ist nur das Haus in der Burg-Straße No. 5 so ziemlich intakt, ferner blieben uns einige Höfe, schlecht erhalten und verbaut; von den kirchlichen Bauten ist glücklicherweise das Hauptwerk, der Dom, in wenig verändertem Zustand auf uns übergegangen, jedoch sind viele kleinere Kirchen und Kapellen, insbesondere die zahlreichen Hauskapellen, spurlos verschwunden; eigentliche Denkmäler oder Brunnen kennen wir gar nicht, obgleich deren im Mittelalter auch vorhanden gewesen“. Bei diesen Verhältnissen erhält das berühmte Holzmodell Sandtners den Charakter einer seltenen Urkunde, denn es hat sich nach wiederholten Prüfungen als sehr genau bewährt, wenn auch zu beklagen ist, daß es einen sehr kleinen Maßstab besitzt, nur etwa 1:750 ist es groß. Dennoch hat der Maßstab genügt, daß Gustav Steinlein seine überaus anziehenden Zeichnungen der in Rede stehenden Schrift nach ihm anfertigte und mit ihnen köstliche Ausschnitte aus dem mittelalterlichen München gab.

Die Altstadt Münchens war schon im XVI. Jahrhundert Mittelpunkt des Geschäftsverkehrs und ziemlich eng bebaut. Die Häuser waren meist mehrgeschossige Zinshäuser. Wie Trautmann nachwies, bildete Bemalung mit religiösem und anderem Inhalt einen Hauptschmuck der Stadt. Nicht minder aber war sie durch eine große Zahl von Gärten geschmückt, „deren frisches Grün allenthalben durch die Häuser lugte“. Dieser Gartenreichtum fällt an Sandtners Modell besonders auf. Das Modell läßt hauptsächlich zwei als für jene Zeit charakteristische Bauweisen erkennen. In erster Linie die altbayerische Ziegelarchitektur, die heute in München in nur wenigen Werken, voran die Liebfrauenkirche, noch erhalten ist. Doch sind außerhalb Münchens noch bemerkenswerte Werke aus jener Zeit erhalten, z. B. die Seite 183 wiedergegebene sogen. Herzogsburg in Dingolfing. Die andere Bauweise war die mit der Renaissance aufgenommene Putzarchitektur. Das Fehlen allen Naturgesteins auf der einen Seite, der Reichtum an Lehm lagern auf der anderen Seite waren die natürliche Ursache dieser beiden Bauweisen.

Wie reich gegliedert ursprünglich die Münchener Toranlagen waren, erweist das nach dem Modell gezeichnete, auf der Bildbeilage dargestellte Isar-Tor. Die Peterskirche mit Petersbergl möge als Beispiel für die malerischen Gruppen dienen, zu denen religiöse Gebäude der Stadt zusammengeschlossen waren und einzelne Stadtteile auszeichneten. Ein weiteres Beispiel dafür ist der „Alte Hof“ mit der Lorenzkirche und dem Krümbelinsturm an der Dieners-Gasse (Seite 181).

Die kleine Sammlung von Zeichnungen Steinleins, die der „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ in München in so dankenswerter Weise herausgegeben hat, ent-

hält ein reiches Studienmaterial, dessen Anschaffung Jedem, der gemütvoller Bauweise nachgeht, warm empfohlen werden kann. —

## Vermischtes.

**Amerikanische Eisenbahn- und Wasserstraßen-Austausch-Professoren.** Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte im Jahre 1908 einen Ausschuß zur Untersuchung der Wasserstraßen eingesetzt, als dessen Mitglied Prof. Pherson Logan im Jahre 1909 Europa besuchte, um sich über die Verkehrsverhältnisse zu unterrichten und besonders die Wasserstraßen und Eisenbahnen zu studieren. Gehrt. v. d. Leyen schreibt im Archiv für Eisenbahnwesen über das von Logan veröffentlichte Buch „Transportation in Europe“ folgendes: „Es ist geradezu erstaunlich, wie dieser Amerikaner, der den europäischen Verkehrsverhältnissen bis dahin ganz fremd gegenüberstand, es fertig gebracht, sich in der kurzen Spanne weniger Monate ein so reiches Material zu sammeln und wie er es nun mit Geschick verarbeitet hat. Dabei befließt er sich einer durchaus objektiven Darstellung und sein Urteil ist nur selten beeinflusst durch die Anschauungen, die er insbesondere von den Eisenbahnen seines Vaterlandes hat.“ Gehrt. v. d. Leyen bemerkt am Schluß: „Hauptsächlich aber ist das Buch wohl für die Landsleute des Verfassers bestimmt, und es wäre warm zu begrüßen, wenn es dazu beitragen würde, den Amerikanern ein richtiges Verständnis für die europäischen Verkehrsverhältnisse zu geben und die vielfach dort noch vorhandenen Vorurteile zu zerstreuen.“

Wir können uns diesem Wunsche nur anschließen, möchten aber auch umgekehrt wünschen, daß unsere Staatseisenbahnbeamten, besonders die Tarifbeamten ein richtiges Verständnis von den amerikanischen Verkehrsverhältnissen gewinnen und den Grundsatz beachten möchten, das Gute zu nehmen wo man es findet.

Leider ist dazu unter den bisherigen Verhältnissen wenig Aussicht vorhanden. Wir besitzen zwar seit etwa einem Vierteljahrhundert einen technischen Attaché bei der deutschen Gesandtschaft in Washington; dieselben senden auch alljährlich zahlreiche Berichte an das Ministerium für öffentliche Arbeiten, wo sie eingesehen werden können. Aber abgesehen davon, daß eine Veröffentlichung nur ausnahmsweise stattfindet, und daß das für uns Wichtigste — die Verhältnisse der Eisenbahn- und Schiffsfrachten — nur ausnahmsweise berührt werden, wird auch ängstlich alles vermieden, was irgend zu unliebsamen Vergleichen mit unseren heimischen Verhältnissen Veranlassung geben könnte und auf diese Weise verhindert, das bei uns einzuführen, was die amerikanischen Verkehrsverhältnisse, sowohl im Eisenbahnwesen, wie in der Binnenschifffahrt Nachahmungswertes bieten. Um diesem Uebelstande abzuweichen, dürfte es sich empfehlen, die Einrichtung der amerikanischen Austausch-Professoren auch auf die Güterbeförderung auf Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen auszudehnen, damit wir auf diese Weise ein klares Bild von den Verkehrsverhältnissen in den Vereinigten Staaten erhalten.

Außerdem würde es auch zur Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse sehr förderlich sein, wenn die Berichte der technischen Attachés zur leichteren Einsichtnahme in der Bibliothek des „Architekten-Vereins“ ausgelegt würden, wozu es voraussichtlich nur eines Antrages beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten bedarf. —

Schwabe, Geh. Regierungsrat.



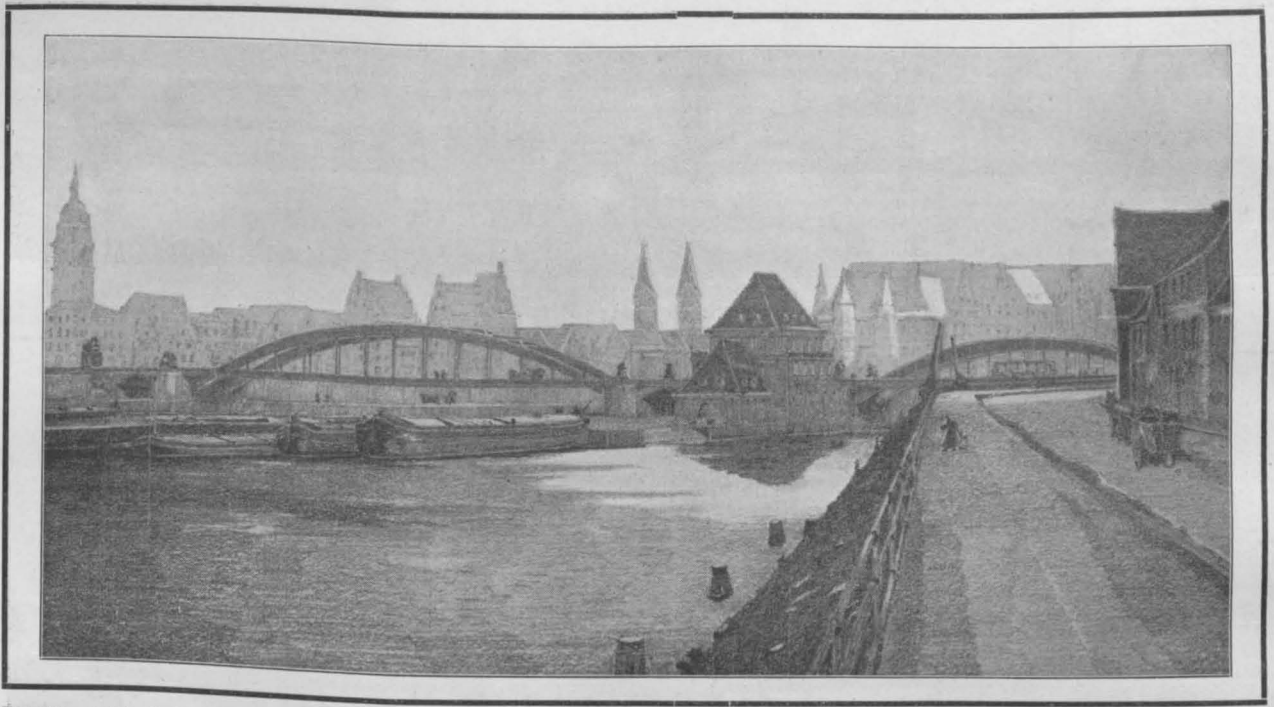


Abbildung 13. Entwurf mit dem Kennwort „Sichelbogen“. II. Preis. Verfasser: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg bei Mainz, Tiefbaugesellschaft Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. und Arch. Karl Roth in Dresden.

## BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

### Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen.

Von Fritz Eiselen. (Fortsetzung.)



ezüglich der Entwürfe mit Balkenträgern (an der Hauptöffnung mit überstehenden Enden zur Ueberbrückung der Uferstraßen) ist nur zu bemerken, daß in den gewählten Formen weder wirtschaftliche noch ästhetische Vorzüge zu finden sind.

In die engste Wahl kamen schließlich sieben Entwürfe, von denen nur ein einziger mit dem Kennwort „Slicht und fast“ für die Ueberbrückung der kleinen Weser einen unter der Fahrbahn liegenden flachen Bogen vorsieht, während alle übrigen ausschließlich das System des Bogens mit Zugband für beide Brücken verwenden. Fünf dieser Entwürfe wurden mit Preisen ausgezeichnet. Der Entwurf „Slicht und fast“ und der beim dritten Rundgang ausgeschiedene Entwurf „St. Ansgarii-Turm“ wurden zum Ankauf empfohlen, „weil in ihnen Gedanken und Anregungen enthalten sind, die für die spätere Bearbeitung des endgültigen Entwurfes nutzbar gemacht werden können“. Außerdem aber wurde auf den schon beim ersten Rundgang ausgeschiedenen Entwurf „Freie Bahn“ zurückgegriffen, der eine Lösung mit unter der Geländeroberkante liegenden flachen Blechbogen versucht, dabei aber die strengen Forderungen des Programmes nicht voll erfüllen konnte. Auch dieser Entwurf wurde zum Ankauf empfohlen.

Bei der Fülle der Entwürfe müssen wir uns in der Hauptsache darauf beschränken, bei der folgenden Besprechung der Lösungen mit eisernem Ueberbau nur die preisgekrönten und angekauften Entwürfe hervorzuheben, trotzdem sich auch unter den übrigen tüchtige Leistungen befinden. Wir halten dabei nicht die Reihenfolge der Bewertung durch das Preisgericht ein, sondern lassen die Entwürfe aufeinander folgen, wie uns die Unterlagen zur Verfügung stehen.

In den Abbildungen 8—12 ist der mit einem III. Preis ausgezeichnete Entwurf mit dem Kennwort „Roland“ dargestellt, das gemeinsame Werk der

Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G., Abt. Dortmunder Union, der Arch. Bachmann & Pinno in Dortmund und der Tiefbau-Unternehmung F. H. Schmidt & Co. in Altona.

Als System des eisernen Ueberbaues ist für beide Öffnungen der Bogen mit Zugband gewählt mit 96,6 bzw. 63,2 m Stützweite, dessen beide Gurtungen nach Parabeln stetig gekrümmt sind. Die obere Gurtung schließt an den Enden ab mit Geländerhöhe, die untere ist bis unter die Fahrbahn herabgeführt. Das Zugband greift im zweiten Fachwerkknoten der Untergurtung an. Die Höhe des Bogens wächst von Brückenmitte nach den Kämpfern.

Nach dem Hauptentwurf ist der Bogen als Fachwerkträger, nach einer Variante, Abbildung 12, als vollwandiger Blechbogen von 1,8 bzw. 1,2 m Scheitelhöhe ausgebildet. Das Urteil des Preisgerichtes erkennt die „gute Linienführung“ an, „die für die Gesamtwirkung des Bauwerkes günstig ist“, insbesondere aber die „schöne Linienführung“ des Blechbogens. Die Querschnitte beider Gurtungen und des Zugbandes sind kastenförmig ausgebildet und in ihren einzelnen Gliedern sorgfältig miteinander verbunden und versteift, sodaß ein sicheres Zusammenwirken der einzelnen Querschnittsteile gewährleistet erscheint. Die Füllungsstäbe sind aus 4 Winkeln mit Stehblech bzw. Vergitterung I-förmig gebildet und nahezu gleich breit.

Wie der Querschnitt und der Grundriß der Brücke zeigen, sind Zugband und Fahrbahn fest mit einander verbunden, die Hauptträger durch einen durchgehenden Windverband in Zugbandhöhe, sowie durch einen eigenartig ausgebildeten Windträger im Obergurt des Bogens versteift, der aus ästhetischen Gründen aus einzelnen geschlossenen Steifrahmen besteht und an beiden Enden in je einem offenen Steifrahmen abschließt. Die Auflagerkräfte dieses Windträgers werden durch einen im dritten Hauptträgerknoten angeordneten, lotrechten, oben offenen Steifrahmen nach dem unteren Windverband und durch diesen nach den Auflagern geleitet.

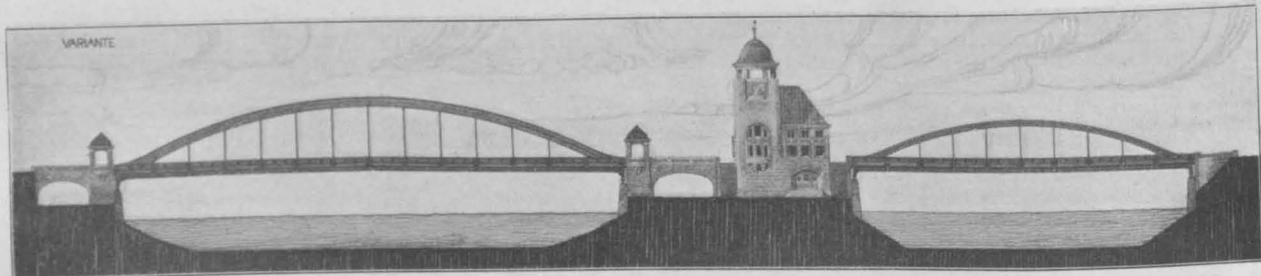
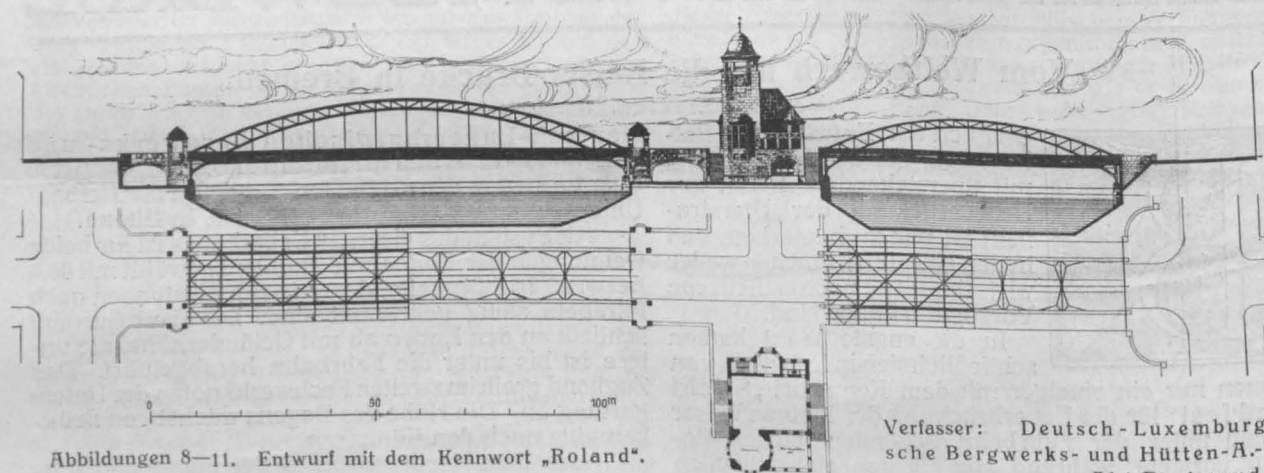


Abbildung 12. Variante zum Entwurf „Roland“ mit vollwandigen Blechträgern.



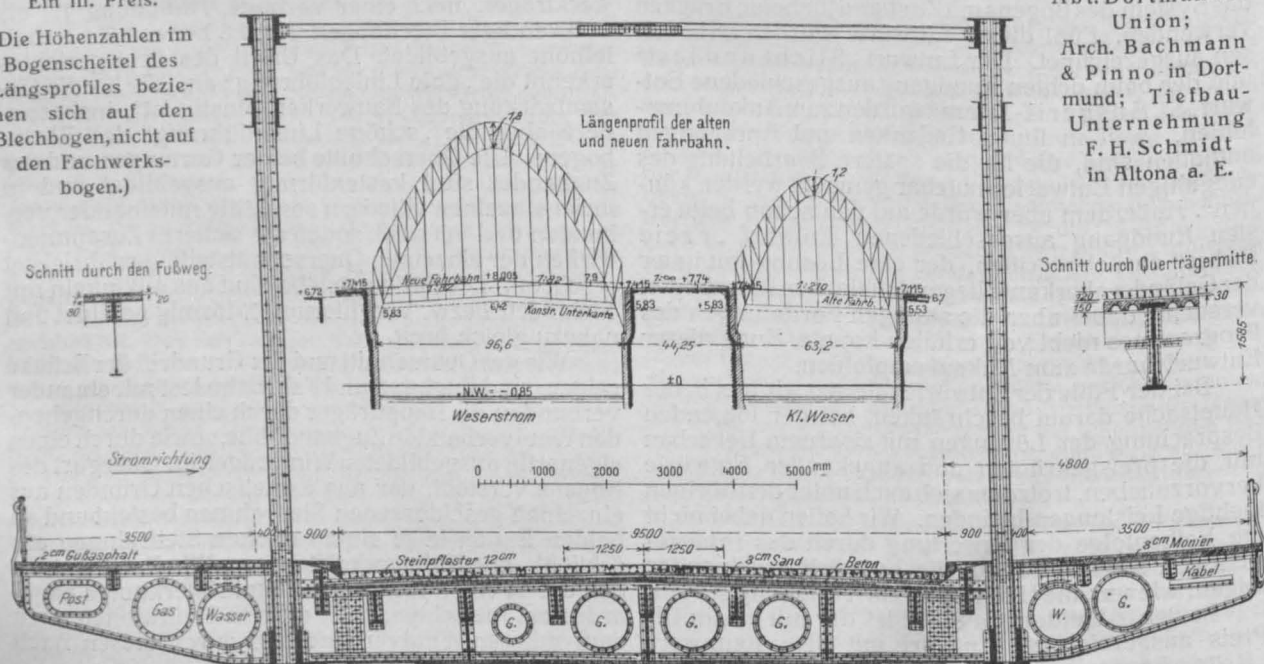
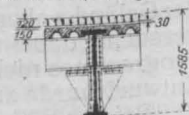
(Die Höhenzahlen im Bogenscheitel des Längsprofils beziehen sich auf den Blechbogen, nicht auf den Fachwerksbogen.)

Schnitt durch den Fußweg.



Verfasser: Deutsch-Luxemburgi-  
sche Bergwerks- und Hütten-A.-G.  
Abt. Dortmunder  
Union;  
Arch. Bachmann  
& Pinno in Dort-  
mund; Tiefbau-  
Unternehmung  
F. H. Schmidt  
in Altona a. E.

Schnitt durch Querträgermitte.





Der Querschnitt der Brücke zeigt die Ausbildung der Fahrbahn, die in Brückenmitte 1585 mm Höhe beansprucht, und die Unterbringung der Rohrleitungen. Die Hauptträger sind in 11,3 m v.M.z.M. angeordnet, die Gesamtbreite ist 19,1. Für die Hauptträger gehen

davon höchstens je 70 cm verloren. Die Quergefälle-Verhältnisse entsprechen den Forderungen des Programmes. Das Längsgefälle paßt sich der vorgeschriebenen oberen Begrenzung des Lichtprofils auf beiden Brücken an, sodaß Gefälle von 1:82 bezw.



Abbildung 14. Blick in den Brückenvorplatz am Altstädter Ufer (an der Schlachte).

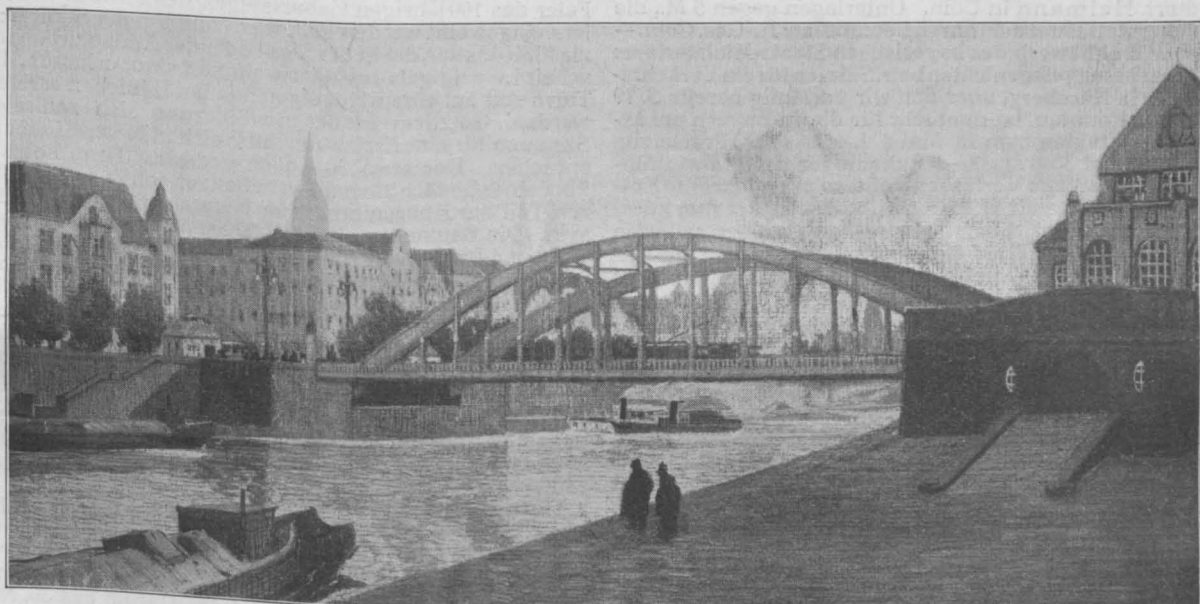


Abbildung 16. Variante mit Blechbogen anstelle des Fachwerkbogens.



Abbildung 15. Gesamtansicht der Brücke. (System: Fachwerkbogen mit Zugband.) Entwurf mit dem Kennwort „Bremen best“. Ein III. Preis. Verfasser: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg, Tiefbaugesellschaft Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. mit Arch. Jansen & Meeussen in Bremen. 18. März 1911.



1 : 210 entstehen. Das bedingt dann allerdings Aufhö- hungen von 42 cm am linken, rd. 60 cm am rechten Weserufer, die sich auch noch bis in die anschlie- ßenden Straßenzüge hinein erstrecken würden, da nach den Bremer Verhältnissen (auch die Lastwagen fahren ohne Bremsen) Gefälle über 1 : 60 nicht mehr als zulässig angesehen werden.

Die Widerlager der großen Brücken sind auf Be- ton zwischen eisernen Spundwänden (des groben Bodens wegen) bis — 8 m B.P. gegründet, die Wider- lager der kleinen Brücke, die unmittelbar vor den alten Widerlagern stehen, auf Pfahlrost, umschlossen ebenfalls mit eisernen Spundpfählen.

Die Architekten haben zum Endabschluß der ei- sernen Ueberbrückungen auf der Hauptbrücke kleine

turmartige Pavillons, die über den Fußwegen stehen, an der kleinen Brücke dagegen kleine Steinpfeiler für erforderlich gehalten. Die Ueberbrückungen der Uferstraßen und die Anschlüsse an die Ufer sind mas- siv in Hausteinverkleidung gedacht. Das Schwere- gewicht der Ausgestaltung liegt aber in dem auf dem Teerhofpfeiler errichteten Bootshaus, dessen Wirkung durch den kräftigen Turmaufbau etwas zu sehr ge- steigert erscheint. Das Preisgericht bezeichnet die Ar- chitektur mit Recht als „etwas aufwändig, die in einzel- nen Teilen hätte eingeschränkt werden können, ohne die schöne Gesamtwirkung der Anlage zu schädigen“. Die Verfasser sehen bei der Nebenlösung mit Blechbo- gen auch einen weniger wuchtigen Turmaufbau vor. —

(Fortsetzung folgt.)

### Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Warenhaus der Akt.-Ges. Leonhard Tietz in Cöln** wird von der Gesellschaft unter den in Deutschland ansässigen Ar- chitekten zum 25. Juli d. J. erlassen. 4 Preise von 10000, 7000, 5000 und 4000 M., 2 Ankäufe für je 2000 M. Unter den Preisrichtern die Hrn. Geh. Brt. Dr. Ludw. Hoffmann in Berlin, Geh. Reg.-Rat Dr. H. Muthesius in Nicolassee, Landesbaurat a. D. C. Rehorst in Cöln. Unter den Er- satz-Preisrichtern die Hrn. Stadtbrt. Prof. Erlwein in Dresden, Geh. Reg.-Rat Prof. Wickop in Darmstadt und Stadtbrt. Heimann in Cöln. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch Leonh. Tietz A.-Ges. Cöln. —

**Der Wettbewerb des bayerischen Staats-Ministeriums für Verkehrsangelegenheiten betr. Skizzen für ein Verkehrs-Museum in Nürnberg**, über den wir vorläufig bereits S. 79 berichten konnten, ist nunmehr für die in Bayern ansäs- sigen Architekten zum 16. Mai d. J. erlassen. 3 Preise von 6000, 4500 und 3000 M., 2—3 Ankäufe für je 600 M. „Rüh- ren von demselben Verfasser mehrere preisgekrönte Ent- würfe her, so erhält er nur den höchsten der ihm zuer- kannten Preise im vollen Betrage, von etwaigen weiteren Preisen nur die Hälfte; die andere Hälfte wird zum An- kauf von Entwürfen verwendet.“ Diese Bestimmung ist neu; wir möchten wünschen, daß sie keinen weiteren Eingang in das Wettbewerbswesen findet. Im Preisgericht befinden sich die Hrn. Prof. Dr. Gabriel v. Seidl, Prof. K. Hocheder und Min.-Rat Wicklein in München, so- wie Ob.-Brt. v. Kramer, Ob.-Brt. Weber und Arch. Müller in Nürnberg. Zu Ersatzpreisrichtern sind u. a. bestimmt die Hrn. Prof. Em. v. Seidl und Prof. Dr. Theod. Fischer in München, sowie Dir.-Rat. Baumgärtner, Prof. Schmitz und Brt. Walraff in Nürnberg. Es hängt vom Ermessen des Verkehrs-Ministeriums ab, inwieweit es die preisgekrönten Entwürfe ausführen oder zur Aus- führung benutzen will.

Das Museum soll die Gegenstände, welche die Ent- wicklung des Verkehrswesens im Königreich Bayern in- bezug auf Eisenbahnen, Posten, Kanal- und Binnenschiff- fahrt zur Anschauung bringen, in übersichtlicher Anschau- ung aufnehmen. Der Bauplatz liegt hinter dem neuen Stadttheater von Nürnberg. Baustil frei; Material fränk- scher Haustein und Putz. Bausumme 1300000 M. Haupt- zeichnungen 1 : 200, dazu ein Schaubild und eine Vogel- perspektive. —

**Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein deutsch-amerikanisches Nationaldenkmal in Ger- mantown**, einer Vorstadt von Philadelphia, das 1683 von Mennoniten aus Crefeld gegründet wurde, ist in Aussicht genommen. Die Herstellungssumme des Denkmals wird auf 50 000 Doll. geschätzt; hiervon bewilligte die Bundes- Regierung 25 000 Doll., während die andere Hälfte durch Sammlungen aufgebracht wird. —

**Engerer Wettbewerb Aquarium Zoologischer Garten Berlin.** Die Entscheidung ist zugunsten des Entwurfes der Hrn. Zaar & Vahl in Berlin gefallen. —

**Bei dem Ideenwettbewerb der Terrain-Aktiengesell- schaft am Flugplatz Johannisthal-Adlershof für einen Be- bauungsplan** sind 12 Entwürfe eingegangen. Das Preis- gericht wird gegen Ende des Monats zusammentreten. —

**Wettbewerb Rathaus Weisswasser.** Der I. Preis von 1000 M. fiel Hrn. Herm. Fleck in Breslau, der II. Preis von 800 M. den Hrn. Fritz Beyer und Max Niedenhof in Schöneberg, der III. Preis von 600 M. Hrn. Fritz Stoll- mann in Hamburg zu. Die Entwürfe „Gut bürgerlich“ und „Stadthaus“ wurden zum Ankauf empfohlen. Aus- stellung bis mit 26. März 1911 in der Gemeindeschule, Schweig-Straße 21 in Weisswasser. —

**Wettbewerb Rathaus Oberhausen.** Unter 100 Ent- würfen erhielten den I. Preis von 7000 M. der des Hrn. Prof. Fr. Pützer in Darmstadt; den II. Preis von 5000 M.

der des Hrn. Prof. Meissner in Darmstadt; den III. Preis von 3000 M. der des Hrn. Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf. —

**Wettbewerb Kriegerdenkmal Eupen.** Das Preisgericht hat den I. Preis von 500 M. dem Architekten Karl Krause in Berlin, den II. von 300 M. dem Bildhauer Rudolf Henn in München, den III. (200 M.) dem Architekten Fritz Fuß und dem Bildhauer Egon Kugke in Düsseldorf zuerkannt. Zur Ausführung wurde der Hennsche Entwurf angenom- men, da er der Platzfrage am meisten entspricht. —

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Bismarck-Turm bei Leipzig**, der am 1. April 1915 zur Feier des 100jährigen Geburtstages des Alt-Reichskanz- lers eingeweiht werden soll, wird vom Rat der Stadt Leip- zig für Künstler, die in der Stadt oder der Amtshauptmann- schaft Leipzig geboren oder wohnhaft sind, erlassen. Der Turm soll auf einem Hügelgelände bei Hänichen errichtet werden, trotzdem in der Bevölkerung sich zahlreiche Stimmen für eine Errichtung im Weichbilde der Stadt aus- sprachen. Der etwa 30 m hoch gedachte Turm soll sich über einer Gedächtnishalle erheben; er soll in seinem obern Teil zur Abbrennung von Feuerzeichen eingerichtet sein. Die Baukosten sind mit 80000 M. angenommen. Es werden 4 Preise von 1000, 500, 300 und 200 M. verteilt. —

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Elisenhöhe.** Wir hat- ten in Aussicht gestellt, auf die Äußerung, die uns Hr. Bildhauer Prof. Herm. Hahn in München übermitteln ließ, zurückzukommen. Inzwischen hat auch der „Künst- lerverband deutscher Bildhauer“ beim Kunst- und Bau- Ausschuß für das Bismarck-Denkmal Einspruch dagegen erhoben, daß sich Prof. Hahn am Wettbewerb beteiligt habe und mit dem I. Preis ausgezeichnet worden sei, ob- wohl er dem Preisrichterkollegium angehört habe. Dem Einspruch ist Hahn mit der gleichen Begründung begeg- net, die er auch uns übermitteln ließ.

Wir haben keinen Anlaß, an der Darstellung Hahns zu zweifeln und wir wollen auch gern glauben, daß er nie- mals einer Komitee - Sitzung angewohnt habe. Wenn er aber 8 Monate vor Ablauf des Wettbewerbes ausgeschie- den ist, so kann sich das nur auf das Datum des 30. Nov. 1910 beziehen. Nun ist aber der Ablieferungstermin für die Entwürfe vom 1. Juli 1910 auf den 30. Nov. 1910, also um volle 5 Monate verschoben worden. In Wirklichkeit ist Hahn also nur 3 Monate vor dem ersten Ablieferungs- termin ausgeschieden. Wir wollen aber auch hieran keine Folgerungen gegen ihn knüpfen, meinen aber, daß bei den berechtigten Angriffen, denen das deutsche Wettbe- werbswesen in der letzten Zeit ausgesetzt gewesen ist, alles hätte vermieden werden müssen, was auch nur den Schein einer Unregelmäßigkeit an sich trägt. Es ist für einen in voller und frischer Schaffenskraft stehenden Künstler gewiß menschlich begreiflich, wenn er einer lockenden Aufgabe gegenüber in einem bereits eingenom- menen Standpunkt schwankend wird. Gleichwohl aber darf man fordern, daß ein Preisrichter seine einmal eingenommene Stellung zu einem Wettbewerb nicht ver- ändert, sondern sich von Anfang an klar über Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Wettbewerb bleibt.

Eine Schuld trifft in diesem Fall wie auch in zwei wei- teren Preisrichterfragen den die Geschäfte des Wettbe- werbes leitenden Kunstausschuß, der es unterließ, von den Veränderungen im Preisgericht den Teilnehmern des Wettbewerbes Mitteilung zu machen, wie er es auch bis heute unterlassen hat, den Teilnehmern eine rechtlich bindende Mitteilung über die Entscheidung im Wett- bewerb zugehen zu lassen. —

Inhalt: Denkmal und Landschaft. — Künstlerisches und Technisches vom Putzbau. — Literatur. Vermischtes. — Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen. — Wettbewerbe. —

**Bildbeilage: München im sechzehnten Jahrhundert.**

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





Links: Das Schlüterhaus, Jopengasse 1 in Danzig.  
 Mitte: Portal und Beischlag des Schlüterhauses,  
 Jopengasse 1 in Danzig; gegenwärtiger Zustand.  
 Rechts: Portal des Englischen Hauses in Danzig.



LITERATUR. \* DANZIGS KUNST UND  
 KULTUR IM XVI. UND XVII. JAHR-  
 HUNDERT. VON GEORG CUNY, KGL.  
 BAURAT. \* VERLAG VON HEINRICH  
 KELLER IN FRANKFURT A. M. 1910.  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡  
 \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 23. \*



# DEUTSCHE BAUZEITUNG

## XLV. JAHRGANG. N<sup>o</sup>. 23. BERLIN, DEN 22. MAERZ 1911.

### Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert.\*)

Von Georg Cuny, Königl. Baurat.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 191.

**I**n lange gehegtes Vorhaben ist es gewesen, schreibt der Verfasser im Vorwort, eine Geschichte der Baukunst und Bildnerei seiner Vaterstadt zu schreiben. Wohl gab es bisher eine Reihe zum Teil wertvoller Einzeldarstellungen, aber es fehlte doch das zusammenfassende Gesamtbild. „Die Geschichte der Danziger Kunst ist noch nicht geschrieben“. In der Umgebung der Denkmäler aufgewachsen und mit ihnen vertraut, unternimmt es der Verfasser mit Erfolg, „hier zum erstenmal eine zusammenhängende Darstellung der Danziger Baugeschichte und der schöpferisch tätigen Kräfte im 16. und 17. Jahrhundert“ zu geben, eine Darstellung, die mit Ausschluß der kirchlichen Gebäude hauptsächlich die öffentlichen und bürgerlichen Kunstbauten umfaßt. Der Umstand, daß, wie es ja nur natürlich ist, dabei die Kulturgeschichte in größerem Umfang mit berücksichtigt werden mußte, war Veranlassung, die Arbeit in zwei Bücher zu teilen. Das erste enthält Mitteilungen über Danzigs Handelsbeziehungen und seine politische Lage, geht darauf über zur Schilderung der Tätigkeit einer langen Reihe von Stadtbaumeistern, Maurermeistern, Zimmermeistern und Zeugmeistern, die auf die Gestaltung des Stadtbildes von Danzig zum Teil weitgreifenden Einfluß hatten, und wendet sich dann den Bildhauern zu, die bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Danzig die Träger der architektonischen Entwicklung sind, denn „die Danziger Spätrenaissance wird eine Bildhauerkunst“. Der Verfasser

\*) Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert. Von Georg Cuny, Königl. Baurat. Erstes Buch. Baugeschichtliches. Danzigs Künstler mit besonderer Berücksichtigung der beiden Andreas Schlüter. Mit 86 Abbildungen. Frankfurt am Main. Verlag von Heinrich Keller. 1910.



Kamin aus dem v. Kleinow'schen Hause in Elbing.  
Aus: Georg Cuny, Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert.



stellt fest, daß seit 1570 etwa Stadtbildhauer mit öffentlichen Arbeiten betraut wurden. „In der Aufstellung architektonischer Entwürfe für öffentliche Bauten, wie für das Wohnhaus des Patriziers taten sie es den Bau- und Maurermeistern gleich“. Sie gewannen umso mehr an Boden, als die baukünstlerische Schulung zugunsten des mehr handwerklich Tüchtigen bei den Maurermeistern zurückging. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts suchten Maurermeister wie Bildhauer ihre Ausbildung in den Niederlanden, weshalb der Verfasser auf die Notwendigkeit der Untersuchung der Bedeutung hinweist, die Cornelis Floris und andere Niederländer für die norddeutsche Baukunst besitzen. Es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, in seinem Werke namentlich auch auf die beiden Andreas Schlüter und ihre Zeit hingewiesen zu haben. Im Jahre 1891 bemerkte er eine auffallende Stilverwandtschaft zwischen Andreas Schlüters Kriegermasken am Berliner Zeughaus und bestimmten plastischen Bildwerken in Danzig. „Sie führte zu dem Ergebnis, Andreas Schlüter den Älteren in Danzig und seinen Einfluß auf die Bildwerke des berühmten Schlüter, den wir jetzt den Jüngeren nennen müssen, nachzuweisen“. Vom älteren Schlüter rührt das heute noch wohl erhaltene Patrizierhaus Jopengasse 1 in Danzig her, das in zwei Ansichten auf unserer Bildbeilage dargestellt ist. „Daß der Bau dem angeblich aus Hamburg eingewanderten Bildhauer Andreas Schlüter übertragen wurde, spricht dafür, daß dieser gute Zeugnisse, kunstvolle Abrisse, auch Empfehlungen von seiner früheren Tätigkeit aufweisen konnte und sein Entwurf das besondere Wohlgefallen des Bauherren fand“. Die Entstehungszeit des Hauses setzt Cuny auf 1638—1640 an. Ein zweites Werk Schlüter's des Älteren in Danzig ist das in seinem architektonischen Aufbau dem ersten verwandte Haus Brotbänken-Gasse 28. „In seinen Werken stellt sich uns A. Schlüter als eine geistvolle, an den Ereignissen des Zeitalters lebhaften Anteil nehmende Persönlichkeit dar, welcher es nicht an Bildung fehlt. Seine Architekturformen, die Art, wie er Fassaden zeich-

net, weisen auf die in der Metropole Amsterdam herrschende Schule, deren Begründer der Architekt und Bildhauer Hendrik de Keyser ist“. Neben dieser Feststellung weist Cuny auf den im Vergleich zu dem unplastischen Zug der Kunst der Zeit realistischen Stil des Meisters hin. „Er erhebt das Bildwerk zu selbständiger Bedeutung innerhalb des architektonischen Rahmens und gibt ihm vermöge seiner schöpferischen Kraft die Eigenschaften eines selbständig zu betrachtenden Kunstwerkes“. In dieser Eigenschaft wird er der Anreger seines Sohnes Andreas, der am 5. März 1634 getauft wurde. „Die Bildwerke Andreas Schlüter's d. Ä., die er lange Zeit vor Augen hatte und zum Teil noch entstehen sah, mußten bei ihrem leidenschaftlich erregten Ausdruck auf ihn, den jungen Bildhauer, einen tiefen, nachhaltigen Eindruck machen“. Man vergleiche im Anschluß hieran auch die Studie von Ludwig Kämmerer: „Peter von der Rennen und Andreas Schlüter“ im I. Heft 1911 der „Monatshefte für Kunstwissenschaft“.

Der Reichtum des Werkes an Studienmaterial läßt sich aus dieser kurzen Erwähnung nicht erkennen, er eröffnet sich aber namentlich dem, der in der Lage ist, das Werk eingehender zu studieren. Wir konnten nur im allgemeinen darauf hinweisen.

Das zweite Buch, dessen Erscheinen für Ende dieses Jahres in Aussicht genommen ist, wird folgende Abhandlungen enthalten: Die baugeschichtliche Entwicklung in Danzig; Beischläge; Turmbauten; Backsteinbau; Fachwerkbau; die Bemalung der Außenarchitektur; die Ornamentik; Denkmalpflege. In allgemeinerer Darstellung werden berücksichtigt werden: Kunstgeschichtliches; Maler und Kupferstecher; Bronze- und Klein-Plastik; Kunstsammlungen und Kunsthandel; Musik und Theater; Trachten; Schiffbau und Wagenbau; Gedächtnisfahnen; Aufzüge. Hieraus ist zu erkennen, daß das vollendete Werk einer der wertvollsten Beiträge zur Kultur- und Kunstgeschichte eines unserer schönsten, reichsten und schicksalvollsten Städtebilder Deutschlands sein wird. —

## Das Schinkelfest des Architekten-Vereins zu Berlin.



Am 13. März, dem Geburtstage Schinkels, wurde nach alter Sitte das Schinkelfest in den Räumen des Vereinshauses unter reger Beteiligung festlich begangen. Auch der preuß. Hr. Minister der öffentl. Arbeiten v. Breitenbach war anwesend. Nach einleitendem Quartettgesang ergriff zunächst der Vorsitzende, Hr. Saran, das Wort, um einen kurzen Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr zu geben, das im allgemeinen eine erfreuliche Weiterentwicklung des Vereins zeigt.

Nicht weniger als 17 einheimische Mitglieder, unter ihnen das Ehrenmitglied Wirkl. Geh. Ob.-Regierungsrat Kinel und Geh. Brt. Karl von Groszheim, Präsident der Akademie der Künste, und 22 auswärtige Mitglieder sind durch den Tod dahingegangen; erfreulicher Weise ist aber auch der Zuwachs an neuen Mitgliedern ein bedeutender gewesen, indem 108 hinzutraten, sodaß der Verein in seinem 87. Lebensjahr das dritte Tausend nahezu erreicht hat. Unter diesen neuen Mitgliedern befindet sich auch ein neues Ehrenmitglied, Frau Wentzel-Heckmann, die sich nicht nur allgemein durch Unterstützung und Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Bestrebungen, sondern insbesondere auch um den Verein in hohem Maße verdient gemacht hat.

Zum diesjährigen Schinkel-Wettbewerb waren 35 Entwürfe eingegangen. Den Siegern wurden vom Hrn. Minister der öffentlichen Arbeiten mit warmen Worten der Anerkennung die ihnen zuerkannten Schinkelplaketten überreicht.

Dann folgte der Festvortrag des Hrn. Rich. Petersen, Ob.-Ing. der „Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“: „Die Verkehrsaufgaben des Zweckverbandes Groß-Berlin“. In klarer, überzeugender Weise entwickelte Redner ein Bild von der notwendigen Umgestaltung der Berliner Verkehrsverhältnisse und umgrenzte die Stellung, die nach seiner Auffassung der Zweckverband Groß-Berlin bei der Lösung dieser Aufgabe einzunehmen habe.

Redner knüpft an die 3 Ereignisse des letzten Jahres an, die als der Beginn einer neuen Zeit für die Entwicklung von Groß-Berlin betrachtet werden könnten: der Wettbewerb um einen Grundplan für Groß-Berlin, der, ursprünglich ausgehend von künstlerischen Gesichtspunkten, gezeigt habe, daß die Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse die Grundlage bilde für eine geordnete Weiterentwicklung auf wirtschaftlichem, hygienischem und auch auf künstlerischem Gebiet; die Städtebau-Ausstellung, die durch den Vergleich mit dem, was anderwärts geschaffen ist, und durch die Ausstellung

der Wettbewerbspläne Vielen überhaupt erst die Augen geöffnet habe, und schließlich der Zweckverbands-Gesetzentwurf für Groß-Berlin, der die heutige Zuständigkeit der einzelnen Gemeinden wohl erheblich beschneide, dafür aber die Möglichkeit schaffe, daß die künftige Selbstverwaltungs-Organisation Weltstadtpolitik treibe anstelle der heutigen Kirchturmpolitik.

Eine Beseitigung der jetzigen, im Vergleich zu anderen Großstädten ungesunden Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin sei nur möglich durch eine Aufschließung weiter draußen liegenden Geländes für die Bebauung, das in ausreichenden Mengen vorhanden, nicht eher herangezogen werden kann, als bis neue Verkehrswege dorthin geschaffen sind. Mit Rücksicht auf die großen Entfernungen können neue Straßenzüge und Straßenbahnen für die Aufschließung nicht in Betracht kommen. Nur durch eine Erweiterung des staatlichen Vorortbahnnetzes ist eine weiträumige Besiedelung der Außenbezirke möglich. Diese neuen Vorortlinien, die in diesen Bezirken ohne Schwierigkeit überall gebaut werden können, müssen aber durch das Innere von Berlin hindurchgeführt werden; das ist aber nicht möglich ohne eine gleichzeitige Umgestaltung des Hauptbahnnetzes, mit dem die Vorortlinien auf das Engste verknüpft sind. Vor allem ist die Schaffung einer nordsüdlichen Verbindung zwischen Lehrter- und Stettiner-Bahn einerseits und Potsdamer- und Anhalter-Bahn andererseits erforderlich, eine Lösung, die auch in sämtlichen preisgekrönten Wettbewerbsarbeiten vorgeschlagen wurde. Durch Umwandlung der Kopfbahnhöfe in Durchgangsbahnhöfe wird die Leistungsfähigkeit um ein Vielfaches erhöht, die Möglichkeit der Einführung neuer Linien gegeben. Ebenso ist eine Verbindung der Görlitzer-Bahn mit der Lehrter-Bahn erforderlich, die zugleich eine wirksame Entlastung der jetzigen Stadtbahn abgeben kann. Um diese Anlagen zu ermöglichen und für sie Platz zu schaffen, ist eine Hinausverlegung aller dem Betrieb dienenden Anlagen aus dem Stadtinneren erforderlich, die Verbindungslinien müssen ferner unter die Straßen gelegt werden, auch die ins Innere vorgeschobenen Bahnhöfe erhalten unter der Erde ihren Platz. Das gibt dann wieder die Möglichkeit, die ganzen Verkehrsverhältnisse der Innenstadt von Berlin, die jetzt durch Potsdamer- und Anhalter-Bahnhof einerseits, Lehrter-Bahnhof andererseits eingeeengt wird, freier, leistungsfähiger umzugestalten.

Die erste Aufgabe ist also die Festlegung des Planes für die Fernlinien, dann sind die staatlichen Vorortlinien festzulegen, zuletzt erst die Stadt-Schnellbahnen, deren Ta-



rife wegen der hohen Baukosten mit denjenigen der staatlichen Vorortbahnen nicht in Wettbewerb treten können. Nach den Ausführungen des Redners wird für das Netz der zu erbauenden städtischen Schnellbahnlinien der Alexander-Platz gerade so ein Verkehrsmittelpunkt werden, wie der Potsdamer-Platz für die Vorortlinien. Sollen die städtischen Schnellbahnen aber ihren Zweck voll erfüllen, so müssen sie niedrige Tarife besitzen, das bedingt aber niedrige Baukosten. Die bei den Gemeinden jetzt beliebte grundsätzliche Forderung von Untergrundbahnen sei daher zu verwerfen. Es werden dadurch Millionen festgelegt, die in einer nutzbringenderen Weise Verwendung finden könnten.

Die letzten Verkehrsfragen sind diejenigen des Ausbaues der Straßenbahnen und der Straßen. Bezüglich der Straßenbahnen wird mit der Zeit eine völlige Betriebsumgestaltung nötig werden, da sie jetzt zum Teil Aufgaben erfüllen, die ihnen in Zukunft durch die städtischen Schnellbahnen abzunehmen sind. Es ist daher wünschenswert, daß die Straßenbahnen in den Besitz der Gemeinden übergehen. Redner hält dabei eine Lösung für zweckmäßig, nach welcher das Unternehmen als Aktiengesellschaft bestehen bleibt, aber die Gesamtheit der Gemeinden das Aktienkapital erwirbt und gemäß der Bevölkerungszahl oder Steuerkraft untereinander verteilt; dann würden die Gemeinden in der Generalversammlung und im Aufsichtsrat die erforderliche Kontrolle und den notwendigen Einfluß erhalten. Die große Schwierigkeit einer Umgestaltung der Berliner Verkehrsverhältnisse liege nun aber darin, daß die Staats-Eisenbahnverwaltung mit ihren jetzigen Einrichtungen ansich noch lange auskommen würde, sodaß für sie noch keine unmittelbare Veranlassung vorliegt, zu so weitgehenden Umgestaltungen überzugehen, vor allem nicht das Vorortnetz, das bei den jetzigen Tarifen keine unmittelbaren Gewinne abwirft, in dem gewünschten Maße auszubauen. Die Kosten müssen also auf andere Weise aufgebracht werden. Das wird nur möglich sein, wenn der Zweckverband zu den ihm überwiesenen Aufgaben auch noch diejenige hinzunimmt, in großem Maßstabe Gelände in den Außenbezirken zu bebauungszwecken anzukaufen und zu verkaufen und dadurch auch Mittel aufzubringen für die Umgestaltung der Verkehrsanlagen. Auf diesem Wege allein

sei es möglich, den widerstrebenden Einzelinteressen gegenüber, die hochgesteckten Ziele des Wettbewerbes Groß-Berlin erreichen zu können.

Reicher Beifall lohnte den Redner. —

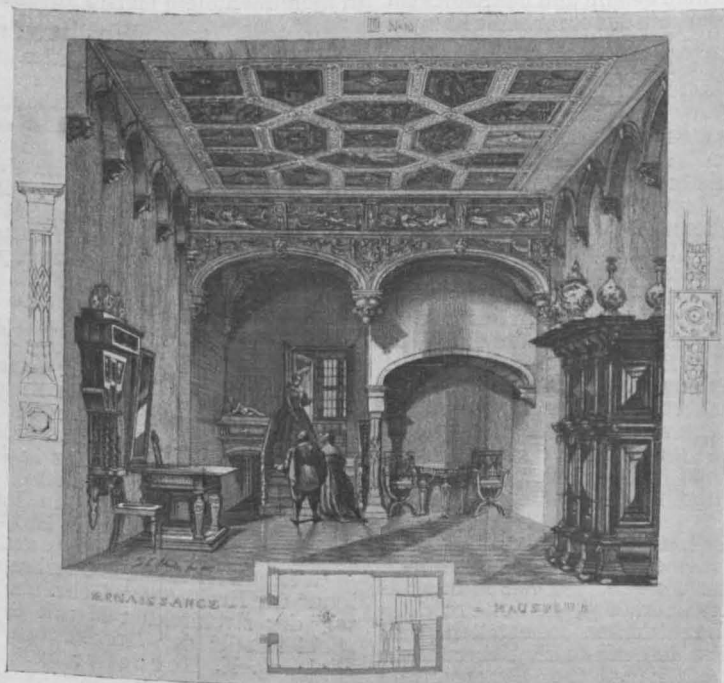
Fr. E.

## Vermischtes.

**Erweiterung der alten Museen in München.** In einem Artikel über den Prinz-Regenten Luitpold von Bayern und die Kunst in der „Neuen Fr. Pr.“ bespricht der ehemalige Direktor der Zentralgemäldegalerie in München, Geh. Rat Prof. Dr. Franz v. Reber, die Erweiterungsmöglichkeiten der alten Museen in München. Vor allem hält er eine Erweiterung der Neuen Pinakothek, deren Räume längst nicht mehr ausreichen, alles entsprechend aufzunehmen, für das dringendste Bedürfnis. Doch stehen dieser seit Jahren in Erwägung gezogenen Absicht unbezwingliche Schwierigkeiten entgegen, da einmal sowohl Gebäude wie Baugrund nicht Staatsgut, sondern wie die Glyptothek Eigentum des königlichen Hauses sind und eine Änderung dieser Verhältnisse nur schwer zu erreichen sein wird; während anderseits der Regent pietätvoll darauf bedacht ist, daß die Baudenkmäler seines Vaters, des Königs Ludwigs I., in dem Zustand erhalten bleiben, in dem sie der große kunstsinnige König auführte. Nun teilt Reber diesen historischpersönlichen Standpunkt durchaus, soweit die Glyptothek und die Alte Pinakothek in Betracht kommen, da er der Ansicht ist, daß diese Bauwerke in sich geschlossene Kunstwerke sind, deren ursprünglich gewollter Eindruck durch An- und Erweiterungsbauten nur leiden könnte. Gleichwohl meint er, daß z. B. die Glyptothek durch die wiederholt angeregte Forumbildung des Königs-Platzes mit rechtwinkligen, ebenerdigen Sammlungsgängen für Antiquarium, Vasensammlung usw. ebenso wenig Einbuße erleiden würde, wie das gegenüber liegende Kunst-Ausstellungs-Gebäude und die Propyläen. Die Loggien der Alten Pinakothek hält er für die Uebertragung der mehr und mehr der Zerstörung anheim fallenden Rottmann-Fresken für wohl geeignet. Das Gebäude der Neuen Pinakothek aber mit seinen zerstörten Kaulbach-Fresken läßt Reber „ganz kühl“; für dasselbe hält er mit Recht eine Erweiterung möglich, durch die ein Ausweg aus einer zweifellosen Notlage geschaffen wäre. Eine Aufrechterhaltung der Trennung königlichen



Englisches Haus in Danzig. (Vergl. auch die entspr. Abb. der Bildbeilage.)



Diele im Hause Brotbänkengasse 11 in Danzig.  
Aus: Georg Cuny, Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert.

bäude der Neuen Pinakothek aber mit seinen zerstörten Kaulbach-Fresken läßt Reber „ganz kühl“; für dasselbe hält er mit Recht eine Erweiterung möglich, durch die ein Ausweg aus einer zweifellosen Notlage geschaffen wäre. Eine Aufrechterhaltung der Trennung königlichen



und staatlichen Besitzes ließe sich dabei wohl ermöglichen, da sie in allen bayerischen Kunstsammlungen besteht. Den Gedanken der Begründung einer Staats-Pinakothek für die Werke neuerer Meister neben der königlichen Neuen Pinakothek weist Reber ab.

Wir haben schon früher einmal auf das ausgedehnte Gelände der benachbarten alten Türken-Kaserne zur Erweiterung der Museen hingewiesen. —

**Die Entstellung von Meran.** Wer es noch kannte, das alte, das altmodische Meran mit seinem stillen Zauber, seinem beschaulichen Leben, ein Städtebild voll Anmut und Liebe in einer Landschaft mit den gewaltigsten Gegensätzen, der wird wenig Freude an der modischen Stadt von heute, an dem modernen Kurort haben. Die ungefügen, ungegliederten Massen neuer Hotelbauten unterbrechen das von den Höhen gesehene ehemals so freundliche Städtebild in solcher Weise, daß es bald ganz verschwunden sein und vielleicht nur noch der Turm der alten Pfarrkirche von der ehemaligen Schönheit Merans zeugen wird. Den Lauf der Passer überspannen eiserne Brücken, die völlig fremd in dem anziehenden Naturbilde stehen und an Häßlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Und dabei sind kaum sonstwo wie hier die Bedingungen für gewölbte, mit dem Landschaftsbild harmonisch zusammengehende Brücken gegeben. Dülfer verstand es, mit feinem Sinn sein Theater in das im Maßstab nicht große Städtebild einzuordnen; aber schon die nachfolgenden Kurbauten tragen der Eigenart der Oertlichkeit nicht genügend Rechnung, sodaß begründete Besorgnisse für den Neubau des Kurhauses bestehen. Man scheint in den Kreisen der Stadtverwaltung von Meran von jeher nicht erkannt zu haben, auf was die Anziehungskraft dieses von Bergen umschlossenen Paradieses mit beruht, sonst hätte nicht vor Jahren der Antrag gestellt werden können, selbst die landesfürstliche Burg von Meran, ein Juwel der tiroler Gotik, aus Verkehrsrücksichten abzubauen! Man darf sich angesichts dieser Tatsache kaum wundern, wenn ein Teil des alten Meran nach dem anderen abbröckelt und der Vernichtung anheim fällt. Es überrascht auch nicht, wenn jetzt einer der drei letzten Torbauten der Stadt, das Vinschgauer-Tor, dem Abbruch geweiht werden soll. Wohl haben die Zentralkommission in Wien, der Heimatschutzverein in Meran, sowie einsichtige Menschen aus Meran und aus der Fremde gegen die Vernichtung dieser 600jährigen Schönheit und gegen die weitere Entstellung von Meran sich gewendet; aber was sie erreicht haben, war nur ein Aufschub der Entscheidung. In der Sitzung des Gemeinderates von Meran vom 1. Febr. dieses Jahres stand die Angelegenheit zur Beratung; es hat nicht viel an einem Beschluß gefehlt und das Schicksal des Tores nach dem Vinschgau, um das einst heisse Kämpfe wogten und das in aller seiner Schlichtheit ein steinernes Stück Landesgeschichte ist, wäre besiegelt gewesen. Aus Verkehrsrücksichten soll es fallen. Gewiß, der Verkehr in der Richtung vom Rennweg nach dem Vinschgau hat stark zugenommen, besonders nachdem vor dem Tore eine Anzahl städtischer Anstalten erbaut wurden. Aber von Meran aus wird darauf hingewiesen, daß ein Durchgang neben dem Tor, am Kapuziner-Garten, geschaffen werden könne, der es ermöglicht, das geschichtliche Städtebild an dieser bedeutsamen Stelle der Stadt zu erhalten und doch allen Rücksichten des zweifellos überschätzten Verkehrs Rechnung zu tragen. —

**Techniker und Juristen.** Zu dem sattem besprochenen Thema „Techniker und Juristen“ berichten die „Baupolizeilichen Mitteilungen“ in Heft 2 des Jahrganges 1911 einen vielsagenden Vorgang aus Königsberg in Preußen. Dort steht die Frage der Uebertragung der Baupolizei auf die Stadtverwaltung zur Erörterung. Es ließ sich bei dieser Gelegenheit der Oberbürgermeister über die Frage aus, ob es richtiger sei, einen Juristen oder einen Techniker an die Spitze der Baupolizei-Verwaltung zu stellen. Er führte aus:

„Die Frage des juristischen oder technischen Dezenten als Vertreter für meine Person ist sehr reiflich auch im Magistrat erwogen worden. Wir haben uns mit großer Einmütigkeit davon überzeugt, daß es unrichtig wäre, einen technischen Dezenten anzustellen. Und ich für meine Person erkläre, ich würde die Uebernahme ablehnen, wenn lediglich ein technischer Dezent sein würde, den ich als meinen Vertreter betrachten soll. Denn in erster Linie ist die Wahrnehmung der Geschäfte den Interessenten gegenüber eine Kette fortgesetzter rechtlicher Handlungen, eine Prüfung, ob dieses oder jenes Vorgehen rechtlich zulässig ist. Ohne den Herren Technikern zu nahe treten zu wollen, muß man doch sagen, daß in vielen Fällen die Techniker die rechtliche Tragweite nicht so wie ein Jurist übersehen können. Der Techniker würde sehr dazu neigen, außerordentlich streng

sich an Paragraphen zu halten. Aber was das für das praktische Leben heißt, hat man wohl verschiedentlich kennen gelernt. Dem bauenden Publikum würde man damit keinen Gefallen tun, wenn man für einen juristischen einen technischen Dezenten anstellen würde.“

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ vom 2. März: „Diese Darstellung des Königsberger Oberbürgermeisters ist geradezu ungeheuerlich und stellt die tatsächlichen Verhältnisse gänzlich auf den Kopf. Jedermann weiß, daß bei der Handhabung der Baupolizei in erster Linie die Fragen der Sicherheit und der technischen Zulässigkeit der Bauten in Betracht kommen, die in jedem einzelnen Falle eingehend zu erörtern sind, während die rechtlichen Fragen zumeist nach demselben Schema erledigt werden können. Trotzdem soll auch hier wiederum die geistige Tätigkeit des Technikers dem Gutdünken des rein formalistisch arbeitenden Juristen untergeordnet werden. Da für diese Absicht sachliche Gründe nicht angeführt werden können, so malt man nach altem Rezept mit möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten den Teufel an die Wand, um die Stadtverordneten vor dem Techniker gruseln zu machen. Man scheut sich nicht, die dem juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten mangelnden Qualitäten in baupolizeilichen Dingen auch dem Techniker abzusprechen, ja den letzteren sogar als eine Gefahr für das bauende Publikum hinzustellen. Das übersteigt in der Tat alles bisher Dagewesene. Nach dieser Leistung wird man kaum noch im Zweifel sein über die wirklichen Gründe, die die Stadt Königsberg als einzige Stadt des Deutschen Reiches veranlaßt haben, die früher eigene Regie des städtischen Elektrizitätswerkes aufzugeben und den Betrieb des Werkes an die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ zu verpachten. Man würde sich nicht wundern, wenn auch hierfür der Techniker verantwortlich gemacht würde.“ —

**Ehrendoktoren.** Die Technische Hochschule in München hat die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften (Doktor-Ingenieurs) ehrenhalber verliehen: dem Professor der Geodäsie und Vorstand der Geodätisch-Kulturtechnischen Abteilung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Geh. Reg.-Rat Dr. Christian August Vogler (der am 16. Mai d. Js. seinen 70. Geburtstag feiern wird) „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste als Lehrer und Forscher auf dem Gebiete der Geodäsie“; — dem Professor der Akademie der bildenden Künste in München Dr. Adolf Ritter v. Hildebrand, zur Zeit in Florenz, „dem großen Künstler, tiefen Denker und erfolgreichen Anreger, der in seltener Vielseitigkeit die gesamte bildende Kunst beherrscht und in monumentalem Geiste ausübt.“ —

### Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Villa auf dem Weinberg in Döbeln** wird unter den in Dresden, Leipzig und Döbeln wohnhaften selbständigen Architekten zum 15. Juni d. J. erlassen. 3 Preise von 2500, 1500 und 800 M.; ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 300 M. „in Aussicht genommen“. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Geh. Brt. Prof. Dr. Hugo Licht in Leipzig, Stadtbrt. Prof. H. Erlwein in Dresden und Stadtbmstr. Richter in Döbeln. „Es besteht der Wunsch und die Absicht, dem Verfasser eines der preisgekrönten oder der angekauften Entwürfe die weitere Bearbeitung und die künstlerische Bauleitung zu übertragen.“ Das ist erfreulich und wird dem Wettbewerb eine große Teilnahme sichern. —

**In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Essen** wurden die Preise in der angekündigten Abstufung von 6000, 3000 und 1500 M. nicht verteilt. Je einen Preis von 3250 M. erhielten die Architekten Großkopf & Kunz in Essen und Willy Graf in Stuttgart. Je ein Preis von 2000 M. wurde den Hrn. Osk. Schwer sowie Guckuck in Gemeinschaft mit O. Kunhenn in Essen verliehen. Ein Entwurf des Architekten Max Bischoff in Halensee wurde für 750 M. angekauft. —

**Wettbewerb Rathaus Oberhausen.** Die Entwürfe „Rheinland“ der Architekten Gebr. Ratz in Berlin, „Rosenmontag“ der Architekten Mack & Klass in Stuttgart und „Schieferstil“ der Architekten Prof. K. Hocheder und Dipl.-Ing. K. Hocheder in München wurden zum Ankauf vorgeschlagen. Sämtliche Entwürfe sind bis mit 26. März in der Feldschule in der Zechenstraße in Oberhausen öffentlich ausgestellt. —

Inhalt: Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert. — Das Schinkelläst des Architekten-Vereins zu Berlin. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Danzigs Kunst und Kultur im 16. u. 17. Jahrh.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

## XLV. JAHRGANG. NO. 24. BERLIN, DEN 25. MAERZ 1911.

Zur Vollendung des siebenzigsten Lebensjahres Georgs von Hauberrisser.

**A**m 19. März vollendete der Altmeister süd-deutscher Gotik, Professor Georg Ritter von Hauberrisser in München, in voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit sowie in ungeschmälerter Schaffenslust sein siebenzigstes Lebensjahr. Die Verdienste Hauberrissers um die zeitgenössische Baukunst sind so große, daß es eine Pflicht der Dankbarkeit ist, aus diesem Anlaß etwas auf seinen Lebensgang und sein Lebenswerk einzugehen.

Der Meister wurde am 19. März 1841 in Graz als Sohn eines aus den Rheinlanden nach Oesterreich eingewanderten Fachgenossen geboren, den wir auch als Stadtbaumeister von Prag wiederfinden. Seine fachliche Ausbildung war für die damalige Zeit recht vielseitig; sie begann an der höheren technischen Lehranstalt in Graz, der Vorläuferin der heutigen Technischen Hochschule, und wurde im Jahre 1862 an der Akademie in München unter Neureuther, Ziebland und Lange fortgesetzt. Der damalige Ruf der Bauakademie in Berlin veranlaßte ihn, auch hier unter Strack und Bötticher seine Studien zu betreiben. Endlich noch hielt er es für zweckmäßig, seine Studien an der Akademie der Künste in Wien unter Friedrich Schmidt zu vollenden.

Noch in jungen Jahren sah Hauberrisser sich der Aufgabe gegenüber, die den Anfang seines Lebenswerkes bildet und die bedeutungsvoll auch am Ausgange desselben steht. Im Jahre 1866 erließ die Stadt München ein Preisausschreiben zur Erlangung von Ent-

würfen für ein neues Rathaus. Hauberrisser blieb mit einem Entwurf in gotischem Stil siegreich und es glückte ihm, auch die Ausführung zu erhalten. Diese erfolgte in den Jahren 1867—1872; der Meister schuf einen Backsteinfugenbau mit Haustein-Architektur, der lange Zeit als vorbildlich für ein städtisches Rathaus galt, eine Eigenschaft, die ihm dann nach mehr als einem Vierteljahrhundert den weiteren Auftrag der Rathaus-Erweiterung eintrug, der in unseren Tagen vollendet wurde. Dem älteren Teil des Münchener Rathauses folgten das Rathaus in Kaufbeuren, das Rathaus in Wiesbaden, das Rathaus zu St. Johann an der Saar, in welchen Bauten er die Stile der Spätzeit der deutschen Gotik und der Renaissance in Deutschland zur Anwendung brachte. Das charakteristische Merkmal aller dieser Bauten ist ein starkes und bewußtes Streben nach plastischer und malerischer Erscheinung im Stadt- und Straßenbilde. Bedeutend ist auch seine Tätigkeit in kirch-



Georg von Hauberrisser. Geboren am 19. März 1841.



lichen Bauten; so schuf er in dem Jahrzehnt 1881—1891 die Herz-Jesu-Kirche im Osten, im Stadtteil Leonhard, an der Nagler-Gasse in Graz; ihr folgte die Pfarrkirche zu St. Johann an der Saar, während die in den Jahren 1892—1895 an der Theresienwiese in München erbaute Paulskirche die kirchliche Baukunst Hauberrissers krönt. Auch in diesen kirchlichen Werken, die durchweg im Stile der Gotik gehalten sind, läßt sich das zunehmende Streben nach malerischen Wirkungen, nach Mannigfaltigkeit der Einzelformen, nach mittelalterlicher Vertiefung in den Baugedanken erkennen.

Neben diesen größeren Aufträgen wurde auch der Wohnhausbau gepflegt. Am Uebergang steht das Kaulbach-Museum in München, dem in und um München und anderwärts eine Reihe von städtischen und ländlichen Wohnhäusern folgten, unter ihnen die Wohnhäuser Defregger und Hailer in München, sowie Schloß Näher bei Lindau. Die bedeutendste Schöpfung dieser Art ist, wenn man sie hierher rechnen darf, der Wiederaufbau der dem Erzherzog Eugen von Oesterreich gehörigen Deutschordensburg Busau in Mähren, ein Werk, das neben dem Erweiterungsbau des Rathauses in München die charakteristischsten Merkmale der Eigenart des Meisters trägt. In beiden Fällen läßt sich das liebevolle Eindringen in die Aufgabe nachweisen; hierzu treten in der Deutschordensburg das große Gestalten im Aufbau, in der Rathaus-Erweiterung in München das freie Spiel mit einer reichen, fast überreichen Formengebung. Offenbar in Anlehnung an die Wirkung der reichen Rathäuser in den Niederlanden ist das neue Rathaus in München entstanden. Um dem Grade des Reichtums des neuen Teiles zu folgen, mußte sich der alte Teil eine Umgestaltung gefallen lassen, sodaß nunmehr eine einheitliche Baugruppe mit mächtig aufragendem Turm den Marien-Platz ziert und hier ein Städtebild geschaffen ist, das an manches schöne Städtebild in Belgien erinnert. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Werk manchen Angriffen ausgesetzt gewesen ist; manchen berechtigten, die an die Gestaltung des Inneren anknüpfen, aber auch vielen unberechtigten, die hauptsächlich das Äußere treffen sollten. Das letztere hat seine unzweifelhaften und großen Verdienste, es hat vor allem einen persönlichen Charakter. Und es ist in Isar-Athen nicht fremder, wie die antiken Bauten; im Gegenteil: es sucht dem geschichtlichen Werden der Stadt gerecht zu werden und an ihre mittelalterliche Vergangenheit anzuknüpfen, wie es andere Bauten in anderer stilistischer Umbildung auch getan haben. Wir sind

überzeugt, daß man nach nur kurzem Zeitraum dem Werke gerechter gegenüberstehen wird, als es noch in den jüngsten Jahren der Fall war (vergl. Jahrg. 1903, S. 337 ff.).

An dem engeren Wettbewerb um Entwürfe für das Bayerische National-Museum in München war Hauberrisser mit einer Arbeit beteiligt, die versuchte, die Grundzüge seines Schaffens auf ein Bauwerk zu übertragen, an dem sie wie bei keinem anderen berechtigt gewesen wären. Wir haben den Entwurf in Jahrg. 1894 der „Deutschen Bauzeitung“ S. 93, 97 u. 173 veröffentlicht. Einen sehr bedeutenden Teil der Tätigkeit Hauberrissers nehmen die Wiederherstellungsarbeiten ein. Hier sind zu nennen der Ausbau des Rathauses in Landshut und die Wiederherstellung seines schönen Saales; die Wiederherstellung des Rathauses in Ulm an der Donau zu einem durch Architektur, Bildhauerkunst und Malerei gestalteten reichsten der deutschen Rathausbauten, sowie vor allem die Wiederherstellung der Sebaldus-Kirche in Nürnberg, die er in Gemeinschaft mit seinem feinsinnigen Schüler Prof. Jos. Schmitz in Nürnberg durchführte.

Man wird dem Gesamtwerke des Meisters am meisten gerecht, wenn man es aus den Umständen seiner Werdezeit heraus würdigt. Die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren Perioden der nationalen Wiedergeburt, der Zurückbesinnung auf das Streben und Werden in der Heimat, der Wiederbeginn der Schätzung der deutschen Kunst der Vergangenheit. An sie knüpfte das neue Schaffen an und Hauberrisser war einer derjenigen, die, so paradox es klingen mag, es zugleich in voller Abhängigkeit und voller Unabhängigkeit zu üben wußten. In voller Abhängigkeit vom Geiste der Vergangenheit und im Einzelnen doch wieder in voller persönlicher Freiheit. Die Vergangenheit war ihm Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck.

Seit dem Beginn der Arbeiten für den ersten Teil des Rathauses ist Hauberrisser in München ansässig, dessen Akademie ihn auch zu ihrem Ehrenmitgliede ernannte. Gleiche Ehrungen erwiesen ihm die Akademien in Berlin und Wien, sowie die Royal Society of British Architects in London. Von seinen Ordens-Auszeichnungen erwähnen wir den Maximilians-Orden für Kunst und Wissenschaft, sowie den bayerischen Kronenorden, mit dem der persönliche Adel verbunden ist, den der Jubilar führt.

Die geistige und körperliche Frische, mit welcher der Meister in das achte Jahrzehnt übertritt, läßt hoffen, daß das verflossene für sein Schaffen vielleicht einen Abschnitt, aber keinen Abschluß bedeutet. —

— H. —

## Groß-Chicago.



ie Bestrebungen für die Gewinnung eines einheitlichen Bebauungsplanes für das Gesamtgebiet Groß-Berlins haben vor einiger Zeit ein lehrreiches Gegenstück in Chicago gefunden. Chicago wird dank seiner günstigen Lage als Seestadt — und doch im Herzen des nordamerikanischen Kontinentes — in der Zukunft wahrscheinlich in demselben Maße weiter wachsen wie bisher, und amerikanische Statistiker haben dargetan, daß seine Bevölkerung innerhalb der nächsten 30 Jahre auf 13 Millionen Seelen steigen, d. h. also beinahe zweimal so groß sein wird, als die des heutigen London.

Die Gestaltung der Erdoberfläche ist elementaren Naturgewalten unterworfen. Aber diese Veränderungen müssen gegenwärtig in unserer Teilnahme zurücktreten gegenüber dem Phänomen ungeheurer Großstadtbildung, die die Erdoberfläche mit einem steinernen Hemd überspinnt. Dieses in der Weltgeschichte beispiellose Phänomen bricht mit so plötzlicher Wucht herein, daß selbst das traditionsloseste Volk außergewöhnliche Leistungen von Geistesgegenwart an den Tag legen muß, um sich schnell genug von überkommenen und plötzlich unbrauchbar werdenden Daseinsformen loszureißen. Zwischen der rein physischen Ueberwindung der sich auftürmenden Schwierigkeiten und ihrer künstlerischen Unterwerfung klafft dann noch eine abgrundtiefe Kluft, die nur unter der Leitung starker siegesgewisser Schöpfergeister überbrückt werden kann.

Ein solches Beispiel wahrhaft bewundernswerter künstlerischer Unerschrockenheit haben die Männer an den Tag gelegt, die in Chicago unter der Führung des amerikanischen Meisters der Städtebaukunst, Daniel H. Burnham, den gigantischen Bebauungsplan für eine 13-Millionenstadt geschaffen haben.

Wer an die Betrachtung und Beurteilung der neuen städtebaulichen Entwürfe für Chicago herantreten will, muß sich zuerst mit der Atmosphäre von selbstherrlichem, siegesfrohem Optimismus vertraut machen, in der die Männer von Chicago atmen und die über den grauen Fa-

briken und den lachenden Parks der „Königin des Mittleren Westens“ womöglich noch rosiger schwimmt, wie über jeder anderen Stadt Amerikas. Die unverwüstliche Anpassungsfähigkeit hat sich in Chicago weiter gepaart mit dem sorglosen Uebermut, den die gütige Natur so oft denen schenkt, die sie mit ihren wirtschaftlichen Segnungen überhäuft. Wo die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes immer aufs neue Unendliches versprochen und immer wieder noch Unerwarteteres gehalten hat, da ist das „Wo ein Wille, ist auch ein Weg“ schließlich zu einer seligmachenden Religion geworden, der kein Himmel zu hoch ist.

Chicago mit seinen 30 Eisenbahngesellschaften ist das größte Eisenbahnzentrum der Welt. Gleichzeitig sichert ihm seine Lage am südlichen Punkte des Michigan-Sees einen bereits jetzt gewaltigen Seehandel, der außerdem unendlich ausdehnungsfähig ist; ausdehnungsfähig nicht nur mit den amerikanischen und kanadischen Küstenstädten an den großen Seen, sondern in wohl nicht zu ferner Zukunft auch durch den Lawrence-Strom mit dem Atlantischen Ozean und nach Süden über den Mississippi mit dem Golf von Mexico und von da durch den im Bau begriffenen Panama-Kanal mit dem Westen und fernen Osten. Der Frachtingang im Hafen von Chicago kann sich schon heute mit seinen 8 1/2 Mill. t mit dem von Liverpool vergleichen. Der Gesamthandel Chicagos dagegen beläuft sich auf etwa 9 Milliarden M. und der Wert der jährlich in Chicago erzeugten Güter erreicht die Summe von 4 Milliarden.

Die ältere Generation Chicagos, die jetzt zu Reichtum und Einfluß gelangt ist, hat das alles aus dem Nichts herauswachsen sehen. Der Aufschwung des Indianer-Forts zur wirtschaftlichen Zentrale eines Kontinentes hat sich unter ihren Augen vollzogen; kein Wunder also, daß das Wort „unmöglich“ in ihrem Sprachschatz keinen Platz findet. Kein Wunder ferner, daß Chicago in seinen städtischen Ruhmestafeln einige städtebauliche Kraftstücke vermerken konnte, deren Feststellung jedem den Atem ausgehen läßt, der etwa die phantastisch-großartigen Zu-

kunftspläne der Stadt leichthin als Luftschlösser abtun möchte. So hat die Stadt im Jahre 1855 (mit damals 80000 Einwohnern) zur Verbesserung der Kanalisationsverhältnisse ihr gesamtes damaliges Gebiet von mehreren Quadratkilometern um 7 Fuß höher gelegt und die darauf stehenden Gebäude in demselben Maße buchstäblich in die Luft gehoben, was eine für damalige Verhältnisse höchst beachtenswerte Leistung darstellt.

14 Jahre später, im Jahre 1869, bemächtigte sich die Stadt des damals in Amerika gerade auftauchenden und von idealistischen Reformern geförderten Gedankens der städtischen Parks, und eingedenk des alten Wahlspruches der Stadt „Urbs in horto“ wurde in kürzester Zeit ein System von Parkanlagen und Parkstraßen geschaffen, wie es auf lange Zeit keine andere große Stadt der neuen Welt besaß und das noch heute das schönste Schmuckstück Chicagos bildet. Die achtziger Jahre eröffneten der Stadt ein neues Feld für eine bedeutende Leistung auf städtebaulich-hygienischem Gebiet. Damals forderte die Frage der bisher in den Michigan-See geleiteten Abwässer dringend eine neue Lösung. Mit einem Aufwand von einer viertel Milliarde M. wurde ein Kanal (der „Drainage-Canal“) gebaut, der — 1900 fertiggestellt — die Abwässer der Stadt zum großen Teil in den Desplaines- und Illinois-Strom und von da in den Mississippi und den Golf von Mexico führt. Nach 1900 wurde mit riesigem Aufwand das mustergültige System von populären Spielparks mit öffentlichen Klubhäusern geschaffen, wobei die Süd-Park-Kommission in der südlichen Hälfte der Stadt allein 70 Mill. M. für 22 herrliche Volks-Parks verausgabte.

In den 90er Jahren kam der gewaltig gesteigerte bürgerliche Stolz Chicagos zum Ausdruck in der bis auf den heutigen Tag wohl kaum überbotenen Weltausstellung, bei der für Gebäude und Grund und Boden allein mehr als 80 Millionen M. ausgegeben worden sind. In dieser Weltausstellung von 1893, bei der ihr Geld verloren zu haben noch heute viele alte Bürger von Chicago mit Stolz erfüllt, sind die Wurzeln für die gigantischen Pläne für das neue Chicago zu suchen. Das grandiose Vorbild der für die Ausstellung geschaffenen großgedachten Gruppenanlagen hat sich der Phantasie Chicagos unauslöschlich eingeprägt. In einer der zur Vorbereitung des Riesenwerkes stattfindenden täglichen Sitzungen der Magnaten, Künstler und Architekten Chicagos hat der große Bildhauer Saint-Gaudens begeistert ausgerufen, indem er Burnham's Hände dabei schüttelte: „Sind Sie sich klar darüber, daß dies hier die großartigste Versammlung von Künstlern seit dem 15. Jahrhundert ist?“

Diese regelmäßigen Sitzungen zur schnellen Durchführung eines künstlerischen und finanziellen Riesen-Unternehmens waren eine unschätzbare Schulung für vertrauensvolles flottes Zusammenarbeiten, für jenen von herzlicher Loyalität zu einer großen Sache getragenen brüderlichen Korpsgeist, von dessen beglückender Wärme

und Wirksamkeit jeder zu erzählen weiß, der eine amerikanische Schule besucht hat. Als dann die Weltausstellung vorüber war, suchte sich die in diesem Geiste zusammengewachsene Gemeinde von Streitern für die Größe Chicagos ein neues und weniger vergängliches Ziel: Ganz Chicago — nicht nur ein beschränktes Ausstellungsgebiet — sollte im Sinne einer herrlichen Gesamtanlage behandelt und zur schönsten Stadt des Kontinentes, vielleicht der Welt, neu geschaffen werden. Die Leitung bei der Arbeit für dieses neue Ziel übernahmen zwei Gesellschaften von reichen und einflußreichen Bürgern Chicagos, die sich später im „Commercial-Club“ zusammenschlossen und die unter ihren Mitgliedern auch die Architekten Daniel H. Burnham und Edward H. Bennet zählten. Von diesen beiden Inspiratoren der städtebaulichen Arbeiten für Chicago nahm besonders Burnham bereits seit langem eine hervorragende und allgemein anerkannte Stellung als Städtebauer ein. Sein Vorsitz bei der bundesstaatlichen Kommission für den Bebauungsplan von Washington, seine umfangreichen Arbeiten für San Francisco und Cleveland und sein Bebauungsplan des Stadtviertels für die amerikanische Regierung in Manila (Philippinen), sowie seine vorzüglichen Leistungen auf architektonischem Gebiete (Zentralbahnhof in Washington, die populären Gesellschaftshäuser in den Spielparks von Chicago) haben seinem Namen weit über die Grenzen Amerikas hinaus Klang verliehen. Aber nicht nur als Künstler wurde Burnham für die städtebauliche Bewegung Chicagos von Bedeutung, sondern auch als großzügiger Finanzier der technischen Vorarbeiten. Als in seiner Gegenwart die Summe von 70—80000 Dollar genannt wurde, die nach einer oft wiederholten Presse-Nachricht vom Commercial-Club für die Vorarbeiten zum neuen Bebauungsplan verausgabt worden ist, erklärte er, daß außerdem mehr als 20000 Dollar aus seiner eigenen Tasche geflossen seien, und daß die Gesamtausgaben für die Vorarbeiten auf mehr als 100000 Doll., also nahezu eine halbe Million Mark zu veranschlagen sind, wobei Burnhams und Bennets eigene Arbeit ihrer Vaterstadt unberechnet zur Verfügung stand.

Mit solchen Mitteln an der Hand war es möglich, einen umfangreichen Stab tüchtiger Mitarbeiter für die Sache zu verpflichten. Auf dem Dach des zwanziggeschossigen Railway-Exchange-Gebäudes, in dessen 14. Geschos sich die ausgedehnten Bureaus der Firma Burnham & Co. befinden, wurde ein eigenes Observatorium gebaut, um aus einer turmhohen Vogelperspektive mit genügender Ueberlegenheit die bauliche Zukunft der Stadt planen zu können. Unter den Mitarbeitern verdient der Maler Jules Guérin besonders genannt zu werden, weil er mit seiner Malweise es verstanden hat, den Schaubildern des zukünftigen Chicago zauberisch packenden Reiz zu geben und selbst den trockensten Plänen künstlerischen Charakter zu verleihen. (Siehe die Abbild. im Jahrg. 1910, S. 303ff.)

### Ausschuß für Bauberatungsstellen.

**I**n einer Sitzung im Februar d. J. hat sich der in der Versammlung im Landeshause der Provinz Brandenburg in Berlin am 6. Dez. 1910 gewählte Ausschuß für Bauberatungsstellen konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der Geschäftsführer der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Prof. Dr. H. Albrecht, zum stellvert. Vors. Prof. Seesselberg, zum Schriftführer Dr. jur. Albrat Prof. Goecke-Charlottenburg, Ob.-Brt. Schmidt-Arbeitsausschuß. Der Zweck des Ausschusses ist die Förderung der Errichtung und Ausgestaltung örtlicher und provinzieller Bauberatungsstellen. Auch auf die Verbesserung der Bauordnungen und Bebauungspläne soll versucht werden einen Einfluß zu gewinnen. Zunächst wird mit Hilfe einer demnächst erscheinenden ausführlichen Publikation eine nachdrückliche Propaganda für die Verwirklichung der Ziele des Ausschusses in den an der Frage interessierten Kreisen gemacht werden.

Die erwähnte, von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt einberufene Konferenz zur Besprechung der Frage der Notwendigkeit und Organisation von Bauberatungsstellen hat am 6. Dezbr. 1910 im Landeshause der Provinz Brandenburg in Berlin unter Vorgang aller interessierten Kreise stattgefunden.

Zum Punkte „Notwendigkeit von Bauberatungsstellen und deren Aufgaben“ hielt der Leiter der technischen Abteilung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen, Hr. Dr.-Ing. H. Hecker, einen interessanten Vortrag mit Lichtbildern. Die Teilnehmer

der Konferenz konnten an Beispiel und Gegenbeispiel die teilweise recht traurigen Verhältnisse der heutigen Bau- und Besiedelungsweise besonders auf dem Lande und in kleineren Städten ansehen. Die Mittel, um hier eine Besserung zu erzielen, sind sehr mannigfaltig. Notwendig sei in erster Linie Belehrung und Aufklärung der großen Massen über eine vernünftige und ästhetisch einwandfreie Bauweise. Diese Belehrung sollte schon in der Schule beginnen und sich weiter auf Bauleute, Handwerker, Architekten und auf diejenigen, die die Bebauungspläne ausarbeiten, erstrecken. Ferner sei zur Hebung der Bauweise auch eine Ausgestaltung der Baubehörden und eine Reform der behördlichen Vorschriften wünschenswert. Man habe versucht, durch gesetzliche Regelung gegen die Verunstaltung von Ortschaften durch häßliche Bauten einzuschreiten, bereits mit gutem Erfolg. Ferner habe man mit Gesetzesmitteln den Kampf gegen Pfuscher und Stümper aufgenommen. Aber alle diese Bestrebungen wirken zu langsam, und gerade hier wäre ein rasches Eingreifen die Hauptsache. Da hat man denn zu dem Mittel der Bauberatungsstellen gegriffen, und diese haben trotz ihres verhältnismäßig kurzen Bestehens ihre Notwendigkeit bereits voll erwiesen. Andererseits gibt es aber Zweifler, besonders in den Reihen der Architekten, die vereinzelt in den Bauberatungsstellen eine Schädigung erblicken. Sie meinen, diese würden einerseits den Pfuschern gute Entwürfe machen, außerdem sich aber nicht auf ein gemeinnütziges Wirken beschränken, sondern sich zu Planausarbeitungsstellen auswachsen, die mehr Schaden als Nutzen anrichten. Wenn man auch diesen Befürchtungen zugeben müsse, daß sie etwas für sich hätten, so dürfe man doch nicht übersehen, daß die



meisten der bestehenden Beratungsstellen zu den Architekten, die vielleicht in ihnen eine Konkurrenz erblicken könnten, bereits in ein gesundes Verhältnis getreten sind, und dieses Zusammengehen mit den Architekten soll als ein Grundprinzip der Bauberatungsstellen gelten. Es könnten noch weitere Bedenken gegen die Bauberatungsstellen geltend gemacht werden, so wenn diese bei ihren Ratserteilungen ausschließlich auf die alte Zeit zurückgreifen und den Strömungen unserer modernen Zeiten nicht Rechnung tragen würden, oder wenn sie sich mit ihrem Rate auf öffentliche Bauten beschränken und den Kleinwohnungsbau nicht berücksichtigen wollten. Gerade beim Kleinwohnungsbau wäre es an der Zeit, auch gewisse künstlerische Forderungen zu erfüllen, die bisher sehr wenig Beachtung fanden, ja in vielen Fällen ganz ausgeschaltet wurden. Eine Betätigung der Bauberatungsstellen auch in diesem Sinne würde sicher auch sozial wirken.

Daß die Forderung nach Bauberatungsstellen als Notwendigkeit empfunden wird, beweist am besten der Umstand, daß man von zwei Seiten ihre Gründung in Angriff genommen hat, einmal von Vereinen, die sich mit der Forderung alter Heimatkunst befassen, und zweitens von Organisationen, die sich die Lösung der sozialen Wohnungsfrage zum Ziele setzen. Werden diese beiden Richtungen verbunden, so ist Hoffnung vorhanden, daß die Beratungsstellen wirklich Gutes leisten werden. Als die beste Lösung würde die Gründung besonderer Beratungsstellen gelten müssen. Doch sei auch ihre Angliederung an bestehende Vereine oder sonstige Organe, wie Baupolizeiamter usw. durchaus zu empfehlen.

Man hat mit Recht gesagt, daß die Bauberatungsstellen sich nicht als dauernde Einrichtungen, sondern als Lückenbüßer betrachten sollten, die an ihrem eigenen Grabe schaukeln. Wenn die Verhältnisse sich so weit gebessert haben würden, daß eine gesunde Bauweise gewährleistet sei, hätten die Beratungsstellen ihren Zweck erfüllt und ihre weitere Existenzberechtigung verloren. Aber bis dieses Ziel erreicht sein werde, würden wohl noch lange Jahre vergehen. Für heute müsse man eine gewaltige Vermehrung der Beratungsstellen als dringende Notwendigkeit bezeichnen.

Bezüglich der Aufgaben der Bauberatungsstellen verwies der Berichterstatter auf den von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt herausgegebenen Vorbericht „Die Organisation und Tätigkeit der Bauberatungsstellen“, und betonte nur im allgemeinen, daß sie in erster Linie für eine gesunde bauliche Entwicklung einzutreten haben. Sie sollen tüchtigen Kräften Luft und Raum verschaffen, untüchtige Kräfte zurückdrängen. Nach dem Umfang ihrer Tätigkeit wünscht der Vortragende die Einrichtung von zwei Arten von Bauberatungsstellen, einmal von kleineren örtlichen mit engem begrenzten Tätigkeitsfeld zur Abgabe von Gutachten über eingereichte Baupläne und Vornahme entsprechender Änderungen, zweitens solche, die räumlich größere Grenzen umfassen und den örtlichen Stellen als Helfer und Förderer in ihrer Arbeit, als Zentralen für gemeinschaftliche Aufgaben zu dienen hätten. Ihre Aufgabe wäre z. B. auch die Beschaffung von geeignetem Material, Lichtbildern und Modellsammlungen. —

Darauf erstattete Landrat Dr. Reumont - Erkelenz, einen Bericht über die „Organisation der Bauberatung in Stadt und Land“. Der Redner wies auf die große Verschiedenartigkeit in der Art und Organisation der Bauberatungsstellen hin, wie sie aus dem Vorbericht hervorgehe. Diese sei durchaus berechtigt, ein allgemeines Schema könne und dürfe nicht aufgestellt werden. Es könne sich lediglich um die Aufstellung einiger Hauptgesichtspunkte handeln.

Die Frage, wo und von wem Beratungsstellen errichtet werden sollen, ist dahin zu beantworten, daß unbedingt Rat und Auskunft in Bausachen für alle Interessenten sichergestellt werden. Es kommt nicht darauf an, daß alle Städte Beratungsstellen einrichten, das richtet sich nach der Dichtigkeit der Bevölkerung und nach der Verschiedenheit der bodenständigen Bauweise. Die Träger der Einrichtung werden unschwer zu finden sein, Vereine für Denkmalpflege, Heimatschutz u. a. kommen hierbei in Betracht. Interesse und Verständnis der leitenden Persönlichkeiten ist hierbei die Hauptsache. Daß gute Architekten darunter sein sollen, wäre zu wünschen. So weit keine besonderen Beratungsstellen errichtet werden können, sollte die Baupolizei die Beratung in die Hand nehmen, der gute Mittel zur Einwirkung zur Verfügung stehen.

Ueber die innere Organisation, ob Ehren- oder Hauptamt, können bestimmte Normen nicht gegeben werden. Was die Zusammenfassung der Beratungsstellen anlangt, so wird in nächster Zeit eine zentrale Bauberatungsstelle in Düsseldorf geschaffen werden, die einen Aufwand von jähr-

lich 4000 M. erfordern wird. Die Tätigkeit soll sich zunächst erstrecken auf die Sammlung von Bildermaterial, Plänen guter moderner Bauten, Veranstaltung von Ausstellungen, Vorträgen und ähnlichem, Abgabe von Gutachten und Ratschlägen bei bedeutsamen Bauprojekten. Daß eine solche zentrale Beratungsstelle nur segensreich wirken kann, steht außer jedem Zweifel. Eine bureaukratische Beeinflussung der Beratungsstellen oder eine Bevormundung soll durchaus vermieden werden.

Bezüglich der finanziellen Frage sind die Verhältnisse sehr verschieden. Die Einnahmen spielen keine Rolle, weil der Rat unentgeltlich gegeben wird, sonst würden ja die Beratungsstellen nicht in Anspruch genommen werden, und die Beratungsstellen sollen ja gemeinnützige Einrichtungen sein. Die Kosten sind bisher auf verschiedene Weise gedeckt worden. So geben die Regierungen in Sachsen 15 000 M., in Württemberg sogar 20 000 M. für Bauberatungsstellen aus. In Preußen kommen vor allen Dingen die Kommunalverbände und Vereine in Betracht.

Bezüglich der Neueinrichtung warnt der Vortragende davor, nunmehr mit einem gewissen Hochdruck überall Bauberatungsstellen einzurichten. Es müsse vielmehr verlangt und vorausgesetzt werden, daß mit wirklichem Ernst an die Sache herangegangen werde und auch geeignete Persönlichkeiten vorhanden seien. Die Bauberatung solle ein Akt der Wohlfahrtspflege sein und in der Selbstverwaltung wurzeln. Die Organe der Selbstverwaltung hätten die Pflicht, Beratungsstellen ins Leben zu rufen, eine Pflicht, der sie sich nicht entziehen dürften. Die vorhandene Lücke müßte geschlossen und die vorhandenen Stellen müßten ausgebaut werden. Der Kampf gegen die schlechte Bauweise sei allenthalben in Deutschland aufgenommen. Bei zäher Weiterverfolgung sei auf endgültige Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes der Bauweise zu hoffen.

An die beiden Vorträge schloß sich eine lebhafte Besprechung, die eine seltene Einmütigkeit in der Beurteilung der Notwendigkeit der Einrichtung von Bauberatungsstellen ergab. Bemerkenswert war es, daß gerade von Vertretern einer künstlerischen Beeinflussung der Bauweise das praktisch-wirtschaftliche Moment in den Vordergrund gestellt wurde.

Rehorst-Cöln erörterte, wie sehr eine gut geleitete Baupolizei als Bauberatungsstelle wirken könne, wenn sie die alte Forderung erfülle, ihren polizeilichen Charakter zurückdränge und mehr als Beraterin wirke. Von verschiedenen Seiten wurde die Notwendigkeit einer Verbindung der Bauberatung mit der allgemeinen Förderung der Wohnungsreform gefordert. Schließlich wurde folgende Entschließung angenommen:

I. Die Errichtung von Bauberatungsstellen ist sowohl im Interesse einer allgemeinen Hebung der Bauweise als auch deshalb notwendig, um den Hausbau für die weniger gut situierten Bevölkerungskreise einer in technisch-wirtschaftlicher wie auch hygienischer und ästhetischer Beziehung befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

II. Organisation und Aufgabenkreis der einzelnen Stellen müssen in Anpassung an die jeweils in Frage kommenden Verhältnisse geregelt werden.

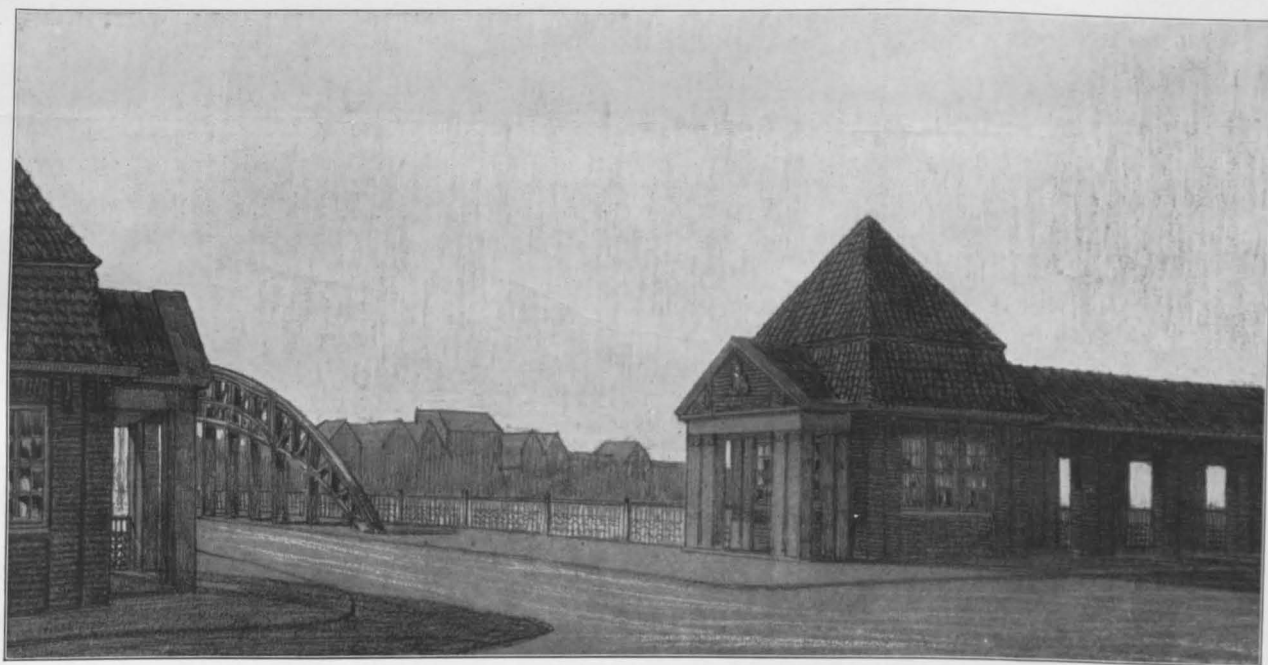
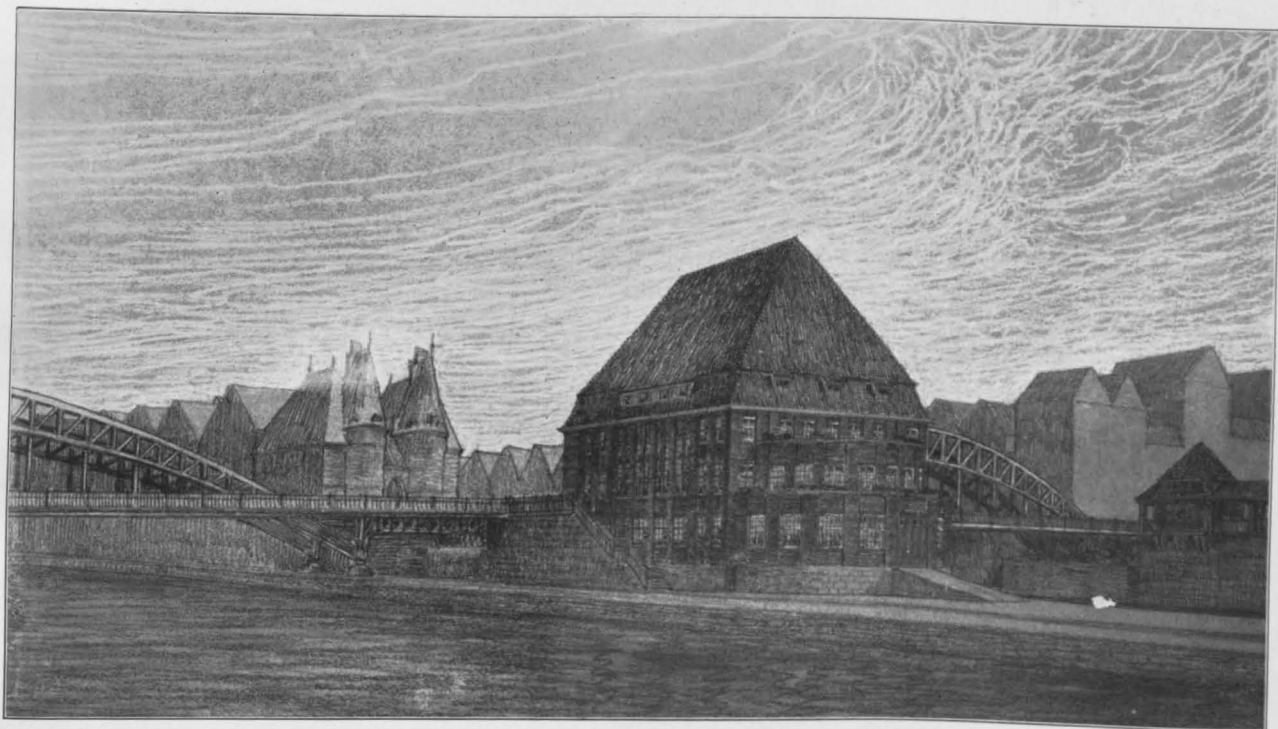
III. Zur Mitwirkung bei der Organisation der Bauberatung sind folgende Organe berufen: die städtischen Baupolizeiamter und Hochbauämter, die Kreisbauämter, Landwirtschaftskammern und Landesversicherungsanstalten, die Architektenvereine, die Heimatschutzvereine und Vereine mit ähnlichen Zielen, die Wohnungsreformvereine und Baugenossenschaftsverbände, die Technischen Hochschulen und Baugewerkschulen.

IV. Die gemeinnützigen Darlehnsgeber, insbesondere Staat und Landesversicherungsanstalten, sollten nur solche Projekte beleihen, die sowohl auf ihre technisch-wirtschaftliche wie auf ihre ästhetische Zweckmäßigkeit einer fachmännischen Prüfung unterworfen worden sind.

V. Die Hergabe von Staatsmitteln zur Förderung der Bewegung ist dringend erwünscht. Desgleichen sollten die Kommunen und Kommunalverbände die Bauberatungsstellen durch Geldmittel unterstützen.

VI. Anzustreben ist besonders auch die Errichtung von Zentralstellen für größere Bezirke, um die Errichtung von Bauberatungsstellen in den betreffenden Gebieten zu fördern, den Stellen beratend und helfend zur Seite zu stehen, eine Fühlungnahme derselben unter einander zu vermitteln und größere gemeinschaftliche Aufgaben in die Hand zu nehmen. Diese Zentralen sollten in erster Linie die praktisch-technische Seite und die allgemeine Wohnungsreform, dann aber auch die ästhetische Seite fördern.

VII. Um die Bewegung in Fluß zu bringen und organisierend einzugreifen, wird ein Ausschuß eingesetzt, der aus Vertretern der hauptsächlich in Frage kommenden Stellen und Organisationen besteht. —



OM WETTBEWERB UM DIE KAISER-BRÜCKE IN BREMEN. \*  
 ENTWURF MIT DEM KENNWORT „OHNE MASKE“. I. PREIS.  
 VERFASSEN: FRIEDR. KRUPP A.-G., FRIEDR.-ALFRED-HÜTTE,  
 RHEINHAUSEN-FRIEMERSHEIM UND ARCH. PROF. E. HÖGG,  
 DIREKTOR DES GEWERBE-MUSEUMS IN BREMEN. \* OBEN:  
 MITTELTEIL DER BRÜCKE AM TEERHOFFFEILER MIT BOOTS-  
 HAUS; UNTEN: TORBAUTEN AM ALTSTÄDTER UFER. \* \* \*  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 24. ≡



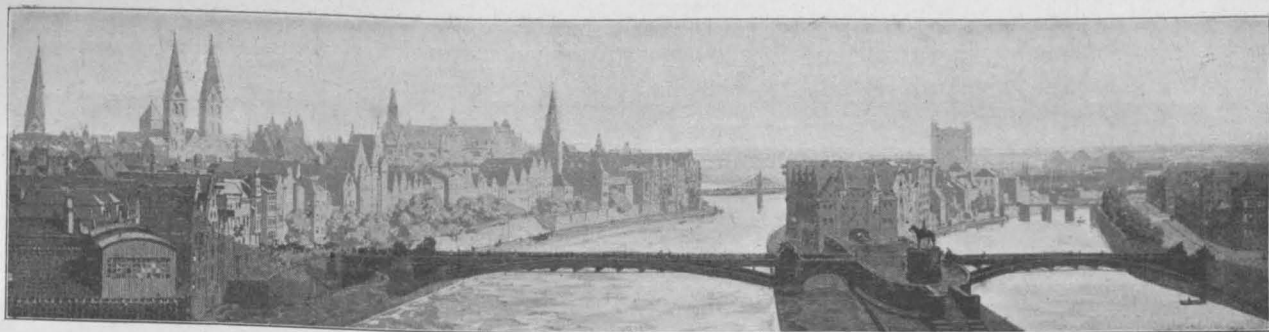


Abbildung 28. Gesamtansicht des Entwurfes „Freie Bahn“. Angekauft. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg; Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M.; Architekten Abbehusen & Blendermann in Bremen.

# BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

## Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen.

(Fortsetzung aus No. 22.) Hierzu eine Bildbeilage.



ine interessante Gruppe bilden die drei Entwürfe mit den Kennworten „Sichelbogen“, „Bremen best“ und „Freie Bahn“, die sämtlich von der Maschinen-Fabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg, in Gemeinschaft mit der Tiefbaugesellschaft Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt

a. M. bearbeitet worden sind. Die Verfasser haben in diesen drei Entwürfen die verschiedenen Konstruktionsmöglichkeiten des Bogens: Bogen mit Zugband, elastischer, sich über die Fahrbahn erhebender Bogen und fast ganz unter der Fahrbahn liegender Bogen erschöpft und durch Zuziehung von drei verschiedenen Architekten auch in Bezug auf die ästhetische Lösung die Frage eingehend behandelt.

Von den beiden Entwürfen mit über der Fahrbahn liegenden Bögen hat derjenige mit dem Kennwort „Sichelbogen“, Arch. Karl Roth in Dresden, den II. Preis, derjenige mit dem Kennwort „Bremen best“, Arch. Rich. Jansen & Meeussen in Bremen, einen III. Preis erhalten. Die äußere Erscheinung des ersten Entwurfes haben wir in Abbildung 13, S. 185 am Kopf der Wettbewerbsbeilage zu No. 22, des zweiten Entwurfes in seinen beiden Lösungen mit Blechbogen bzw. Fachwerkbogen in den Abbildungen 14—16 auf Seite 187 bereits wiedergegeben. Zu dem erstgenannten Entwurf haben die Verfasser ebenfalls eine Nebenlösung eingereicht, bei welcher die Träger der Brücke über die Kleine Weser größtenteils unter die Fahrbahn gelegt worden sind und etwa  $1/13$  Pfeil erhalten haben. (Querschnitte Abbildung 17 Seite 198.)

Bei dem Entwurf „Sichel“, Abbildungen 18—22, ist die Stützweite des Bogens über der Großen Weser nur  $94,4\text{ m}$ , also etwas kleiner als die verlangte Lichtweite, bei der Kleinen Weser gleich derselben, also  $60\text{ m}$ . Das Pfeilverhältnis ist in beiden Fällen rd.  $1/7$ . Die nach Kreisbögen geformten Blechbögen haben im Scheitel  $2,3\text{ m}$ , am Auflager  $1,3\text{ m}$  bzw.  $1\text{ m}$  Stehblechhöhe. Ihr Abstand ist  $11,5\text{ m}$ .

Bei dem Entwurf „Bremen best“ sind für die gleichen Lichtweiten die Stützweiten, da für die senkrechten Auflager Platz auf den Pfeilern geschaffen werden muß, etwas größer:  $98\text{ m}$  bzw.  $64\text{ m}$  bei einer Fachweite von  $7\text{ m}$  bzw.  $6,4\text{ m}$ . Die Gurte sind ebenfalls nach Kreisbögen gekrümmt und entfernen sich vom Scheitel nach den Stützpunkten von einander. Bei dem Entwurf mit Fachwerkbogen ist die Scheithöhe  $2\text{ m}$  bzw.  $1,77\text{ m}$ , bei den Blechbögen  $1,8\text{ m}$  bzw.  $1,4\text{ m}$ . Die bezüglichlichen Kämpferhöhen sind  $5\text{ m}$  und  $4\text{ m}$  bzw.  $4\text{ m}$  und  $2,8\text{ m}$ . Das Pfeilverhältnis des Untergurtes des Fachwerkbogens ist rd.  $1/7$ , der Mittelachse des Blech-

Bogens rd.  $1/9$ . Die Querschnitt-Ausbildung der Druckgurte entspricht in verkleinertem Maßstabe derjenigen bei dem später beschriebenen Entwurf „Freie Bahn“. (Vergl. hierzu auch die Brückenquerschnitte Abbildungen 21 und 22.)

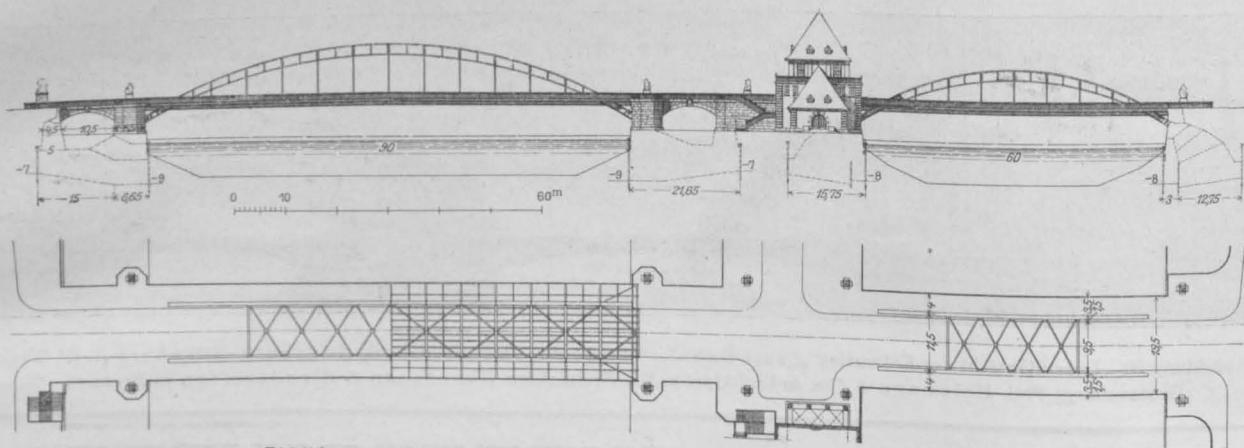
Bei der Berechnung des Bogens mit Zugband sind für die senkrechten Lasten allein  $1100\text{ kg/qcm}$ , für die senkrechten Lasten vermehrt um die Wind- und Temperatur-Beanspruchung  $1400\text{ kg/qcm}$  für die Stabspannungen zugelassen. Die Beanspruchungen infolge Winddruck und Temperaturunterschied zwischen Bogen und Zugband ( $10^\circ\text{ C.}$ ) kommen bei den Blechbögen für die Dimensionierung aber nicht in Betracht, da nach überschläglicher Berechnung diese Spannungen weit unter  $1400 - 1100 = 300\text{ kg/qcm}$  blieben.

Bei beiden Entwürfen ist außer einem Windverband in Fahrbahnhöhe auch ein aus gekreuzten Diagonalen bestehender Windverband im mittleren Teil des Bogenobergurtes angeordnet, dessen Auflagerdrucke durch Endportale in den unteren Windverband übergeführt werden. Bei dem Bogen mit Zugband dient dieses gleichzeitig als Gurt des Windträgers.

Die Uferstraßen sind in beiden Fällen mit Rücksicht auf die geringe zur Verfügung stehende Höhe und die Notwendigkeit, die großen Rohrleitungen unterzubringen, mit Eisenbeton-Rippenbalken überdeckt, die jedoch nach unten durch ebene Monierdecken, nach außen durch Quader verkleidet sind.

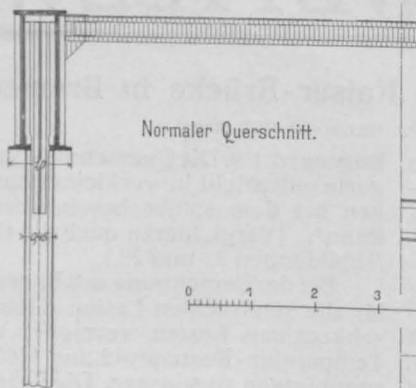
Wesentlich unterscheiden sich natürlich die Widerlager der Hauptbrücken, die bei dem Bogen mit Zugband in einfachen, mit Preßluft auf  $-11\text{ m}$  abgesenkten Pfeilern bestehen, die den Baugrund mit  $3,5\text{ kg/qcm}$  belasten. Für die Druckwiderlager des Bogens ohne Zugband wird dagegen am linken Ufer der kleinen Weser eine Breite von  $16\text{ m}$ , am rechten Ufer eine solche von  $20\text{ m}$  in Anspruch genommen, sodaß die hinteren Widerlager der Ueberbrückungen der tiefliegenden Uferstraßen noch auf ihnen Platz finden. Es ist bei diesen Widerlagern eine Gründung bis  $-9\text{ m}$  zwischen Spundwänden in Beton in Aussicht genommen, dessen Gütenach den Auflagerquadrern hin zunimmt. Zur besseren Verteilung des Druckes der Auflagerquader soll die oberste Betonschicht mit Eisen armiert werden. Die Pressung auf den Baugrund soll nur  $3,3\text{ kg/qcm}$  betragen. Man scheint in Bremen einige Bedenken gegen die Ausführung von Druckwiderlagern zu haben, da die Baustelle ziemlich beengt ist. Es sind aber z. B. in Berlin bei der Kurfürsten-Brücke und anderen Brückenbauten solche Ausführungen unter noch wesentlich ungünstigeren Verhältnissen ohne Gefahr für die anliegenden Häuser und ohne wesentliche Störungen des Verkehrs bewirkt worden.

Wie die Verfasser bei dem Entwurf „Sichelbogen“ hervorheben, haben sie sich bei der Wahl



Abbildungen 19 und 20. Aufriß und Grundriß. Entwurf „Sichelbogen“.

Abbildungen 21  
(links) und 22  
(rechts)  
Normaler Querschnitt und  
Querrahmen  
am Ende des  
Windverbandes.



Abbildungen 17—22. Entwurf mit dem Kennwort  
„Sichelbogen“. II. Preis.

Querrahmen.

Verfasser: Masch.-  
Fabrik Augsburg-  
Nürnberg,  
Werk Gustavs-  
burg; Phil. Holz-  
mann & Cie. in  
Frankfurt a. M.;  
Arch.: Karl Roth  
in Dresden.

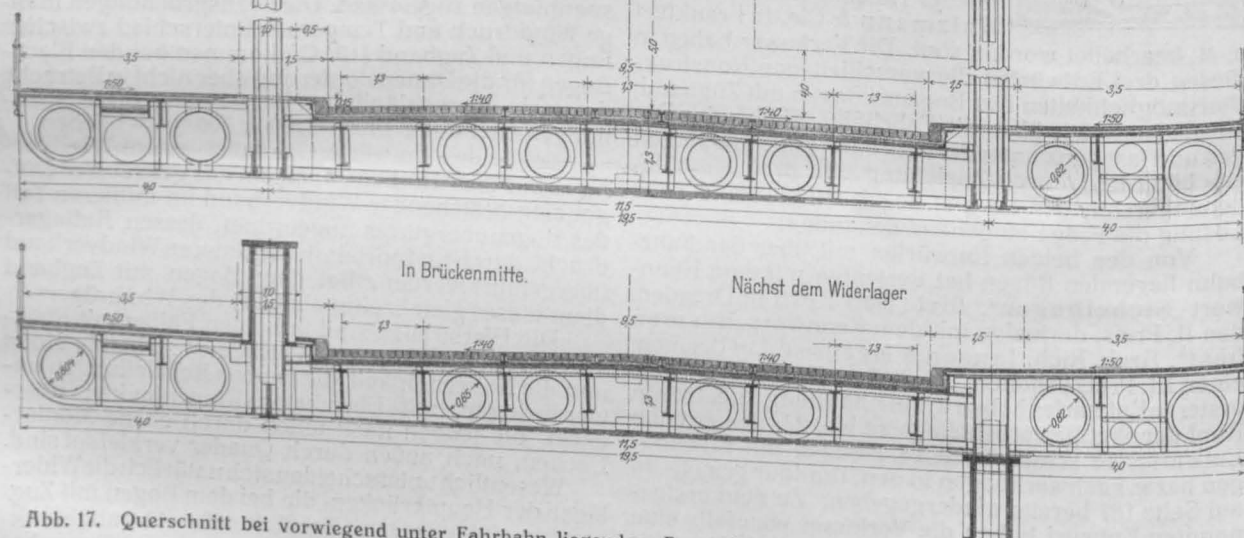


Abb. 17. Querschnitt bei vorwiegend unter Fahrbahn liegendem Bogen für die Brücke über die Kleine Weser. Variante.

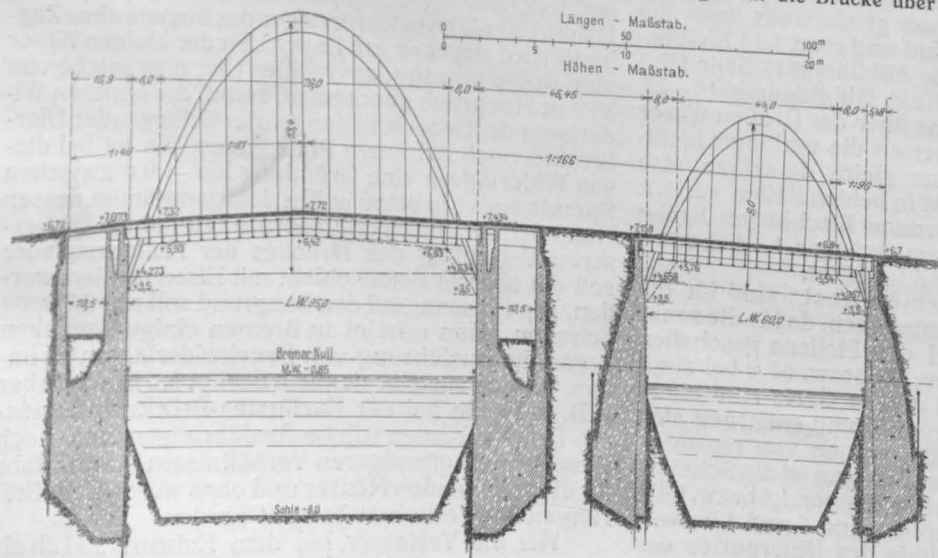


Abbildung 18. Höhenplan zu dem Entwurf „Sichelbogen“.

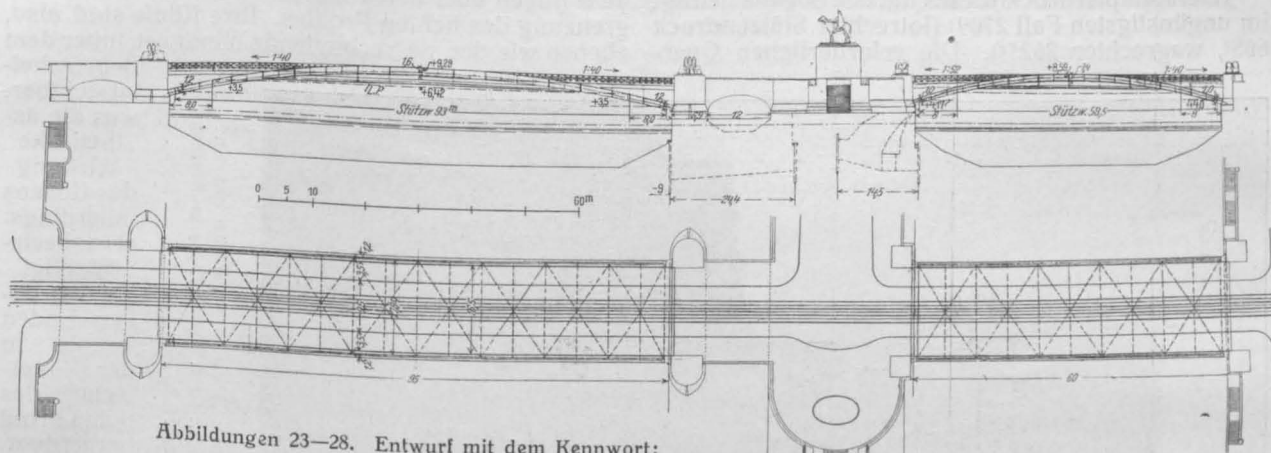
des Systemes in erster Linie von ästhetischen Rücksichten leiten lassen. Den Hauptschmuck bildet auch hier das auf dem Teerhofpfeiler zu errichtende Gebäude, außerdem sind aber auf den Abschluß-Pfeilern allegorische Bronzegruppen gedacht, am Altstädter Ufer ein „bedeutenderer etwa mit der Namensgebung der Brücke zu verbindender plastischer Schmuck“.

Das Urteil des Preisgerichtes hebt „die ausgezeichnete Wirkung des Gesamtbildes“, die „mit künstlerischem Empfinden gewählte Architek-“



tur, die in charakteristischer Weise das Ingenieurbauwerk unterstützt“ und die „einfache, sachliche Durchführung der Einzelformen der Architektur“ lobend hervor. Es erkennt auch die großen Vorzüge des in der Nebenlösung dargestellten Bogensystems für die

breite Brückenbahn völlig ungeteilt läßt. Die beiden Hauptträger fassen die Bahn zu beiden Seiten ein und liegen in 17,94<sup>m</sup> Abstand v. M. z. M. Die gleiche Stützweite haben die im Stehblech 1,5<sup>m</sup> hohen Querträger, die in 6<sup>m</sup> Abstand angeordnet sind. Die beiden Haupt-



Abbildungen 23—28. Entwurf mit dem Kennwort:

„Freie Bahn“. Angekauft.

Verfasser: Masch.-Fabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Gustavsburg bei Mainz; Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M.; Arch.: Abbehusen & Blendermann in Bremen.

Abbildungen 23 und 24.  
Aufriß und Grundriß.

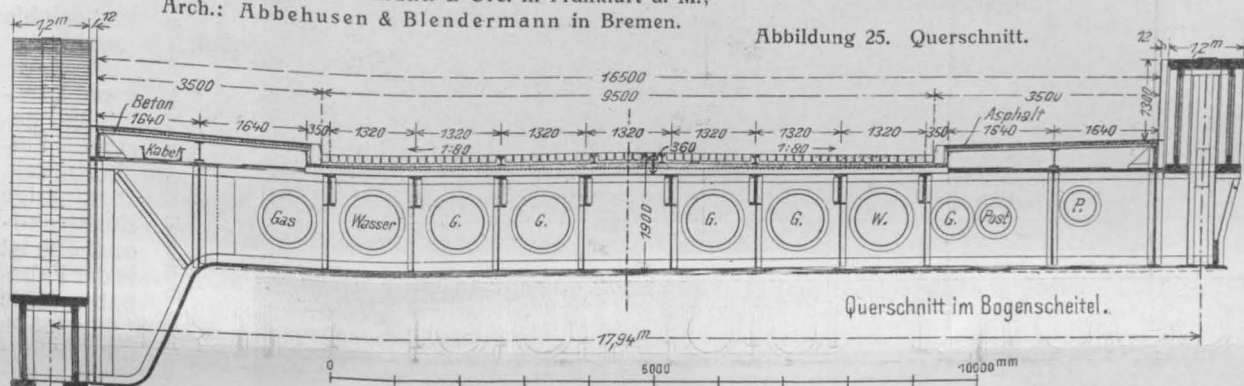


Abbildung 25. Querschnitt.

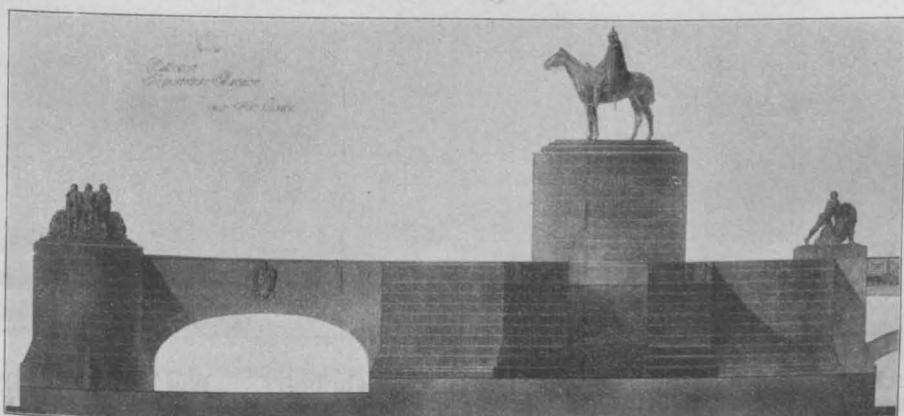
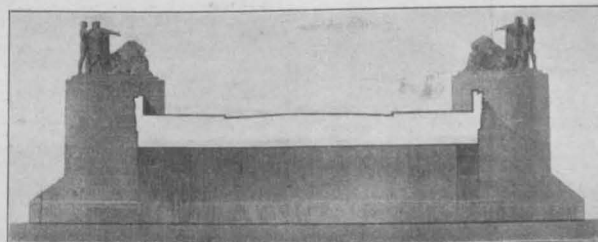
Querschnitt im Bogenseitel.

Brücke über die Kleine Weser an, die namentlich in dem „freien Ueberblick auf die Umgebung des Bauwerkes“ bestehen.

Bei dem Entwurf „Bremen best“ ist auf einen Schmuck des Brückenbauwerkes selbst ganz verzichtet, dagegen sind die beiden Brückeneingänge, besonders derjenige auf der Altstadt-Seite, durch platzartige Erweiterungen stärker betont, an deren Eingängen Pavillonbauten errichtet sind, die zu verschiedenen praktischen Zwecken verwendet werden können. Das Urteil des Preisgerichtes betont die „hübsche Linienführung“, die „durchaus befriedigende Lösung“ der Aufgabe sowohl in Konstruktion wie Architektur, die „zweckmäßigen“ Grundriß-Erweiterungen an den Brücken-Enden und die „gut abgewogene Massenverteilung und Anordnung des Bootshauses“, vordem ebenfalls eine Erweiterung der Brückenbahn geschaffen ist.

Eine besondere Stellung nicht nur in der zur Besprechung stehenden Gruppe, sondern unter sämtlichen Lösungen nimmt der dritte Entwurf der Maschinen-Fabrik Augsburg-Nürnberg „Freie Bahn“ ein, der seinem Kennwort entsprechend die 16,5<sup>m</sup>

Abbildungen 26 und 27.  
Architektonische Ausgestaltung des Mittelpfeilers auf der Teerhofinsel und der Uferpfeiler.



träger sind Blechträger mit Kämpfergelenken von kastenförmigem Querschnitt, die 93 bzw. 59,5<sup>m</sup> Stützweite besitzen und sich mit ihrem höchsten Punkt im Scheitel nur 1,3<sup>m</sup> über Bürgersteig-Oberkante erheben, also mit Geländeroberkante abschneiden. Sie haben 6 bzw. 4,75<sup>m</sup> Pfeil, d. h. ein Verhältnis von nur

1:15,5 bzw. 1:12,3. Das erstere entspricht genau der nach den Plänen derselben Firma ausgeführten neuen Neckarbrücke in Mannheim. Der Krümmungshalbmesser der Achse des großen Bogens beträgt 189,62 m. (Vergl. Abbildung 23 und 24.)

Der Kämpferdruck dieses flachen Bogens beträgt im ungünstigsten Fall 2709 t (lotrechter Stützendruck 668 t, wagrechter 2625 t). Die erforderlichen Quer-

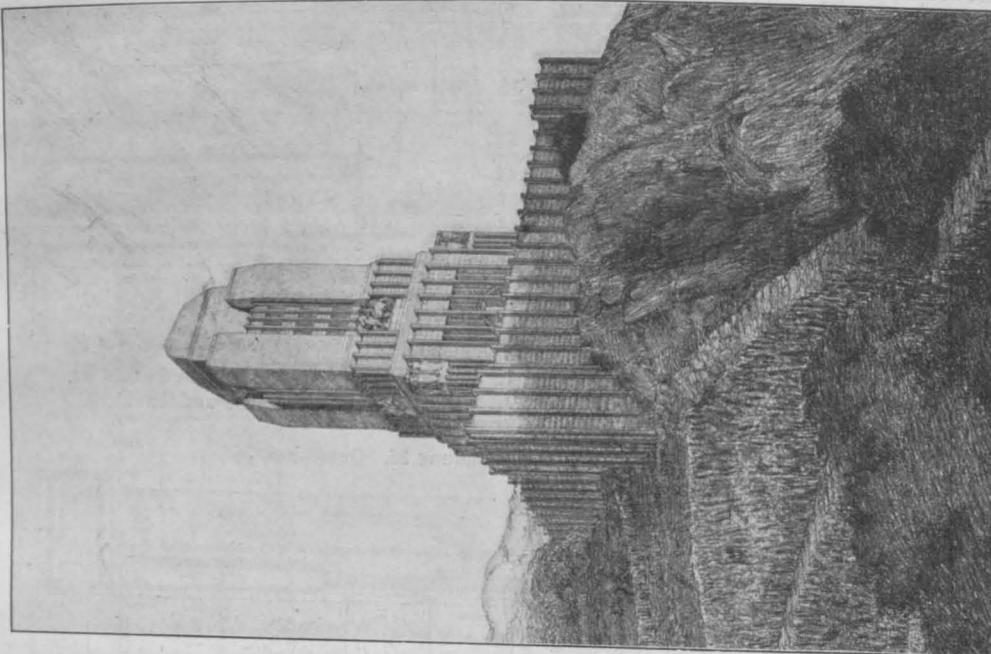
nung erfolgte nach dem Verfahren von Müller-Breslau; die Kernmomente wurden für ständige Last, Verkehrslast und Temperatur durch Einflußlinien bestimmt.

Die Querträger liegen im Brückenscheitel unter dem Bogen über der vorgeschriebenen oberen Begrenzung des lichten Profiles. Ihre Köpfe sind also, ebenso wie der sie verbindende Windgurt, unter dem

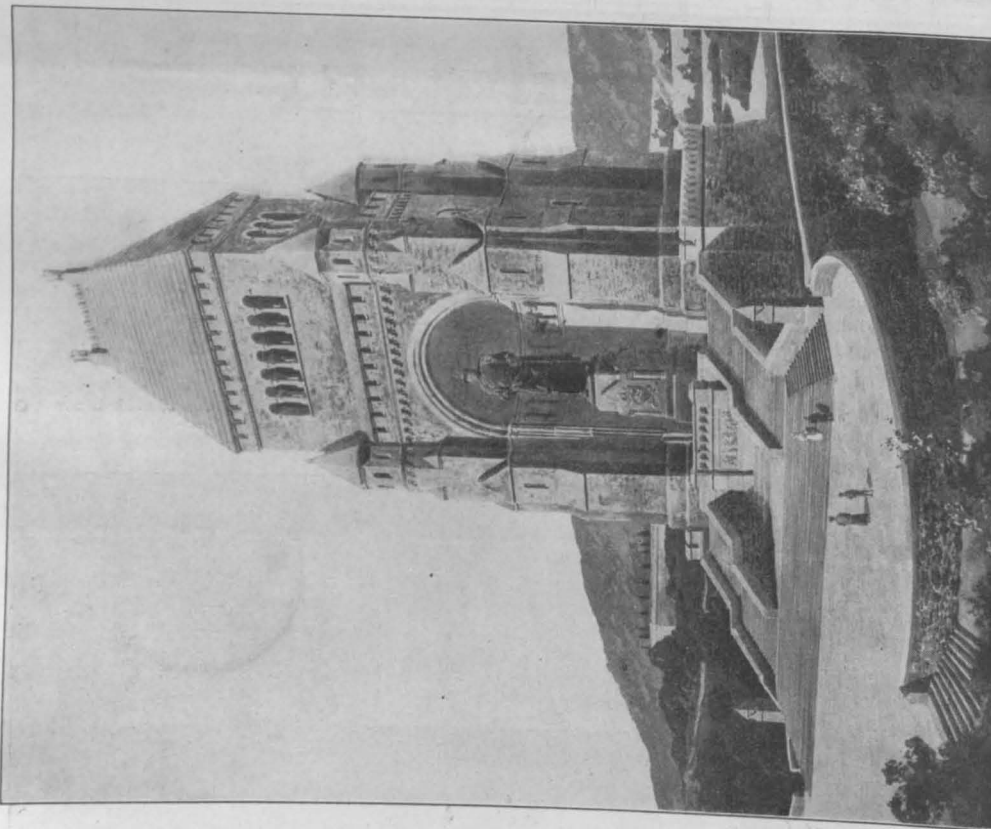
Bogenscheitel sichtbar, was die ästhetische Wirkung des Bogens allerdings etwas beeinträchtigt. An den Bogen-Enden konnte in der Hauptachse das lichte Profil außerdem nicht ganz eingehalten werden, wenn sich's auch nur um eine verhältnismäßig geringe Fläche handelt.

Die nötige Konstruktionshöhe ist in der Fahrbahn-Mitte 1,90 m (36 cm für Belag-Eisen, Beton, Sand und Pflaster). Trotz Einlegung eines Gefälles von 1:40 auf beiden Brückenden kann daher die Höhe der alten Uferstraße nicht erreicht werden, es wird vielmehr eine Erhöhung der anschließenden Kaiserstraße bzw. großen Allee noch um 40-50 cm an der Häuserflucht der Uferstraßen notwendig.

Wie bei dem Entwurf Sichelbogen erfordert die Brücke über die Große Weser natürlich ein Widerlager von beträchtlicher Ausdehnung. Das von der wasserseitigen Vorderkante auf — 9 m gegründete Widerlager (Beton zwischen Spundwänden) muß 22,4 m Tiefe erhalten, wobei dann allerdings die größte Pressung an der Hinterkante nur 3,5 kg/qcm beträgt. Um den Druck der 17,94 m von einander entfernten Bögen auch auf den mittleren Teil des Widerlagers mit zu



Entwurf mit dem Kennwort: „Uns ist in alten mären wunders vil geseit“. Arch.: Prof. Emil Högg in Bremen. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.



Entwurf „Eroika“. Architekten: Wilh. Löffler und Reg.-Bmstr. Paul Löffler in Berlin. Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

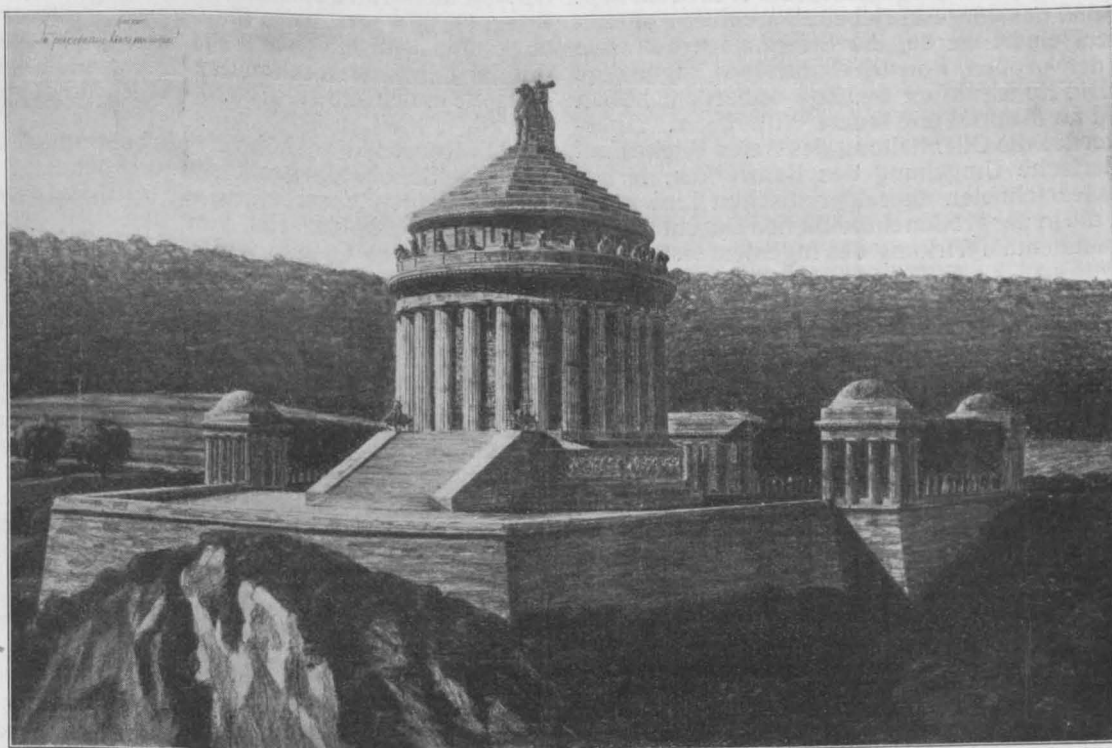
schnittsabmessungen sind dementsprechend sehr bedeutende. Wie aus dem Brückenquerschnitt Abbildung 25 hervorgeht, haben die Hauptträger 1,2 m Breite und 1,6 m Stehblechhöhe im Scheitel, 1,2 m am Kämpfer (Kleine Weser 1,4 bzw. 1 m). Der Scheitelquerschnitt für die große Oeffnung hat 3132 qcm Querschnitt und setzt sich zusammen aus zwei Stehblechen 1600 · 16, vier Winkeln 160 · 160 · 19, vier oberen Lamellen 1200 · 30, acht unteren Lamellen 380 · 22. Die Berech-



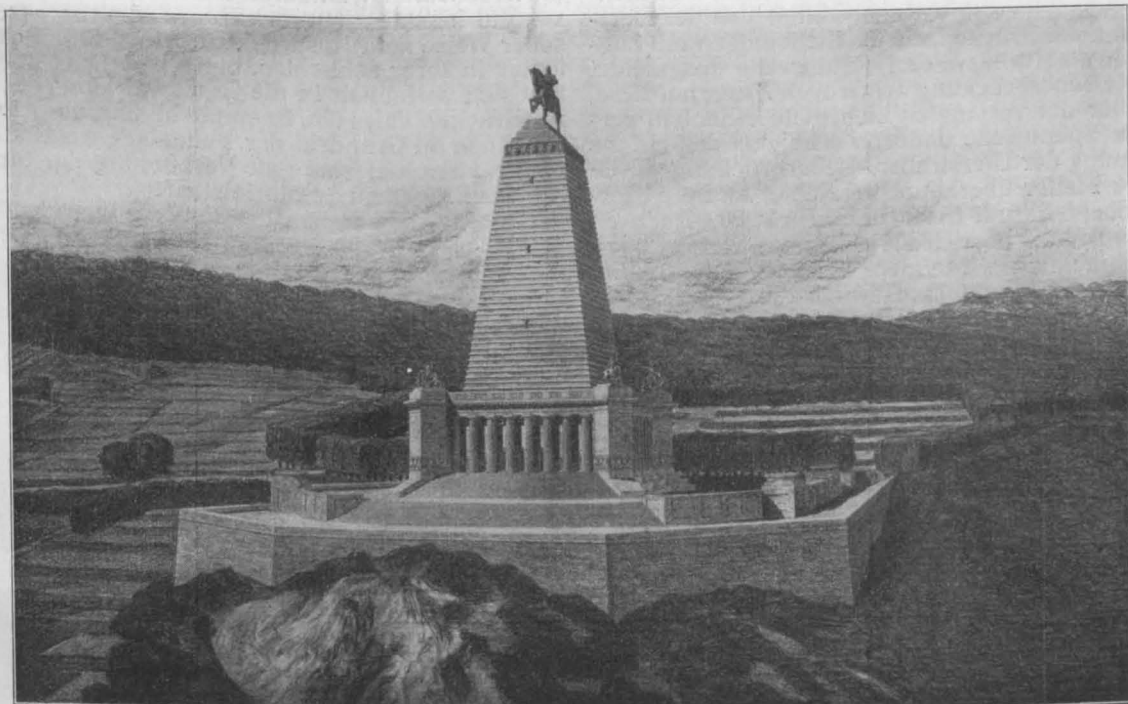
übertragen, ist hinter den Kämpfersteinen ein rd. 23 m langer wagrechter Fachwerkträger eingebettet gedacht, während durch tief in den Beton hineinreichende wagrechte und senkrechte Streben eine weitere Verteilung des Druckes erzielt wird. Der Widerlagkörper gibt dann den Druck auf die ganze Breite

gestellt sind, erfordern eine gewisse, aber wohl zulässige Einschränkung des lichten Profiles.

Die Architekten sind von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Einfügung der Brücke in das Stadtbild eine von Ueberbauten freie Brücke und eine den großen Spannungen angepaßte kraftvolle Ausbildung



Entwurf: „In perpetuam herois memoriam“. Verfasser: H. Joohs und G. Caro in Berlin.



Entwurf: „In majorem herois gloriam“. Verfasser: H. Joohs und G. Caro in Berlin.  
Wettbewerb um Entwürfe für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

gleichmäßig an den Untergrund ab. Die Widerlager für die Brücke über die Kleine Weser sind als verlorene ausgebildet, wodurch die Gesamttiefe auf 14,5 m herabgesetzt wird.

Die Uferstraßen können, wenn das vorgesehene Lichtprofil streng eingehalten wird, nur durch Eisenbeton-Rippenplatten überdeckt werden. Eisenbeton-Gewölbe, wie sie in dem Kopfbild Abbildung 28 dargestellt sind, erfordern eine gewisse, aber wohl zulässige Einschränkung des lichten Profiles.

Die Architekten sind von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Einfügung der Brücke in das Stadtbild eine von Ueberbauten freie Brücke und eine den großen Spannungen angepaßte kraftvolle Ausbildung

sinnbildlichen sollen. Für das Bootshaus, das nicht mit entworfen wurde, ist als Platz die Spitze der Teerhof-Insel vorgesehen, wo es sich in breitgelagerter, eingeschossiger Anlage gut einfügen würde.

Das Preisgericht hat den Entwurf wegen Nicht-innehaltung der Programm-Bestimmungen von der Preiserteilung selbst ausgeschlossen. Das Urteil hebt hervor, daß das vorgeschriebene Durchflußprofil um 18 qm verkleinert werde, die Steigungsverhältnisse wegen der großen Konstruktionshöhe ungünstig seien. Die Konstruktion bedinge außerdem hohen Aufwand an Material und teure Widerlager. Anerkannt werden die Offenhaltung des freien Blickes auf die malerische Umgebung des Bauwerkes, ferner „die ausgezeichneten charakteristischen Linienführungen, die in der großeinheitlichen Durchführung eine monumentale Wirkung des Ingenieurbauwerkes sichern“.

Wir müssen dem anerkennenden Teil des Urteiles in jeder Beziehung beitreten und sind der Ansicht, daß die Frage, ob die Forderungen namentlich der Strombauverwaltung, die jetzt eine Ausführung dieser Art unmöglich machen, wirklich in vollem Umfang aufrecht erhalten werden müssen, einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen ist. Die Kosten eines Bauwerkes dieser Art werden zweifellos höhere sein, als bei über der Fahrbahn liegender Konstruktion, die Kostenfrage darf aber unseres Erachtens hier nicht ausschlaggebend sein.

In den Abbildungen 29—32, die wir in Nr. 25 nachfolgen lassen, und in unserer Bildbeilage stellen wir den mit dem I. Preis ausgezeichneten Entwurf mit dem Kennwort „Ohne Maske“ dar, das gemeinsame Werk von Friedr. Krupp A.-G., Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen-Friemersheim und Prof. E. Högg, Direktor des Gewerbe-Museums in Bremen. Der Entwurf hält sich in bezug auf die Einhaltung des Lichtprofils streng an die Forderungen des Programmes und kommt dementsprechend auch zu einer Konstruktion über der Fahrbahn für beide Brücken, die als Sichelbögen mit Zugband von 100,10 bzw. 62,5 m Stützweite ausgebildet sind. Die Ueberbrückung der Großen Weser hat diese, gegenüber der verlangten Lichtweite erheblich vergrößerte Spannweite dadurch erhalten, daß auf die Abtrennung der Uferstraßen-Ueberbrückung durch massive Pfeiler überhaupt verzichtet und die Uferstraße ebenfalls mit Eisen überbrückt ist. Dadurch wird die Brücke über Große Weser und Uferstraße zu einer einheitlich wirkenden Gesamt-Konstruktion zusammengefaßt und das Gewicht dieser Brücke in wünschenswerter Weise gegenüber der Ueberbrückung der Kleinen Weser stärker betont.

Die Hauptträger liegen in beiden Brücken in 11,4 m Abstand und sind zwischen den Bögen nur in den

mittleren Feldern durch κ förmigen Windverband versteift, der durch Portale seinen Druck in Fahrbahnhöhe an den unteren Windverband abgibt. Das Zugband ist freischwebend nach der Bauweise, wie sie zuerst die Harkort'sche Brückenbauanstalt bei der Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Worms angewendet hat, an den Hängepfosten aufgehängt und durch Knaggen in wagrechtem Sinn gegen die Querträger abgestützt. Nur in der Mitte ist eine feste Verbindung mit der Fahrbahn vorhanden. Der große Bogen hat 4 m Höhe in der Mitte und rd.  $\frac{1}{7}$ , der kleine Bogen 2,5 m und rd.  $\frac{1}{6}$  Pfeil.

Die Konstruktionshöhe in Fahrbahnmitte ist 1,47 m, sodaß der Scheitel der großen Weserbrücke auf + 8,36, der der kleinen Weserbrücke auf + 7,56 liegen würde. Das bedingt beiderseits von den Brückenmitten nach den Ufern Gefälle von 1 : 40, um an die alten Höhen der Uferstraßen anzuschließen. Wird die Forderung eines Höchstgefälles von 1 : 60 aufrecht erhalten, so müßte eine allerdings unbedeutende Aufhöhung eintreten.

Der Entwurf läßt die Eisenkonstruktion, die lediglich durch ihre schön abgewogenen Verhältnisse wirkt, ohne jeden Schmuck. Die Brücken-Enden werden betont durch kleine Pavillons, die auf der Altstadtseite zu etwas umfangreicheren Hallenanlagen ausgedehnt sind, die in sich die Zugänge zu den tiefliegenden Uferstraßen, Billettschalter, Verkaufsstände verschiedener Art usw. aufnehmen. Den Hauptschmuck bildet das Bootshaus, das nur wenig hinter die Brückenfront zurückgerückt ist und in seiner schlichten, massigen Form einen glücklichen Gegensatz bildet gegen die weiten Spannungen der Eisenkonstruktion.

Das Preisgericht fällt folgendes Urteil: „Der Entwurf zeigt in übersichtlicher Art das gewählte Konstruktionssystem. Die statischen Funktionen der Eisenkonstruktion treten in überzeugender Form in die Erscheinung. Dadurch hat der Entwurf den Vorzug, das Ingenieurbauwerk in durchaus charakteristischer Weise zum Ausdruck zu bringen. Die Architektur in ihrer schlichten, einfachen Durchführung fügt sich vorteilhaft in die Gesamtwirkung des ganzen Brückenbildes ein. Es empfiehlt sich, die Brückeneingänge im Grundriß der Bauanlage weiträumiger zu gestalten, um eine gute Verbindung der Straßen mit der Brücke zu gewährleisten“.

Streng im Rahmen der Forderungen des Wettbewerbes zeigt der Entwurf eine treffliche Lösung der Aufgabe. Wir möchten dem Architekten wünschen, daß er auch dann zu der weiteren Bearbeitung zugezogen würde, wenn diese Grundlagen nicht aufrecht erhalten werden sollten und damit größere Freiheit für die Ausgestaltung des tragenden Systemes gegeben wird. —

(Schluß folgt.)

## Betrachtungen zum Wettbewerb für das Bismarck-National-Denkmal.



Es ist die Lösung von Denkmal-Aufgaben den verschiedensten Auffassungen zugänglich, da es ihnen mehr oder weniger an ausschlaggebenden Gesichtspunkten fehlt und somit im wesentlichen rein künstlerische, also vorwiegend dem Geschmack unterworfenen Momente für Entwurf und Beurteilung bestimm-

mend sind. Immerhin aber fehlt es gerade bei der vorliegenden Aufgabe nicht an Umständen von so realer Bedeutung, daß — die Entscheidung des Preisgerichtes in Ehren — Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einer geeigneten Lösung auch außerhalb des rein künstlerischen Gebietes berechtigt sind.

Die neben den Vorzügen des Bauplatzes in die Augen springenden Bedenken, die Nachbarschaft des Niederwald-Denkmales und die Beleuchtungsverhältnisse, wurden schon früher erörtert. Noch mehr aber als durch sie wird eine gute Lösung der Aufgabe

durch eine ihr innewohnende Zwiespältigkeit erschwert. Diese beruht darin, daß das Denkmal entweder dem Rhein oder dem Festplatz den Rücken kehren, oder aber, was gleichfalls bedenklich ist, zwei Fronten haben muß.

Welche Bedeutung dem Festplatz und seiner Beziehung zum Denkmal beizumessen sei, ist im Ausschreiben nicht näher ausgesprochen, aber die Forderung, daß das Denkmal den Festplatz „vollkommen beherrschen müsse“, sowie die Wahl der Baustelle, die einen solchen in größten Abmessungen von Natur aus darbietet, weisen doch schon auf die Bedeutung dieses Punktes hin. Liegt aber nicht auch ohne dies der Gedanke nahe, einen Wallfahrtsort zu schaffen nicht nur für Einzelne und für kleinere Scharen, sondern auch für alljährliche Feierlichkeiten, zu denen viele Tausende aus ganz Deutschland zusammenströmen, um Bismarck zu huldigen und den Reichsgedanken bis in ferne Zeiten im Volke wach zu halten? Oder will man dem Denkmal eine solche über seinen engeren Sinn hinausgehende Bedeutung ab-



sichtlich vorenthalten aus Rücksicht auf das Niederwald-Denkmal? Dann sollte man lieber von dem Platz ganz absehen. Aber hat nicht auch die Auffassung ihre Berechtigung, im Bismarck-Denkmal das werdende, in der Germania das gewordene Reich und besonders noch das Siegesmal zu erblicken? In diesem Sinne könnten beide, anstatt in Rivalität zu treten, sich zu einem wirkungsvollen Zweiklang vereinigen.

Jedenfalls ist ein großer Festplatz verlangt und unentbehrlich, und da genügt es nicht, daß das Denkmal ihn nur äußerlich, durch seine Stellung und Masse beherrscht, sondern es muß auch seiner ganzen Anlage nach zu ihm in möglichst innerer Beziehung stehen, muß zu der Volksmenge eine markige und verständliche Sprache reden, muß sich nach dem Festplatz öffnen, daß er als seine natürliche Fortsetzung erscheint und die Abtrennung zwischen den offiziellen und den übrigen Teilnehmern möglichst wenig empfunden wird.

Darüber, daß eine Aufgabe, wie die vorliegende, einer wesentlichen Mitwirkung der Architektur nicht entraten kann, ist man sich heute wohl klar, aber ebenso zweifellos erscheint es mir, daß sie hier nur zur Umfassung und Fernwirkung zu dienen hat, daß aber die Seele der Anlage ein mächtiges Bismarck-Bildwerk sein muß, das aber nicht nur jeweils von einer beschränkten Menschenschaar betrachtet werden kann, sondern bei den großen Feiern die Blicke all der Tausenden auf sich lenkt. Dies vermag am besten eine Kolossalstatue in straffer weithin sichtbarer Stilisierung. Warum aber nach Symbolisierungen suchen? Solche Darstellungen, wie z. B. Bismarck als Reichsschmied, bringen einen zu konkreten Begriff in die Idee, begrenzen sie damit und beeinträchtigen ihre Größe, werden aber vor allem von der großen Menge nicht verstanden. Noch viel mehr trifft dies auf allegorische Darstellungen zu, wie z. B. Siegfried als Verkörperung des Deutschtums, die nur auf Höhergebildete den beabsichtigten Eindruck ausüben vermögen. Ist aber nicht auch ein Bismarck-Nationaldenkmal dazu berufen, die Züge des Geisteshelden in lapidaren Formen der Nachwelt zu überliefern, nicht etwa nur in einem nebensächlichen Reliefbildchen? Es dürfte auf andere Weise kaum zu erreichen sein, die Anlage mit der nötigen Klarheit als Bismarck-Denkmal zu charakterisieren. Der Forderung nach Volkstümlichkeit widerspricht es aber auch nicht, wenn die Figur, ähnlich wie beim schönen Hamburger Denkmal, Rolands-Charakter annimmt, denn dieser wächst ja schon fast von selbst aus der Stilisierung des Bismarck im Kürass hervor und der Begriff des Schutzpatrones ist ja im Volke lebendig. Die Figur sollte aber nicht dem Tale den Rücken zukehren, auch nicht in Form eines Steinbrettes, sondern durch die Umfassungsarchitektur hinreichend verdeckt werden.

Eine mit dem Festplatz in engerer Beziehung stehende Anlage muß nun je nach der Ausbildung dem Tale mehr oder weniger eine Rückfront zuwenden. Der Forderung einer nach allen Seiten gleich guten Wirkung wird an sich wohl am besten durch eine Zentral-Anlage entsprochen, was zu den vielen, auch unter den prämierten Entwürfen vertretenen Rundbauten geführt hat. Aber in welcher organischen Beziehung stehen diese zum Festplatz? Ein Portal, Treppen u. dergl. können ihn bei solchen nach außen geschlossenen Anlagen nicht schaffen und dazu bleibt das Allerheiligste inmitten des Tempels bei einer großen Feier für die Menge unsichtbar und ohne Wirkung.

### Der Wettbewerb um das Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück und die „Bildhauer-Vereinigung“ in Berlin.



unmehr hat auch die „Bildhauer-Vereinigung“ in Berlin in dem Kampf um das Bismarck-Denkmal auf der Elisenhöhe Stellung genommen. Dieser Vereinigung gehören die meisten der in Groß-Berlin ansässigen, einen künstlerischen Ruf besitzenden Bildhauer an.

So leidet entweder die Beziehung zum Festplatz oder die Ansicht nach dem Tale. Das Bestreben, beiden Forderungen gerecht zu werden, führte bei einigen Entwürfen dazu, den Sinn des Denkmals nach beiden Seiten durch ein Bismarck-Bild zum Ausdruck zu bringen. Selbst wenn sich diese nach Form und Auffassung wesentlich unterscheiden, hat eine solche Anordnung ihre großen Bedenken; entweder sind die beiden Darstellungen von gleicher Wirkungskraft, dann wird der Anlage der geistige Mittelpunkt genommen, sie fällt in zwei Teile auseinander, der Denkmalsgedanke wird durch die Verdoppelung verdünnt. Oder aber die eine Darstellung herrscht, dann bleibt die andere Seite mehr oder weniger Rückseite.

Eine weitere Schwierigkeit ist die Wahl des Architektur-Maßstabes. Die Rücksicht auf das Niederwald-Denkmal und das Landschaftsbild forderte Beschränkung, die Erzielung einer Fernwirkung aber Steigerung. Die Ideal-Perspektiven — wohl insofern zeitgemäß, als sie in natura nur aus einem in halber Höhe vor dem Berge schwebenden Luftfahrzeuge zu sehen wären — führen da völlig irre. In Wirklichkeit würden alle die gedungenen Bauten, wie sie fast durchweg die prämierten Entwürfe vorsehen, kaum eine Fernwirkung erzielen, weil sie nicht den Himmel, wie auf jenen Bildern, sondern den aufsteigenden Berg zum Hintergrund haben, wenigstens von dem in allererster Linie in Betracht kommenden Gesichtswinkel aus, unter dem sich das Denkmal den talabwärts Kommenden darbietet.

Dieser Nachteil wird aber noch, wie früher schon in der „Deutschen Bauzeitung“ ausgeführt wurde, ganz beträchtlich dadurch vergrößert, daß man gegen die Sonne sieht, und der Ausblick zudem durch einen vom Rauche des Bahnhofes und der Dampfschiffe, sowie dem meist vor dem „Binger Loch“ liegenden Nebel gebildeten Dunstschleier stark beeinträchtigt wird.

Zum mindesten müssen die perspektivischen Einzelzeichnungen (wo sie richtig erfolgt sind) in die dem Ausschreiben beigegebenen Photographien zu Rate gezogen werden, die denn auch ganz andere Bilder ergeben, als jene Luftballon-Perspektiven mit den schönen Himmelsdurchblicken. Diese Verhältnisse lassen also eine nicht zu geringe Höhenentwicklung und möglichst einfache Formgebung nach dem Tale zu nötig erscheinen, damit man erstens überhaupt etwas sieht und zweitens das Gesehene auch versteht. Ferner darf darauf hingewiesen werden, daß ein zu weites Vorbauen den Berg hinunter, wobei manche Entwürfe mit Terrassen und Treppen bis zur Grenze der öffentlichen Bebauung gehen, das Denkmal denn doch der nötigen Isolierung vom Alltagsgetriebe berauben würde.

Nun kann man ja darüber, wieviel Rücksicht alle diese Gesichtspunkte verdienen, verschiedener Ansicht sein, wohl aber kaum darüber, daß keiner derselben nebensächlich ist, und daher erscheint es verwunderlich, daß sich das Preisgericht über die Lösung der Festplatzfrage so leicht hinweggesetzt hat, wie die Auszeichnung verschiedener Entwürfe, besonders des mit dem I. Preis bedachten, beweist.

Die Aufgabe ist nur durch ein Kompromiß zwischen den widerstreitenden Gesichtspunkten zu lösen, das diesen genügend gerecht wird und doch zu einem Werk von einheitlicher Größe führt.

Hat der Wettbewerb eine solche Lösung gezeitigt oder auch nur den Weg zu ihr gewiesen? Das ist die große Frage! —

Br. B.

Ihr Vorsitzender ist Prof. Max Unger; im Vorstand befinden sich außerdem die Hrn. Reinhold Boeltzig, O. Petri, Professor Wilh. Haverkamp, Professor Herm. Hosaeus und Sig. Wernekinck. Die Stellungnahme ist erfolgt durch eine längere Darlegung, die an alle beteiligten Kreise zur Versendung gelangte.

Die Darstellung gibt zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die künstlerische Entwicklung der in der freien Landschaft oder auf hervortretenden Höhen errichteten Denkmäler und stellt fest, daß die Errichtung des Germania-Denkmales auf dem Niederwald den Beweis erbracht habe, daß es unmöglich sei, mit den Mitteln der Bildhauerkunst allein in einer freien und charakteristischen Landschaft eine eindrucksvolle Wirkung herbeizuführen. Daher habe in den gewaltigen Schöpfungen des Architekten Bruno Schmitz die Baukunst die Führung in der Entwicklung der großen Denkmalkunst übernommen. Diese unbefangene Anerkennung der folgerichtigen Entwicklung des bedeutendsten Kunstzweiges der Gegenwart durch angesehene Vertreter der freien Bilderei wirkt um so angenehmer, als von anderer Seite versucht wurde, diese Entwicklung als eine „Vermauerung“ der Denkmalkunst unserer Tage hinzustellen und sie in einen Gegensatz zu bringen zur freien Entwicklung der plastischen Kunst an großen Aufgaben.

Die „Vereinigung“ glaubt nun, daß, während man bisher durch gigantisches Uebermaß die Natur beherrschen wollte, nunmehr die Verfeinerung der architektonischen Absichten die Hauptaufgabe der Weiterentwicklung unserer monumentalen Denkmalkunst sein werde. Auf dem schwierigen Platz der Elisenhöhe war die Frage der Baumasse besonders wichtig. Die „Vereinigung“ betont mit Nachdruck, daß das Gelände von lautem Verkehr umgeben sei und keineswegs ein stilles Idyll darstelle. Drei Möglichkeiten gebe es daher für die Gestaltung eines Denkmals an dieser Stelle: die ragende Höhenwirkung in turmartigen Gestaltungen, eine gedrungene, schwere Form, die möglichst als Kuppelbau zu behandeln sei, oder eine flach gelagerte Baumasse. „Die Jury hat sich nun nicht auf eine dieser Möglichkeiten geeinigt. Ihr Spruch, der in den fünf ersten Preisen, bis auf einen Kuppelbau, nur kleine und spielerische Entwürfe preiskrönte, ist nur dadurch psychologisch zu verstehen, daß auf die viel leicht zu gewaltige Wucht der Schmitz'schen Monumente jetzt die Reaktion gefolgt ist. Um nur ja nicht wieder in den Kultus des Uebergewaltigen zu verfallen, geriet man in echt deutscher Spießhaftigkeit in das Gegenteil und behalf sich mit dem Niedlichen. Die normale Entwicklung unserer Monumentalkunst ist mit der Anerkennung dieses Extremes unterbrochen. Hier wurde der Ueberzeugung von der Richtigkeit des Kleinen und Feinen der Gedanke des National-Denkmales für Bismarck zum Opfer gebracht, denn daß für Bismarck der Ausdruck des lyrischen Idylles der gegebene sei, dürfte außer der Jury Niemand glauben.

Auch irrt die Jury, wenn sie für die Elisenhöhe ein Denkmal von kleinsten Abmessungen für das gegebene hält. Sie faßt da den Begriff Landschaft äußerst eng, indem sie nur den Denkmalort und seine allernächste Umgebung darunter versteht. In der Angst, die Schönheit dieses Platzes nicht zu zerstören, hat man harmlose Parkbrunnen und Kapellenbauten für ein Bismarck-Denkmal ausgegeben. Aber wieviele Ruinen mit stattlicher Baumasse liegen in ähnlicher Lage, ohne daß sie die Schönheit ihrer Umgebung stören, und von vielen Hügelrücken in entsprechender Lage trotzen unsere deutschen Dome die Wucht ihrer architektonischen Sprache in die Jahrhunderte, ohne daß man sie als „aufdringlich“ oder „maßstabslos“ empfindet. In vielleicht etwas zu ironischer Weise gipfelt die Erklärung der „Bildhauer-Vereinigung“ in einem Programm, wie es nach ihrem Urteil die Jury hätte aufstellen müssen: „Das Bismarck-Denkmal braucht nicht unbedingt ein solches zu sein, weder in Charakter und Stimmung der Architektur, noch in der plastischen Gestaltung. Wird überhaupt zu bildhauerischen Ausdrucksmitteln gegriffen, so genügt die Darstellung irgend einer allegorischen, allgemein verständlichen Figur oder die Verwendung von kleinen dekorativen Schmuckformen ornamentalen Charakters. Die Vermeidung monumentaler architektonischer Formen wird empfohlen. Der Platz ist trotz des lauten Verkehrs und der nahen Nachbarschaft von Nutzbauten ein Idyll. Die Schönheit dieses Platzes muß erhalten bleiben, man vermeide tunlichst die Beseitigung des

als schön zu bezeichnenden alten Steinbruches, wie aller Zufälligkeiten des Terrains. Daher wird jeder Versuch, das Monument mit seiner Umgebung zusammenzubringen, abgelehnt, da dies Änderungen in den Zufälligkeiten des Terrains bedingen würde. Das Monument ist daher nur leicht auf die Bergkuppe zu stellen und muß, da diese nicht umgestaltet werden darf und nur kleinste Abmessung aufweist, von bescheidenstem Umfang sein. Als Landschaft wird nur die unmittelbare Umgebung des Platzes bezeichnet. Das Monument soll zwar ein „Wahrzeichen“ sein, aber auf den Umstand, daß es stromauf und stromab gesehen werden kann, wird kein Gewicht gelegt. Die Bausumme von 1800000 M. hat keine Bedeutung, da nur ein kleines, bescheidenes Werk gewünscht wird. Die Anlage eines Brunnleins auf dem Berg innerhalb des Denkmals ist gestattet, das Wasser ist durch Pumpwerke vom Rhein zu beschaffen. . . .“

Was soll nun, fragt die „Vereinigung“, bei der Weiterbehandlung der Denkmalfrage geschehen, von der hoffentlich nicht anzunehmen ist, daß sie mit dem Spruch des Preisrichtertumes der Verwirklichung entgegengeht? Man benutze die Erfahrungen des Wettbewerbes, denn nur so ist dessen ungeheure Arbeit zu verzinsen, und formuliere ein klares Programm. Dieses schaffe eine grundsätzliche Klärung in der Frage der Baumasse, die unter allen Umständen so bemessen sein muß, daß sie eine monumentale Sprache gestattet, — es handelt sich um ein Bismarck-Denkmal —, die Gefahr gigantischer Unkultur kann leicht ausgeschaltet werden. Man werde sich klar über die Rolle und Bedeutung der Plastik bei der Aufgabe. Man regle im Prinzip die Zugangsfrage und die Frage des Festplatzes. Auf Grund dieses klaren Programmes lade man die Gestalter der hervorragendsten Entwürfe zu einem engeren Wettkampf ein. Außer den fünf ersten Preisträgern müßten auch die Künstler herangezogen werden, an deren Bedeutung man aus irgend einem grundsätzlichen Bedenken vorüberging. Das Preisgericht selbst wird nicht im Ernst behaupten, daß es ihm in jener kurzen Arbeitszeit geglückt sei, diese Künstler etwa unter den Preisträgern der übrigen zehn Preise zu vereinigen. Es kommen daher auch nichtpreisgekrönte Künstler in Frage, sind doch unter ihnen unsere besten Monumentalgestalter vertreten. Die Zusammensetzung des Preisgerichtes ist selbstverständlich teils zu ändern, teils zu ergänzen. Hervorragende Künstler wie Klinger, Stuck, v. Gebhardt waren an der Teilnahme der Preisrichterarbeiten verhindert und wurden durch Kunstgelehrte ersetzt, sodaß sich in der Jury sechs Gelehrte und sieben Künstler gegenüber standen, zweifelsohne ein Mißverhältnis. Es mag den Spruch der Jury begreiflicher machen.

Die deutschen Künstler haben eine ungeheure Opferfreudigkeit und starken Idealismus gezeigt. Sie können verlangen, daß begangene Irrtümer gut gemacht werden. Der stärkste Irrtum außer der unglücklichen oder unglücklich gewordenen Zusammensetzung der Jury war, daß man sich nicht vor dem Wettbewerb, unter Umständen mit den allerbilligsten Mitteln eines vorbereitenden Wettkampfes, über einige grundsätzliche Fragen Klarheit schaffte und so die vorhandenen Kräfte auf das als richtig Erkannte lenkte. Ein klares und sinngemäßes Programm, das die Fehler des bisherigen vermeidet, eine Jury, in der die Künstler die große Ueberzahl bilden, Künstler ohne Neigung zu tendenziösen Entscheidungen, und ein neuer enger Wettkampf sei die teuer erkaufte Frucht dieser Riesensumme von Arbeit und künstlerischem Opfersinn.“ —

Soweit die „Bildhauer-Vereinigung.“ Auch nach unserer Auffassung ist ein engerer Wettbewerb unter den hervorragenden Teilnehmern des eben abgeschlossenen Wettbewerbes, für welche die Grenzen keineswegs ängstlich eng gezogen werden brauchen, der einzig mögliche Ausweg für den Denkmal-Ausschuß, sich aus einer unhaltbar gewordenen Lage zu befreien. Wir hoffen in seinem und der Sache Interesse, daß er diesen Weg beschreitet, denn das Einnehmen eines Justament-Standpunktes könnte die Lage nicht bessern. —

### Wettbewerbe.

Einen internationalen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Rathaus, ein Schlachthaus und eine Markthalle für Rustschuck erläßt die Stadtverwaltung zum 19. Juni d. J. An Preisen kommen zur Verteilung für das Rathaus 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 Frs., für das Schlachthaus 2 Preise von 3500 und 2000 Frs., für die Markthalle 2 Preise von 1500 und 1000 Frs. —

Zu einem engeren Wettbewerb betr. Studien zur Anlage einer Rheinbrücke in Neuwed sollen laut Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung eine Anzahl Brück-

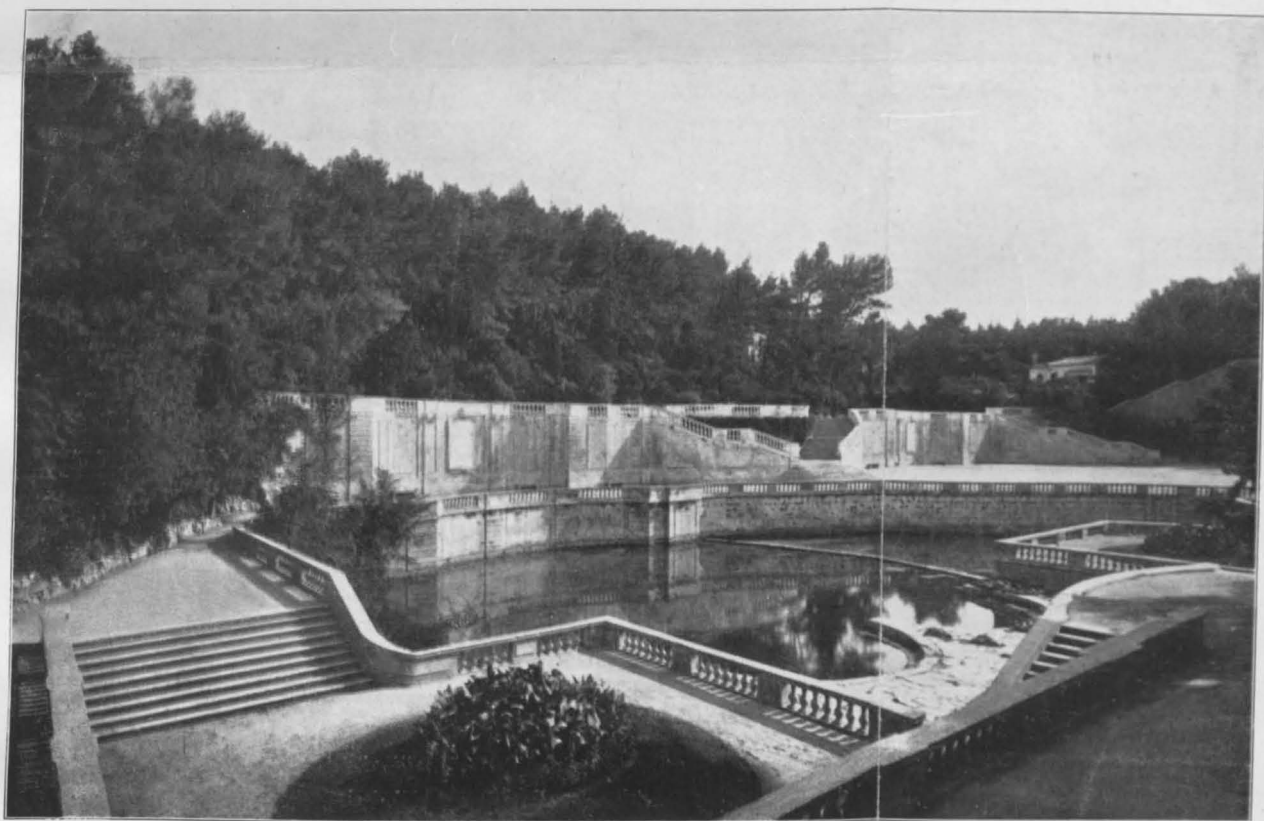
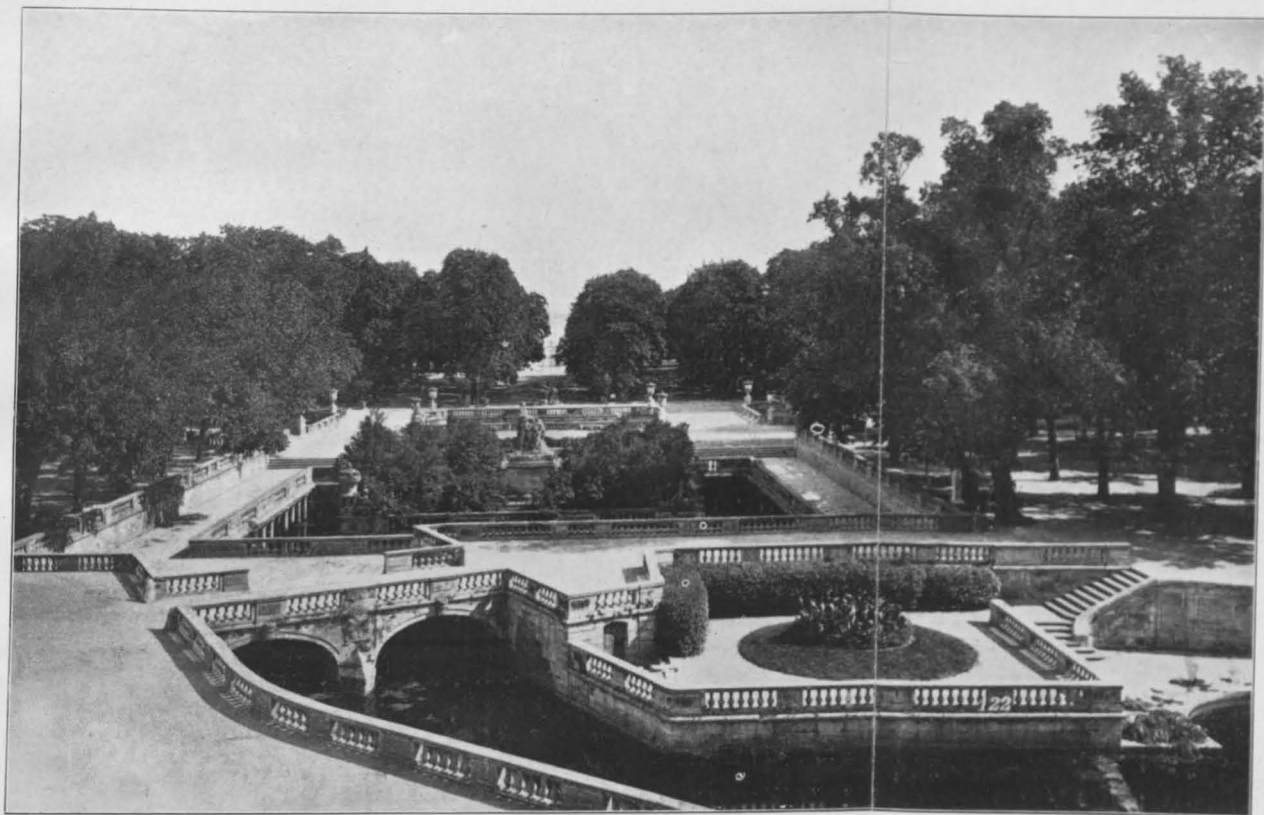
kenbau-Firmen aufgefordert werden. Als Entschädigung wurden 10000 M. bewilligt. —

Inhalt: Zur Vollendung des siebzigsten Lebensjahres Georgs von Hauberrisser. — Groß-Chicago. — Ausschuß für Bauberatungsstellen. — Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen. (Forts.) — Betrachtungen zum Wettbewerb für das Bismarck-National-Denkmal. — Der Wettbewerb um das Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück und die „Bildhauer-Vereinigung“ in Berlin. — Wettbewerbe. —

### Bildbeilage: Wettbewerb Kaiser-Brücke in Bremen.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





ER „JARDIN DE LA FONTAINE“ IN NIMES IN  
SÜDFRANKREICH. \* VON REGIERUNGS-BAU-  
MEISTER CHRIST. KLAIBER IN HOLZMINDEN.  
BLICK VOM MONT CAVALIER AUF DIE GE-  
SAMTANLAGE (OBEN). UNSYMMETRISCHER  
ABSCHLUSS GEGEN DEN MONT CAVALIER  
MIT BLICK AUF DIE QUELLE. \* \* \* \* \*

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

\* \* \* \* \* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 25. \* \* \* \* \*

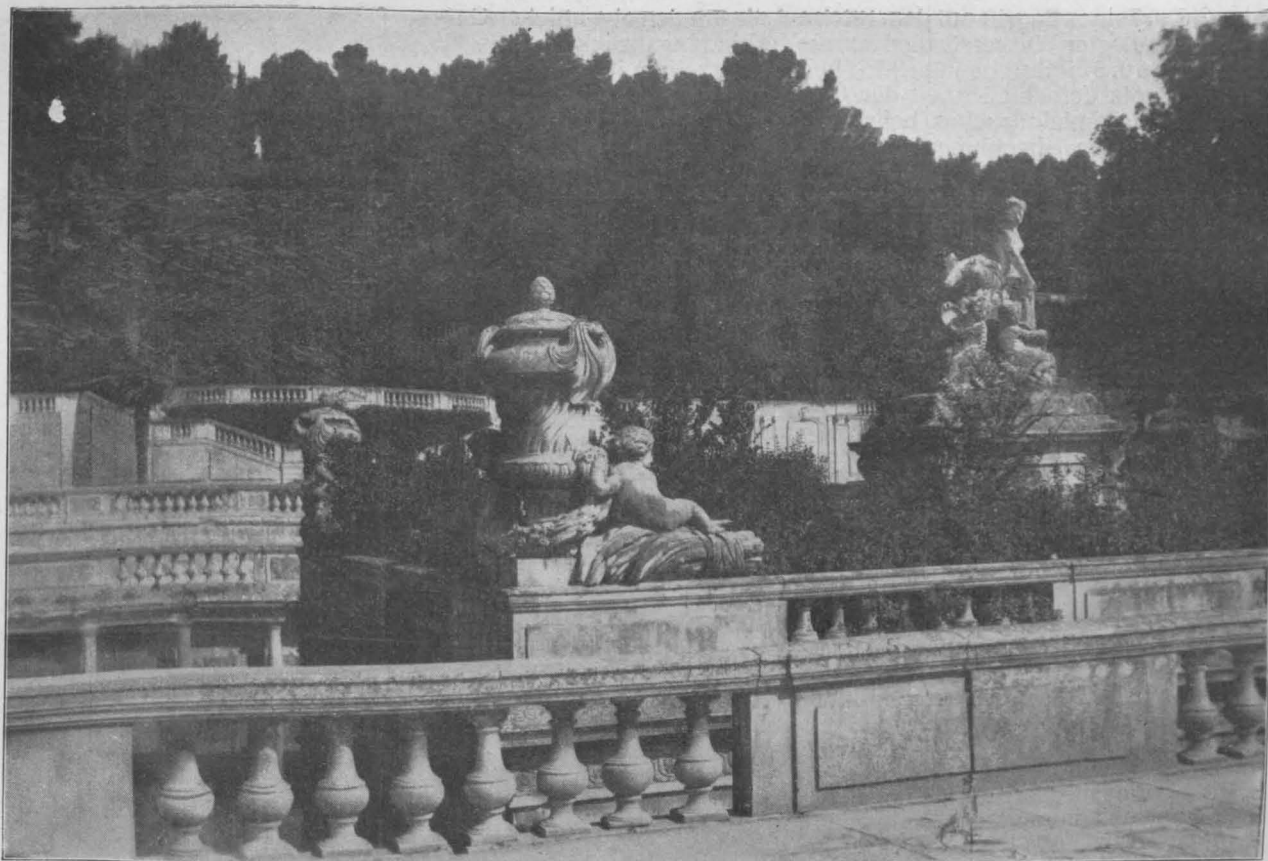


Abbildung 4. Mittlere Gruppe der Anlage.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 25. BERLIN, DEN 29. MAERZ 1911.

## Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes.

Von Chr. Klaiber in Holzminden.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 207, 208 und 209.



Am Fuße des von einer römischen Ruine, Tour Magne, bekrönten Mont Cavalier vor den Toren des römischen Nîmes befindet sich eine starke Quelle, welche schon die Römer dazu reizte, sie architektonisch-künstlerisch auszuschnücken. Die leider infolge des schlechten französischen Kartenmaterials nur flüchtige

Lageplanskizze S. 206 gibt doch ein ungefähres Bild der Gesamtanlage. Dicht neben der Quelle befindet sich der noch in ansehnlichen Ueberresten erhaltene Tempel der Diana, welcher gleichzeitig auch der Quell-Nymphe gewidmet war. Die architektonische und gärtnerische Anlage von heute geht in den maßgebenden Grundzügen zurück auf die Römer, indem beim Wiederaufbau die alten Fundamentmauern einfach benutzt worden sind. Die Großzügigkeit und der Gesamtcharakter sind römisch, die Ausschmückung selbst erfolgte aber im Stil des 18. Jahrhunderts durch Balustraden, Vasen und Statuen. Die Gesamtanlage ist absolut regelmäßig-achsal und zwar auf der Achse der Prachtstraße „Boulevard de la République“ symmetrisch aufgebaut. Daß dabei von geisttötender Langeweile nichts zu spüren ist, liegt einmal im Wesen gärtnerischer Anlagen selbst begründet, welchen von Anfang der Kultur an eine gewisse Regelmäßigkeit zugrunde liegt. Außerdem sind aber noch zwei Gründe hierfür in den Vordergrund zu ziehen. Die Hauptachse liegt seitwärts der Quelle und bedingte

dadurch den unsymmetrischen, die Gesamtanlage beherrschenden Abschluß gegen den Berghang durch wundervoll großzügige Terrassen und Treppenbauten (Bildbeilage). Der zweite Grund für die abwechslungsreichen Bilder liegt in der künstlerischen Heranziehung der abstufigen Wirkung von Hoch und Nieder, d. h. des Höhenunterschiedes der einzelnen Wege und Terrassen, ein Punkt, der gerade bei Neuanlagen unserer Tage so gern als weitere Ausdrucksmöglichkeit übersehen wird (Bildbeilage). Wie fein gerade diese Seite gärtnerischer Kunst überlegt und auf Wirkung durchgedacht wurde, beweist der künstlerische Mittelpunkt der Anlage, das mit barock belebter Mittelgruppe und 4 wundervollen Eckvasen ausgestattete mittlere Rechteck mit den umgebenden Wasserstraßen (Abb. 2—4). Die Einfassung dieses inneren Rechteckes ragt um nur 5 cm über die äußere, sie begleitende Balustrade hervor, welche selbst damit die tiefste Lage einnimmt. Abgesehen von der eigentlichen Bergterrasse haben wir von dieser tiefsten Lage aus noch zwei weitere Terrassenhöhen in Rechnung zu ziehen von etwa 80—90 cm Unterschied, was aus Abbildung 4 klar hervorgeht. Die künstlerische Wirkung der Einzelbilder beruht nun vorzugsweise in diesen Höhenunterschieden. Die tiefen, wohl aus der Römerzeit her mit Säulengängen geschmückten Wasserstraßen (Abb. 5) und die fein aufgebauten, den Uebergang zum Baumgrün vermittelnden Terrassen mit Balustrade lassen ganz vergessen, daß wir uns in einem regelmäßig-symmetrischen Achsensystem bewegen. Von der künstlerischen Größe der Anlage geben die



Abb. 2, 3. u. 7 einen Begriff mit dem Blick auf die um den eigentlichen Garten herumgelegten Wasserstraßen und die Verbindungsbrücken, während die Abb. 5, 6 u. 8 die durchgeführte Einheitlichkeit zeigen, indem sämtliche Brücken trotz Verschiedenheit der Gestaltung zur Hebung des künstlerischen Gesamteindrucks beitragen und nichts, nicht einmal die schmiedeiserne Abschlußgitter, einen störenden Eindruck hinterlassen. Dieser Gesamteindruck aber ist italienisch mit leicht französischem Einschlag entsprechend der Tatsache, daß wir uns auf einer ehemals blühenden römischen Kulturstätte bewegen. Wenn wir die Großzügigkeit französischer Garten- und Terrassenbauten in Versailles, Chantilly und anderwärts bewundern, so liegt nicht der letzte Grund hierfür in der unmittelbaren Anknüpfung an römische Vorgänger. —

## Ausschuß für Groß-Berlin.



Der Ausschuß für Groß-Berlin hielt am 20. März unter Vorsitz des Hrn. Geh. Ob.-Brs. Dr. J. Stübgen eine Sitzung ab, in der eine Anzahl grundsätzlicher Fragen eingehend erörtert wurden. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Bauordnung, deren grundlegende Umgestaltung allgemein als eine Notwendigkeit bezeichnet wurde. Der Ausschuß faßte den Beschluß, nach dieser Richtung eingehende Untersuchungen über nachstehende Punkte vorzunehmen:

1. ob sich bei gemischtem Besitz die Bebauung, wie sie neuerdings mehrfach vorgeschlagen ist, nämlich Hochbauten an den Hauptverkehrsstraßen und niedrige Bauten im Inneren der Planabschnitte, wirtschaftlich durchführen lasse;
2. zu ermitteln, für welche Einwohnerzahl die augenblicklich bestehenden Stufen der Bauordnung Wohngelegenheit bieten würden;
3. ob die Durchführung einer neuen Bauordnung in verschiedenen Bebauungsabstufungen durch Anwendung der Zwangsumlegung innerhalb größerer Geländeteile zu erzielen ist;
4. eine schematische Darstellung der Bauordnungen in den verschiedenen Großstädten Europas und Amerikas;
5. Differenzierung der Bauordnung nach der Zweckbestimmung der Gebäude;
6. Stellungnahme in bezug auf Straßen-Durchbrüche.

Bei der Besprechung des zuletzt angeführten Punktes wurde darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung und der Durchbruch der Prinz Albrecht-Straße, der sich in Zukunft zweifellos notwendig machen werde, durch den bevorstehenden Neubau auf dem Grundstück Köthener-Straße 38 wesentlich erschwert werde. Der Entwurf zur Bebauung dieses Grundstückes bildet zurzeit den Gegenstand eines Wettbewerbes. Der Ausschuß zog in Erwägung, ob es nicht geraten wäre, die maßgebenden Stellen auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.

Die Verkehrsangelegenheiten wurden gleichfalls eingehend erörtert und es wurde dabei die baldige Zuwahl mehrerer Verkehrs-Fachleute empfohlen. Der Ausschuß faßte den Beschluß, Zusammenstellungen über die Bedeutung des Verkehrs von den einzelnen Verkehrs-Unternehmungen und -Zweigen zu beschaffen. Die Bahnhofs-Frage wird ebenfalls bei den weiteren Arbeiten des Ausschusses den Gegenstand eingehender Prüfung bilden. Es wurden auch Gesichtspunkte zu einer Behandlung der städtebaulichen Frage in rein künstlerischer Beziehung aufgestellt. Die angeführten Punkte sollen von einzelnen, besonders dazu bestimmten Ausschuß-Mitgliedern sorgfältig bearbeitet werden. Prof. Ebhardt teilte mit, daß von verschiedenen Seiten dem Ausschuß Mittel zur Verfügung gestellt seien, um die Arbeiten im großen Maßstabe vorbereiten zu können. —

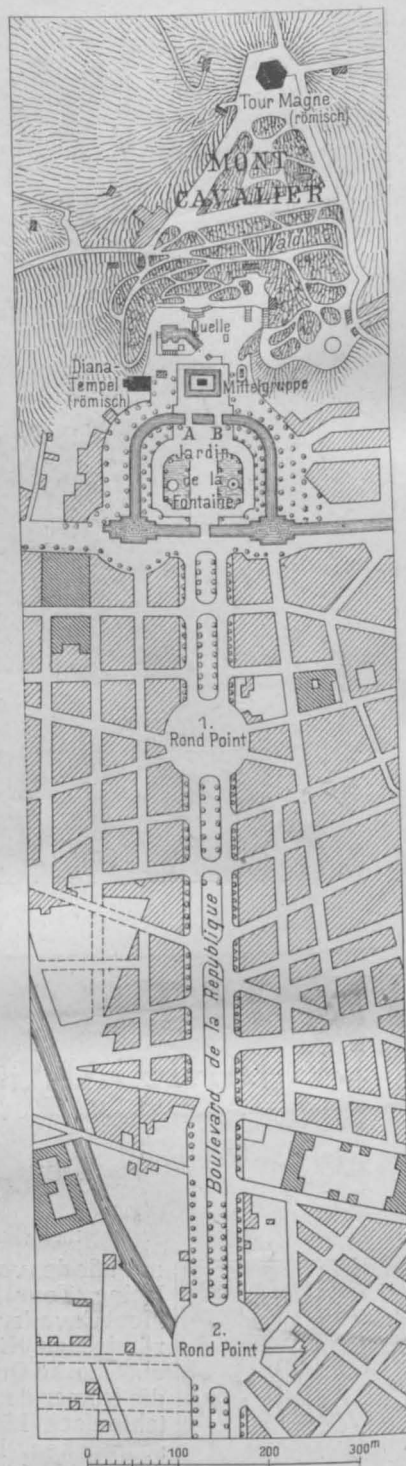


Abbildung 1. Lageplan.  
Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes.

## Ein Angriff auf die Heimatschutzbewegung.

Von Cornelius Gurlitt.



Regierungs- und Baurat a. D. Hasak hat eine Broschüre herausgegeben, die er „Heimische Dachformen“ nennt. Ziel dieser Broschüre ist der Kampf gegen Ausschreitungen des Heimatschutzes oder doch gegen das, was er für solche hält, vor allem gegen die Bevorzugung des steilen Daches, wie sie jetzt in Architektenkreisen heimisch ist. Er findet ein solches nur bedingungsweise für praktisch und sieht daher in seiner Bevorzugung eine Willkür. Denn in sehr vielen Fällen handle es sich um Aufgaben, in denen die billigste und einfachste Lösung erstrebt werden müsse und in der jede Belastung des Bauherrn mit erhöhten Kosten abgelehnt werden solle. So sei z. B. das jetzt beliebte Mansardendach kostspielig und nur eine Nachahmung der Formen des 18. Jahrhunderts, also keineswegs modern. Es bedinge auch bestimmte Dachdeckmaterialien; und daher führe seine Bevorzugung den Ruin der Industrien herbei, die

für das flache Dach arbeiten. Da nun durch die Heimatschutzgesetze der verschiedenen Länder die Staatsbehörden in die Wahl der Dachformen eingriffen, so sei eine „Erdrückung“ der betreffenden Industrien zu befürchten. Freilich treffe dies nur auf Nord- und Mitteldeutschland, besonders auf Preußen und Sachsen zu, während in Bayern das dort bodenständige flache Dach nach wie vor gepflegt werde.

Diese Erkenntnis führt Hrn. Hasak zunächst zu einer kritischen Betrachtung des technischen Wertes der einzelnen Dachdeckmaterialien und zu einer entschiedenen Fürsprache für das Eindecken mit Dachpappe. Auf die Einzelheiten dieser rein technischen Besprechung ist hier nicht näher einzugehen. Das Ergebnis allein beschäftigt uns und soll unangefochten bleiben, daß nämlich Landwirtschaft und Industrie das Dachpappendach kaum entbehren können. Man solle den Bau mit diesem daher nicht erschweren oder gar verbieten. Was soll, so fragt Hasak,

daran so unverbesserlich häßlich sein? „Man muß diese Bauart nur künstlerisch bewältigen!“

Wer die Streitfragen im Städtebau einigermaßen verfolgte, der weiß, wie entschieden die Fabrikanten von Steinkohlenteer und Dachpappe gegen die Gesetze gegen Verunstaltung von Stadt und Land angekämpft haben. Sie schilderten diese als die Ausgeburt eines fanatisch

litik sei. Und Hasak tritt entschieden in diesen Kampf ein. Will man erkennen, was Hasak's Broschüre beabsichtigt, so muß man sich an die Stellen seines Buches halten, die durch Fettdruck herausgehoben sind:

„Das Ziel (der Volkskunstbestrebungen) muß durch Verbesserung des Geschmacks, zunehmenden Wohlstand, Mitwirkung der Architekten, nicht durch die Polizei er-

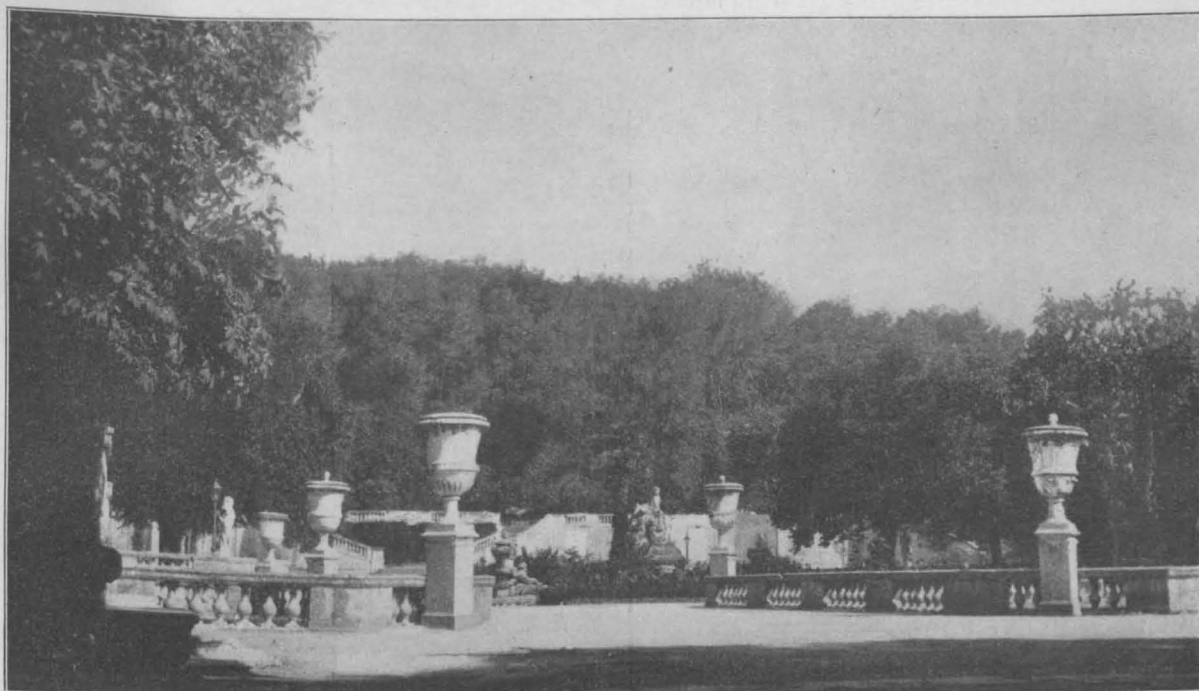


Abbildung 2. Brücke B gegen den Mont Cavalier



Abbildung 3. Von Brücke A aus gegen den Mont Cavalier.  
Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes. Von Chr. Klaiber in Holzminen.

einseitigen Hasses gegen ihre Erzeugnisse und als ein Mittel, diesem Hasse zum Siege zu verhelfen. Der Wunsch nach Erhaltung der landschaftlichen Schönheit erschien nach ihrer Schilderung nur als ein Vorwand, um sie unter diesem Deckmantel zu schädigen. Die Maßnahmen der Behörden, die auf das Gesetz sich stützen, wurden auf den Gesichtspunkt hin geprüft, ob sie dem Vertrieb von Dachpappe förderlich oder hinderlich sind, gerade als wenn dieser ein Kardinalpunkt deutscher Wirtschaftspo-

reicht werden.“ — „Bei dem Wechsel der künstlerischen Anschauung sollte nicht ohne dringlichen Anlaß der Baulustige gelegentlich zu einer von ihm nicht gewollten Bauart genötigt werden.“ — „Wir wollen keine Ausdehnung der polizeilichen Befugnisse.“ Also Kampf gegen polizeiliche Bevormundung! Hervorgehoben wird das Sächsische Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 10. März 1909, durch das „der Untertan schutzlos den Kunstverständigen überliefert werde“.



Das Gesetz wurde, wie bei seiner Beratung allseitig anerkannt wurde, gemacht, weil das Land bisher schutzlos den Kunstunverständigen überliefert worden war. Auch Hasak klagt laut, daß jetzt viel Unschönes gebaut werde,

können, um diesen Schutz durchzuführen. Den besseren Weg sieht er darin, daß die Künstler, die entsprechend ausgebildeten Architekten, die Entscheidung in die Hand bekommen, wie gebaut werden soll. „Jedes Gebäude und

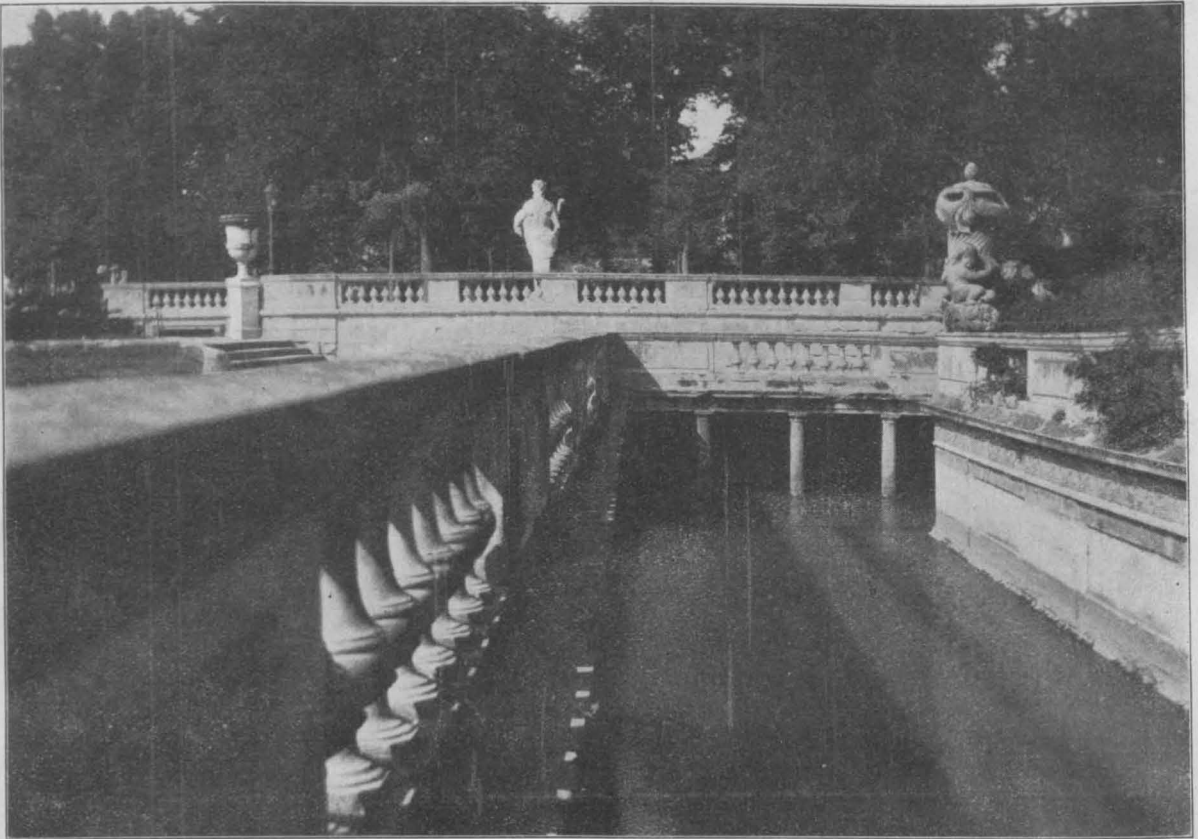


Abbildung 5. Wasserstraße um das mittlere Rechteck.



Abbildung 6. Brücke B.  
Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes. Von Chr. Klaiber in Holzminen.

auch er wünscht Besseres an seine Stelle. Hasak will unverkennbar nicht die Absicht des Gesetzes bekämpfen, den Heimatschutz; er erblickt den Fehler nur darin, daß die „Polizei“, d. h. die Staatsbehörden angerufen werden

insbesondere jedes Bauernhaus“, so sagt er, „paßt in die Landschaft, wenn es nur von einem Künstler gezeichnet ist.“ „Der ungelernete Architekt ist es, der alles verdirbt.“ „Jedes Baumaterial läßt sich mit oder ohne Geschmack

schön oder unschön verwerten.“ Es sei ein Irrtum, an eine Volkskunst zu glauben, nur geschulte Kräfte hätten etwas zu leisten vermocht; der Fehler unserer Zeit sei nur, daß „diejenigen, welche die Kunst ausüben, sie nicht

dann müsse er vor allen Dingen das Publikum darüber aufklären, daß das Kunstwerk vom Künstler stammt.

Liest man diese Sätze, so kommt man leicht zu der Meinung, das Ziel der Heimatschutzbewegung sei ein an-

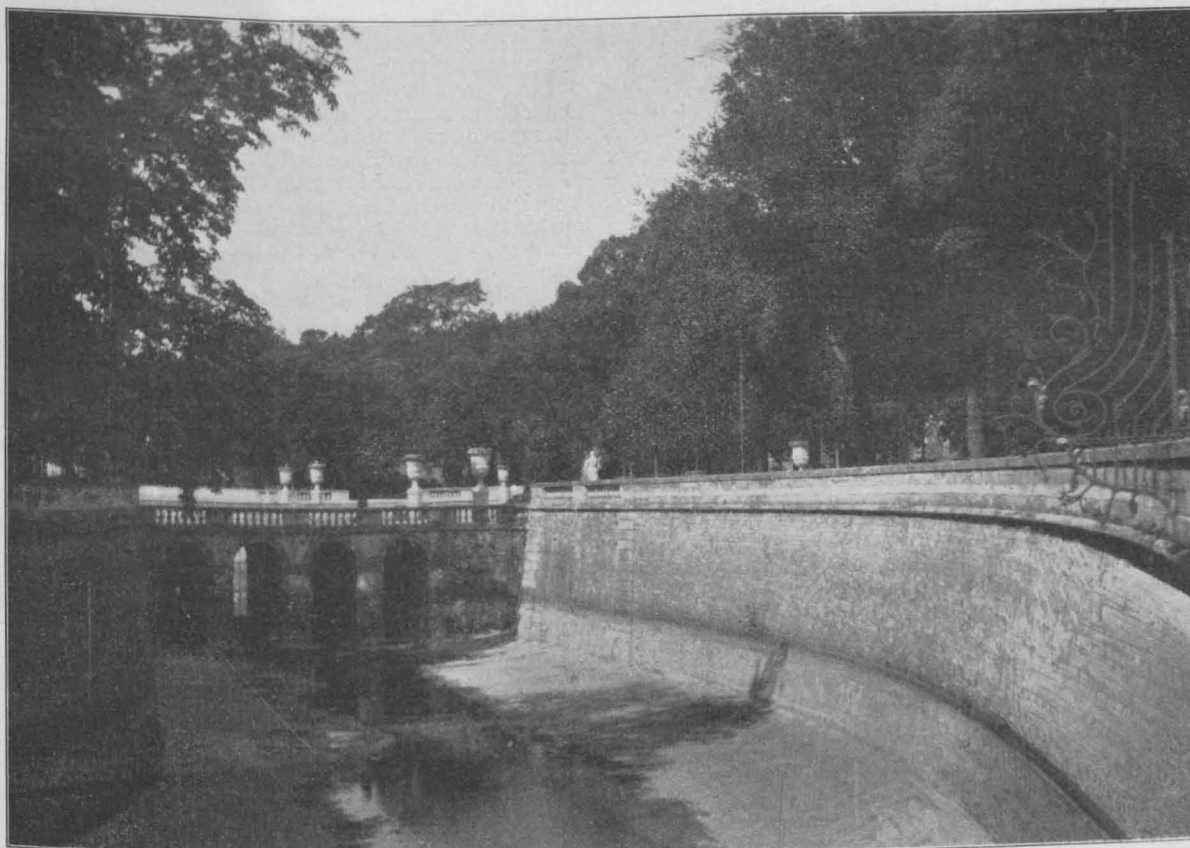


Abbildung 7. Die äußere Wasserstraße und Verbindungsbrücke.

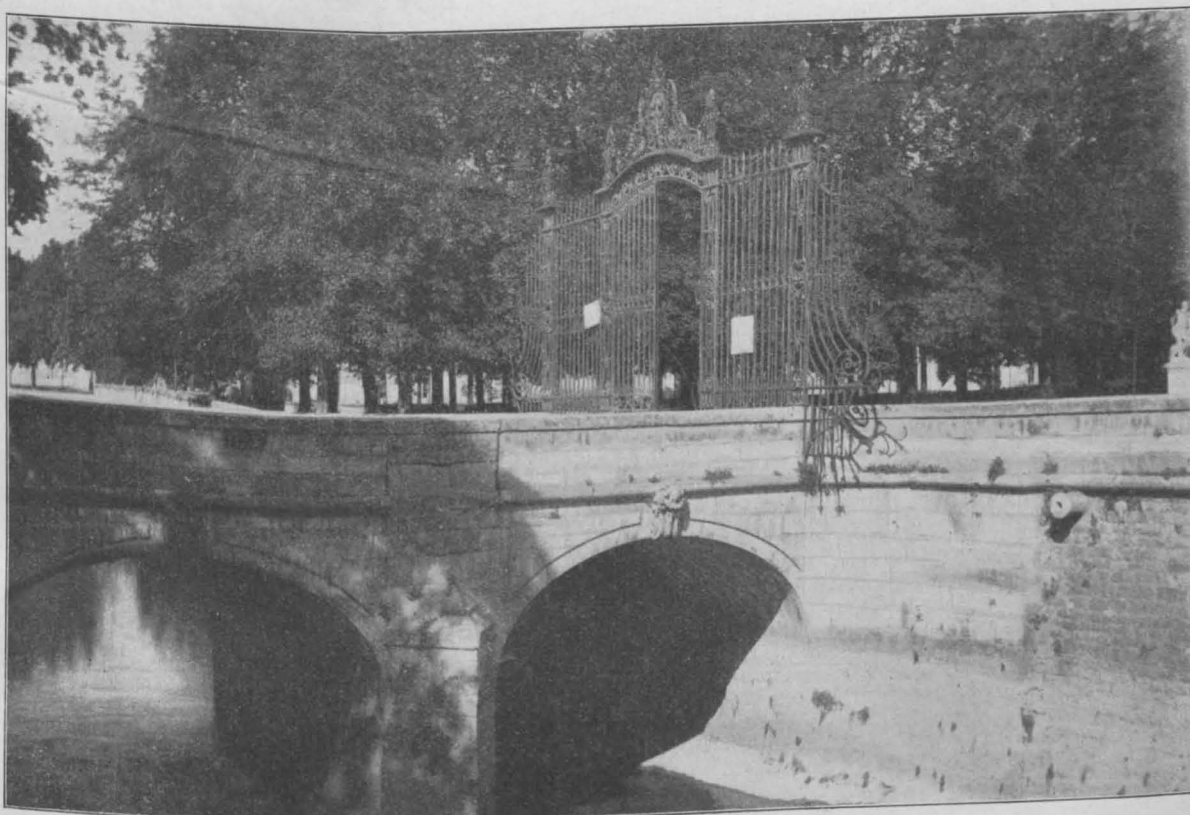


Abbildung 8. Verbindungsbrücke mit Abschlußgitter.  
Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes. Von Chr. Kläiber in Holzminiden.

gelernt haben“. Also müsse man dahin drängen, daß Bauten nur von Leuten ausgeführt werden, die im Bauen genügend unterrichtet sind. Wolle der Heimatschutz der Verunstaltung des Vaterlandes mit Erfolg entgegenwirken,

deres, als das Hasak's, nämlich, von nun an nicht Künstler bauen zu lassen, sondern Polizeiorgane. Aber das, was Hasak erstrebt, deckt sich vollkommen mit der Absicht des sächsischen Gesetzes: Dieses will eine Hand-



habe schaffen gegen Geschmacklosigkeiten, die bisher nicht verhindert werden konnten; es will den „Gelernten“ die Möglichkeit geben, ihr besseres Können an die Stelle des Unreife zu setzen. Und es will unter bestimmten, sorgfältig verklaustrierten Umständen ein Recht schaffen, nach dem das von den „Gelernten“ als besser Bezeichnete erzwungen werden kann.

Hasak sieht die Hoffnung auf Erfolg in der Belehrung in der Baukunst. Der sächsische Staat, ebenso wie andere deutsche Staaten, unterhalten viele Anstalten, in denen Baukunst gelehrt wird: eine Technische Hochschule, Architekturabteilungen an der Kunstakademie und an der Gewerbeakademie Chemnitz, sowie an den Kunstgewerbeschulen, Bauschulen usw. Ich weiß nicht, ob Hasak der Meinung ist, daß die Zahl der Anstalten, der Unterrichtsstunden oder der Schüler vermehrt werden soll. Oder wie soll es gemacht werden, daß jedes Bauernhaus ein Künstler baue? Wird denn Jeder, der Bauschulen besuchte, ein solcher? Wie nach seiner Ansicht Baukünstler in genügender Zahl herangebildet und wie diesen die Mitwirkung bei jedem Bau gesichert werden soll — ohne gesetzliche Handhabe — darüber schweigt er sich leider aus.

Er gibt auch keine Anregung, wie etwa die Lehrpläne besser eingerichtet würden, das heißt: Er bietet nichts, rein gar nichts, was uns lehren könnte, wie der Einfluß der Künstler zu stärken sei, den er als das Entscheidende hinstellt.

Und dies, obgleich Hasak deutlich erkennt, daß es nicht so weiter gehen kann, wie in den letzten Jahrzehnten sich das Bauwesen entwickelte. Er wird zugeben, daß zwar in den Schulen der Baukunst genug — vielleicht zu viel — gelehrt wurde, daß der Fehler vielmehr wo anders liegt: Die „Gelernten“ kommen an die von ihnen zu lösenden Aufgaben nicht heran. Er sieht, daß der Ungeschmack sich in breiter Flut über Stadt und Land ergießt; er sieht wohl auch weiter, daß die Hoffnung auf eine Besserung des Geschmackes nicht zu erwarten ist, wenn man nicht Mittel ergreift, den Ungeschmack zu beseitigen. Aber er gibt leider den Weg nicht an, den er im Kampf gegen den Ungeschmack einzuschlagen denkt.

Er will „Hebung des Geschmackes ohne polizeiliche Eingriffe“, Freiheit in der Wahl der Bauformen, Erziehung zum Besseren.

Von ästhetischer Volkserziehung ist ja viel gesprochen worden. Wie in der Kindererziehung: es gibt für diese zwei Wege, nämlich der Hinweis auf das Gute und das Abhalten des Einflusses des Bösen. Ich halte das letztere für das Wichtigere. Ebenso in der Kunsterziehung. Lassen wir den Dingen ihren Weg, so geht die Erziehung zum Kunstbösen in den Riesenschritten weiter, die sie seit einem halben Jahrhundert trotz der Kunstschulen und fast überreichlicher öffentlicher Belehrung genommen hat. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß mit der Zeit die Sache sich bessern werde, zumal wenn mehr solche Urteiler wie Hasak dazwischen reden; wenn es unter den „Gelernten“ noch Viele gibt, die ebenso wenig zu höherem ästhetischen Empfinden erzogen sind, wie er. Die Sache wird sich unweigerlich verschlechtern. Die Kunsterziehung zum Schönen wird erstickt werden durch die Kunsterziehung zum Häßlichen. Es ist ja erstaunlich, was die Nation sich heute an Häßlichkeiten schon ohne Zucken bieten läßt, wie schwer es ihr wird, das Häßliche, das sich ihr aufdrängt, als solches zu erkennen. Und wie harte Arbeit es kostet, dem jungen Schönen Anerkennung oder doch ruhige Würdigung zu verschaffen. Die Starken im Land sind die Dachpappenfabrikanten und ihre Gesinnungsgenossen, die Schwachen, die der Staat auch nach Hasak zu schützen hat, das sind die Vertreter höherer ästhetischer Anforderungen. Das haben die Gesetzgeber fast aller Kulturländer anerkannt: Sie wollen die verfolgte und verachtete Schönheit gegen die allmächtige Barbarei des Unschönen schützen, verteidigen.

Hasak hat sich von den Dachpappenfabrikanten belehren lassen; die Sache sei umgekehrt: Die Leute, die nach seiner eigenen Ansicht die Kunst allein machen können, die „Gelernten“, denen er den größten Einfluß zuweisen will, die „Sachverständigen“, hätten sich verschworen, das arme verachtete Wunderkind Dachpappe in seinem Wachstum aufzuhalten. Sein Aufsatz gipfelt in einer Apologie des Pappdaches. Die Heimatschutzbewegung wird bekämpft, weil sie angeblich für Dachpappe nicht genügendes Verständnis hat. Hasak wirft seine eigene Theorie vom Besserwissen und Besserkönnen der „Gelernten“ um, sowie diese der Dachpappe bedenklich wird. Er warnt davor, auf die „Gelernten“ zu hören, da sie mit ihrem Rat eine Industrie stören.

Da scheint mir sein Standpunkt doch recht verkehrt: Er hat ja selbst viel gebaut. Ich weiß nicht, ob er die Materialien für öffentliche Gebäude nach dem Grundsatz

wählte, daß damit gewisse Industrien gefördert werden sollen. Ein solcher Wunsch mag nebenher gehen. Aber man baut nicht zur Hebung der Industrie, sondern die Industrie hat dem Bauwesen das zu liefern, was es braucht und wünscht. Der Staat, der Private sollen die Freiheit haben, das Beste und Preiswerte zu bevorzugen, nicht aber soll der Baumeister den Fabrikanten Aufträge für Waren verschaffen, die eigentlich den Wünschen des Bauenden nicht entsprechen. Entscheiden sich Bauherr und Baumeister dahin, weder Dachpappe noch Verblendsteine zu verwenden, so sind sie sich selbst dafür verantwortlich, nicht den Fabrikanten dieser Waren. So wenig die Ziegeleien ein Recht hatten, den Staat zur Unterdrückung von Zement- und Pappdächern aufzufordern, als diese auftraten und die Ziegeleien in ihrem Verdienst schädigten, so wenig ein Recht der Sandsteinbruchbesitzer besteht, gegen die Verwendung von Eisenbeton Widerspruch zu erheben, weil dieser sie schädige, ebenso wenig hat die Öffentlichkeit ein Gesamtinteresse daran, wenn infolge veränderter Anschauungen über das, was vorteilhaft oder schön ist, nun die Flachdächer und die Teerpappe zurückgedrängt werden sollten.

Früher „schmückte“ man Fenster, Türen und Möbel mit Kapitellen und Ornamenten, die in Zinkguß hergestellt und dann mit „Holzfarbe“ gestrichen wurden. Diese Industrie hatte großen Absatz und beschäftigte viele Arbeiter. Sollten nun die öffentlichen Gewalten eingreifen, als an Stelle des Zinkgusses die Holzschnitzerei trat? Sollten sie ihren Baubeamten vorhalten, daß sie nicht das nach ihrem Ermessen Bessere wählen, sondern lieber am Alten haften, damit die Fabrikation ja nicht gezwungen werde, neue Wege zu gehen. Meines Wissens hat bisher keine Behörde die Dachpappe anders bekämpft als darin, daß das stumpfschwarze oder mit Sand bestreute, unter den in Sachsen heimischen Steildächern fremdartige und landschaftlich störende Dach dort vermieden werden soll, wo dem Bauherrn durch Änderung seines Vorhabens, wie es im Gesetz heißt, kein „unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwächst“. Hasak scheint dagegen der Ansicht, daß der Staat, die Polizei die Pflicht haben, Dachpappe auch dort anzuwenden, wo nach der Ansicht der „Gelernten“ diese nicht hingehört, gleichviel ob sie dort ein Landschaftsbild nach dem Urteil der Sachverständigen störe oder nicht.

Hasak spricht weiter im allgemeinen dem flachen Dach das Wort. Er erwähnt jenes am bayerischen Bauernhaus und das, was die Schinkel'sche Schule anwendete, die freilich bei ihrer Planung sicher nicht an bayerische Bauernhäuser, sondern an Florentiner Villen und südfranzösische Anlagen dachte. Er gibt dafür Beispiele, daß über Fassaden in italienischem Stil Dächer, deren Oberfläche man gar nicht sieht, sondern die nur durch ihre den Schauseiten Schatten spendende Auskragung wirken, sehr gut aussehen können. Das ist eine Binsenwahrheit, die kein Mensch bezweifelt. Darauf kommt es gar nicht an. Aber Hasak liefert kein einziges Beispiel dafür, daß in einer Stadt, einer Straße, einem Dorf, auf einem Gut oder sonst, wo bisher das Steildach herrscht, durch Einführung eines einzelnen Flachdaches eine künstlerische Wirkung erzielt worden sei. Wenn ein Grundbesitzer in Westfalen sich einen alleinstehenden Hof nach Art bayerischer Häuser bauen will — warum nicht! Wenn es einem Künstler gelingt, in einen Kreis von Steildächern ein Flachdach künstlerisch einzufügen — so wird Niemand etwas dagegen haben. Aber wenn ein solches Dach brutal die Gesamtwirkung eines Ortes oder Landschaftsbildes stört, nach Ansicht der für den Fall erreichbaren besten Sachkenner stört — dann soll die Behörde mit milder Hand eingreifen dürfen, soweit dadurch dem Bauherrn kein „unverhältnismäßiger Nachteil“ erwächst. Hasak's Denken kann doch wohl nicht so mit Dachpappe infiltriert sein, daß dies nicht auch sein Wunsch ist, daß er darin nicht eine sehr wirksame Kunsterziehung sieht.

Ziel der Heimatschutzbewegung ist ausschließlich, das Häßliche zu verdrängen eben dadurch, daß man Künstlern Gelegenheit gibt, sich auch an bescheidenen Aufgaben zu betätigen, an die sie sonst nie herankämen. Ein Mitglied der sächsischen Ersten Kammer, Dr. Wach, äußerte sich unter Zustimmung der Regierung über das Schutzgesetz dahin, daß durch dieses nicht eine Kultur des Schönen in dem Sinne getrieben werden dürfe, daß das, was die künstlerisch Gebildeten als das Vollkommene ansehen, dem Lande aufgezwungen werden solle. Das Negative, nicht das Positive sei der Zweck des Gesetzes. Nicht positiv soll es den Schönheitssinn pflegen, sondern die Unschönheit im Sinne des Verunzierenden oder Verunstaltenden bekämpfen. „Und dafür muß“, so führte der Redner unter Beifall weiter aus, „das ganze Volk dankbar sein!“

Abbildung 31.  
Querschnitt in  
Brückenmitte  
(rechts) und  
am Ende des  
oberen Wind-  
Verbandes  
(links).

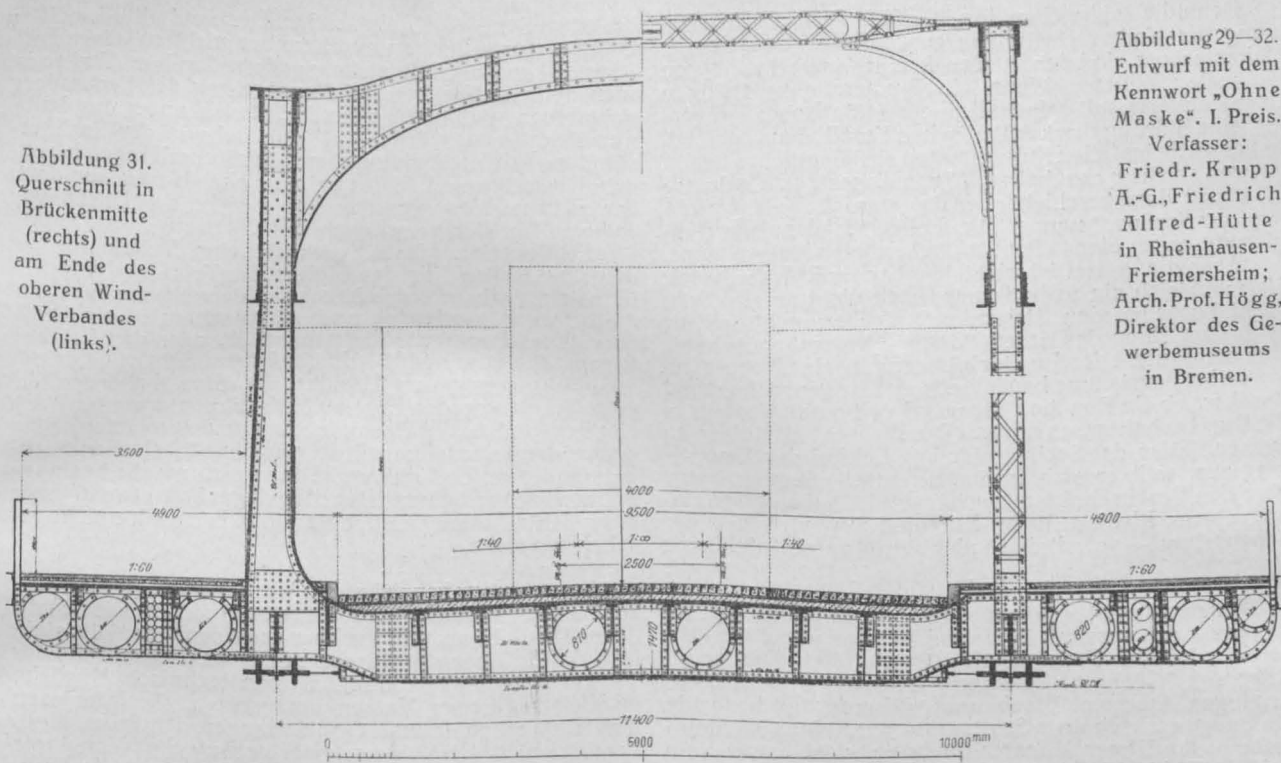
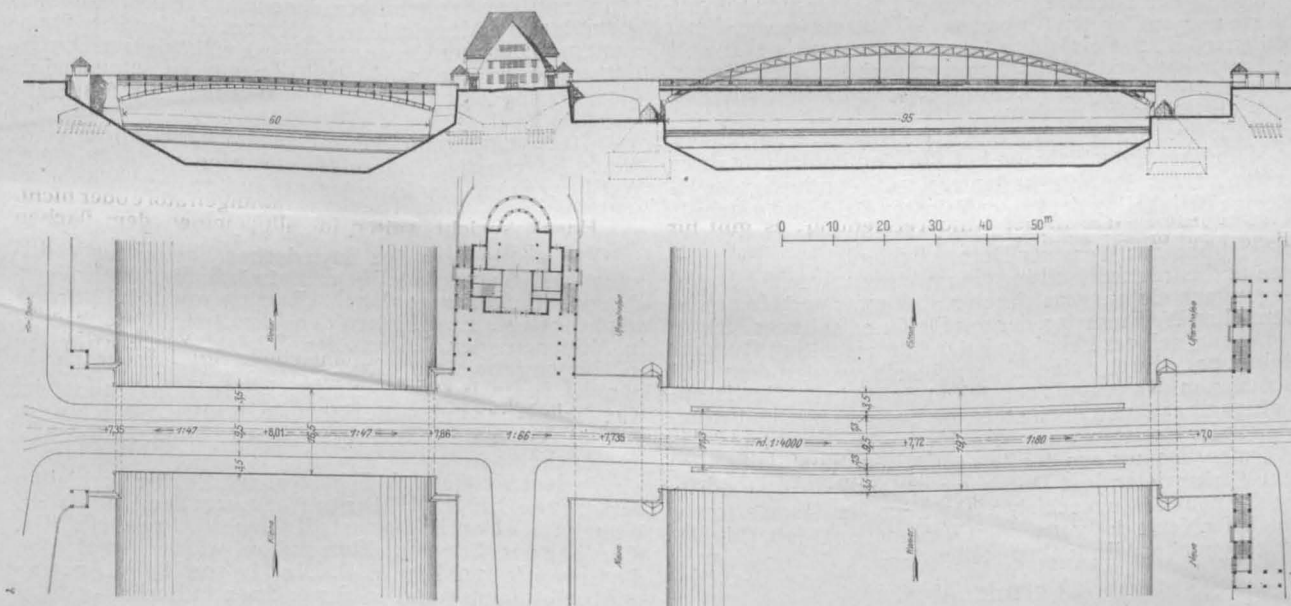
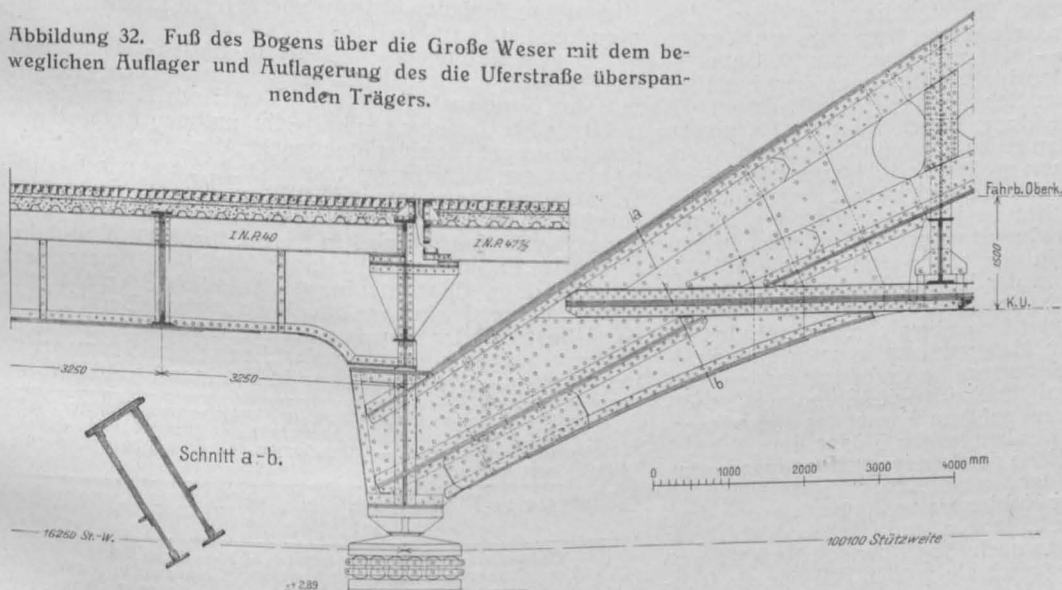


Abbildung 29—32.  
Entwurf mit dem  
Kennwort „Ohne  
Maske“. I. Preis.  
Verfasser:  
Friedr. Krupp  
A.-G., Friedrich  
Alfred-Hütte  
in Rheinhausen-  
Friedersheim;  
Arch. Prof. Högg,  
Direktor des Ge-  
werbemuseums  
in Bremen.



Abbildungen 29 und 30. Aufriss und Lageplan der Brücke.

Abbildung 32. Fuß des Bogens über die Große Weser mit dem be-  
weglichen Auflager und Auflagerung des die Uferstraße überspan-  
nenden Trägers.



System:  
Sichelbogen  
mit Zugband.

Vom Wettbewerb um  
die Kaiser-Brücke in  
Bremen.

(Text in No. 24,  
Seite 202 voraus-  
geschickt.)



Denn die zahlreichen, in vielen Ländern mit Zustimmung der Volksvertretungen geschaffenen Gesetze für Heimatschutz sind der Ausdruck eines unverkennbaren nationalen Willens: Wenn ein Bauherr ohne triftigen Grund anderen mit seinem Bau ein ästhetisches Aergernis, eine Störung ihres ästhetischen Empfindens bereitet, so besteht in fast allen Kulturstaaten ein öffentliches Recht, ihn von solchem abzuhalten. Wenn dieses Recht gehandhabt wird, dann geschieht eben das, was ich „Volkserziehung zum Schönen“ nenne. Die „Polizei“ ist dabei nur Ausführungsorgan eines öffentlich bekundeten Volkswillens.

Aber die Polizei ist nicht identisch mit dem Büttel: Sie maßt sich ein ästhetisches Urteil nicht an, sondern sucht dieses bei den „Gelernten“. Früher suchte sie es nach dem Sinne des Gesetzes beim „Normalmenschen“. Das heißt: nicht der Kunstgebildete und seine Ansprüche waren bei Beurteilung bauästhetischer Fragen maßgebend darüber, ob ein Bau die Umgegend verunstaltet, sondern die Durchschnittsanschauung. Der Richter hatte diese zu suchen. Also der Sachverständige fiel bei der Beurteilung aus, weil er sich in der zu entscheidenden Frage über den Durchschnittsmenschen erhob. Ich empfahl einmal einem Richter, beim Bureaudiener und bei der Scheuerfrau — soweit diese nicht etwa durch Intelligenz

### Tote.

**Domwerkmeister Johannes Häußler in Worms †.** Am 20. Januar d. J. verstarb in Worms, wie uns verspätet mitgeteilt wird, der Domwerkmeister Johannes Häußler im Alter von 56 Jahren. Häußler war am 6. Januar 1853 in Ermingen, Oberamt Blaubeuren, geboren. Er besuchte die Baugewerkschule in Stuttgart und trat dann als Steinmetz in die Ulmer Münster-Bauhütte, woselbst er vom 1. Mai 1877 bis 15. August 1893 verblieb. 1883 rückte er infolge seiner Tüchtigkeit dort zum I. Ballier auf und vollführte namentlich den Aufbau des Hauptturmes am Ulmer Münster. Auf Empfehlung des Dombaumeisters Prof. v. Beyer kam er 1893 als Domwerkmeister nach Worms, wo er unter Hofmann's Leitung bei der Dom-Wiederherstellung tätig war. Dombaumeister Prof. Hofmann sprach namens der Dombauhütte am Grabe Häußler's Folgendes:

„In dem Entschlafenen hat die Dombauleitung ihren ersten verdienten Mitarbeiter verloren, der durch eine 15-jährige Tätigkeit in der Ulmer Münster-Bauhütte geschult, nahezu 17 1/2 Jahre die Werkmeisterstelle bei der Wiederherstellung des Wormser Domes bekleidet hat. Bescheiden und zurückhaltend in seinem Wesen, war der Heimgegangene ein ausgezeichnete Steinmetz und ein gewissenhafter Werkmeister, der mit Fleiß und seltener Pflichttreue nur seinem Beruf und der ihm gestellten Aufgabe gelebt hat. Auch seine Untergebenen werden dem Entschlafenen das Zeugnis ausstellen, daß bei aller Gewissenhaftigkeit er ihnen doch stets ein besonnener und wohlwollender Meister war. Wie in der Baugeschichte des Wormser Domes aus der Zeit des Mittelalters heute noch ein Werkmeister Jost Dotzinger genannt wird, so dürfte in der neuen Baugeschichte des Wormser Domes fortan auch der Name des verdienten Werkmeisters Joh. Häußler in ehrenvollem Andenken stehen.“ — W.

### Vermischtes.

**Wirtschaft und Technik in Bayern.** Aus einer Festrede, die der Lehrer für Volkswirtschaft an der Universität Erlangen, Geheimrat Dr. v. Eneberg über „die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns unter der Regentschaft 1886—1911“ zur Feier des 90. Geburtstages des Prinzregenten hielt, entnehmen wir den Hinweis auf die größeren Schwierigkeiten, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns im Verhältnis zu anderen Bundesstaaten zu kämpfen hat. „Schon die geographische Lage — zum großen Teil Alpenvorland — ist nicht günstig, weder für Landwirtschaft noch Industrie und Handel. Dabei hat in keinem anderen größeren Bundesstaat mit Ausnahme Badens der Wald solchen Umfang wie in Bayern (in den Alpen sind z. B. 69 % Wald) und weite Flächen sind der Kultur überhaupt entzogen. Vom Salz abgesehen ist das Land auch an Bodenschätzen nicht besonders geeignet, besonders fehlt die der Industrie so nötige Kohle. Der Mehraufwand unserer Industrie- und Verkehrsunternehmungen im Verhältnis zu den rheinischen Preisen ist auf jährlich 50—60 Millionen zu schätzen. Nur die Pfalz kann auf dem Wasserweg sich versorgen, während die rechtsrheinischen Flüsse dem Schiffsverkehr erst in der Nähe der Landesgrenze fügsam werden. Diese Ungunst der Verhältnisse steigert sich noch mit der Erhöhung der Kohlenpreise, die heute schon doppelt so hoch wie vor 25 Jahren sind. Bekanntlich strebt man deshalb in Bayern nach Ersatz der schwarzen durch die weiße Kohle. Mag auch ein großer Teil der als tech-

hervorragten — sich ein solches Durchschnitts-Urteil zu holen, da er selbst ja unverkennbar nicht auf einer mittleren Erkenntnisstufe stehe, sondern darüber. Und so ist man denn in Sachsen bei Neuregelung der Sache dazu gekommen, daß man, wenn Hr. Hasak unter uns lebte, nun ihn fragen würde, weil nun bei uns der Sachverständige bei Entscheidung bauästhetischer Fragen herangezogen werden soll. Dies scheint aber Hasak nur dann der richtige Weg, wenn er dabei nicht der Dachpappe wehe zu tun sich gezwungen sieht.

Erblickt Hr. Hasak wirklich eine Gefahr für die deutsche Kultur, für das Blühen der Teer- und Pappen-Industrie darin, wenn sächsische Verwaltungsbehörden ihn befragen würden, ob nach sächsischem Gesetz dieses oder jenes Pappdach die Landschaft oder das Ortsbild verunstaltet oder nicht? Und daß dann auf Grund seines sorgfältig erwogenen Urteiles die Staatsbehörden die vom Gesetz vorgezeichneten Maßnahmen ergreifen? Ich glaube nämlich, daß Hasak in weitaus den meisten Fällen genau ebenso urteilen würde, wie die sächsischen Sachverständigen. Und daß er, hätte er sich um die Sachlage in der von ihm behandelten Angelegenheit etwas besser unterrichtet, seine herzlich verfehlte Broschüre nicht geschrieben hätte. —

nisch gewinnbar bezeichneten Wasserkräfte (550 000 PS., zunächst 24 000 aus dem Walchensee) sich in wirtschaftlicher Hinsicht als unbrauchbar erweisen, jedenfalls steht fest, daß in unseren Flüssen und Seen Riesenkräfte der Verwendung harren. Freilich: das technisch Mögliche in wirtschaftlichen Nutzen umzusetzen, die Interessen der Allgemeinheit und das Verlangen der Privaten zu versöhnen, das ist eine schwierige Aufgabe. Von ihrer Lösung wird es abhängen, ob und inwieweit die über-schwenglichen Erwartungen, denen der Fernstehende sich gerne hingibt, Verwirklichung finden. Hoffentlich übersieht man darüber ein anderes Werk nicht, dessen Durchführung noch von größerer Tragweite zu sein scheint: die Führung eines Großschiffahrtsweges bis ins Herz Bayerns.“

Erst dann, wenn diese Projekte verwirklicht sind, werde Bayern die Hindernisse überwinden, die ihm den Wettbewerb mit begünstigteren Ländern erschweren. —

### Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb des Bayerischen Vereins für Volkskunst und Volkskunde betr. Entwürfe für ein Krieger-Denkmal in Salzburghofen-Freilassing** war mit 17 Arbeiten besickt. Es erhielten den I. Preis Hr. Bildh. Kraus in München; den II. Preis Hr. Bildh. Brochenberger in Gemeinschaft mit Hrn. Arch. Zeitler in München; den III. Preis Hr. Reg.-Bmstr. Leitolf in Traunstein. Eine Belobung fanden die Entwürfe der Hrn. Bildh. Henn, Arch. Senf und Bildh. Mayer, sowie Bildh. Rauscher in München. —

**In dem Wettbewerb Schützenhaus Beuthen** erhielten den I. Preis Hr. H. Möller in Hamburg; den II. Preis Hr. Wilhelm Weber in Darmstadt; den III. Preis Hr. Alb. Kempter in Breslau. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. E. P. Lindig sowie K. Lörcher in Charlottenburg und Joohs & Caro in Berlin. —

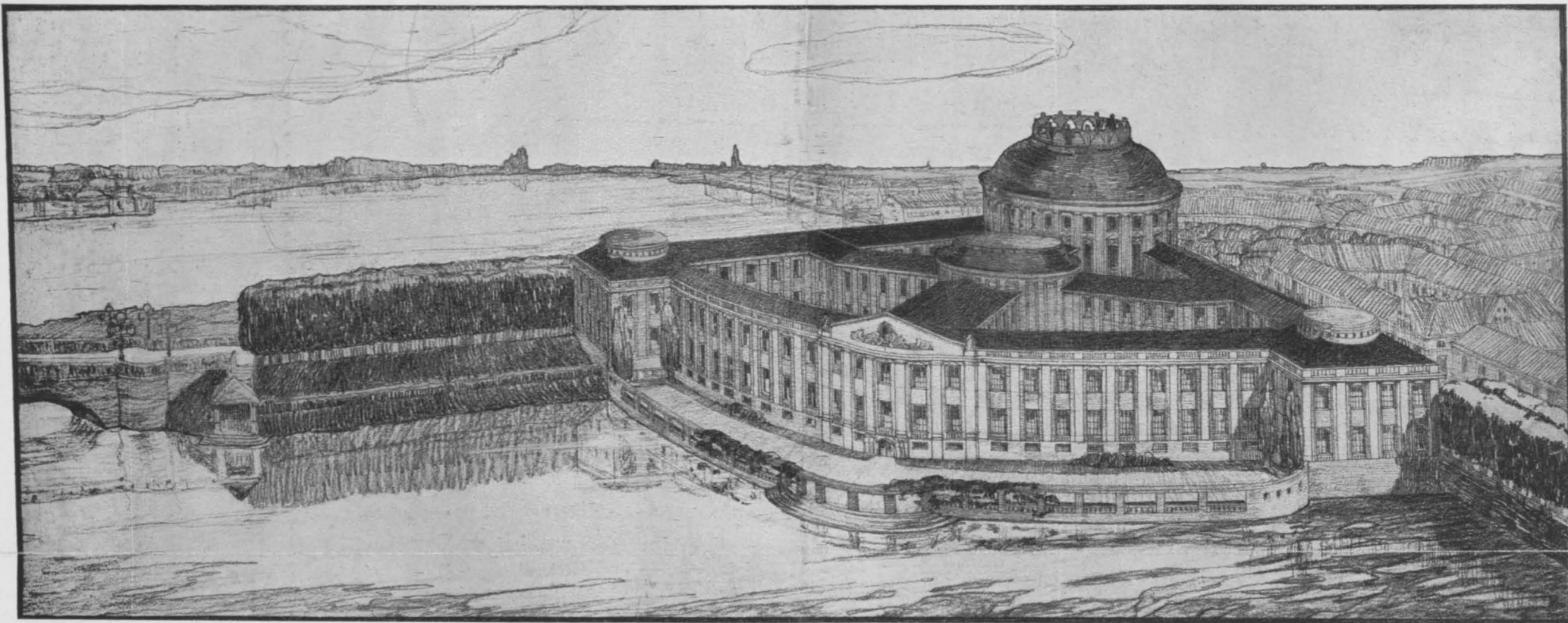
**Wettbewerb Kleinwohnungen im Einzel-Grundstück für sächsische Städte.** Der Mitverfasser eines der zum Ankauf empfohlenen Entwürfe heißt nicht L. L. Wolf, sondern Leo Ludwig-Wolf. —

**In dem Wettbewerb der Terrain-Aktien-Gesellschaft am Flugplatz Johannisthal-Adlershof** wurden dem Entwurf mit dem Kennwort „Aeropolis“, Verf. Arch. Bruno Taut, in Firma Taut & Hoffmann in Berlin, und dem Entwurf mit dem Kennwort „Ruhiger Innenpark“, Verf. Engelbert Seibert, unter Mitwirkung von F. O. A. Lange in Berlin-Wilmersdorf, Preise von je 3000 M. zuerkannt. Außerdem wurden angekauft der Entwurf mit dem Kennwort „Vita Sana“, Verf. Henry Groß in Berlin, für 2000 M. und die Entwürfe „Punkt in zwei Kreisen“, Verf. Reg.-Bmstr. Max Bmstr. Kutschke in Charlottenburg, „Wohnlich“, Verf. Reg.-Bmstr. Walter Köppen u. Arch. Hans Bernoulli in Berlin, sowie „Wohnstraßen“, Verf. Arch. Heiner Straumer, in Firma Straumer & Hermann in Berlin mit je 1000 M. —

Inhalt: Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes. — Ausschuß für Groß-Berlin. — Ein Angriff auf die Heimatschutzbewegung. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Vom Wettbewerb um die Kaiser-Brücke in Bremen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der „Jardin de la Fontaine“ in Nîmes.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



UR ERWEITERUNG DER KUNSTHALLE IN HAM-  
BURG. \* EIN VORSCHLAG VON REGIERUNGS-  
BAUMEISTER KARL BENDEL IN DÜSSELDORF.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

\*\*\*\*\* XLV. JAHRGANG 1911 \* NO. 26. \* \* \* \*





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 26. BERLIN, DEN 31. MAERZ 1911.

## Zur Erweiterung der Kunsthalle in Hamburg.

Ein Vorschlag von Regierungs-Baumeister Carl Bensel, Architekt in Düsseldorf.

Hierzu eine Bildbeilage.



ine Schwierigkeit, die sich durch Geschenke und Ankauf stetig mehrenden Sammlungen in den Räumen der Kunsthalle zu Hamburg unterzubringen, bestand schon in den Jahren 1902—1905, als ich als Staatsbeamter bei der Eisenbahn-Direktion Altona tätig war. Mein lebhaftes Interesse für die schöne Stadt und

ihre Kunstschatze fand durch persönlichen Verkehr mit Männern, die in Hamburger Kunstfragen ein Urteil haben, stets neue Nahrung und aus jener Zeit entsinne ich mich, daß in diesen Kreisen über den Mangel geeigneter Ausstellungsräume geklagt wurde, da die Säle der Kunsthalle schon überfüllt waren.

Inzwischen ist die Erweiterung der Kunsthalle dringend geworden und der Senat hat den vom Hochbauamt ausgearbeiteten Entwurf für einen Anbau an das alte Gebäude der Bürgerschaft vorgelegt. Dieser Plan fand jedoch nicht die erwartete Zustimmung; und da auch die Eisenbahn-Direktion Altona erklärte, in späterer Zeit, die meines Erachtens nicht sehr fern liegt, auf eine Erweiterung ihrer Gleisanlagen hinter der Kunsthalle nicht verzichten zu können, so sah man sich nach anderen Plätzen um für einen unter Umständen zu erstellenden Neubau. Leider konnte über die Wahl eine Einigung nicht erzielt werden.

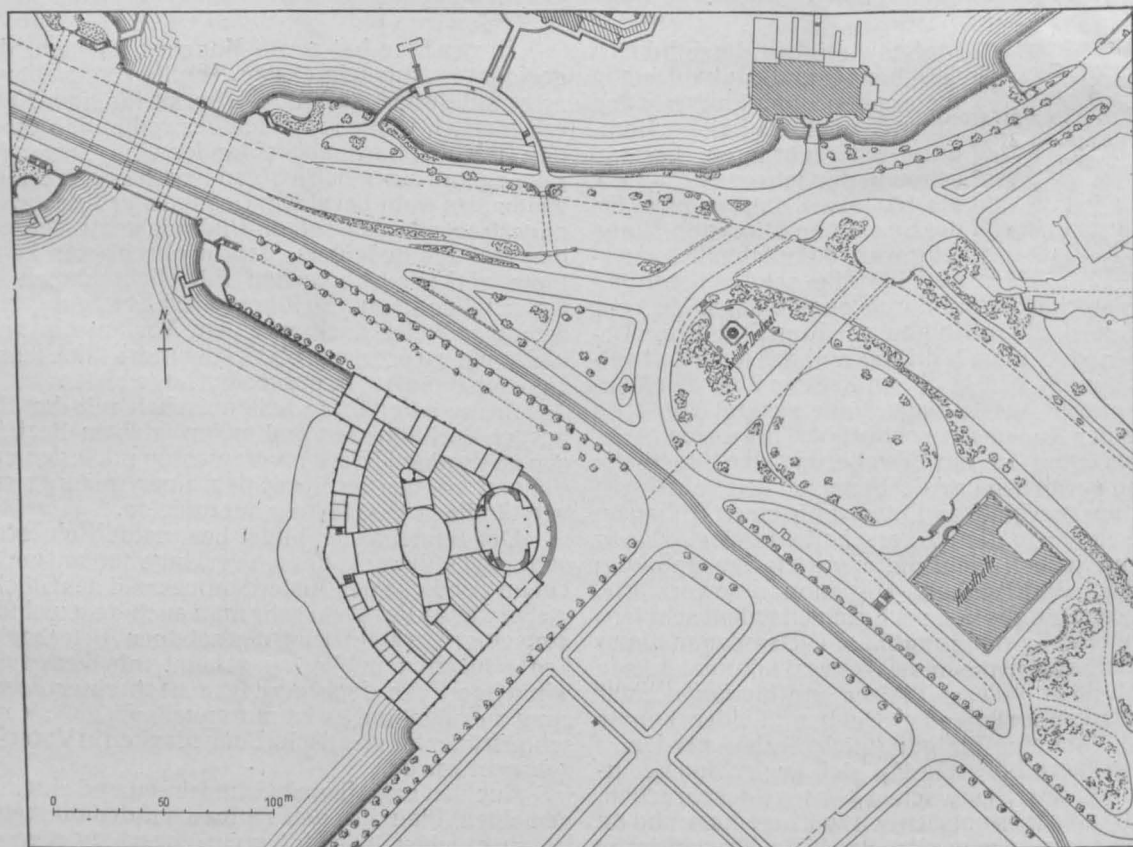
Da größere Bürgerkreise sich gegen eine Beeinträchtigung des Botanischen Gartens aussprachen, der als Bauplatz hauptsächlich in Frage kam, und da man sich einen sehr geeigneten Platz für städtische Zwecke durch den Bau des Esplanade-Hotels hatte entgehen lassen, so soll man jetzt, soweit ich in Erfahrung bringen konnte, wieder am Ausgangspunkt angelangt sein, um der Bürgerschaft aufs Neue einen Anbau an die alte Kunsthalle zu empfehlen.

Dieser Plan hat gewiß Manches für sich, da er geeignet ist, am schnellsten Abhilfe zu schaffen und zwar mit geringeren Mitteln, als sie für einen Neubau erforderlich wären; aber ich bezweifle, daß die beiden Gebäude hart nebeneinander eine einwandfreie Lösung und einen befriedigenden Eindruck zulassen, wie beides wohl bei einem Gebäude für Kunstzwecke angestrebt werden sollte. Und nicht zu vergessen das wichtige Bedenken, daß in absehbarer Zeit der Platz verkehrstechnischen Rücksichtnahmen zum Opfer fallen kann. So führen diese Erwägungen notwendiger Weise doch zu einem Neubau hin und es bleibt nur zu erörtern, ob sich denn wirklich kein geeigneter Bauplatz in passender Lage bietet.

Meine langjährige Bekanntschaft mit den Hamburger Verhältnissen und meine jetzigen Beziehungen zu dortigen Kreisen veranlassen mich, den nachstehend erläuterten Vorschlag einer weiteren sachverständigen Beurteilung darzubieten.

Die Binnenalster bildet bekanntlich ein schiefwinkeliges Viereck, dessen verlängerter spitzer Winkel an der Ecke des Alsterdammes und des Glockengiesserwalles liegt. So sehr man auch gegen eine anderweitige Verkleinerung des schönen Alsterbeckens Front machen müßte, so scheint mir diese schiefwinkelige Ecke doch geradezu nach einer Ausnutzung zu rufen und es ist nur auffallend, daß sie nicht schon früher für städtische Baugedanken in Vorschlag gebracht wurde.

Aus den beigelegten Grundrissen und einem allgemeinen Plan für den Aufbau auf der Bildbeilage ist zu ersehen, wie sich mein Vorschlag etwa verwirklichen ließe. Es wird ohne weiteres einleuchten, daß der Blick vom Jungfernstieg auf die Kunsthalle zu einer wesentlichen Bereicherung des Stadtbildes beitragen kann. Die nahe Lage zum alten Gebäude bietet manche Vorteile, wie gemeinschaftliche Ver-



waltung, leichte Uebersiedelung, gemeinschaftliche Benutzung, Verbleiben eines Teiles der Sammlung (z. B. der Hamburgensien) im alten Hause usw., anderseits dürfte das Freiwerden der jetzigen Kunst-

halle zu Ausstellungszwecken in Künstlerkreisen freudig begrüßt werden.

Es sollte nun aber meines Erachtens eine passende Lösung für die Ausführung durch einen öffent-



lichen Wettbewerb erstrebt werden. Der vorliegende Vorschlag beansprucht daher auch nur, eine entsprechende Anregung gegeben zu haben und nicht in der ungefähren Grundriß-Anlage oder im Aufbau eine Lösung zu sein. Ich habe mich nur bemüht zu zeigen, daß mehr wie das Doppelte an Räumen, wie sie in der alten Kunsthalle vorhanden sind, in diesem spitzen Winkel unterzubringen ist. Ein Abrücken vom Alsterdamm, wie es der Grundriß zeigt, eine Trennung durch Baumschutz von der Lombards-Brücke würde das Gebäude mit der Alster zu einem monumentalen Gesamtbild zusammenschließen.

Vielleicht darf ich mich der frohen Hoffnung hingeben, daß mein Vorschlag Zustimmung findet.

Nachschrift der Redaktion. Wir halten den vorstehend entwickelten Vorschlag von Carl Bensel für einen Gedanken, der ernste Erwägung verdient. Wir verkennen keineswegs, daß die einfache Erweiterung des bestehenden Gebäudes zugleich auch die einfachste Lösung der aufgetauchten Schwierigkeiten sein würde. Ob diese Lösung aber eine dauernde sein könnte, ist bei der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse an jener Stelle immerhin nicht durchaus sicher. Dazu aber kommt noch, wie wir glauben, ein nicht ganz abzuweisender künstlerischer Grund. Die Hamburger Kunsthalle ist ein in den Jahren 1863—1868 nach den Entwürfen der Architekten Schirrmacher und von der Hude errichteter und so in sich abgeschlossener Bau, daß für die künstlerische Haltung des Erweiterungsbaues eigentlich nur zwei Möglichkeiten gegeben sind, soweit wir zu sehen vermögen.

Die eine Möglichkeit besteht darin, dem neuen Teil die gleichen Formen und Materialien — Backstein mit Terrakotta —, wie sie die des alten Teiles sind, zu geben. Das würde aber kein Fortschritt in der Weiterentwicklung der zeitgenössischen Baukunst sein, wobei zudem noch fraglich erscheint, ob sich unter dieser Voraussetzung eine befriedigende Grundrißlösung für den Zusammenschluß des alten und des neuen Teiles finden lassen würde. Die andere Möglichkeit könnte darin bestehen, dem alten Teil einen neuen von selbständiger künstlerischer Haltung, der zugleich Zeugnis ablegt von dem baukünstlerischen Schaffen der Gegenwart, anzuschließen. Dann aber ist der Zwiespalt da und es wäre keineswegs ausgeschlossen, daß die Pietät für die unveränderte Erhaltung des alten Teiles insofern in das Gegenteil umschlagen könnte, als der unmittelbare Anschluß eines guten Erweiterungsbaues den bestehenden Bau empfindlich schädigen könnte. Da es nun möglicherweise erwünscht erscheint, die alte Kunsthalle unverändert zu lassen und außerdem einen Neubau zu errichten; und da, falls beide Gebäude unter einer Leitung bleiben, es aus verwaltungstechnischen Gründen in hohem Grade erwünscht ist, daß sie in möglichster Nähe zu einander stehen, aber ein geeigneter Bauplatz auf dem festen Lande in so großer Nähe nicht vorhanden ist, so will uns in der Tat der Vorschlag Bensel's, wie wir es eingangs bezeichneten, als ein Gedanke erscheinen, der ernste Erwägung verdient. Wir glauben nicht, daß das Alster-Becken durch seine Verwirklichung irgendwie verkümmert werden würde. —

## Die neue Hafenanlage von Constantza am Schwarzen Meer.

Von Ingenieur Fr. Bock in Charlottenburg.



Im Auftrage der rumänischen Regierung und nach den Plänen des Generaldirektors der rumänischen Verkehrsanlagen, Hrn. A. Saligny, ist bei Constantza ein bedeutender Ausfuhrhafen geschaffen worden, dessen Einweihung im Vorjahre erfolgt ist. Den drei wesentlichsten Erzeugnissen und Ausfuhrartikeln Rumäniens — Petroleum, Getreide und Holz — steht damit unmittelbar am Schwarzen Meer ein mit allen modernen Hilfsmitteln der Technik ausgestatteter Umschlaghafen zur Verfügung.

Der Hafen von Constantza, dessen Uebersichtsplan in Abbildung 1, S. 218 dargestellt ist, liegt an der Küste des Schwarzen Meeres bei 26° 19' 26" Länge und bei 44° 10' 29" Breite und gliedert sich der Stadt gleichen Namens an und deren früheren unbedeutenden Hafenanlagen. Er mußte dem Meere abgewonnen und durch mächtige Hafendämme geschützt werden, und zwar östlich durch den Breiten Damm von 1377,56 m Länge, der ziemlich genau von Nord nach Süd gerichtet ist, durch den Süddamm von 1496,77 m Länge und ungefährer Ost-West-Richtung, und den kurzen Einfahrtsdamm. Zwischen Süd- und Einfahrtsdamm liegt die Einfahrt zum Hafen von 160,7 m Breite, die ebenso wie die Südspitze des Breiten Dammes durch Leuchfeuer gekennzeichnet ist. Der letztgenannte Damm ist nach Süden über die Einfahrt auf 400 m vorgezogen. Dadurch ist ein Außenhafen von rund 14 ha Fläche geschaffen und es wird den Schiffen die Einfahrt erleichtert.

Die Dämme sind auf einer Steinschüttung aus Betonblöcken errichtet, deren jeder ungefähr 36 t wiegt, und mit einer durchgehenden Kappe in Beton bzw. Mauerwerk abgedeckt. Der bedeutendste seiner Abmessungen nach ist der Breite Damm, der bei 10 m Wassertiefe eine Sohlenbreite von 42 m und eine Breite in Wasserspiegelhöhe von 11 m besitzt.

Die Wasserfläche zerfällt in fünf Becken, ein großes Vorbecken, das auch Raum zum Wenden für die Schiffe bietet, und von diesem abzweigend der Petroleum-Hafen, ein Kohlenbecken, ein Becken für den Holzverkehr, an dem auch die Schiffs-Reparaturanlagen angeordnet sind, und schließlich das am meisten zurückgeschobene, auf der Stelle des alten Hafens liegende Haupt-Becken, an dem sich westlich der Getreide-, nordöstlich der Stückgut- und schließlich auch der Personen-Verkehr vollziehen. Mit Ausnahme des Petroleumhafens, der wegen des großen Tiefganges der Tankschiffe 9,25 m Tiefe erhielt, haben alle Becken 8,25 m Wassertiefe unter dem mittleren Meeresspiegel. Die regelmäßigen Spiegelschwän-

kungen des Schwarzen Meeres sind bekanntlich gering. Sie betragen hier nur 0,65 m.

Die an diesen Hafenbecken vorhandene Kailänge beträgt 6,42 km. Davon entfallen 747 m am Breiten Damm auf militärische Zwecke (Marine-Verwaltung), 520 m auf den Personen-Verkehr an der für das Anlegen von Personen-Dampfern besonders bestimmten Mole, 270 m für den Stückgut-Verkehr am alten Hafen. Von dem 500 m langen Nordkai daselbst ist ein Teil dem Stückgut-Verkehr, ein anderer dem Umschlag schwerer Güter und von Getreide gewidmet. Der Kai längs der Getreidesilos allein hat 337 m, die Hafenzunge, die für die Verladung von Getreide und Vieh bestimmt ist, besitzt 1196 m. Für Reparaturzwecke sind 365 m, für Holzverladung 948 m, für Kohlen 514 m vorgesehen. Die Uferlänge des Petroleum-Hafens mit Vorbecken, in dem die Feuer der Tankschiffe gelöscht werden müssen, stellt sich auf 1398 m.

Die Kaimauern sind ebenfalls auf einer Steinschüttung, die in einem vorher ausgebagerten Schlitz gelagert ist, aus mehreren Reihen von Betonblöcken errichtet, die bis zur Meeresoberfläche reichen. Von hier ab bis zu 2,50 m Höhe bestehen die Kais aus Mauerwerk von unbehauenen Steinen in Zement. In dieser Mauer ist ein Kanal von 1,65 m Höhe für die elektrischen Kabel und das erforderliche Leitungsnetz vorgesehen. Auf der ganzen Länge der Kais sind in angemessenen Abständen Pfähle und Ankerringe zum Anlegen der Schiffe angebracht; an verschiedenen Stellen sind Treppen angeordnet für die Bedienung der Bote.

Von der gesamten Hafengeländefläche von 118 ha entfallen auf die eigentliche Kailäche zum Be- und Entladen der Schiffe 24 ha, auf das von den Anlagen für die Ausfuhr des Getreides und des Petroleums, sowie von den Zufahrtsgleisen zu den verschiedenen Kais und Anlagen eingenommene Gelände 68 ha, und schließlich sind für die später auszuführenden Anlagen, die sich mit der weiteren Entwicklung des Hafens notwendig machen werden, 26 ha zurückbehalten.

Das Hafengelände ist mit ausreichenden Gleisanlagen versehen, um alle Kais, den Personenbahnhof, den Anlegeplatz für die Schiffe der rumänischen Marine-Verwaltung auf dem Hauptdamm, dann die Anlagen für die Ausfuhr des Getreides und des Petroleums usw. zu verbinden. Die Gesamtlänge dieser Gleise beträgt etwa 60 km.

Da der Umschlag im Hafen von Constantza hinsichtlich der Massen ein ausgeprägtes Übergewicht der Ausfuhrwaren gegenüber den eingeführten Artikeln aufweist, so ist den Anlagen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden, die ein leichtes und schnelles Verladen

der Ausfuhrwaren ermöglichen sollen, deren wichtigste, wie schon oben bemerkt, für Rumänien Getreide, Petroleum und Holz bilden, die ungefähr 85% des Gesamtan-

ebenfalls der rumänischen Regierung gehörigen Getreidespeichern in Galatz und Braila die bedeutendsten des Kontinentes sind. Von den fünf im Lageplan angedeuteten Getreidespeichern sind zurzeit zwei ausgeführt, die in je 255 Silozellen 35000t Getreide, zus. also 70000t aufnehmen können. Jeder Speicher bedeckt eine Grundfläche von rund 30000qm und hat von Unterkante Fundament bis zum First der Elevatortürme eine Höhe von 51m. Die Speicher sind ganz in Eisenbeton erbaut.



Das aus dem Inlande kommende Getreide wird den Speichern auf den umfangreichen Gleisgruppen zugeführt, die Abb. 2, S. 217, zeigt. Eine elektrisch betriebene Lokomotive führt gleichzeitig 14 Wagen in einen in der Achse des Speichers gelegenen Tunnel, in welchem die Züge ihren Inhalt an automatische Waagen abgeben, von denen mittels wagrechter Transportbänder das Getreide dann den senkrechten Elevatoren zugeführt wird, die es mittels wagrechter Transportbänder über den Silozellen verteilen. Durch Abwurfwagen wird das Getreide dann in bekannter Weise in die einzelnen Silozellen abgegeben.

Soll Getreide aus den Silos auf Schiffe verladen werden, so wird es aus den Zellen-Trichtern unten abgezapft, durch wagrechte Bänder wieder senkrechten Elevatoren zugeführt, durch diese gehoben und mittels Querbändern dem längs des Getreidekais in 570m Länge errichteten Eisengerüst in Silohöhe zugebracht, längs diesem auf Längsband bewegt und dann mittels teleskopprohrtartigen Schüttrinnen den Schiffen zugeführt. Abbildung 3 zeigt das Gerüst in ganzer Ausdehnung, während Abbildung 4 und 5 die Konstruktion des eisernen Unterbaues und die fahrbaren Teleskoprohre deutlicher erkennen lassen.

Selbstverständlich sind die Speicher auch mit Einrichtungen zum Reinigen, Umstechen, Lüften, Mischen usw. des Getreides versehen.

Alle Einrichtungen werden elektrisch betrieben. Sie sind so bemessen, daß jeder Apparat — Transportband, Elevator, Gruppe von Reinigungsmaschinen — stündlich je 150t Getreide behandeln kann. Da jeder Speicher eine doppelte mechanische Einrichtung besitzt, so können also gleichzeitig 300t/Stunde in jeden Speicher eingelagert bzw. aus ihm in Schiffe verladen werden. An dem Getreidekai können in einer Reihe 5, in zwei Reihen 10 Schiffe gleichzeitig beladen werden.

Es ist auch die Möglichkeit geschaffen, Getreide unmittelbar von Bahn zu Schiff zu verladen, ohne daß es die Silos durchläuft. Die Eisenbahnwagen geben zu dem Zweck ihr Getreide an zwei besondere Elevatoren am Kai ab, welche es zur Höhe des Transportgerüsts heben und dann wieder mittels Schüttrinne den Schiffen zuführen. Auch für diese Anlagen beträgt die Stundenleistung 300t.

Die gesamten mechanischen Einrichtungen der Silospeicher sind von der Spezial-Firma G. Luther in Braunschweig ausgeführt, die seinerzeit auch die Ausrüstung der Speicher in Galatz und Braila geliefert hat.

Neben dem Getreide bildet das Petroleum und seine Derivate einen der hauptsächlichsten Ausfuhrartikel des Hafens von Constantza. Die für die Aufnahme des Petroleums, seine Lagerung in Behältern und seine Ausfuhr errichteten besonderen Anlagen liegen alle im Westen des Hafens von Constantza, teils auf dem an der Küste gelegenen Gelände, teils auf dem Hafengelände und in den Petroleumbecken. Sie umfassen: die Anlagen für den Empfang und das Ausladen der Züge, zum Einlagern in Behälter, zum Umladen der in den Behältern enthaltenen Produkte in die Schiffe.

Der Empfang der Züge geht in der an der Küste in einer Höhe von 33,5m errichteten Station vor sich. Diese umfaßt sechs Zufuhrgleise von je 350m, die mit den in

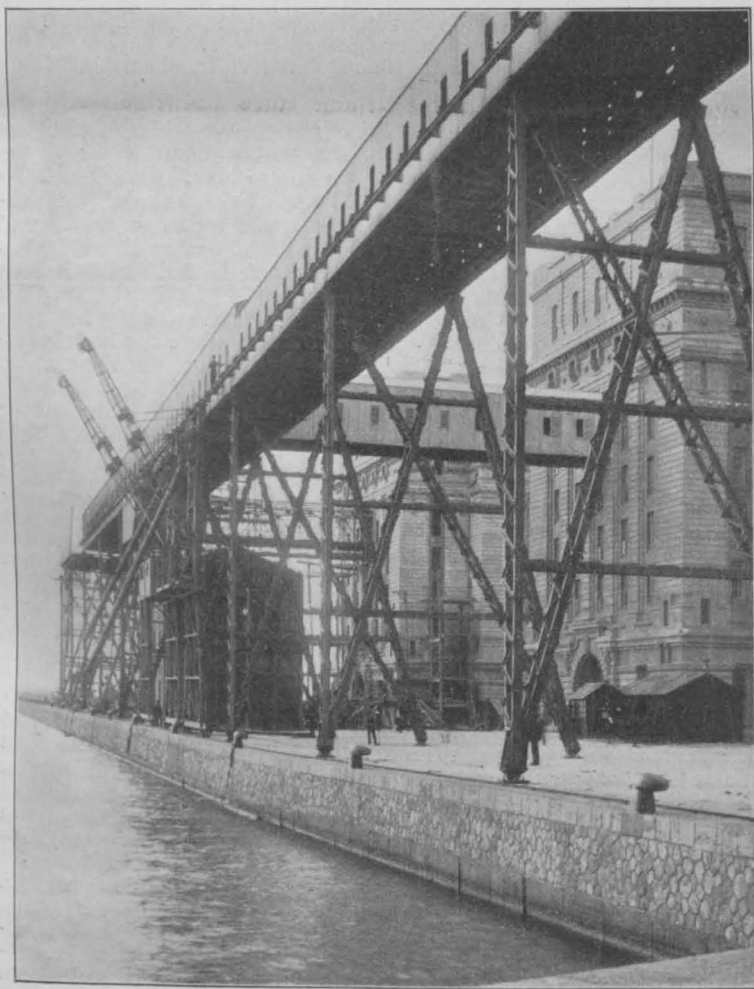


Abbildung 4 u. 5. Verladegerüst am Getreidekai mit fahrbaren Schüttröhren.

dels im Hafen von Constantza ausmachen.

Am interessantesten sind die dem Getreide-Verkehr dienenden Anlagen, die zusammen mit den großen,



Constantza ankommenden Eisenbahnlinien verbunden sind. Zwischen diesen sechs Gleisen sind vier Abzugs-Leitungen — für Benzin, raffiniertes Petroleum, destilliertes Petroleum und Rückstände — vorgesehen, die alle 3 m Verbindungsstutzen besitzen, an welche sich biegsame Rohre anschließen, deren andere Enden mit den Abzugs-Hähnen der die Petroleumprodukte enthaltenen Waggonen verbunden werden. Jede Leitung kann daher einen ganzen Zug entladen, der dasselbe Produkt enthält, und ist mit einem Aufnahmebehälter von 700 cbm verbunden, in das die dünnflüssigen Produkte unter dem einfachen Einfluß der Schwerkraft einfließen.

Zum Einlagern der Petroleumprodukte sind auf dem Hafengelände in 3 m Höhe 25 Behälter von 22 m Durchm.,

tern in Schiffe erfolgt mittels 5 doppelt wirkenden Kolben-Pumpen, die in der auf dem Hafengelände in 3 m über dem Meeresspiegel errichteten Station aufgestellt sind. Sie werden durch eine Zwischentransmission von drei Bezin-Motoren von 30 bzw. 50 PS. Stärke angetrieben.

Das Petroleumbecken enthält vier aus Molen gebildete Ladeplätze von je 40 m Länge, von denen drei mit Leitungen an die Behälter für raffiniertes Petroleum und destilliertes Petroleum angeschlossen sind, während der vierte Ladeplatz ausschließlich für die Verladung der Rückstände und der Petroleumprodukte in Gefäßen dient. Die Leitungen der Molen sind mit den Schiffen durch biegsame Rohre verbunden, die diesen eine gewisse Bewegung gestatten, welche durch die im Becken etwa auf-



Abbildung 2. Blick auf das Hafengelände am Getreidekai vom Ufer her.  
(Links Elektr. Kraftzentrale, rechts Silospeicher mit den Zufahrts- und Aufstellungsgleisen.)

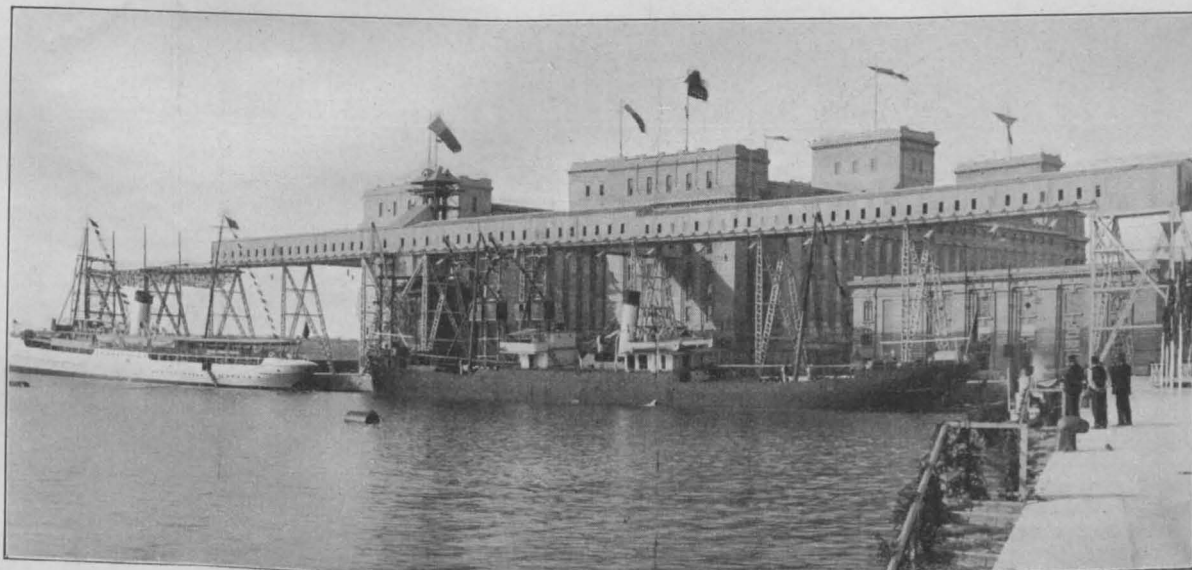


Abbildung 3. Blick auf den Getreidekai mit Verladegerüst und Silospeichern.

13,4 m Höhe und 5000 cbm Fassungsraum aufgestellt. Die Verbindung zwischen den oberen Empfangsbehältern und diesen Lagerbehältern geschieht durch drei Leitungen — für Benzin, raffiniertes bzw. destilliertes Petroleum — von 200 mm Weite, die von eisernen Gerüsten getragen werden, über alle Behälter hinweg geführt und mit allen verbunden sind. Für die Rückstände sind vier besondere Lager-Behälter aufgestellt, die aus den Empfangsbehältern mittels Pumpe durch unterirdische Leitungen gefüllt werden. Alle Lagerbehälter sind mit wagrechten Deckeln versehen, die eine Wasserschicht von 20 cm Höhe tragen; diese dient dazu, eine Vergasung der Produkte unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen zu verhindern.

Das Umladen der Petroleumprodukte aus den Behäl-

tretenden Schwankungen hervorgerufen wird. Das Petroleumbecken steht mit dem übrigen Hafen mittels einer Durchfahrt von 40 m in Verbindung, die durch ein schwimmendes Tor geschlossen ist, um bei ausbrechen-dem Feuer den Hafen abschließen zu können. Die Schiffe vermindern zunächst ihren Dampfdruck in einem besonderen, dem Petroleumbecken vorgelagerten Becken und werden alsdann ausschließlich mittels elektrischer Winden bewegt. Die Besatzung wird vorsichtshalber gelandet. In Rücksicht hierauf soll auf dem Gelände ein besonderes Gebäude errichtet werden, das Wohnzimmer und Küchen für die Besatzung von vier Schiffen enthalten wird.

Um auch die Ausfuhr des Petroleum in Gefäßen zu erleichtern, ist der Bau von Lagerhäusern in armiertem

Beton vorgesehen. Außerdem ist eine besondere Einrichtung geschaffen, um die bei Kälte schwer flüssigen Rückstände durch Dampf zu erhitzen, um sie dann leichter durch Leitungen führen zu können.

Die mit diesen Anlagen zu erzielenden Leistungen sind: Für das Entladen der Züge und das Einlagern in Behälter: 720 cbm stündl. für Benzin, 610 cbm stündl. für Rohpetroleum, 200 cbm stündl. für die Rückstände; für das Umladen in Schiffe: 200 cbm stündl. für Benzin, 200 cbm stündl. für Brennpetroleum, 180 cbm stündl. für Rohpetroleum, 100 cbm stündl. für die Rückstände.

Die Petroleumstation besitzt außerdem eine Einrichtung, um die Produkte aus den Empfangsbehältern unmittelbar in die Schiffe fließen zu lassen. Eine andere Einrichtung ermöglicht, Waggons mit den in den Lagerbehältern enthaltenen Produkten zu beladen.

Endlich haben die Petroleum-Gesellschaften, die in der Station Medea (in 4 km Entfernung vom Hafen) eigene

verschiedenartigen Stückgütern bestehenden Einfuhrartikel sind Plätze und Schuppen zu ihrer Lagerung und Zollbesichtigung vorgesehen. Ferner ist der Bau von Speichern, Lagerhäusern und Kellern für die über Constantza nach einem anderen Bestimmungsort des Landes laufenden Waren geplant. Zum Entladen der schweren Stückgüter ist die Aufstellung eines elektrisch betriebenen Kranes von 50t vorgesehen; ferner sind mehrere andere fahrbare Krane von 2t für die leichteren Stückgüter aufgestellt worden.

Für die Erzeugung der nötigen Energie zur Beleuchtung und zur Erzielung der für alle Hafenanlagen von Constantza erforderlichen Kraft ist eine elektrische Zentralstation ganz in der Nähe der Getreidespeicher errichtet worden, deren Einrichtungen den größten Teil dieser Energie verbrauchen. (Siehe Plan und Abbildung 2.) Diese umfaßt vier Maschinengruppen, die Gleichstrom von 440 V. für Kraftzwecke und von  $2 \times 220$  V. auf

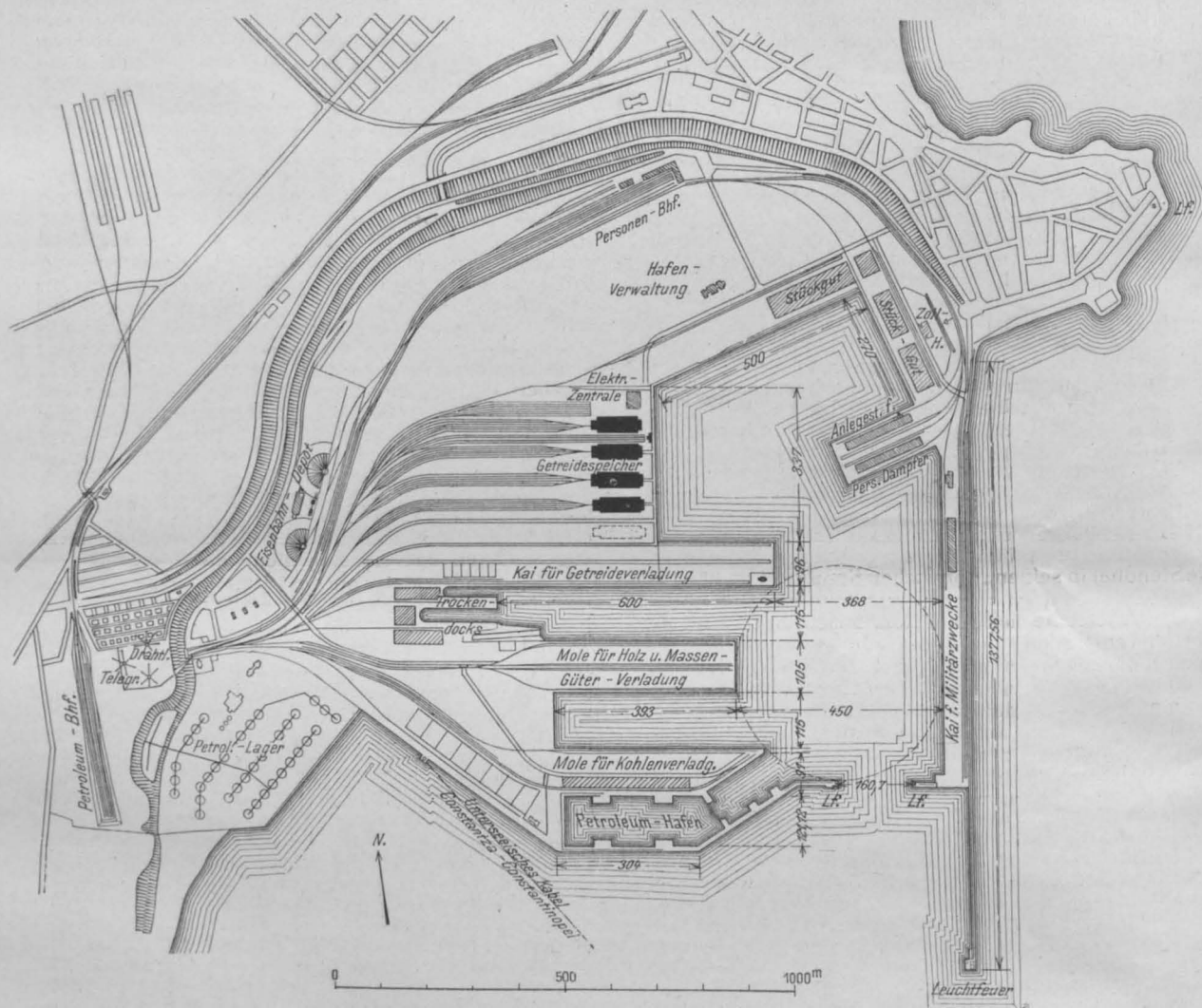


Abbildung 1. Lageplan des Hafens von Constantza am Schwarzen Meer.

Anlagen zum Empfang der Petroleumzüge besitzen, die Erlaubnis erlangt, diese Anlagen unmittelbar mit den von ihnen im Hafen gemieteten Behältern zu verbinden, um ihre Produkte dahin zu leiten.

Für andere Ausfuhrartikel bestehen keine besonderen Anlagen. Das Holz, das nach dem Getreide und dem Petroleum den wichtigsten Ausfuhrartikel bildet, erfordert keine besonderen Einrichtungen, da es mittels der an Bord der Schiffe vorhandenen Krane verladen wird. Für die in Kohle, Walzeisen, Blechen, Eisenbahnschienen und

Dreileitern für die Beleuchtung erzeugen. Jede Elektrizität erzeugende Gruppe besteht aus einem Dieselmotor für Rohpetroleum von 400 PS., unmittelbar gekuppelt mit einer Dynamo für Gleichstrom von 270 KW. Außer diesen Maschinengruppen besitzt die Zentrale noch eine Akkumulatoren-Batterie, die als Reserve für die Beleuchtung dienen soll, wenn die Maschinen nicht arbeiten. Die elektrischen Einrichtungen des Hafens sind von der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin geliefert. —

### Aus dem Programm der festlichen Veranstaltungen zur 50-Jahrfeier der nationalen Einigung Italiens.

Am Mitternacht vom 26. zum 27. März verkündete ein Kanonenschuß vom Janiculus dem römischen Volke, daß die Nationalfeste zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des italienischen Einheitsstaates begonnen haben. Am 18. Febr. 1861 sprach Viktor Emanuel II. bei Eröffnung des ersten Parlamentes des geeinigten Ita-

lien die Worte: „Italien wird sein eigen werden, eine Bürgerschaft der Ordnung und des Friedens, und mächtig zur allgemeinen Bildung beitragen“. In welchem Umfang es das geworden ist, läßt sich außer anderer Erkenntnis aus den stolzen Worten erkennen, die König Viktor Emanuel III. an diesem 27. März auf dem Kapitol sprach: „Dieses Werk unserer Väter, der Befreier unseres Vater-



landes, erscheint uns nicht minder erhaben, als das der beiden vorangehenden Zeitalter Roms... und er fährt fort, unter den majestätischen Ueberresten der alten Größe dürfe die neue Größe nicht bescheiden erscheinen; „die alte war Kraft des Geistes der Zeit universal, die neue ist national“.

Eine lange Reihe von festlichen Veranstaltungen soll der nationalen Freude über das Geschaffene und Gewordene der verflorenen 50 Jahre bereiten Ausdruck geben. Wir glauben unseren Lesern mit einem kurzen Hinweis auf die Veranstaltungen zu dienen, die unser Arbeitsgebiet oder die Kunst im allgemeineren Sinn berühren.

Bereits am 11. März wurde in Florenz eine historische Porträt-Ausstellung eröffnet, für die der Palazzo Vecchio die Räume darbietet. Sie umfaßt den Zeitraum von drei Jahrhunderten etwa, von 1575—1860, von Cimabue und Giotto, deren Künstlerschaft noch mit der kirchlichen Gebundenheit des Mittelalters zu ringen hatte, über die höchsten Höhen der Bildnismalerei des Leonardo, Rafael und Tizian hinweg bis zu den Werken der Angelica Kauffmann, Winterhalter, Francesco Hayez usw. Neben dieser Ausstellung hat Florenz auch eine Ausstellung für Gartenkunst eröffnet.

Zwei große Ausstellungen in Turin und in Rom geben den Veranstaltungen jedoch ihr besonderes Gepräge. Ihre Gebiete sind so geteilt und umgrenzt, daß in Rom Altertumskunde und Kunst zur Ausstellung gelangen, während in Turin die übrigen Schaffensgebiete in internationalem Wettstreit sich entfalten werden. In Turin liegt das Ausstellungsgelände an der überlieferten Stelle im Valentino-Park und seiner näheren Umgebung, auf beide Ufer des Po sich erstreckend und deren hügeligen Charakter in geschickter Weise für die Anordnung der Ausstellung benutzend. Zu bedauern ist, daß das architektonische Gepräge der Ausstellungsanlage nicht gleichen Schritt hält mit dem großen Gedanken, dem das Werk dienen soll. Die Ausstellung soll am 29. April eröffnet werden.

In Rom verteilen sich die einzelnen Ausstellungen für Archäologie, Topographie und Kunst auf eine Reihe von Neubauten an verschiedenen Stellen der Stadt, sowie auf alte Bauwerke. Von der Anlage der „Passeggiata archäologica“ über die Ruinenfelder des Monte Caelius hinweg ist abgesehen worden. Wenn auch die alten, poetischen Stimmungsbilder der ausgedehnten Ruinenfelder, die Stendhal in seinen „Römischen Spaziergängen“ so eindrucksvoll schildert und die auch noch Gregorovius in seiner Geschichte der Stadt Rom beschreibt, nicht mehr in früherem Umfang vorhanden sein werden, so wird doch noch manches malerische Bild in den Ruinen des Altertums auch heute noch den Besucher entzücken. Man kann es bedauern, daß das romantische Rom der Päpste nach und nach bis auf wenige Reste verschwunden ist, und man kann es in gleichem Maße bedauern, daß die italienische Königsstadt von heute in künstlerischer Beziehung und in Bezug auf die Topographie des geschichtlichen Rom allen anderen Zeiten nachsteht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Energie der Arbeit des verflorenen halben Jahrhunderts einer künstlerischen Ausreifung der sichtbaren Ausdrucksformen dieser Arbeit nicht günstig war.

In Rom ist am 27. März die Internationale Kunstausstellung feierlich eröffnet worden. Die Gebäude liegen im Norden der Stadt, vor Porta del Popolo, zwischen der Villa Borghese und der Villa di Papa Giulio, also auf einem bevorzugten Gelände. In ihr nimmt die deutsche Abteilung eine hervorragende Stellung ein. Ein besonderes Gebäude ist nach dem Entwurf des Architekten Prof. Dr. Bestelmeyer in Dresden und unter Mitwirkung der Bildhauer Albertshofer, Düll & Petzold, Möller, Herm. Hahn, den Gebäuden Englands und Italiens benachbart, für die deutsche Kunst errichtet. Diese wird in nahezu 600 Werken zur Ausstellung gelangen, und zwar in etwa 400 Gemälden, 100 plastischen Bildwerken, der Rest in graphischen und architektonischen Arbeiten. Eine geschichtliche Abteilung stellt die Kunstentwicklung in dem Zeitraum von 1860—1900 dar.

Bemerkenswert wird auch die Archäologische Ausstellung in Rom sein, die in den gewaltigen Resten der Thermen des Diokletian gegenüber dem Hauptbahnhof nach einem Plan des Prof. Lanciani in Rom ihre Anordnung gefunden hat. Die Ausstellung wird kultur- und kunstgeschichtlich interessante Denkmäler aus allen Teilen des einstigen römischen Reiches, also aus Deutsch-

land, Oesterreich, Frankreich, England, Griechenland, Tunis, Aegypten usw., enthalten. Sie wird Kunst und Kultur des alten römischen Reiches in ihren verschiedenen Erscheinungsformen darstellen, so unter anderem den spanischen Bergbau, der dem römischen Reich unter Crassus seine Schätze zuführte; Oesterreich wird mit den römischen Resten oder deren Nachbildungen aus den Landschaften Rhätien, Noricum, Pannonien, Mösien und Illyricum vertreten sein. Die Sammlungen in Aquileja, Pola, Zara, Spalato usw. werden wichtige Originalbeiträge zur römischen Altertumskunde liefern. Auch ein Wiederherstellungs-Versuch Niemann's für den Diokletianischen Palast in Spalato wird die österreichische Abteilung zielen. Deutschland hat Abbildungen der Saalburg, Nachbildungen des Silberschatzes von Hildesheim, Dokumente über den Weinbau an Mosel und Saar der Ausstellung überlassen. Die Ingenieurkunst wird durch Modelle und Abbildungen von Festungen, Brückenbauten, Straßen-Anlagen, Hafenbauten, Wasserleitungen, Deich-Anlagen, Alpenstraßen usw. vertreten sein. Eine besondere Gruppe für Kunst wird sich u. a. mit den vielfachen Beziehungen griechischer und römischer Kunst beschäftigen.

Gegenüber dieser ihren Zielen nach in ihren Grenzen naturgemäß sehr weit gefaßten Abteilung wird die Engelsburg eine Ausstellung aufnehmen, die sich auf eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der Stadt Rom beschränkt und in dieser Beschränkung vielleicht größeres Interesse darbietet, als die eben genannte Ausstellung mit ihren weiter gesteckten Zielen. In alten Plänen, Kupferstichen, Photographien, Modellen, literarischen Veröffentlichungen, sowie aus anderen zugänglichen Quellen wird hier ein Bild der baugeschichtlichen Entwicklung der Stadt Rom sowohl in Hinblick auf die Stadtanlage an sich wie auch in Bezug auf einzelne Bauten in den einzelnen Perioden der geschichtlichen Entwicklung gegeben werden, das als eine unerreichte Illustrierung der Werke des großen Geschichtsschreibers der Stadt Rom, Ferdinand Gregorovius, betrachtet werden kann. Es darf uns mit Stolz erfüllen, daß ein Deutscher es war, der die beste Geschichte der Stadt Rom verfaßt hat, welche die Stadt Rom ins Italienische übersetzen ließ und für die sie ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannte. Die Geschichtsschreibung Gregorovius' ist besonders dadurch ausgezeichnet, daß sie sich nicht allein auf eine enge Darstellung der Geschichte beschränkt, sondern ein glänzendes Kulturbild mit Berücksichtigung der baulichen und Kunstentwicklung gibt.

Eine mit der römischen Kunstaussstellung verbundene Gewerbe-Ausstellung wird namentlich auch dem internationalen Hausbaugewerbe sein. Das ständige Kunstausstellungsgebäude an der Via Nazionale in Rom wird eine italienische Kunstaussstellung von Werken, die in den letzten 50 Jahren entstanden sind, aufnehmen. Daneben wird noch eine Ausstellung des Fremdenlebens in Rom in der Engelsburg zu erwähnen sein. Sie wird auch eine deutsche Abteilung enthalten, die das Leben der deutsch-römischen Maler in dem Jahrhundert von 1750—1850 darstellt und namentlich auch den römischen Aufenthalt Goethes berücksichtigt.

Nach der Erwähnung der Ausstellungen sei noch eines Teiles der wichtigsten Veranstaltungen gedacht, die für unsere Leser fachliches Interesse haben könnten. Ein Kongreß und eine Ausstellung für photographische Kunst werden vom 24.—30. April in der Engelsburg statthaben. Vom 26.—31. Mai kommen in Rom die Eisenbahn-Ingenieure, am 2. Juni die italienischen Bürgermeister zum Kongreß zusammen. Am 4. Juni findet die feierliche Einweihung des Viktor-Emanuel-National-Denkmales in Rom (vergl. die Aufsätze im Jahrgang 1892, S. 505, sowie Jahrgang 1907, S. 182 ff. unserer Zeitung) statt. Am gleichen Tage wird eine Vaterländische Ausstellung in den Räumen des Unterbaues dieses Denkmals eröffnet. Am 14. Juli, am 9. Jahrestage seines Einsturzes, wird der wieder errichtete Glockenturm von San Marco in Venedig seine feierliche Weihe erhalten. Unter einer großen Reihe von Kongressen seien ein Kongreß für die Kunst in der Schule im August, sowie der internationale Architekten-Kongreß im Oktober in Rom genannt. Es ist eine lange, fast zu lange Reihe von Veranstaltungen, mit denen Einheimische und Fremde in diesem Jubeljahr bedacht sind, ein Uebermaß, das für viele Äußerungen des modernen Italien charakteristisch ist und bei dem die Erschöpfung nicht ausbleiben kann. —

### Wettbewerbe.

**Techniker und Jurist.** „Indem ich vorausschicke, daß ich seit 21 Jahren alle baupolizeilichen und damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten der Stadt Verden, auch insoweit sie sich in die Praxis übertragen, unter

Aufwendung eines recht erheblichen Teiles meiner Arbeitszeit und -kraft fast ausschließlich persönlich bearbeitet habe, erlaube ich mir zu dem Artikel „Techniker und Jurist“ in No. 23 Ihrer Zeitung nachstehende Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister von Königsberg i. Pr. hat nicht so ganz Unrecht, wenn er an der Spitze der Baupolizei-Verwaltung lieber einen Juristen als einen Techniker sieht, da, juristisch gesprochen, ein Urteil bekanntlich um so objektiver ist, je weniger dasselbe durch Sachkenntnis getrübt wird.

Solange der juristische Dezernent in der Baupolizei-Verwaltung sich damit begnügt, das, was der Techniker für ihn vorsorglich vorgearbeitet hat, nur zu „unterhauen“ oder in anderer Weise gutzuheißen, wird man wohl auch mit der alten Manier, namentlich wenn dabei die an sich unnötige Verzögerung in der Erledigung der Baupolizeisachen willig in Kauf genommen wird, auskommen können. Anders jedoch, wenn der juristische Dezernent in Baupolizeisachen das Wollen und Können in sich verspürt, die von technischer Seite vorgearbeiteten baupolizeilichen Angelegenheiten durch eigene Zutaten zu beeinflussen und zu verbessern. In solchen Fällen würde „die Kette fortgesetzter rechtlicher Handlungen“, als welche der Oberbürgermeister von Königsberg i. Pr. „die Wahrnehmung der Geschäfte den Interessenten gegenüber“ ansieht, für eben diese Interessenten nur zu leicht eine Kette ohne Ende, wenn nicht noch etwas Schlimmeres werden.

Zugegeben, daß in manchen Fällen „die Techniker die rechtliche Tragweite nicht so wie ein Jurist übersehen können“, darf andererseits behauptet werden, daß, „ohne den Herren Juristen zu nahe treten zu wollen“, in hundert mal mehr Fällen die Juristen die technische Tragweite nicht so wie ein Techniker zu übersehen vermögen. Die baupolizeilichen Geschäfte erstrecken sich, abgesehen von einigen privat- und nachbarrechtlichen Fragen, vorzugsweise auf solche Punkte, welche die Feuer- und Stand-sicherheit von Gebäuden, gesundes und angenehmes Wohnen und Hantieren in denselben zum Gegenstand haben. Welche Nachteile oder welcher Wirrwarr und welche Härten in rechtlicher Beziehung könnten wohl daraus entstehen, wenn baupolizeiliche Angelegenheiten ihrem vorwiegend technischen Charakter entsprechend nicht durch einen Juristen, sondern durch einen Techniker ihre sachliche und fachliche Erledigung finden?

Glücklicherweise sind wohl alle neueren Baupolizei-Ordnungen Dank der hervorragenden Mitwirkung von Technikern beim Zustandekommen derselben nicht so kautschukartige Gebilde, daß der sie anwendende Techniker beständigen Zweifeln darüber unterworfen sein müßte, „ob dieses oder jenes Vorgehen rechtlich zulässig ist“.

Nun, die Zeit wird bald genug lehren, welchen Gefallen man der bauenden Königsberger Bevölkerung erweist, wenn man an die Spitze der Baupolizei-Verwaltung nicht einen Techniker, sondern — „nach reiflicher Erwägung“ und „mit großer Einmütigkeit“ — einen Juristen stellt.“ —

Reg.-Bmstr. Löwe, Stadtbmstr.

**Öffentliche Sitzung der kgl. preuß. Akademie des Bauwesens.** Am 22. März, dem Geburtstag ihres Begründers, Wilhelm I., hielt die Akademie des Bauwesens unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Hinckeldeyn und unter Anwesenheit des Hrn. Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach ihre alljährlich wiederkehrende stark besuchte öffentliche Sitzung ab. Eine Ansprache des Präsidenten, die von einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Faches und der benachbarten Gebiete seit Bestehen des Reiches und der Akademie begleitet war, verkündete den Verlust der Akademie, aus der v. Ebermayer in München und v. Groszheim in Berlin durch Tod, Kühn und Raschdorf infolge hohen Alters ausgeschieden sind, sowie die Neuaufnahme der Hrn. Ob.-Brt. Kittel in Stuttgart, Min.-Dir. Reverdy in München, Fabrikbes. Seydel in Berlin, Geh. Ob.-Brt. Rich. Schultze in Schlachtensee, Geh. Ob.-Brt. Dr. Stübgen in Grunewald und Geh. Kom.-Rat Dr. Ziese in Elbing. Die Preisaufgabe betr. Ausnutzung zeitweilig geringer Gefälle für Kraftanlagen an Flußwehren fand vier Bearbeitungen; die Preissumme von 3000 M. wurde zu zwei gleichen Teilen verliehen an Reg.-Bmstr. Euler in Hagen einerseits und Bt. Abraham in Charlottenburg, Dr. Blasius in Berlin, Reg.-Baufhr. Jentsch in Rixdorf und die Hydro-Pulsator-Gesellschaft in Altona andererseits. Die goldene Medaille der Akademie für hervorragende Leistungen im Bauwesen wurde verliehen dem Hrn. Prof. Dr. Wilh. Dörpfeld in Athen in Anerkennung seiner Verdienste als Architekt um die bauwissenschaftliche Erforschung der baulichen Ueberreste des griechischen Altertumes, sowie Hrn. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Heinrich Gerber in München in Anerkennung seiner Verdienste um den Bau eiserner Brücken.

Den Hauptteil der Festsitzung bildete ein Vortrag des Hrn. Stadtbrt. kgl. Bt. Heinrich Seeling in Charlottenburg über „Die Entwicklung des Theaterbaues von der Antike bis zur Neuzeit“. Soweit es möglich

war, in der Zeit von etwa 1½ Stunden einen Ueberblick über dieses große Gebiet, das kaum ohne die Berücksichtigung der entsprechenden allgemeinen Kulturbewegungen anschaulich betrachtet werden kann, zu geben, geschah es durch den Redner, der mit Unterstützung zahlreicher und schöner Lichtbilder zeigte, wie der Ring in der Entwicklung, die unter dem Einfluß des altgriechischen Kultus begann, sich in unseren Tagen durch Wiederaufnahme des griechischen Dramas mit seinen besonderen Verhältnissen neben den Bestrebungen des modernen Theaters seinen Zusammenschluß sucht. Dabei nahm Redner Stellung zur modernen Wiederaufnahme des Amphitheatrs und zu den Semper-Wagner'schen Bestrebungen. Den anschaulichen Vortrag lohnte reicher Beifall. —

**Eine Ausstellung des Verbandes hessischer Privat-Architekten** findet vom 9.—30. April in der Alten Klinik in Gießen statt und wird von 10—6 Uhr geöffnet sein. —

**Zum Kapitel „Stellenverkehr“** erhalten wir von Zeit zu Zeit aus dem Kreise unserer Inszenten und Leser immer wieder Klagen darüber, daß es ihnen häufig unmöglich ist, bei Chiffre-Anzeigen beglaubigte Zeugnisabschriften oder andere Schriftstücke von Wert zurück zu erhalten, falls die Bewerbung erfolglos ist. Unsere Expedition ist nicht in der Lage, hier helfend einzugreifen, da ihr die Aufgabe von Chiffre-Anzeigen nicht bekannt sind. Es bleibt somit nur der Weg übrig, daß den Bewerbern um offene Stellen empfohlen wird, zunächst nur allgemeine Angaben zu machen oder unbeglaubigte Zeugnisabschriften einzusenden und erst nach Bekanntwerden der ausschreibenden Stelle weitere Einsendungen zu machen. Wir selbst wollen hiermit gerne dazu beitragen, diesem offenbar Mißstande zu steuern, daß wir die ausschreibenden Stellen dringend ersuchen, auch einige Rücksicht auf die häufig genug wirtschaftlich schwachen Bewerber zu nehmen. Mit Recht schreibt uns ein Bewerber: „Wenn schon eine Antwort nach Monaten und eine unfrankierte, mit Strafporto belegte Rücksendung der Papiere nicht dazu beiträgt, den bei der allgemeinen Stellenlosigkeit bis aufs Äußerste gesteigerten Existenzkampf vieler Hunderte von Technikern zu mildern, so macht ein solches Vorgehen die Erlangung einer Stelle beinahe unmöglich.“ —

## Wettbewerbe.

**Wettbewerb Parkanlage Linz.** Der Termin zur Ein-sendung der Entwürfe für eine Parkanlage am Bauernberg in Linz wird bis zum 30. April d. J. erstreckt. Unter Berücksichtigung der bestehenden neu angelegten Straßenzüge ist die Anlage so zu entwerfen, daß, da sie das ganze Jahr hindurch besucht wird, sie zu allen Jahreszeiten einen gefälligen Eindruck macht. Es sind daher außer Laubholz auch Nadelhölzer anzunehmen. Auf die Schaffung schöner Durchblicke wird Wert gelegt. Eine Bereicherung der Anlage durch Kunstbauten, Statuen usw. ist erst in zweiter Linie in Betracht zu ziehen, dürfte auch bei einem Gesamtaufwand von nur 70000 K. in nur bescheidener Weise in Frage kommen. Gut geführte Fußgängerwege sollen wichtige Punkte der Anlage unter sich und mit der Stadt verbinden. —

**Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für eine 28klassige Knaben-Volksschule in Finsterwalde sowie für ein Kinderheim** beabsichtigt die Stadt unter Beschränkung auf die Architekten der Provinz Brandenburg zum 17. Juni d. J. zu erlassen. Bausumme für beide Bauwerke 380000 M. —

**Wettbewerb König Albert-Denkmal Bautzen.** Die Verfasser der durch eine lobende Erwähnung ausgezeichneten Künstler sind die Bildhauer Wilh. Brand, Heinr. Wedemeyer, G. Gröne, Arth. Lange, sowie der Architekt Rud. Bitzan, sämtlich in Dresden. —

**Wettbewerb Gartenstadt Nürnberg.** Von den Verfassern von Entwürfen für Kleinhäuser für diese Gartenstadt erhielten den I. Preis Hr. Hans Lehr in Nürnberg; den II. Preis die Hrn. Falke & Uhlit in Nürnberg; den III. Preis Hr. Jos. Zizler in Fürth. Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe „Haus am Garten“, „Südseite“ und „Sunlight“. Sämtliche Entwürfe sind bis mit 9. April im Bayerischen Gewerbe-Museum in Nürnberg öffentlich ausgestellt. —

Inhalt: Zur Erweiterung der Kunsthalle in Hamburg. — Die neue Hafenanlage von Constantia am Schwarzen Meer. — Aus dem Programm der festlichen Veranstaltungen zur 50-Jahrefeier der nationalen Einigung Italiens. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Zur Erweiterung der Kunsthalle in Hamburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.